

---

**„Arbeit am nationalen Raum“.  
Deutsche und polnische Rand-  
und Grenzregionen im  
Nationalisierungsprozess**

Herausgegeben von  
Peter Haslinger und Daniel Mollenhauer



Leipziger Universitätsverlag 2005

**Comparativ** : Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden  
Gesellschaftsforschung / hrsg. von Matthias Middell und Hannes Siegrist –  
Leipzig : Leipziger Univ.-Verl.  
ISSN 0940-3566

Jg. 15, H. 2. „**Arbeit am nationalen Raum**“. **Deutsche und polnische Rand- und  
Grenzregionen im Nationalisierungsprozess – 2005**

„**Arbeit am nationalen Raum**“. **Deutsche und polnische Rand- und Grenzregionen im  
Nationalisierungsprozess**. Hrsg. von Peter Haslinger und Daniel Mollenhauer –  
Leipzig : Leipziger Univ.-Verl., 2005  
(Comparativ ; Jg. 15, H. 2)  
ISBN 3-86583-061-7

© Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 2005  
COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden  
Gesellschaftsforschung 15 (2005) 2  
ISSN 0940-3566  
ISBN 3-86583-061-7

---

## Inhaltsverzeichnis

<i>Peter Haslinger/ Daniel Mollenhauer</i>	Vorwort	7
<b>Aufsätze</b>		
<i>Peter Haslinger</i>	Die „Arbeit am nationalen Raum“ – Kommunikation und Territorium im Prozess der Nationalisierung	9
<i>Daniel Mollenhauer</i>	Die Grenzen der Germanisierung. Identitätsentwürfe im Elsass um 1900	22
<i>Andreas Kossert</i>	Wilhelminische Ostmarkenpolitik als infra- strukturelle Durchdringung? Masuren und der deutsch-polnische Antagonismus	45
<i>Christoph Mick</i>	Die „Ukrainermacher“ und ihre Konkur- renten. Strategien der nationalen Verein- nahme des Landes in Ostgalizien	60
<i>Anna Veronika Wendland</i>	Region ohne Nationalität, Kapitale ohne Volk: Das Wilna-Gebiet als Gegenstand polnischer und litauischer nationaler Inte- grationsprojekte (1900–1940)	77
<i>Johannes Koll</i>	Preußischer Westen – belgischer Osten. Eupen, Malmedy und St. Vith zwischen Reichsgründung und Zweitem Weltkrieg	101
<b>Bericht</b>		
<i>Claudia Schulz</i>	Symposium „Afrikanische Aussichten“. In memoriam Albert Wirz	126

## Buchbesprechungen

Susanne Rau: Geschichte und Konfession: Städtische Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur im Zeitalter von Reformation und Konfessionalisierung in Bremen, Breslau, Hamburg und Köln, München 2002 ( <i>Andreas Gößner</i> )	130
Thomas Serrier: Entre Allemagne et Pologne. Nations et identités frontalières, Paris 2002 ( <i>Guillaume Lacquement</i> )	132
Andrea Löw, Kerstin Robusch, Stefanie Walter (Hrsg.): Deutsche – Juden – Polen. Geschichte einer wechselvollen Beziehung im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M./New York 2004 ( <i>Jens Boysen</i> )	134
Jörn Rüsen: Kann gestern besser werden? Zum Bedenken der Geschichte, Berlin 2003 ( <i>Friedemann Scriba</i> )	140
Louise J. Ravelli und Robert A. Ellis (Hrsg.): Analysing Academic Writing: Contextualized Frameworks, London/New York 2004 ( <i>Nadine Jänicke</i> )	146
Daniela Münkler, Jutta Schwarzkopf (Hrsg.): Geschichte als Experiment. Studien zu Politik, Kultur und Alltag im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main/New York 2004 ( <i>Martina Keilbach</i> )	149
David J. Francis: The Politics of Economic Regionalism. Sierra Leone in ECOWAS, Aldershot 2001 ( <i>Ulf Engel</i> )	153
Seifudein Adem: Anarchy, Order and Power in World Politics. A comparative analysis, Aldershot 2002 ( <i>Ulf Engel</i> )	154
Autorinnen und Autoren	156

---

**Peter Haslinger, Daniel Mollenhauer**

## **Vorwort**

Das vorliegende Schwerpunktheft von *Comparativ* geht in der „longue durée“ auf eine Zusammenarbeit zurück, welche die beiden Herausgeber des Heftes als Mitarbeiter beim Sonderforschungsbereich 541 „Identitäten und Alteritäten“ an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg vor Jahren begonnen haben. Den unmittelbaren Anlass, sechs Beiträge zum Thema „Arbeit am nationalen Raum“ zusammenzutragen, bot jedoch der Kieler Historikertag im September 2004. Sein Rahmenthema „Kommunikation und Raum“ legte es nahe, sich intensiver mit dem Problem der kommunikativen Durchdringung von regionalen Räumen im Zuge der Nationalisierung der europäischen Gesellschaften an der Schwelle zwischen 19. und 20. Jahrhundert zu befassen. Dabei sollten Regionen als Vergleichsbeispiele dienen, die bisher – mit Ausnahme des Elsass – nicht im Zentrum entsprechender Vergleiche standen. Zudem sollte über die Verbindung von west- und osteuropäischen Blickwinkeln versucht werden, gesamteuropäische Strukturzusammenhänge zu erschließen.

Insgesamt ging es dabei allen Autoren nicht nur um die seit Eugen Weber klassische Frage, wie der Nationalstaat und die nationalen Eliten ihre Botschaft aus den Zentren in die Provinz und von den gehobenen Schichten der Gesellschaft in das einfache Volk brachten. Die Fokussierung auf Rand und Grenzregionen erlaubte es zudem, den Nationalisierungsprozess gerade dort zu beobachten, wo mehr als nur eine nationale Option denkbar war. Der „nationale Raum“, der kommunikativ erarbeitet werden sollte, war hier uneindeutig und oft hochgradig umstritten: Bestehende Nationalstaaten konnten um die Grenzregionen konkurrieren, nationale Bewegungen unterschiedliche Raumausschnitte zum Ausgangspunkt ihrer prospektiven Nationalstaaten machen. Komplexe Konstellationen von lokalen und regionalen, sprachlichen und konfessionellen Identitäten waren mit dem Imperativ des homogenen Nationalstaates in Einklang zu bringen, regionale Bezüge waren entweder in die nationalen Entwürfe zu integrieren, oder sie wurden selbst zu Fixpunkten alternativer Konzepte territorial definierter Identitäten.

Die fünf Einzelbeiträge zu Rand- und Grenzregionen des deutschen und des polnischen Siedlungsgebietes stellen dabei eine Auswahl dar; obwohl in der Einleitung vor allem auf diese eingegangen werden wird, erscheinen die leitenden Fragestellungen durchaus auch auf andere Regionen – etwa Nord-schleswig, Schlesien, Pommern, Memelland, Tirol, Böhmen, Steiermark

– anwendbar. Alle fünf hier analysierten Regionen waren gegen Ende des 19. Jahrhunderts durchweg noch ländlich strukturiert, wobei urbane Zentren von überregionaler (Strassburg, Wilna, Lemberg) oder regionaler Bedeutung existierten. Unter den bilateralen Konstellationen findet sich der Fall zweier in offene Konkurrenz tretender nationalisierender Staaten (Elsass) ebenso wie der Fall präventiven staatlichen Vorgehens ohne das Eingreifen eines nationalisierenden Konkurrenzstaates (Masuren). In zwei weiteren Beiträgen steht die Nationalisierungsbewegung in einem ambivalenten Verhältnis zur Staatsmacht, die selbst keine akkordierten Nationalisierungsstrategien verfolgte (Ostgalizien und die Region um Wilna). Im letzten Beispiel schließlich erfolgt die nationalisierende Durchdringung einer Region um 1900 noch problemlos (im späteren deutsch-belgischen Grenzgebiet); hier setzt erst die Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg eine entsprechende Dynamik in Gang.

Die Herausgeber möchten es an dieser Stelle noch denjenigen Personen und Institutionen danken, die das Entstehen dieses Heftes ermöglicht haben: Dem Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands für die Möglichkeit, unsere Überlegungen im Rahmen des Historikertages vorzustellen und zu diskutieren, den Herausgebern von „Comparativ“, die uns freundlicherweise ein Heft ihrer Zeitschrift für einen weiteren Ost-West-Vergleich zur Verfügung gestellt haben, und nicht zuletzt den Autorinnen und Autoren der Beiträge für ihr Engagement und ihre Flexibilität – sowohl im Vorfeld des Historikertages als auch bei der Ausarbeitung der Beiträge, die mit diesem Heft nunmehr vorliegen.

München und Erfurt, Februar 2005

---

Peter Haslinger

## Die „Arbeit am nationalen Raum“ – Kommunikation und Territorium im Prozess der Nationalisierung

Dieses Heft trägt den Titel „Arbeit am nationalen Raum“. Dabei gehen alle Beiträge von der Grundannahme aus, dass sich der Nationalisierungsprozess nicht auf das Prinzip der Indoktrination einer politikfernen Bevölkerung im Sinne von Eugen Webers *peasants into frenchmen*<sup>1</sup> oder der Verinnerlichung einer *imagined community* in der von Benedict Anderson gezeigten Weise<sup>2</sup> reduzieren lässt. Die hier versammelten Einzelstudien zeigen vielmehr, dass ein „nationaler Raum“ erst in mehrfacher Weise kommunikativ „erarbeitet“ werden musste. Ausgangspunkt ist dabei die Bedeutung von Raum für die Bildung von Wir-Gruppen, eine Funktion, auf die etwa Detlev Ipsen hingewiesen hat – die mit Raum verbundenen kulturelle Deutungen, so Ipsen, würden Individuen erst aufeinander orientieren.<sup>3</sup> Raumbegriffe und Raumbilder, so lässt sich daraus folgern, wirken über die ihnen innewohnenden räumlichen Relationen, Hierarchien, Grenzziehungen und Nähe- und Distanzvorstellungen gruppenstabilisierend. Über eine ständige Identifikation des ‚wo?‘ wird Kommunikation, die auf gemeinsame Handlungshorizonte gerichtet ist, oft erst möglich. Diese Zusammenhänge sind natürlich gerade für den Nationalisierungsprozess von zentraler Bedeutung: Hier wurde es nicht nur für notwendig erachtet, eine bestimmte Bevölkerung als Kommunikationsgemeinschaft zu stabilisieren, sondern auch eine Grund- bzw. Vorbedingung eigener Souveränität dauerhaft zu sichern, nämlich die politische Kontrolle und die Verfügungs- und Definitionsgewalt über ein bestimmtes Gebiet.

Unter „Arbeit am nationalen Raum“ verstehen die Beiträge dieses Heftes daher die Summe all jener Bemühungen, die darauf abzielten, ein im wissenschaftlich-politischen Diskurs festgelegtes und abgegrenztes nationales Territorium als Bezugseinheit durchzusetzen, es nach innen als transparenten

---

1 E. Weber, *Peasants into Frenchmen. The modernization of rural France 1870–1914*, Stanford 1976.

2 B. Anderson, *Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism*, London 1983.

3 D. Ipsen, Was trägt der Raum zur Entwicklung der Identität bei?, in: S. Thabe, (Hrsg.), *Räume der Identität – Identität der Räume*, Dortmund 1999, 150-159, hier S. 152-153.

Raum kommunikativ zu durchdringen und dessen Regionen mit ihren Bevölkerungen in arbeitsteiliger Weise aufeinander zu beziehen. Die argumentative „Arbeit“ wurde hierbei in Situationen erbracht, in denen der staatliche oder nationale Deutungsanspruch durchgesetzt wurde. Daraus ergaben sich auch Impulse, die eine Neustrukturierung der Kommunikation im lokalen öffentlichen Raum bewirkten und dadurch bestimmte Deutungen entwerteten oder sogar stigmatisierten.

Obwohl Raumeinheiten immer auch ein Produkt politischer Sanktionierung und des definatorischen Anspruchs von staatlicher Macht darstellen, wird in den Einzelstudien dabei deutlich, dass nationale Territorien keineswegs automatisch vorgegeben waren – und zwar die Zugehörigkeit einzelner Regionen und Orte ebenso wenig wie der Verlauf von Grenzen zwischen benachbarten Einheiten. Bei der Abgrenzung und inneren Hierarchisierung nationaler Räume spielten vielmehr Kommunikationsprozesse eine entscheidende Rolle. Einerseits musste eine Diskussion über jenen Gebietsausschnitt geführt werden, der überhaupt als Grundlage der eigenen nationalen Politik fungieren sollte. Das nationale Inklusions- und Partizipationsparadigma machte es zweitens notwendig, im Bewusstsein der Mitglieder der eigenen nationalen Gruppe hierarchisierte Raumbilder zu verankern, in denen der nationale Raum als oberste Bezugsebene fungierte. Drittens galt es lokale Bezüge und Lebenswelten aufzubrechen – dabei dienten neue Medien und Vergesellschaftungsformen in der Regel auch dazu, den auf das gesamtstaatliche Territorium erweiterten Außenbezug und damit verbunden bestimmte Verhaltensmuster plausibel und akzeptabel zu machen (wie die Teilnahme am Kriegsdienst) oder zu stigmatisieren und gesetzlich zu ahnden (z. B. den staatlich nicht autorisierten Grenzübertritt oder den Schmuggel). Viertens diente die derart autorisierte Raumvorstellung dazu, innerhalb des Gebietsausschnitts Zentrum und Peripherien neu zu ordnen und hierarchisch aufeinander zu beziehen. Dieses konzeptionelle Strukturieren und „Durchdenken“ der neuen nationalen Räume ermöglichte oft erst eine gesamtstaatliche Wirtschafts-, Investitions- und Verteidigungspolitik. Die scheinbar nicht mehr hinterfragbare Logik des geographischen Arguments diente den politischen Repräsentanten in diesem Zusammenhang auch dazu, sich einer allgemeinen Diskussion ihrer Politikentwürfe über weite Strecken möglichst zu entziehen.

Im Hinblick auf die Nationalisierung von Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert bestand daher die argumentative Leistung von Raum vor allem darin, soziale und kulturelle Differenz im Umweg über ein scheinbar Gegebenes, für alle Sichtbares und Erfahrbares, nämlich den nationalen Raum, zu integrieren. Damit wurden gleichzeitig eindeutige und verbindli-



che Grenzen gestiftet, die ein „eigenes“ Territorium von „fremden“, „anderen“ trennten. In diesem Zusammenhang orientierten sich die Beiträge dieses Heftes auch am Theorieansatz des *imagined territory*.<sup>4</sup> Dieses bezeichnet einen konkreten Raumausschnitt, auf den der nationale Diskurs in verbindlicher Weise bezogen ist und der das „sozial Eigene“ auf der höchstmöglichen Betrachtungsebene, jener der Nation, territorial definiert und symbolisiert. Diese Raumvorstellung wurde meist in einem frühen Stadium der nationalen Vergesellschaftung in politischen, wissenschaftlichen und literarischen Diskursen sowie im Bereich der bildenden Künste generiert. Im Idealfall wurde dabei das *imagined territory* auf allen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen, die in den nationalen Integrationsprozess einbezogen werden sollten, in seinem Umfang identisch definiert – erst dadurch erhielt das Konstrukt auch die notwendige kommunikative und handlungsleitende Verbindlichkeit. Die nationale Integration wurde in der Regel erst dann als erfolgreich angesehen, wenn auf Grund einer zuvor festgelegten ‚Liste‘ die zugehörigen Regionen der nationalen Verfügungsgewalt unterstellt, d. h. in der Regel dem eigenen Nationalstaat angegliedert waren.

Das *imagined territory* fungiert in nationalen Identitätsdiskursen in der Regel semantisch gleichberechtigt neben der nationalen Gruppe als dem zentralen Kollektivsymbol, erfüllt im Vergleich zu dieser jedoch durchaus andere appellative Funktionen. Da eine nach bestimmten Gesichtspunkten definierte Bevölkerung auch ortsunabhängig gedacht werden oder einem demographischen Erosionsprozess unterliegen kann, symbolisiert das *imagined territory* den materialisierten Anspruch auf Authentizität und dauerhafte Existenz als Gruppe in Raum und Zeit. In der Regel werden daher Nation und Territorium auf allen relevant erscheinenden Ebenen der Kommunikation bewusst in einer Weise aufeinander bezogen, die keine klare Unterscheidung beider Komponenten mehr möglich macht. Erst diese diskursive Verschränkung stiftet die gruppenübergreifende Überzeugungshaltung, ohne „ihren“ charakteristischen und dauerhaft festgelegten Raum hören die Nation auf zu existieren. Aus dieser Sichtweise leiten Akteure auch einen raumbezogenen Verfügungs- und Durchsetzungsanspruch ab: Eine vorrangige Aufgabe des *imagined territory* ist es, das Überleben der eigenen Nation in

---

4 Ein erster Entwurf dieses Modells finden sich in P. Haslinger/K. Holz, Selbstbild und Territorium. Dimensionen von Identität und Alterität, in: P. Haslinger (Hrsg.), Regionale und nationale Identitäten. Wechselwirkungen und Spannungsfelder im Zeitalter moderner Staatlichkeit, Würzburg 2000, S. 15-38. Ausführlicher jetzt in P. Haslinger, „Imagined territories“ – Nation und Territorium im tschechischen politischen Diskurs 1889–1938. Unveröffentl. Habilitationsschrift, Universität Freiburg, 2004. Vgl. auch G. W. White, Nationalism and territory. Constructing group identity in Southeastern Europa, Lanham u.a. 2000, S. 15-34.

Konkurrenz bzw. Auseinandersetzung mit anderen Nationen zu garantieren. Die Siedlungslage einer sprachnationalen Gruppe ist daher in diesem Kontext nicht immer entscheidend für die Zugehörigkeit einzelner Gebiete und Orte. Um 1900 galten etwa eine gewisse Grundausstattung an Bodenschätzen sowie verkehrsinfrastrukturelle und kommunikationstechnische Ressourcen (z. B. ein freier Meerzugang) für ein nationales Territorium ebenso als unverzichtbar wie eine gewisse Größe und Kompaktheit des Gebiets oder seine Ausstattung mit „natürlichen“ Grenzen entlang solcher Abschnitte, die durch die Politik anderer Nationen potentiell gefährdet erschienen.

Für die erfolgreiche Stabilisierung des *imagined territory* war daher auch seine Anerkennung durch benachbarte Staaten und Nationalbewegungen und durch die internationale Gemeinschaft notwendig. Im binnennationalen Kontext hing dabei die Durchsetzung eines bestimmten Raumkonzepts, wie alle in diesem Heft analysierten Entwicklungen verdeutlichen, keineswegs nur vom Verhalten staatlicher Akteure ab. Die hier versammelten Beiträge, vor allem die Beispiele Masuren und Wilna machen deutlich, dass die staatlichen Repräsentanten ihre Zuschnitts-, Zuteilungs- und Benennungsmacht zur Durchsetzung ihrer Interessen durchaus in Anspruch nahmen. Hinzu trat jedoch die klassifizierende Erschließung von Raum durch eine zunehmend nationalisierte Wissenschaft, deren Raumkonzepte sich vor allem in den Imperien des östlichen Europa durchwegs von der entsprechenden gesamtstaatlichen Diktion unterschieden. Um die Jahrhundertwende wurde dieser Aspekt der „Arbeit am nationalen Raum“ vor allem von den Disziplinen Geschichte, Sprachwissenschaften, Ethnographie, Anthropologie, Statistik und Geographie getragen. Diese mussten, um einen Raumausschnitt auch im internationalen Kontext gegenüber gegnerischen Ansprüchen als Teil des eigenen *imagined territory* definieren zu können, oft erst Detailkenntnisse über die einzelnen beanspruchten Gebietsausschnitte erwerben.

Die im Bereich von Wissenschaft und Kunst verfertigten Argumente entfalteten ihre soziale Relevanz erst durch ihre mediale und kommunikative Verbreitung. Die „Arbeit am nationalen Raum“ wurde dabei von den Aktivitäten stark hierarchisierter Netzwerke staatlicher wie nichtstaatlicher Akteure getragen, die neue Themen, Formen und Regeln der Kommunikation vor Ort propagierten. Da sich dabei der Erfolg keineswegs immer automatisch einstellte, begannen Aktivisten innerhalb von Vereinen, Bildungskreisen und Genossenschaften im Gelände verschiedene Methoden zu erproben, um die neuen Botschaften als Norm und Leitvorgaben für eine zivilisatorisch „bessere“ Gesellschaft durahzusetzen. Aus der Sicht nationaler Bewegungen galt es etwa, gegenüber Dialekten und Lokalsprachen die Hochsprache als alleiniges Mittel öffentlicher Kommunikation zu etablieren, soziales und konfes-

sionelles Konfliktverhalten abzubauen und die Kommunikationshorizonte verpflichtend auf das *imagined territory* als den gemeinsamen „Wir-Raum“ festzulegen. Die zunehmende Verbreitung von themen- und regionsspezifischen Zeitungen und Zeitschriften und die neuen Spielarten eines expansiven Vereinswesens veränderten dabei eingespielte lokale Kommunikationsmuster in einschneidender Weise. Die fortschreitende Alphabetisierung, die in den Schulen gelehrt wurde und die Präsenz und Tätigkeiten neuer Gruppen im Dorf (vor allem von Lehrern) verstärkten die ineinander verschränkte Neuverhandlung von Raum- und Gruppenkonzepten. Das Ergebnis war die Entwertung lokalen Wissens und die Abdrängung alternativer Deutungen in den Privatbereich und in sozial deklassierte Milieus.<sup>5</sup>

Auf allen Ebenen reagierten in der Folge Gruppen und Individuen auf diese Nationalisierungsimpulse und positionierten sich in dem translokal erweiterten Diskurs. Besondere Bedeutung kam dabei dem städtischen Raum zu, in dem – immer aus der Sicht nationaler Protagonisten – eigennationale Kulturleistung und technisch-zivilisatorische Innovation, aber auch kosmopolitische, proletarische oder individualistische Entfremdung von der Nation möglich waren. Hier wurde es daher als zwingend angesehen, das neutrale bzw. multiethnische urbane Erscheinungsbild visuell „national“ zu markieren und damit die Stadt für die eigene Gruppe dauerhaft in Besitz zu nehmen. Wie alle hier versammelten Beiträge zeigen, reichte dies von Denkmälern an zentralen Punkten über die Architektur von Gebäuden und das Erscheinungsbild von Parkanlagen bis hin zur Wahl der öffentlich wahrnehmbaren Orthographie, etwa der Beschriftung von Straßentafeln und Firmenschildern. Auch Feste und inszenierte Versammlungen z. B. an Jahrestagen (wie in Eupen der Sedanstag) trugen dieser Strategie Rechnung – indem sie auf eine möglichst umfassende Mobilisierung der Bevölkerung abzielten, wiesen sie auch eine partizipatorische und zunehmend disziplinierende Komponente auf. Wie die Beispiele Strassburg, Lemberg oder Wilna zeigen, resultierte die Konkurrenz der nationalisierenden Formensprachen in dem Versuch einer symbolischen Deklassierung fremdnationaler Kulturkonzepte – in den letzten beiden Fällen auch in einer materiellen Purifizierung des Stadtbildes unter nationalen und ideologischen Vorzeichen in der Zwischen- und unmittelbaren Nachkriegszeit.

Dieser allgemeine Nationalisierungsprozess war in Grenz- und Randregionen oft von einer besonderen Eigendynamik gekennzeichnet, und zwar vor allem dann, wenn die Protagonisten mehrerer Nationalbewegungen mit

---

5 Besonders plastisch ist diese Entwicklung beschrieben in K. Stauter-Halsted, *The nation in the village. The genesis of peasant national identity in Austrian Poland, 1848–1914*, Ithaca 2001.

konkurrierenden Raumkonzepten in einen Wettlauf um die Markierung einzelner Regionen eintraten. In solchen Fällen verhielten sich nationale Bewegungen in der Regel wie kommunizierende Röhren zueinander: Da hier ein Vergleich möglich und vor allem auch dringend notwendig erschien, um die Akzeptanz bzw. Durchsetzung des eigenen Territorialprogramms zu gewährleisten, wurden über die Sprachgrenzen hinweg Kommunikations- und Organisationsmodelle kopiert und weiterentwickelt. Hier ist von einer engen argumentativen Negativverflechtung auszugehen, in deren Folge die Argumente der Gegenseite als Impulse für eigene Überlegungen begriffen wurden. Es sollte mit „besseren“, d. h. plausibleren, wissenschaftlich haltbareren oder auf den Interessens- und Wahrnehmungshorizont der jeweiligen Bevölkerung abgestellten Argumenten reagiert werden. Dies bedingte gerade in Fällen konkurrierender nationaler Ansprüche eine ebenenübergreifende Verdichtung der Kommunikation über Raumkonzepte, wobei einzelne Orte, Landschaften und historische Schauplätze nicht selten einen nationalen Stellvertretercharakter zugesprochen erhielten. Ihre Bewohner erschienen als besonders repräsentativ für den unverwechselbaren Nationalcharakter, und es wurde postuliert, dass durch das ortsspezifische Zusammenwirken von Mensch und naturräumlichen Gegebenheiten bestimmte nationale Eigenschaften, die es zu bewahren und zu verteidigen gelte, besonders ausgeprägt zu Tage träten.

Gerade vor diesem Hintergrund wird der Unterschied zwischen einer Grenzregion und dem symbolisch aufgeladenen „Grenzland“ deutlich. Wenn die nationale Rhetorik auf kommunikativ eingespielte Vorstellungen räumlicher Zugehörigkeit oder dynastischen, patriotischen oder konfessionellen Loyalitäten aufbauen konnte, verlief die „Arbeit am nationalen Raum“ in der Regel konfliktarm – typisch für Regionen wie Masuren und das Gebiet von Eupen-Malmedy in der Zeit vor 1920 war das gleichgerichtete und arbeitsteilige Vorgehen von Staat, Kirche und gesellschaftlichen Organisationen. Wie selbst diese Beispiele zeigen, schuf der tatsächliche oder auch nur imaginierte Konkurrenzanspruch eines *external homeland*<sup>6</sup> oder einer konkurrierenden Nationalbewegung andere Rahmenbedingungen für eine kommunikative Durchdringung bestimmter Regionen. In etlichen Fällen trug dabei die entsprechend forcierte „Arbeit am nationalen Raum“ auch restriktive und gewaltsame Züge: Den Spielraum für die Vertreter zwischen- und übernationaler Identitäten galt es diskursiv, administrativ oder mit rechtlichen Mitteln einzuengen und kommunikativen und zum Teil auch physischen Druck auf diejenigen aufzubauen, die gegnerische Konzepte propagierten oder sich

---

6 R. Brubaker, *Nationalism reframed. Nationhood and the national question in the New Europe*, Cambridge 1996, v. a. S. 60-69.

überhaupt der Logik nationaler Argumentation zu entziehen versuchten. Gerade in Grenzregionen konnte es daher durchaus im Kalkül nationalisierender Eliten liegen, durch ein entsprechendes Feindbildmanagement soziale Hierarchien in ethnische zu überführen. Damit wurden diese bis zu einem gewissen Grad auch „territorialisiert“, d. h. sie erscheinen in Gestalt der Auseinandersetzung um die Ressource Land und schufen damit oft erst die ideologische Begründung für spätere Ausgrenzung, Ausweisung und Vertreibung. Das „Grenzland“ wurde dadurch im Unterschied zu anderen Grenz- und Randregionen auch zu einem argumentativen Brennpunkt gesamtnationaler Politik, und der Verweis auf eine bestehende oder potentielle Bedrohung der jeweiligen Region von innen oder außen diente zur Legitimierung von Regelungen administrativer oder rechtlicher Natur, die dem nationalen Gleichheitsgebot im Grunde widersprachen. Ein Blick auf das Elsass zeigt hier, dass es nur in solchen Fällen zur Formulierung politisch relevanter regionalistischer Eigenkonzepte kommen konnte, in denen regionale Eliten den nationalen Kommunikationsstrategien ebenbürtige Inhalte und personelle Ressourcen entgegenzusetzen hatten.<sup>7</sup>

Vor allem in Regionen, in denen durch eine Grenzänderung ein Souveränitätswechsel stattgefunden hatte, bildeten die sprachlichen Mehrheitsverhältnisse nicht automatisch eine Grundlage lokaler nationaler Identifikation. Die Teilhabe an einer ausgeprägt staatspatriotischen politischen Kultur und ein hohes Ausmaß an Integration in die politischen und sozioökonomischen Strukturen des vormaligen Staates konnten die Selbstverortung breiter Bevölkerungsteile ebenso prägen wie der Bezug auf vornationale Territorialeinheiten oder weit zurückliegende Reichs- und Staatsgebilde (wie etwa im Falle Polens). Vor allem im östlichen Europa existierten in Grenz- und Randregionen zudem keine klar voneinander unterscheidbaren konsolidierten Sprachgemeinschaften, die von den jeweiligen nationalen Bewegungen nur mehr kommunikativ hätten erfasst und durchdrungen werden müssen. Phänomene wie Hybridsprachen und Zweisprachigkeit oder die sprach- und konfessionsunabhängige Identifikation als „Hiesige“ bewirkten, dass sich die nationalen Protagonisten mit einer Vielzahl von Personen konfrontiert sahen, die sich nicht oder nicht vorrangig national definierten. Hier galt es für na-

---

7 Im Falle des Elsass war deutscherseits die regionale Identität als Zwischenphase auf dem Weg der Angleichung der Region und seiner Bevölkerung an die neue Nationalkultur gedacht; dies ermöglichte es jedoch frankophilen Elsässern, abgestufte Raumbezügen (mit Frankreich als der *grande patrie* und dem Elsass als der *petite patrie*) zu propagieren. Die so entstehende Mehrdeutigkeit elsässischer Selbstverortung bedingte auch, dass das elsässische Mundarttheater sowohl in Paris als auch in Berlin Erfolge feiern konnten. Vgl. hierzu den Beitrag von Daniel Mollenhauer in diesem Heft.

tionalisierend auftretende Akteure, sozial integrativ zu wirken und den nationalen Raum in möglichst kurzer Zeit für sich kommunikativ zu „erarbeiten“ – Kenntnis zu erwerben, Vernetzung herzustellen, Kommunikationsstandards zu bestimmen und abweichende Inhalte, Formen und ihre Vertreter zu marginalisieren. Wie sich vor allem im Fall Wilnas und Ostgaliziens zeigt, führte dies letztendlich auch zu einer neuen Art der „Entöckung“ regionaler Charakteristika für den nationalen Formenkanon und der umfassenden intentionalen Kartographierung von solchen Räumen, die bisher durch nationale Zeichensysteme nur peripher erfasst worden waren.

Was die vergleichende Synchronisierung der einzelnen Nationalisierungsprozesse betrifft, erscheint es aus der Sicht der hier versammelten Beiträge überraschend, dass der Höhepunkt der „Arbeit am nationalen Raum“ in vielen Regionen zumindest in die Zwischenkriegszeit zu datieren ist. Um 1900 prägte nationales Denken noch keineswegs alle Varianten von Kommunikation, und Phänomene wie Lokalpatriotismus und dörfliche Selbstisolierung waren ebenso verbreitet wie die Fortschreibung solcher konfessioneller Deutungs- und Abgrenzungsmuster und tradiert sozialer Hierarchien, welche einer Akzeptanz der Kernbotschaften des *imagined territory* potentiell entgegenwirkten. Der Erste Weltkrieg, die sozial-revolutionäre Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten, das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und die möglich erscheinende Änderung von Staatsgrenzen steigerten jedoch den Argumentationswettbewerb zwischen Vertretern einzelner nationaler Bewegungen. Vor allem im Fall von Volksabstimmungen zeigte sich deren mobilisierendes Potential.

Obwohl die krisenhaften und oft gewaltsamen Zuspitzungen ohne die vorangehende „Arbeit am nationalen Raum“ kaum möglich erscheinen, kann daher für die Zwanziger- und Dreißigerjahre festgehalten werden, dass die Wirkungen, die von *state building*-Aktivitäten für die endgültige Durchsetzung nationaler Identifikation als Kommunikationsnorm ausgingen, als sehr hoch veranschlagt werden müssen. Dabei muss allerdings die Frage offen bleiben, ob diese Entwicklung in Ländern, in denen 1918/20 der Wechsel zu den parlamentarischen Systemen der frühen Zwischenkriegszeit vollzogen wurde, den Nationalisierungsprozess auch strukturell beschleunigte oder ihn durch die errungene Staatlichkeit in einigen Bereichen oft erst ermöglichte. Auch ist zu fragen, in welchem Ausmaß der damalige Systemwechsel und der internationale Minderheitenschutz Grundlagen dafür schufen, dass sich Bevölkerungsgruppen der Nationalisierungsdynamik wirksamer entziehen konnten als vorher, bzw. welche Varianten der „Selbstnationalisierung“ hier greifbar werden. Offen bleibt schließlich auch noch, welche Impulse aus der Erfahrung des Scheiterns einer eigenen „Arbeit am nationalen Raum“ für das

Ende repräsentativer Demokratien im Europa der Zwischenkriegszeit ausgingen, und schließlich was die Bilanz des eigenen Nationalisierungsprojekts für die Nachkriegsgesellschaften – wie etwa die kommunistischen Systeme Ostmittel- und Südosteuropas – jeweils bedeuteten.

### Die „Arbeit am nationalen Raum“ – methodische Probleme und weiterführende Forschungsperspektiven

Sieht man von einzelnen Bereichen der Regional- und Mikrogeschichte ab, stellte der Aspekt der Territorialität in den deutschsprachigen Geschichtswissenschaften bis Mitte der Neunzigerjahre ein nur selten genutztes Untersuchungsfeld dar. Bis dahin konstatierte Jürgen Osterhammel für die Geschichtsschreibung ein Überwiegen von „ortlosen“ oder allenfalls einem formalen Raumschema eingeschriebenen Strukturen, Prozessen und Erfahrungen sowie eine „Raumabstinenz, die sich mitunter zum Raumtabu steigert“.<sup>8</sup> Es habe häufig noch als reaktionär gegolten, so formulierte Martina Löw in ihrem Erklärungsansatz, sich mit Raum zu beschäftigen: „Raum haftete nicht nur die Vorstellung des Starren an, sondern erinnerte auch an die geopolitischen Argumentationen des Ersten und Zweiten Weltkriegs.“<sup>9</sup>

Die innovative Wende ergab sich aus der zunehmenden Anwendung konstruktivistischer Sichtweisen in die Geschichtswissenschaft, da die Forschung zu Gedächtnisorten (*lieux de mémoire*)<sup>10</sup> und kognitiven Karten (*mental maps*)<sup>11</sup> es nunmehr ermöglichte, Raum in erster Linie als ein Produkt intentionaler Wahrnehmung und damit verknüpfter Deutungen und Konzepte aufzufassen. Die „Kritische Geopolitik“ bemühte sich zudem um

---

8 J. Osterhammel, Die Wiederkehr des Raumes. Geopolitik, Geohistorie und historische Geographie, in: Neue Politische Literatur 43 (1998), 374-397, hier S. 374.

9 M. Löw, Spacing – Überlegungen zu räumlichen Neuformationen, in: S. Thabe (Hrsg.), Räume der Identität – Identität der Räume, Dortmund 1999, 160-169, hier S. 162.

10 P. Nora (Hrsg.), Les lieux de mémoire, 7 Bde, Paris 1984-1993; E. François/H. Schulze (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, 3 Bde., München 2001. Siehe speziell zum östlichen Europa an neuerer Literatur: J. Le Rider (Hrsg.): Transnationale Gedächtnisorte in Zentraleuropa. Innsbruck, Wien, München, Bozen 2002; R. Jaworski (Hrsg.), Gedächtnisorte in Osteuropa. Vergangenheiten auf dem Prüfstand. Frankfurt a. M. 2003.

11 R. M. Downs/D. Stea, Kognitive Karten. Die Welt in unseren Köpfen, New York 1982. Siehe hierzu den Forschungsbericht von F. B. Schenk, Mental Maps. Die Konstruktion von geographischen Räumen in Europa seit der Aufklärung, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), 493-514. Vgl. auch A. Hartl, Kognitive Karten und kognitives Kartieren, in: C. Freksa/C. Habel (Hrsg.), Repräsentation und Verarbeitung räumlichen Wissens, Berlin u. a. 1991, 34-46, hier S. 34, 40.

die Dekonstruktion der Raumkonzepte aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts<sup>12</sup>, und inzwischen liegen nicht nur im deutschsprachigen Raum Arbeiten vor, die sich dem Verhältnis von Kartographie und Politik im 19. und 20. Jahrhundert (etwa am Beispiel der Schweiz, Finnlands oder Schottlands<sup>13</sup>) widmen. Dabei wird nicht nur der Aspekt der diskursiven Herstellung von Raumeinheiten beleuchtet, sondern es werden auch politische Handlungsdispositionen in die Betrachtungen miteinbezogen, die von Raumvorstellungen ausgehen können. Dieser Nachholprozess in den letzten zehn Jahren hat inzwischen bereits dazu geführt, dass in neuen Synthesen aus dem Bereich der Nationalismusforschung das Paradigma Räumlichkeit verstärkt Eingang gefunden hat – so nennt etwa Dieter Langewiesche neben der Idee der Staatsbürgerschaft die Herausbildung großer Wirtschaftsräume und die Fähigkeit zu „großräumiger Kommunikation, in die immer mehr Menschen aus allen sozialen Schichten hineinwachsen“, als Voraussetzungen für die Ausbildung einer modernen Nation; dies schloss auch die Fähigkeit Einzelner mit ein, „politisch in überlokalen Zusammenhängen zu denken und zu handeln“.<sup>14</sup>

Diese Thesen werden auch von den Beiträgen dieses Heftes bestätigt und unterstützt; in bezug auf das Verhältnis zwischen Kommunikation, Territorium und Nationalisierung erscheint es dennoch sinnvoll, abschließend drei Problembereiche eigens zu benennen und mögliche methodische Vorgangsweisen zu skizzieren. Diese Problembereiche sind:

- die Synchronisierung unterschiedlicher Verlaufsgeschwindigkeiten, Trägermedien und Verbreitungstechniken im Gesamtrahmen des Nationalisierungsprozesses,
- die Rolle konkurrierender Gruppenerfahrungen und transnationaler Rezeption für die Dynamik der Nationalisierung sowie

---

12 R. Sprengel, *Kritik der Geopolitik. Der deutsche Diskurs 1914–1944*, Berlin 1996; M. Fahlbusch/M. Rössler/H.-D. Schultz, *Geographie und Nationalsozialismus. Drei Fallstudien zur Institution Geographie im Deutschen Reich und der Schweiz*, Kassel 1989. Vgl. auch G. H. Herb, *Under the map of Germany. Nationalism and propaganda 1918–1945*, London 1997; D. Dijink, *National identity and geopolitical visions. Maps of pride and pain*, London, New York 1996.

13 D. Gugerli/D. Speich, *Topographien der Nation. Politik, kartographische Ordnung und Landschaft im 19. Jahrhundert*, Zürich 2002; Ch. W. J. Withers, *Geography, science and national identity. Scotland since 1520*. Cambridge 2001; A. Paasi, *Territories, boundaries and consciousness. The changing geography of the Finnish-Russian border*, Chichester 1997.

14 D. Langewiesche, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*, München 2000, S. 31-33.



– das Problem einer möglichen Überbewertung der Kategorie Raum in der Analyse.

Was die Frage der Synchronisierung unterschiedlicher Verlaufsgeschwindigkeiten, Trägermedien und Verbreitungstechniken betrifft, wird zunächst eine Unterscheidung zwischen der infrastrukturell-technischen, der politisch-partizipatorischen und der konzeptionell-diskursiven Dimension von Nationalisierungsprozessen vorgeschlagen. Der infrastrukturell-technische Aspekt zielte auf die Förderung und Ausdifferenzierung von Wirtschaftsbeziehungen zwischen einzelnen Regionen eines Staates und war mit deren verkehrstechnischer Erschließung (v. a. durch Eisenbahnen) eng verbunden; er bedingte nicht nur eine gesteigerte Mobilität, sondern ging auch mit der Entwicklung und Verbreitung neuer Medien und Kommunikationsformen einher. Unter der politisch-partizipatorischen Dimension der Nationalisierung ist demgegenüber der Bereich der institutionellen Integration und der Art der Teilhabe von Gruppen und Individuen an der Herstellung einer „gesamtnationalen“ Politik zu verstehen; hier generierte das politische System über die Netzwerke von Parteien, Interessensverbänden, staatlichen Einrichtungen und sonstigen Vereinigungen einen zunehmend nationalen Kommunikationsraum, in dem die lokalen, die regionalen und die Akteure des Zentrums auch dann diskursiv aufeinander bezogen blieben, wenn sie partikuläre Interessen vertraten. Die ersten beiden Varianten wirkten sich selbst dann nationalisierend auf alle Lebensbereiche aus, wenn die dritte Komponente – ein explizit nationalisierendes Konzept oder eine solche Umsetzungspolitik – fehlte oder von der Bevölkerung nicht in diesem Sinne wahrgenommen wurde. Die dritte Dimension, die konzeptionell-diskursive, zielte daher auf Bewusstseinslagen und kollektive wie individuelle Identifikation; hier ergab sich die nationalisierende Wirkung vor allem über die Herstellung, Hierarchisierung und kommunikative Verfestigung gruppenübergreifender Raum-bilder, auf die Handlungen und Diskurse allgemein bezogen blieben.

Alle drei Spielarten der Nationalisierung bedingten einander, verliefen jedoch meist in durchaus unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Es erscheint daher lohnend, das zuvor beschriebene Verlaufsmodell der „Arbeit am nationalen Raum“ mit jener Entwicklung zu kontrastieren, die im jeweiligen Untersuchungsfall vorgefunden wurde, und dann in einem zweiten Schritt festzustellen, ob Abweichungen auch aus zeitgenössischer Sicht als Diskrepanzen eingestuft wurden und welche Handlungsaufforderungen daran geknüpft waren. Diese Analyse der Wahrnehmung eigener Erfolge oder Misserfolge würde es auch ermöglichen, den Blick für die Multioptionalität von Nationalisierungsbemühungen und für die damit verknüpften Phasenbrüche und Strategiewechsel zu schärfen. Außerdem bleibt zu fragen, wie Grup-

penwahrnehmungen und gruppenbezogene Kommunikation mit der zuvor beschriebenen umfassenden Nationalisierungserfahrung harmonisierten, bzw. inwieweit Rückkopplungs- und Reaktionsmechanismen richtungsgebende Komponenten im Verlauf der Nationalisierung darstellten. Anders gesagt sollte untersucht werden, ob und wie die innerhalb einer Bevölkerung oder Führungsschicht vorfindbaren *cleveages* – regionale, lokale, soziale, ökonomische, kulturelle, weltanschaulich-ideologische, bildungs- und milieubedingte und nicht zuletzt auch generationelle – auch als „Gruppenantworten“ fassbar werden, die sich durch eine eigene Dynamik auszeichneten. In diesem Zusammenhang wäre speziell auch auf die Rolle transnational strukturierter Kommunikationsformen und auf die Rezeption fremdnationaler Inhalte zu achten.

Insgesamt legen die noch offenen Fragen nahe, einen Vorschlag in Richtung einer alternativen Kartographie des Nationalisierungsprozesses zu formulieren. Diese hätte nicht nur, wie auch bisher, Sprachenverteilung, Dialektübergänge und ausgewählte regionale Charakteristika zu erfassen, sondern auch die Präsenzentwicklung für ausgewählte Medienformate und Organisationsformen abzubilden. Die drei Dimensionen des Nationalisierungsprozesses wären in Grenz- und Randregionen durch den stetigen Ausbau von Verkehrsnetzen, Genossenschaften, Kulturvereinen oder Parteien ebenso darstellbar wie die potentielle gesellschaftliche Reichweite kommunikativer Inhalte durch die Verbreitung programmatischer Zeitschriften, die die Nutzungsdichte von Bibliotheken oder das Auftauchen bestimmter Feiern von Nationalfesten. Vor allem an Regional- und Lokalstudien könnte dabei die konkurrierende „Erschließung“ von Räumen durch nationalisierende Netzwerkstrukturen im zeitlichen Verlauf deutlich gemacht werden.

Der Verweis auf die sozialdemokratische Vernetzungsarbeit oder auf Erscheinungsformen kosmopolitisch-urbaner Kultur zeigen jedoch ebenso deutlich, dass nicht jede Veränderung per se als integraler Bestandteil eines umfassenden Nationalisierungsprozesses aufgefasst werden kann. Denn wenn auch das Ergebnis einer Durchsetzung des nationalen Paradigmas aus heutiger Sicht unbestritten ist, birgt jede Fokussierung auf die territoriale Dimension des Nationalen auch die Gefahr in sich, die Kategorie Raum letztendlich zu überbewerten oder gar zu verabsolutieren. Damit würden nämlich all jene Faktoren vernachlässigt, die z. B. mit transnationaler Kommunikation, Rezeption und Migration eng verknüpft sind. Zentral ist es daher für eine ausgewogene Analyse der „Arbeit am nationalen Raum“, diese als räumlich determinierten und gleichzeitig auch kommunikativ-dynamischen Prozess zu begreifen, der sich auch durch einen bestimmten

Grad an Ortsungebundenheit auszeichnet und damit mögliche fremd- oder transnationale Alternativen immer in sich miteinschließt.

---

Daniel Mollenhauer

## Die Grenzen der Germanisierung. Identitätsentwürfe im Elsass um 1900

### I. Einleitung: ‚Germanisierung‘ in den Karikaturen Hansis

Von der „Arbeit am nationalen Raum“ in seiner elsässischen Heimat hatte der Maler und Karikaturist Jean Jacques Waltz, besser bekannt unter seinem Künstlernamen und politischen „nom de guerre“ Hansi, eine klare Vorstellung. In seinen zahlreichen Karikaturen, Alben und Illustrationen, die seit dem Erfolg seiner „Vogesenbilder“ und vor allem seines satirischen Romans „Professor Knatschké“ (1907/08) in rascher Folge erschienen, präsentierte er seinem elsässischen und französischen Publikum das Bild eines Kampfes zwischen romanisch-kehischer Zivilisation und germanischer Barbarei, der seit ewigen Zeiten am linken Ufer des Oberrheins tobe.<sup>1</sup> Nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 sei ein Heer von Germanisierern in das bis dahin glückliche und unter der französischen Herrschaft prosperierende Elsass eingefallen, an deren Spitze Hansi schon im „Professor Knatschké“ ein Trio aus preußischem Wachtmeister, Vogesen-Tourist und Schullehrer als Verbreiter der deutschen Kultur ausmachte. Wie sein Kollege aus Mülhausen (Mulhouse), Henri Zislin<sup>2</sup>, wurde Hansi nicht müde, den Widerstand seiner elsässischen Mitbürger gegen die badischen, bayerischen und vor allem preußischen Invasoren herauszustellen, die sich weder dem politischen Druck der neuen Herrscher beugten, noch deren materiellen Verlockungen erlagen. 40 Jahre Germanisierung waren vergeblich und ohne Wirkung geblieben:

---

1 Am bekanntesten (und einflussreichsten): *Œuvres choisies du Grand Savant Allemand et de sa fille Elsa*, Paris 1916 [1909]; *Histoire d'Alsace racontée aux petits enfants par l'Oncle Hansi*, Paris 1916 [1912]; *Mon village (ceux qui n'oublie pas)*, Paris 1913. Zu Hansi und seiner Wirkung im Elsass vgl. G. Bischoff, *Faut-il brûler Hansi?* in: *Saisons d'Alsace* N.S. 2 (1999), S. 22-43; J. Schroda, *HANSI (Jean-Jaques Waltz). Die Konstruktion der Grenze in der Karikatur*, in: M. Fludernik/H.-J. Gehrke (Hrsg.), *Grenzgänger zwischen Kulturen*, Würzburg 1999, S. 267-274. Eine neuere Monographie zu Hansi steht noch aus.

2 Vgl. *Sourires d'Alsace 1907-1914. 286 dessins satiriques de Zislin*, Nancy u. a. 1919. Zu Zislin vgl. auch B. Bruant, *Henri Zislin, dessinateur déchiré*, in: *Saisons d'Alsace* N.S. 1 (1998), S. 86-91.

„Seit vierzig Jahren hat sich in unserem Land nichts geändert. Zwei Völker, zwei Rassen leben hier nebeneinander, ohne sich jemals zu vermischen. Auf der einen Seite der Elsässer, stolz auf sein Erbe und seine alte Zivilisation, stark durch das erlittene Leid; auf der anderen Seite der laute und dunkelhafte Eindringling, der unter dem Vorwand der Germanisierung den ganzen Reichtum des Landes an sich reißen und der Bevölkerung seine Sitten, seine Sprache und alles, was seine ‚Kultur‘ ausmacht, aufzwingen will.“<sup>3</sup>

Dass die Wirklichkeit komplexer war, als es die brillant gezeichneten und von einem bösen und hintergründigen Humor geprägten Alben Hansis glauben machen, hat eine umfangreiche neuere Historiographie zur Geschichte der nationalen Problematik im Elsass deutlich herausgearbeitet. Der Souveränitätswechsel von 1871 und die folgende, vom Deutschen Reich ausgehende „Arbeit am nationalen Raum“ hat dazu geführt, dass in der Region zahlreiche Identitätswürfe konkurrierten. Dabei bildeten regionale und nationale Bezüge sowie Fragen der politischen Loyalität, kultureller Traditionen und religiöser Prägungen ein kompliziertes Beziehungsgeflecht, das für die Region bis weit in das 20. Jahrhundert prägend bleiben sollte.<sup>4</sup>

Im Folgenden sollen daher zunächst die Facetten der deutschen Germanisierungsbestrebungen zwischen 1871 und 1914<sup>5</sup> genauer bestimmt und an-

---

3 Hansi, *L'Histoire d'Alsace* (Anm. 1), S. 98 („Depuis quarante années, rien n'a changé dans notre pays. Deux peuples, deux races continuent d'y vivre séparément sans se mêler jamais. D'un côté l'Alsacien, fier de son patrimoine, de sa civilisation ancienne, fort surtout des souffrances endurées; de l'autre l'envahisseur, bruyant et plein de morgue, cherchant sous prétexte de germanisation à accaparer toutes les ressources du pays, à imposer ses mœurs, sa langue et tout ce qui constitue sa ‚Kultur‘.“).

4 Anregenfe Problemaufreisse aus der neuceren Literatur bieten S. Fisch, *Nation, ‚Heimat‘ und ‚petite patrie‘ im Elsass unter deutscher Herrschaft (1870/71–1918)*, in: M. Bellabarba u. a. (Hrsg.), *Territoriale Identität und politische Kultur in der Frühen Neuzeit*, Bologna/Berlin 1998, S. 359-373; P. Smith, *A la recherche d'une identité nationale en Alsace*, in: *Vingtième Siècle* 50 (1996), S. 23-35; C. Rauh-Kühne, *„Schmerzende Wunde“ oder Zone des Kulturaustauschs? Grenzkonstruktionen und Grenzkontakte im ‚Reichsland Elsass-Lothringen‘*, in: Dies./Th. Kühne (Hrsg.), *Raum und Geschichte, Leinfelden-Echterdingen 2001*, S. 159-171; Ch. Kohser-Spohn, *Der Traum vom gemeinsamen Europa. Autonomiebewegungen und Regionalismus im Elsass, 1870–1970*, in: Ph. Ther (Hrsg.), *Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Marburg 2003, S. 89-111.

5 Bewusst beschränkt sich die folgende Analyse auf die „Friedensjahre“ bis 1914, da der Weltkrieg, der das Elsass zum Kriegsschauplatz machte, die Rahmenbedingungen der „Germanisierung“ von Grund auf veränderte; vgl. J. Rossé u. a. (Hrsg.), *Das Elsass von 1870–1932*, Bd. 1, Colmar 1936, S. 177-468; P. Smith, *The Kiss of France: The Republic and the Alsations during the First World War*, in: P. Panayi (Hrsg.),

schließlich deren Auswirkungen auf Identitätskonstruktionen in der Region untersucht werden.



Les Allemands regardent l'Alsace de l'autre côté du Rhin.

Abb.: Die Germanen am anderen Rheinufer mit Blick auf das Elsass. Quelle: Hansi (Jean-Jacques Waltz, *L'Histoire d'Alsace racontée aux petits enfants par l'Oncle Hansi*, Paris 1995 [1912], S. 5).

## II. Rahmenbedingungen der „Arbeit am nationalen Raum“

Das Elsass, also die Region, die sich zwischen Oberrhein und Vogesenkamm auf etwa 200 km Länge zwischen Saarland und Rheinpfalz im Norden und der Schweiz im Süden erstreckt, bildete in administrativer Hinsicht seit 1789 die beiden französischen Départements Bas-Rhin (mit der Hauptstadt Strassburg [Strasbourg]) und Haut-Rhin (mit der Hauptstadt Colmar). Bis heute ist das Elsass eine vorwiegend ländliche Region, die zwar einzelne früh industrialisierte Zentren besaß (vor allem Mülhausen und Strassburg sowie einige Vogesentäler), jedoch in der Phase der Hochindustrialisierung keinen abrupten Industrialisierungsschub erlebte.<sup>6</sup> Die komplexen sozialen Gegensätze zwischen Arbeitern, Bürgern und Bauern, zwischen Stadt- und Landbevölkerung, zwischen reichen Weinbauern in der Übergangszone von Gebirge und Ebene, den Getreide- und Gemüsebauern im Rheintal und den Bewirtschaftern der Vogesenhänge waren nicht die einzigen möglichen Konfliktlinien, die die elsässische Gesellschaft durchzogen. Die Region war bilingual: Muttersprache der überwiegenden Mehrheit der Elsässer war im 19. Jahrhundert deutsch, bzw. genauer gesagt verschiedene Formen des alemannischen Dialekts, im Norden dagegen eine rheinfränkische Mundart. Durchgehend französischsprachig waren dagegen einige Gemeinden in den oberen Vogesentälern sowie das breite Tal der Bruche; zunehmend hatte sich das Französische auch in weiten Teilen der elsässischen Stadtbourgeoisie durchgesetzt. Und die Region war zudem plurikonfessionell: Sie war geprägt durch die konfliktreiche Koexistenz von Katholiken und Protestanten (Lutheraner im Norden, Reformierte im Süden) und die Präsenz einiger starker jüdischer Gemeinden.<sup>7</sup> Demographisch, sozialstrukturell, sprachlich und konfessionell unterschied sich die Region daher wesentlich vom angrenzenden Lothringen,

---

6 Zur Physiognomie des Elsass und der elsässischen Gesellschaft im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert vgl. die beiden großangelegten Sammelwerke der Zwischenkriegszeit J. Rossé u. a. (Hrsg.), *Das Elsass von 1870–1932*, 4 Bde., Colmar 1936–38 (katholisch-autonomistische Perspektive); G. Wolfram (Hrsg.), *Das Reichsland Elsass-Lothringen 1871–1918*, 3 Bde. in 4 Teilen, Frankfurt/M. 1931–1936 (Perspektive der deutschen Administration).

7 Vgl. jetzt A. Wahl, *Petites laines ordinaires. Histoire des conflits entre catholiques et protestants en Alsace, 1860–1940*, Strasbourg 2004. Es handelt sich um die Zusammenfassung der das Elsass betreffenden Abschnitte aus der früheren Arbeit Wahls *Confession et comportement dans les campagnes d'Alsace et de Bade (1871–1939)*, 2 Bde., Metz 1980. Zum elsässischen Judentum vgl. P. E. Hyman, *The Emancipation of the Jews of Alsace. Acculturation and Tradition in the Nineteenth Century*, New Haven/London 1991; V. Caron, *Between France and Germany: the Jews of Alsace-Lorraine, 1871–1918*, Stanford 1988.

mit dem sie zwischen 1871 und 1918 gemeinsam das sogenannte „Reichsland Elsass-Lothringen“ im Verband des Deutschen Reiches bildete.<sup>8</sup>

Seit der Französischen Revolution war das Elsass in wachsendem Maße in den Integrations- und Nationalisierungsprozess des französischen Staates eingebunden gewesen.<sup>9</sup> Dabei erwiesen sich die bürgerlichen Mittel- und Oberschichten der Region – städtisches Wirtschafts- und Bildungsbürgertum und ländliche Notabeln – als zuverlässige Agenten der nationalen (französischen) Bewegung in der lokalen Gemeinschaft.<sup>10</sup> Sie profitierten von den Chancen, die der französische Wirtschafts- und Verwaltungsraum bot, und sie begriffen, welches soziale Distinktionspotential in der kulturellen Assimilation – und das bedeutet zunächst: in der sprachlichen Assimilation – steckte: Teilhabe an der französischen (Mehrheits-) Kultur erwies sich bis weit ins 20. Jahrhundert hinein als ein treffliches Mittel der sozialen Grenzziehung und symbolisierte so beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg. In den Alltagserfahrungen der einfachen Landbevölkerung und der städtischen Unterschichten hingegen waren die Auswirkungen der „Französisierung“ noch kaum zu spüren. Ein vom Staat offen ausgeübter Nationalisierungsdruck, der sich desintegrierend auf die lokalen Gemeinschaften ausgewirkt hätte und Gegenreaktionen hätte provozieren können, wurde kaum wahrgenommen. Zwar bemühte sich die Pariser Schulbürokratie seit den 1850er Jahren verstärkt darum, das Französische als Unterrichtssprache von der Grundschule an zu etablieren, jedoch blieb die Umsetzung den entsprechenden Bestimmungen bis zum Kriegsausbruch mangelhaft.<sup>11</sup> Und auch diejenigen Intellektuellen und Geistlichen, die sich für eine Verteidigung der deutschen kulturellen und sprachlichen Traditionen des Elsass engagierten, betonten, dass dies eine positive Identifikation mit der französischen Nation und einen ausgeprägten französischen Patriotismus nicht ausschließe. „Mei-

---

8 Der lothringische Teil des „Reichslandes Elsass-Lothringen“ soll daher aus den folgenden Analysen ausgeklammert bleiben; zu diesem Landesteil vgl. F. Roth, *La Lorraine annexée. Etude sur la présidence lorraine dans l'Empire allemand*, Nancy 1976.

9 Vgl. den Überblick bei W. Kreutz, *Das Elsass zwischen Französischer Revolution und Reichsgründung (1789–1870)*, in: M. Erbe (Hrsg.), *Das Elsass. Historische Landschaft im Wandel der Zeiten*, Stuttgart 2000, S. 102–122; R. Marx, *L'Alsace de la Révolution à l'annexion, 1789 à 1871*, Wettolsheim 1978. Die Grenzen dieses Prozesses vor 1870 betont E. Weber, *Peasants into Frenchmen*, Stanford 1976.

10 Vgl. die Analyse von F. Kiener, *Die elsässische Bourgeoisie*, in: *Revue alsacienne illustrée* 11 (1909), S. 67–76; 103–112; daneben vor allem: *La bourgeoisie alsacienne. Etudes d'histoire sociale*, Strasbourg/Paris 1954.

11 Zu diesen Bemühungen vgl. S. Harp, *Learning to Be Loyal. Primary Schooling as Nation Building in Alsace and Lorraine, 1850–1940*, DeKalb 1998.



ne Leier ist deutsch, sie klingen von deutschen Gesängen; liebend den gallischen Hahn, treu ist, französisch mein Schwert“, so hatte Ehrenfried Stöber schon 1814 gedichtet, um deutsche Ansprüche auf die Region zurückzuweisen. In seiner monumentalen Studie zur Sprachenfrage im Elsass und in Lothringen hat der französische Historiker Paul Lévy zahlreiche weitere Belege für diese Haltung gesammelt, die darauf abzielte, in ähnlicher Weise zwischen einer politischen und einer kulturellen Nation zu unterscheiden.<sup>12</sup> Insgesamt ist festzustellen, dass die nationale Frage im Elsass vor 1870 nur eine untergeordnete Rolle spielte und kaum Konfliktpotenzial in sich barg: Lokale, soziale, vor allem aber konfessionelle Identitäten prägten die regionale Gesellschaft in weitaus stärkerem Maße.

Mit dem deutsch-französischen Krieg wurde dieser langsame, aber stetige Nationalisierungsprozess, der hier mit bewusst groben Strichen skizziert wurde, jäh unterbrochen, Französisierung wurde durch Germanisierung ersetzt. Die Rahmenbedingungen der „Arbeit am nationalen Raum“ hatten sich jedoch fundamental verändert. Dies betraf zunächst die Verhältnisse in der Region selbst. Denn es war unverkennbar, dass die Mehrheit der Bevölkerungen des Elsass und Lothringens den Nationalitätswechsel ablehnte und eine Fortführung der konsensualen Nationalisierung unter deutschen Vorzeichen unmöglich war. Indizien für diese Haltung gab es genug: von dem feierlichen Protest der elsässischen und lothringischen Abgeordneten der französischen Nationalversammlung gegen den Friedensvertrag am 1. März 1871 über die Agitation und Propaganda der von Mülhausen aus operierenden *Ligue d'Alsace* und die Verweigerung der Zusammenarbeit mit den neuen Machthabern bis hin zur Wahl sogenannter Protestkandidaten in sämtlichen Wahlkreisen des Reichslandes bei den Reichstagswahlen von 1874, den ersten deutschen Wahlen, an denen die elsässischen und lothringischen Bürger teilnehmen durften.<sup>13</sup> Auch die im Frankfurter Friedensvertrag vorgesehene Option in der Frage der Staatsbürgerschaft nahm in einigen Gebieten den Charakter eines Plebiszits für Frankreich an – vor allem im städtischen Milieu und mehr in Lothringen und im Ober-Elsass als im Unter-Elsass.<sup>14</sup>

12 P. Lévy, *Histoire linguistique d'Alsace et de Lorraine*, Bd. 2, Paris 1929 (das Zitat Stöbers S. 132).

13 Zum Protest gegen die Annexion vgl. Rossé u. a. (Hrsg.), *Das Elsass von 1870–1932*, Bd. 1, S. 58–83; H. Hiery, *Reichstagswahlen im Reichsland. Ein Beitrag zur Landesgeschichte von Elsass-Lothringen und zur Wahlgeschichte des Deutschen Reiches 1871–1918*, Düsseldorf 1986, S. 136–177.

14 Den Bewohnern der annektierten Gebiete war es erlaubt, durch Meldung bei deutschen oder französischen Behörden für eine Beibehaltung der französischen Staatsbürgerschaft zu „optieren“. Allerdings verlangten die deutschen Behörden, dass dieser Erklärung auch die tatsächliche Auswanderung zu folgen habe, weshalb

Wohl gab es vereinzelte protestantische Stimmen, die sich erfreut darüber zeigten, dass mit dem Souveränitätswechsel auch ein Wechsel der konfessionellen Kräfteverhältnisse zu erwarten war<sup>15</sup>, auf die Gesamtheit des Landes gesehen fielen diese jedoch kaum ins Gewicht. Auch wenn spätestens mit dem Aufkommen des Kulturkampfes konfessionelle Motive hinzutraten, bedeutete der Protest doch unmittelbar nach der Annexion vor allem ein Bekenntnis zur französischen Nation. Indem sie an dem für das französische Selbstverständnis zentralen politischen Nationsbegriff festhielten, konnten sich die Bewohner des Reichslandes so als eine nationale Minderheit im neuen Reich konstituieren.

Die zweite Veränderung betraf die Makro-Ebene der internationalen Politik bzw. konkret der deutsch-französischen Beziehungen. Diese hatten vor 1870 für das Verhältnis zwischen der Region und dem nationalisierenden Staat Frankreich kaum eine Rolle gespielt, trotz der in der deutschnationalen Publizistik jenseits des Rheins in regelmäßigen Abständen geäußerten Forderung nach einer Rückgewinnung der „verlorenen Provinzen“.<sup>16</sup> Dies änderte sich nun: Der deutsch-französische Antagonismus blieb bis 1918 (und darüber hinaus) ein Faktor, der das Verhältnis zwischen Nation und Region wenn nicht determinierte, so doch stets in starkem Maße beeinflusste. Auch wenn die neuere Forschung die lange angenommene Persistenz des Revanche-Wunsches in Frankreich inzwischen deutlich relativiert hat, blieb das Reichsland ein Zankapfel zwischen den beiden Nationalstaaten, der einer dauerhaften Verständigung im Weg stand.<sup>17</sup> Umgekehrt beeinflussten die deutsch-französischen Spannungen während der Septennats- und Boulangerkrise (1887–1890)<sup>18</sup> oder während der Marokkokrisen (1905/1911)<sup>19</sup> in

---

zahlreiche Optionen nach kurzer Zeit zurückgezogen wurden. Zu Umfang und geographischer Verteilung von Option und Emigration vgl. A. Wahl, *L'option et l'émigration des Alsaciens-Lorrains (1871–1872)*, Paris 1974.

- 15 Vgl. J.-C. Richez/A. Wahl, *L'Alsace entre France et Allemagne, 1850–1940*, Strasbourg 1995, S. 245.
- 16 Zu diesen Forderungen vgl. H. Fenske, *Eine westliche Grenzfrage? Das Rheinland, Elsass und Lothringen in der deutschen öffentlichen Meinung 1851–1866*, in: R. Poidevin/H.O. Sieburg (Hrsg.), *Deutsch-französische Beziehungen im Zeitalter des Second Empire*, Metz 1982, S. 137–160.
- 17 Vgl. zuletzt B. Joly, *La France et la Revanche, 1871–1914*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 46 (1999), S. 325–347; J. Schroda, *Der Mythos der ‚provinces perdues‘ in Frankreich*, in: M. Einfalt u. a. (Hrsg.), *Konstrukte nationaler Identität. Deutschland, Frankreich und Großbritannien (19. und 20. Jahrhundert)*, Würzburg 2002, S. 115–133.
- 18 Anfang 1887 begründete Bismarck seine Heeresvorlage („Septennatgesetz“) mit der Kriegsgefahr, die von der Popularität des französischen Kriegsministers Boulanger ausgehe. Dessen nach seiner Entlassung aus dem Amt einsetzende, sozialen Pro-

erheblichem Maße die deutsche Elsass-Politik und das Verhältnis zwischen Einheimischen und zugewanderten „Altdeutschen“.<sup>20</sup> Dies galt umso mehr, als im deutschen wie im französischen Elsass-Diskurs das Raisonnement um die nationale Zugehörigkeit der Region stets mit Überlegungen über den Gegensatz zwischen deutscher und französischer Kultur, deutschem oder französischem Charakter, deutscher und französischen Werten verbunden war.<sup>21</sup> Der deutsch-französische Antagonismus wurde nicht (nur) als ein Interessenkonflikt um territoriale Ansprüche verstanden, sondern darüber hinaus als ein Kulturkonflikt, als Auseinandersetzung zwischen „Germanentum“ auf der einen, „Romanentum“ auf der anderen Seite (so die deutsche Lesart), zwischen „lateinischer Zivilisation“ und „germanischer Barbarei“ (so die französische Variante). Gerade im deutsch-nationalen Diskurs wurde die „Arbeit am nationalen Raum“ in den annektierten Gebieten dadurch zu einer Art praktischer Beweisführung für die Richtigkeit der These von der Überlegenheit der angeblich jungen deutschen Nation gegenüber dem als dekadent wahrgenommenen Frankreich, die mit der Wiedergewinnung der in der Zeit der deutschen „Schwäche“ verloren gegangenen linksrheinischen Gebiete erste praktische Erfolge gezeitigt habe und sich nun bei der Re-Germanisierung der Gebiete erneut bestätigen müsse.

Es kann angesichts dieser Konstellation nicht verwundern, wenn in der deutschen Öffentlichkeit noch während des Krieges eine intensive und kontroverse Debatte um die Frage begann, wie nach der militärischen und politischen auch die ideelle Wiedergewinnung der elsässischen Bevölkerung erreicht werden könne.

Auch wenn die Meinungen über die konkrete Ausgestaltung der Integration auf verfassungsrechtlichem, ökonomischem, kulturellem und religiösem Gebiet divergierten, und auch wenn einige oppositionelle Stimmen für ein vorsichtiges Vorgehen in den annektierten Gebieten plädierten, bestand doch

---

test und nationalistische Stimmungen bündelnde Kampagne gegen die parlamentarische Republik sorgte dafür, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich bis 1890 gespannt blieben.

19 Zwischen 1905 und 1911 wurden die deutsch-französischen Beziehungen nachhaltig durch die Konkurrenz um die imperialistische Durchdringung Marokkos belastet, die in den beiden Marokkokrisen 1905 und 1911 kulminierte und beide Nationen bis an den Rand eines Krieges brachte.

20 Den besten Überblick bietet immer noch: J. Bariéty/R. Poidevin, Deutschland und Frankreich. Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975, München 1982.

21 Vgl. D. Mollenhauer, ‚Aufgepfropftes Franzosentum auf deutschem Stamm‘: Der elsässische Volkscharakter in der deutschen Elsass-Publizistik (1870–1918), in: P. Haslinger (Hrsg.), Regionale und nationale Identitäten. Wechselwirkungen und Spannungsfelder im Zeitalter moderner Staatlichkeit, Würzburg 2002, S. 95–112.

innerhalb der deutschen Öffentlichkeit ein weitgehender Konsens darüber, dass nur eine aktive und vor allem gezielte Politik die gewünschte „Germanisierung“ des Reichslandes erreichen könne: ‚Intentionale‘ Formen der Nationalisierung dominierten den Diskurs.

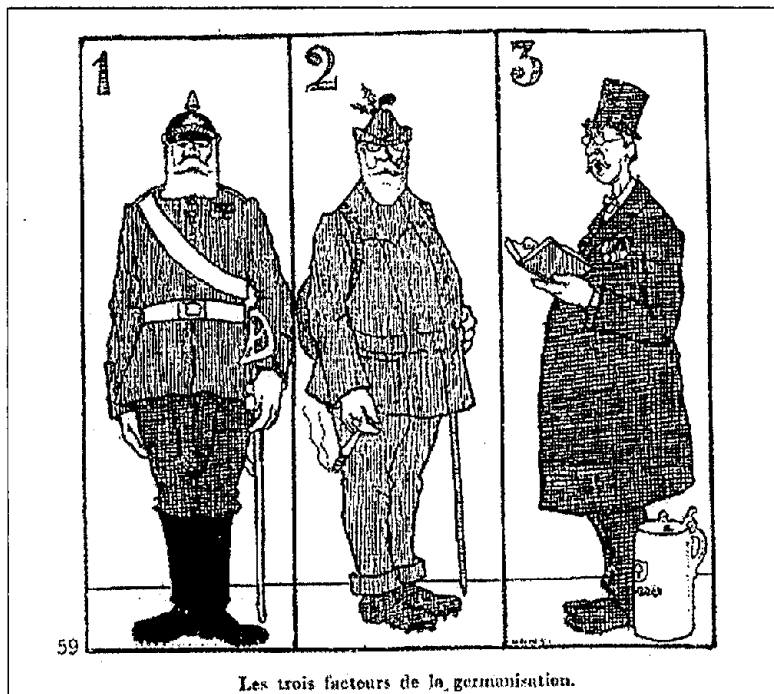


Abb.: Die drei Faktoren der „Germanisierung“. Quelle: Hansi (= Jean Jacques Waltz), Professor Knatschké, Strasbourg 2003 [1908], S. 71.

Dabei herrschte zunächst ein durchaus optimistischer Grundton vor. Heinrich von Treitschke erklärte in seiner Kriegsschrift „Was fordern wir von Frankreich“, „das starke Volksthum der Alemannen [werde] sicherlich bald wieder, von der fremdländischen Tünche befreit, seine echte deutsche Farbe zeigen“.<sup>22</sup> Auch Bismarck prognostizierte im Reichstag, man werde

22 H. von Treitschke, Was fordern wir von Frankreich? in: ders., 10 Jahre deutscher Kämpfe. Schriften zur Tagespolitik, Bd. 1: 1865–1870, 3. Aufl., Berlin 1897, S. 321–369, hier: S. 330.

den „Landsmann dort vielleicht in kürzerer Zeit gewinnen, als man jetzt erwartet“.<sup>23</sup> Metaphern, um die angenommene Oberflächlichkeit des französischen Einflusses auf den elsässischen „Volkscharakter“ zu beschreiben, gab es in diesem vielstimmigen, aber doch außerordentlich einheitlichen Diskurs viele: Letzterer sei nur mit „welschem Firnis“ überzogen, „welsch über-tüncht“ oder „fremdartig übersponnen“; deutscher Wesenskern habe sich mit französischer „äußerer Kultur“ verbunden, auf „deutschem Stamm“ gedeihe „aufgepfropftes Franzosentum“, der „deutsche Quell“, so wieder Treitschke, sei zwar verschlammt, aber nicht versiegt.<sup>24</sup>

Dem sprachnationalen Nationsbegriff entsprechend, der im deutschen nationalen Diskurs dominierte und als wesentliches Argument für die Annexion des Elsass gedient hatte, gestaltete sich auch zunächst die „Arbeit am nationalen Raum“ in der Region je nach sprachlich-ethnischer Konstellation äußerst unterschiedlich. Die wissenschaftliche Erforschung dieser Konstellation durch Sprach- und Heimatforscher, Historiker und Anthropologen stellte daher eine erste Vorarbeit der Nationalisierung des Raumes dar.<sup>25</sup> Während man allgemein erwartete, die als deutsch klassifizierten Elsässer relativ schnell in den deutschen Nationalverband integrieren zu können, verzichtete man darauf, bei den „welschen“ Bewohnern des Reichslandes auf die Übernahme einer national-deutschen Identität zu bestehen: Bei ihnen beschränkte man sich darauf, Loyalität gegenüber dem Staat sicherzustellen, ein Umstand, der die Sprach- und Schulpolitik in Elsass und Lothringen im Vergleich mit der in den polnischen Gebieten Preußens verfolgten Linie immer wieder als liberal erscheinen ließ.<sup>26</sup>

---

23 O. von Bismarck, *Gesammelte Werke*, Bd. 11, Berlin 1929, S. 169.

24 Nachweise bei Mollenhauer, ‚Augepfropftes Franzosentum‘ (Anm. 21). Umfassend zur deutschen Elsass-Lothringen-Publizistik im Umfeld des deutsch-französischen Krieges F. Bronner, 1870/71 - Elsass-Lothringen. Zeitgenössische Stimmen für und wider die Eingliederung in das Deutsche Reich, Frankfurt/M. 1970.

25 Vgl. den materialreichen Aufsatz von W. Haubrichs, *Der Krieg der Professoren. Sprachhistorische und sprachpolitische Argumentationen in der Auseinandersetzung um Elsass-Lothringen zwischen 1870 und 1918*, in: R. Marti (Hrsg.), *Sprachenpolitik in Grenzregionen, Saarbrücken 1996*, S. 213-249. Eine erste Bilanz dieser wissenschaftlichen Bemühungen um die Erfassung des Reichslandes bietet: *Das Reichsland Elsass-Lothringen. Landes- und Ortsbeschreibung*, hrsg. vom Statistischen Bureau des Ministeriums für Elsass-Lothringen, 3 Bde., Strassburg 1901-03.

26 So das Ergebnis der vergleichend angelegten Arbeit von E. Rimmel, *Sprachpolitik im Deutschen Kaiserreich vor 1914*, Frankfurt/M. 1996.

### III. „Entwelschung“ und „Germanisierung“

Angesichts des Fehlens einer einheimischen Elite, die die Sache der Nation in der Region hätte vertreten können, fungierten nach 1871 zunächst einmal die Immigranten – Militärs, Verwaltungs- und Justizbeamte, Lehrpersonal der Schulen und später der Universität, Angestellte der Post und der Eisenbahnen; in den Industriezentren auch Arbeiter – als Träger und Akteure der Nationalisierung.<sup>27</sup> Die Integration von „altelsässischer“ und „altdeutscher“ Bevölkerung war dabei je nach regional-konfessioneller Konstellation und sozialer Schichtung äußerst unterschiedlich; sie gestaltete sich relativ unproblematisch im Arbeiternilieu und in protestantischen Gebieten, schwieriger dagegen im Bürgertum. Auch in ländlichen katholischen Gebieten, wo die Zuwanderer meist als Repräsentanten der Staatsgewalt auftraten, stieß sie auf beträchtliche Schwierigkeiten.<sup>28</sup> Der Import deutscher Verwaltungspraktiken, deutscher Staatsgesinnung und deutscher Umgangsformen hatte besonders hier eine kontraproduktive Wirkung, auf die in der germanisierungskritischen Literatur immer wieder hingewiesen wurde. In dem Milieu der Immigranten entstand auch eine Infrastruktur deutsch-nationaler Institutionen, deren Ziel es war, mittelfristig über den engeren Kreis der zugewanderten „Altdeutschen“ hinaus in die elsässische Gesellschaft zu wirken und den Einfluss der frankophilen Bourgeoisie zurückzudrängen: Zeitungen und Zeitschriften, gesellige, kulturelle und politische Vereine.<sup>29</sup> Diese Versuche waren unterschiedlich erfolgreich: Eine Zeitung wie die nationalliberale *Straßburger Post* blieb bis 1918 das Organ der zugewanderten neuen Funktionseiliten; in anderen Bereichen hingegen – etwa bei den Kriegervereinen<sup>30</sup>

27 1875 lebten im Elsass 39.113 eingewanderte Deutsche; bis 1905 stieg ihre Zahl auf 128.162 an, vgl. F. Überfill, L'immigration allemande, in: Saisons d'Alsace 128 (1995), S. 63-71; A. Wahl, L'immigration allemande en Alsace-Lorraine (1871-1918). Un aperçu statistique, in: Recherches germaniques 3 (1973), S. 202-217.

28 Die erste profunde und quellengestützte Studie bietet jetzt auf Grundlage einer Untersuchung der Mischehen zwischen Elsässern und „Altdeutschen“ F. Überfill, La société strasbourgeoise entre France et Allemagne (1871 - 1924), Strasbourg, 2001.

29 Zur Presselandschaft im Elsass vgl. Das Elsass von 1870-1932 (Anm. 6), Bd. 3, 208-245; Matern Oswald, Die Entwicklung der Elsass-lothringischen Presse von 1870-1918, in: Das Reichsland Elsass-Lothringen (Anm. 6), Bd. 3, S. 227-240; Die Rolle der Zeitschriften untersucht M. Grunewald (Hrsg.), Le problème d'Alsace-Lorraine vu par les périodiques (1871-1914), Bern u. a. 1998.

30 Zu den Kriegervereinen vgl. J.-N. Starck, Militarisme et germanisation. Les Kriegervereine en Alsace, in: Chantiers historiques en Alsace 4 (2001), S. 221-243; zu ähnlichen Ergebnissen für Lothringen kommt: Lionel Metzler, Les Kriegervereine en Lorraine annexée de 1874 à 1914, in: Les associations en Lorraine (de 1871 à nos jours. Actes de la table-ronde), Metz 2000, S. 19-37.

– gelang es den ursprünglich gänzlich „altdeutschen“ Gründungen durchaus, unter Elsässern eine beachtliche Mitgliederschaft zu rekrutieren. Auch die SPD hat, ungeachtet ihrer Distanzierung von der Annexion und ihrer anhaltenden Kritik an der Regierungspolitik im Elsass, in diesem Sinne im Reichsland nationalisierend gewirkt, indem sie „Altdeutsche“ und Elsässer in einer gemeinsamen, nichtswweit operierenden Organisation zusammenfasste.<sup>31</sup>

Dem Staat fiel beim Projekt der Re-Germanisierung des Elsass allerdings die zentrale Rolle zu: Er unterstützte einerseits die gesellschaftlichen Germanisierungsbestrebungen durch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen (Pressezensur bzw. -subventionierung; rechtliche, finanzielle und logistische Unterstützung des deutschen Vereinswesens) und setzte andererseits die ihm zur Verfügung stehenden Instrumente ein, um selbst die Wiedergewinnung der Elsässer für das „Deutschtum“ zu fördern. Die „Arbeit am nationalen Raum“ bewegte sich dabei in drei Richtungen: Als „Entwelschung“ bedeutete sie zunächst die Zurückdrängung der französischen Kultur aus dem öffentlichen Leben. Loyalitätsbekundungen zu Frankreich durch die Zurschaustellung von Symbolen, die vor den deutschen Behörden als französisch eingestuft wurden, riefen vor allem in Spannungszeiten repressive Reaktionen des Staatsapparats hervor.<sup>32</sup> In erster Linie schlug sich dies in einer restriktiven Sprachpolitik nieder, die in den als deutschsprachig klassifizierten Kommunen des Elsass (also der überwiegenden Mehrheit) darin bestand, das Französische strikt auf den Status einer gewöhnlichen Fremdsprache zu reduzieren, also vor allem aus den Volksschulen, aber auch aus der öffentlichen Verwaltung, der Justiz und der Kommunalpolitik gänzlich zu verbannen (Geschäftssprachengesetz vom 31. März 1872).<sup>33</sup> Auch hier sorgte mitunter eine kleinliche Auslegung der Bestimmungen – zum Beispiel

---

31 Zur SPD vgl. immer noch H. D. Soell, *Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung im Reichsland Elsass-Lothringen 1871–1918*, Diss. Heidelberg 1963; H.-U. Wehler, *Die deutsche Sozialdemokratie und die Elsass-lothringische Frage*, in: ders., *Sozialdemokratie und Nationalstaat. Nationalitätenfragen in Deutschland 1840–1914*, 2. Aufl. Göttingen 1971, S. 52–85.

32 Beispiele bei Fisch, *Nation, ‚Heimat‘ und ‚petite patrie‘* (Anm. 4), S. 366/67.

33 Zur Sprachpolitik vgl. neben den Arbeiten von Lévy, *Histoire linguistique* (Anm. 12) und Harp, *Learning to Be Loyal* (Anm. 11) und Rimmel, *Sprachpolitik* (Anm. 26) (zu Elsass-Lothringen S. 49–82): B. Trouillet, *Das Elsass – Grenzland in Europa. Sprachen und Identitäten im Wandel*, Köln 1997; G. Woytt, *Kultur- und Sprachpolitik in Elsass-Lothringen während der Reichslandzeit (1871–1918)*, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 139, 1991, S. 389–402.

in der Frage der Vornamen – für erhebliche Unruhe in der lokalen Gemeinschaft und Unmut gegenüber der deutschen Beamtenschaft.<sup>34</sup>

Daneben bemühte man sich, den während der französischen Herrschaft verlorengegangenen Anschluss des Elsass an die zur Nationalkultur stilisierten deutsche Hochkultur zu fördern. Eine zentrale Rolle kam dabei der Gründung der Strassburger Kaiser-Wilhelms-Universität zu: Sie sollte nicht nur ein Symbol des Wohlwollens der Reichsregierung für die annektierten Provinzen sein und als Ort der Ausbildungs- und Sozialisation einer zukünftigen deutsch-elsässischen Elite dienen, sondern gleichzeitig die Bevölkerung des Reichslandes mit den Errungenschaften einer „deutschen“ Wissenschaft vertrat machen.<sup>35</sup> Staatliche Nationalisierungsbestrebungen schlugen sich auch in der Gestaltung der öffentlichen Räume nieder. Auch wenn man weitgehend darauf verzichtete, den deutschen Anspruch auf das Elsass in repräsentativen Denkmälern darzustellen, und auch keinen Bildersturm auf französische Monumente veranstaltete<sup>36</sup>, so boten die diversen Stadtentwicklungsprojekte und der Ausbau der Infrastruktur im Land doch genügend Gelegenheit, das Reichsland auch architektonisch und visuell erfassbar zu (re-)germanisieren.<sup>37</sup> Glanzstück der deutschen Bautätigkeit – französische Architekten waren meist offiziell von den Ausschreibungsverfahren ausgeschlossen – war die unmittelbar nach der Annexion begonnene Erschließung der Strassburger Neustadt mit den drei Kernpunkten des Kaiserplatzes, der Universität und des Bahnhofes. Aber auch außerhalb der Hauptstadt des Reichslandes bot der Neubau von Verwaltungs- und Justizgebäuden, Postämtern, Bahnhöfen, Kasernen und Kirchen den deutschen Behörden die Möglichkeit, die architektonische „Französisierung“ des Elsass zu stoppen und „deutsche“ Formgebung im Reichsland zu propagieren. Bei all diesen Bauvorhaben war das nationale Argument neben funktionalen und rein äs-

34 Beispiele bei Lévy, *Histoire linguistique* (Anm. 12), S. 365-374.

35 Zur Universitätsgründung J. E. Craig, *Scholarship and Nation Building. The Universities of Strasbourg and Alsatian Society, 1870–1939*, Chicago/London 1984; Ludwig Dehio, *Die Kaiser-Wilhelm-Universität Straßburg*, in: *Das Reichsland Elsass-Lothringen* (Anm. 6), Bd. 3, S. 1-30.

36 Dies betont S. Fisch, *Das Elsass im Deutschen Kaiserreich (1870/71–1918)*, in: M. Erbe (Hrsg.), *Das Elsass* (Anm. 9), S. 123-146, hier: S. 142/43.

37 Zur öffentlichen Bautätigkeit im Reichsland vgl. jetzt N. Wilcken, *Architektur im Grenzraum. Das öffentliche Bauwesen in Elsass-Lothringen 1871–1918*, Saarbrücken 2000. Zur Strassburger Neustadt umfassend K. Nohlen, *Baupolitik im Reichsland Elsass-Lothringen. Die repräsentativen Staatsbauten um den ehemaligen Kaiserplatz in Straßburg*, Berlin 1982, sowie A. Maas, *Stadtplanung und Öffentlichkeit in Straßburg (1870–1918/25). Vom Nationalbewusstsein zur regionalen Identität städtischer Interessengruppen*, in: Dies./Ch. Cornelißen/S. Fisch, *Grenzstadt Straßburg*, St. Ingbert 1997, S. 205-275.



thetischen Gesichtspunkten stets ein wesentlicher Bestandteil der Debatten um Gestaltung und Ausführung – auch wenn die Ergebnisse durchaus divergierten und sich ein einheitlicher „Reichsland-Stil“ nicht ausmachen lässt, wie jüngst Niels Wilcken in der ersten umfassenden Analyse der öffentlichen Bautätigkeit in Elsass-Lothringen nachgewiesen hat. Eine „Germanisierung“ der Architektr bedeutete ebenfalls zunächst „Entwelschung“, d.h. die Abkehr von der bisher für staatliche Repräsentations- und Zweckbauten üblichen klassizistischen Bauweise. Positive deutsche Akzente konnten demgegenüber durch den Rückgriff auf die als typisch deutsch geltenden Baustile der Gotik und der „deutschen“ Renaissance und durch die Ausstattung der Bauwerke mit Inschriften, Figuren- und Bildprogrammen gesetzt werden.

Schließlich erhoffte man sich eine nationalisierende Wirkung von der Förderung der elsässischen Regionalkultur, dem sogenannten elsässischen Partikularismus. Bismarck hatte schon 1871 im Reichstag erläutert, dieser sei „der Baugrund, auf dem wir meines Erachtens mit dem Fundamente zu beginnen haben werden (...). Je mehr sich die Bewohner des Elsass als Elsässer fühlen werden, umso mehr werden sie das Franzosenthum abthun. Fühlen sie sich erst vollständig als Elsässer, so sind sie zu logisch, um sieht nicht gleichzeitig als Deutsche zu fühlen.“<sup>38</sup> Die Formulierung und Förderung eines regionalen Bewusstseins, so die Überlegung, werde die Elsässer zwangsläufig dazu führen, den Zusammenhang und die „Verwandtschaft“ zwischen der elsässischen Heimat und der deutschen Nation zu erkennen; Sprache, Geschichte, die verschiedenen Facetten der elsässischen Volkskultur, ja selbst die Natur verwiesen letztlich auf den deutschen Charakter der Grenzregion, so die weit verbreitete Überzeugung, und müssten in der Bevölkerung den tiefen Graben erkennen lassen, der sie von der französischen Nation trenne.

Tatsächlich lassen sich zahlreiche Initiativen erkennen, mit denen sowohl die deutschen Behörden, als auch die eingewanderten Altdeutschen in den Jahren nach der Annexion die regionale Kultur zu fördern und die Erforschung elsässischer Traditionen voranzutreiben versuchten: So wurde bereits 1872 auf Anregung eines zugewanderten Landgerichtsrates der *Vogesenclub* gegründet, der sich nicht nur der Förderung des Vogesentourismus und der Erschließung des Gebirges für den erholungsbedürftigen Großstädter widmete, sondern bis 1918 mit einer Vielzahl von im weitesten Sinne „heimatkundlichen“ Aktivitäten hervortrat, zu denen seit 1884 auch die Herausgabe des *Jahrbuchs für Geschichte, Sprache und Litteratur Elsass-Lothringens*

---

38 Bismarck, Gesammelte Werke Bd. 11 (Anm. 23), S. 177.

gehörte.<sup>39</sup> Parallel zur Entwicklung des Vogesenclubs entstand nach 1871 ein dichtes Netz an wissenschaftlichen Vereinigungen. Geschichtsvereine – zusammengefasst 1912 im *Verband der elsässischen Geschichts- und Altertumsvereine* – widmeten sich der Sicherung von historischen Überresten, der Erschließung von Quellen und der Erforschung der lokalen und regionalen Geschichte.<sup>40</sup> Im Vordergrund standen dabei meist, wie nicht anders zu erwarten, die beiden Perioden, die als Höhepunkte in der Geschichte des deutschen Elsass angesehen wurden, nämlich einerseits die kulturelle Blüte des Landes im Humanismus und während der Reformation, andererseits das Hochmittelalter, als dessen sichtbarstes Symbol Wilhelm II. zwischen 1899 und 1908 die Hoh-Koenigsburg bei Schlettstadt restaurieren ließ.<sup>41</sup> Andere Vereine verschrieben sich, wie der *Alsabund* mit seiner Zeitschrift *Erwinia*, der Förderung der regionalen Literatur oder wurden, wie die *Gesellschaft für elsässische Literatur*, eher auf literaturhistorischem Gebiet tätig.<sup>42</sup> Die Dialektforschung erlebte ebenso einen Aufschwung wie die Trachtenkunde und die Erforschung anderer Manifestationen der Volkskultur.<sup>43</sup>

---

39 Zum Vogesenclub vgl. Hans Luthmer, Der Vogesenclub von 1872–1918, in: Das Reichsland Elsass-Lothringen (Anm. 6), Bd. 3, S. 499-512; Lionel Metzler, Das Jahrbuch für Geschichte, Sprache und Litteratur Elsass-Lothringens et le problème d'Alsace-Lorraine de 1884 à 1914, in: Grunewald (Hrsg.), Le problème d'Alsace-Lorraine (Anm. 29), S. 395-412.

40 Vgl. Das Elsass von 1870–1932 (Anm. 6), Bd. 3, S. 156-207 (Kapitel „Die heimatische Forschung“); G. Wolfram, Die wissenschaftlichen Vereine in Elsass-Lothringen von 1871–1918, in: Das Reichsland Elsass-Lothringen (Anm. 6), Bd. 3, S. 113-139; Wolframs Beiträge im selben Band zu den Bibliotheken (S. 31-58) und zu den Archiven (S. 59-72) stellen ebenfalls den Beitrag des Staates und der eingewanderten Altdeutschen bei der Pflege des regionalen Erbes heraus.

41 Zur Hoh-Koenigsburg vgl. W. Speitkamp, Vom deutschen Nationaldenkmal zum französischen Erinnerungsort: Die Hohkönigsburg im Elsass, in: E. François u. a. (Hrsg.), Marianne – Germania: Deutsch-französischer Kulturtransfer im europäischen Kontext, 1789–1914, Bd. 1, Leipzig 1998, S. 207-229; Wilcken, Architektur im Grenzraum (Anm. 37), S. 332-342; K. Pöschel/J. Ficker, Der Hohkönigsburg-Verein 1904–1918, in: Das Reichsland Elsass-Lothringen (Anm. 6), Bd. 3, S. 513-526.

42 Vgl. F. Schulz, Das literarische Leben in Elsass-Lothringen, in: Das Reichsland Elsass-Lothringen (Anm. 6), Bd. 3, S. 139-206.

43 Vgl. dazu G. Riederer, Zwischen ‚Kilbe‘, ‚Coiffe‘ und Kaisergeburtstag. Die Schwierigkeiten nationaler und regionaler Identitätsstiftung in Elsass-Lothringen (1870–1918), in: M.G. Müller (Hrsg.), Die Nationalisierung der Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identitäten in Grenzregionen, Marburg 2002, S. 109-136.

#### IV. Konkurrierende Regionskonzepte

Die eingewanderten Wissenschaftler, Bürokraten und Amateure, die versuchten, den elsässischen Partikularismus zu fördern, waren jedoch nicht die einzigen, die sich in der Auseinandersetzung um die Loyalität der reichsländischen Bevölkerung aus dem Arsenal regionalistischer Argumentationsstrategien bedienten. In Frankreich war um die Jahrhundertwende eine der deutschen Heimatbewegung vergleichbare Neubewertung des Regionalen im nationalen Diskurs zu beobachten, in deren Folge sich auch eine neue, reichhaltige Elsass-Literatur, eine Neuentdeckung elsässischer Geschichte, Folklore, Volkskunst usw. entwickelte.<sup>44</sup> Hier wurde, maßgeblich formuliert von dem nationalistischen Schriftsteller und Politiker Maurice Barrès in seinem Roman „Au service de l'Allemagne“ (1905), eine entgegengesetzte Deutung des elsässischen Regionalismus vorgeschlagen: Dieser sei die notwendige Camouflage der unerschütterlichen Treue, welche die Bewohner des Reichslandes weiterhin der französischen Nation hielten; elsässisches regionales Bewusstsein sei daher die letzte Bastion, die ein Vordringen der Germanisierung verhindere.

Auch im Elsass selbst wurde der Bezug auf die Region seit dem Beginn der 1890er Jahre zunehmend als eine Alternative zur reinen Protest- und Verweigerungshaltung der ersten Nachkriegsjahre wahrgenommen, was sich politisch in der Forderung nach einer weitreichenden Autonomie des Reichslandes und der politischen Gleichberechtigung der annektierten Gebiete mit den übrigen Bundesstaaten des Reiches ausdrückte.<sup>45</sup> Erst jetzt begann sich ein elsässisches Regionalbewusstsein jenseits von konfessionellen und lokalen Identitäten zu konstituieren. Die Entstehung der zweisprachigen *Illustrirten Elsassischen Rundschau* (*Revue Alsacienne Illustrée*) durch Anselme Laugel und Charles Spindler im Jahre 1898 stellte in diesem Prozess der Entdeckung (im Sinne einer „invention of tradition“) der elsässischen Regionalkultur ein Schlüsseldatum dar: „Avec la Revue Alsacienne Illustrée,

44 Vgl. G. Bischoff, L'invention de l'Alsace, in: Saisons d'Alsace 119 (1993), S. 35-69; J. Schroda, Regionalbewusstsein und nationale Propaganda im französischsprachigen Elsass-Roman von 1870 bis 1914, in: Haslinger (Hrsg.), Regionale und nationale Identitäten (Anm. 21), S. 71-93; zu Barrès' Nationalismus existiert eine umfangreiche Literatur, zuletzt W. Bendrath, Ich, Region, Nation. Maurice Barrès im französischen Identitätsdiskurs seiner Zeit, Tübingen 2003; allgemein zur Entdeckung der Region in Frankreich vgl. A.-M. Thiesse, *Ecrire la France: Le mouvement littéraire régionaliste en langue française entre la Belle Epoque et la Libération*, Paris 1991.

45 Zu der Forderung nach Autonomie und Gleichberechtigung, die 1911 in der neuen Verfassung des Reichslandes teilweise verwirklicht wurde, vgl. J.-M. Mayeur, *Autonomie et politique en Alsace. La Constitution de 1911*, Paris 1970.

s'invente l'Alsace du XXe siècle" (J.-C. Richez).<sup>46</sup> Die Gründung des ganz auf das Dialekttheater spezialisierten *Elsässischen Theaters* in Strassburg im gleichen Jahr, die Einrichtung des privaten *Elsässischen Museums* fünf Jahre später waren weitere Etappen bei der Herausbildung eines neuen regionalen Selbstbewusstseins.

Der Rückbezug auf die Heimat schien eine Möglichkeit zu bieten, der fatalen Alternative zwischen der Nation, der man nicht angehören will, und der Nation, der man nicht (mehr) angehören darf und von der die Erinnerungen immer blasser werden, zu entkommen. Gewiss ist die Entstehung der elsässischen Heimatbewegung um die Jahrhundertwende auch im Zusammenhang mit vergleichbaren Tendenzen in anderen Gebieten des Reiches zu sehen – sie war wie diese *auch* eine Reaktion auf Industrialisierung, Urbanisierung, kurz die Moderne. Nirgendwo sonst jedoch waren diese so eng mit Fragen nationaler Identität verknüpft und in so hohem Maße politisiert wie im Elsass. Die Stücke des Heimatmalers und Dialektdieners Gustave Stoskopf, dessen „D'r Herr Maire“ der erste große Publikumserfolg im *Elsässischen Theater* war, erlauben Rückschlüsse auf die Konturen dieses elsässischen Partikularismus.<sup>47</sup> Franzosan und „Alcdeutsche“ werden hier gleichermaßen als Außenseiter der regionalen Gesellschaft porträtiert, ohne dass sie dabei als prinzipiell böse erscheinen. Negativ ist vor allem derjenige Deutsche gezeichnet, der als Germanisierer auftritt. Aber der in Paris lebende, sich französische Raffinesse und weltmännisches Gehabe mühsam (und erfolglos) aneignende Onkel, der dem bäuerlichen „Millionenerben“ im gleichnamigen Stück feine Pariser Manieren beibringen will, erscheint im elsässischen Dorf genauso lächerlich und fehl am Platz wie der altdeutsche Dr. Freundlich, der in „D'r Herr Maire“ vor allem deshalb um die Hand der Bürgermeisterochter anhält, weil er dadurch den Quellen für sein geplantes elsässisches Dialektlexikon näherkommen will. Pläne von opportunistischen Karrieristen, auf Kollaboration mit ‚denen da draußen‘ zu setzen, erweisen sich stets als zum Scheitern verurteilt, die Auflösung der diversen Konfliktsituationen ge-

---

46 Vgl. J.-C. Richez, *La Revue Alsacienne Illustrée, 1898–1914. L'Alsace revue et inventée*, in: *Saisons d'Alsace* 119 (1993), S. 83–93 (Zitat S. 85); S. Orzechowski, *La Revue Alsacienne Illustrée (1898–1914). L'art, paraevent de lutte contre la germanisation*, in: Grunewald (Hrsg.), *Le problème de l'Alsace-Lorraine* (Anm. 29), S. 413–432;

47 Zu Stoskopf und dem Elsässischen Theater vgl. B. von Hülsen, *Szenenwechsel im Elsass. Theater und Gesellschaft in Straßburg zwischen Deutschland und Frankreich 1890–1944*, Leipzig 2003; ders., *Heimat ohne Nation. Das Elsässische Theater im Deutschen Kaiserreich*, in: *Francia* 30 (2003/3), S. 27–49; James Wilkinson, *The Uses of Popular Culture by Rival Elites: The Case of Alsace, 1890–1914*, in: *History of European Ideas* 11 (1989), S. 605–618.

schiebt schließlich immer (meist durch eine Hochzeit) innerhalb der regionalen Gemeinschaft.<sup>48</sup> Bernhard von Hülsen hat in seiner Studie zum Elsässischen Theater auf die Vieldeutigkeit des Phänomens hingewiesen, das sowohl in Paris wie in Berlin erfolgreiche Gastspiele geben konnte, elsässisches und altdeutsches Publikum gleichermaßen in seinen Bann zog und – je nach Blickwinkel – letztendlich sowohl als Faktor der Germanisierung des Elsass wie als Akt des Widerstandes gegen diese interpretiert werden konnte.<sup>49</sup>

In der Tat war dieser elsässische Regionalismus in seinen nationalen Bezügen ausgesprochen komplex und vielfgestaltig. Die Kohärenz der Protestbewegung der ersten Nachkriegszeit, das weitgehend einmütige Selbstverständnis als nationale Minderheit mit mehr oder weniger offen formulierten separatistischen Ambitionen, war weitgehend zerbrochen. Eine Vielzahl von Konzepten über das Verhältnis von Nation und Region konkurrierte nun innerhalb des Reichslandes.

Wenigstens vier Spielarten des elsässischen Regionalismus lassen sich unterscheiden: Eine erste, stark vertreten vor allem im ländlich-katholischen Milieu, ließe sich als sozialkonservativer Provinzialismus bezeichnen: Hier ging es vor allem um eine Verteidigung der Region gegen Einflüsse von außen (erkennbar in der oft geäußerten Forderung „Das Elsass den Elsässern“), einen Rückzug auf das Kleineräumige und die Konzentration auf Nahbeziehungen; Loyalität zum Staat wurde zwar akzeptiert, im Vordergrund aber stand das Eigene, das in dieser Variante des regionalen Diskurses auch schon einmal als „elsässische Nation“ bezeichnet werden konnte.<sup>50</sup> Eine zweite Variante, vor dem Ersten Weltkrieg etwa in der literarischen Bewegung des „jüngsten Elsass“ und in der (kurzlebigen) Zeitschrift *Der Stürmer* um den Dichter René Schickele beheimatet, betonte ebenfalls das „Elsässertum“ als eine Alternative zur Nation, aber jetzt nicht mehr in einer konservativen und provinziellen, sondern in einer betont modernen, eher auf die Überwindung des Nationalen ausgerichteten Perspektive. Das Elsass wird hier als Binde-

48 Die wichtigsten und für das Verhältnis von eingesessenen und eingewanderten Elsässern, Franzosen und Deutschen ergiebigsten Stücke Stoskopsfs sind neben D'r Herr Maire (1899) D'Millionepartie (1902), E Demonstration (1903), D'r verbottene Fahne (1904), D'r Hoflieferant (1906), In's Ropfer's Apotheke (1907).

49 von Hülsen, Szenenwechsel (Anm. 47), S. 115-139.

50 Es war bezeichnend, dass die elsässischen Katholiken trotz vielfältiger Beziehungen zum katholischen Milieu des Reiches nie den Anschluss an das Zentrum vollzogen. Zum elsässischen Katholizismus vgl. Ch. Baechler, *Le parti catholique alsacien 1890-1939*, Strasbourg 1982; eine Begründung der elsässischen „nationalen“ Eigenständigkeit bietet Ch. Laugel, *L'idée de patrie en Alsace*, in: *Revue politique et parlementaire* 57 (1908), S. 245-271.

glied zwischen zwei großen europäischen Nationen verstanden, wobei gerade diese umstrittene Grenzregion dazu berufen sei, an der Überwindung der Gegensätze in einem imaginierten „Europa“ zu arbeiten.<sup>51</sup> In diesem Geiste engagierten sich viele Elsässer in den letzten Vorkriegsjahren für eine deutsch-französische Verständigung.<sup>52</sup> Der Schriftsteller Otto Flake, ein „Altdeutscher“ der zweiten Generation aus dem intellektuellen Umfeld Schickeles, schrieb in einem viel beachteten Aufsatz mit dem Titel „Elsässertum“, die Elsässer mit ihrer von Frankreich geprägten, demokratischen Tradition seien dazu berufen, „Deutschland die moderne Freiheit zu geben“.<sup>53</sup> Eine dritte Variante schließlich stellt der frankophile Regionalismus dar, für den der Bezug auf die Region in erster Linie ein Ersatz für die nicht mehr realisierbare französische Identität und ein Instrument der Verteidigung gegen die Germanisierung der Region bedeutete und deren Vertreter – der Straßburger Arzt Pierre Bucher, der katholische Abbé Emile Wetterlé, die Brüder Dollinger, Gründer des Elsässischen Museums in Straßburg – enge Beziehungen zu den französischen oder den emigrierten elsässischen Regionalisten in Paris pflegten.<sup>54</sup> Das langfristige Ziel war dabei umstritten: Ging es den einen vor allem um die Bewahrung des kulturellen Erbes aus der französischen Zeit des Elsass, hielten die anderen an einer letztlich separatistischen Ausrichtung fest – auch wenn die Forderung nach einer Rückkehr der „verlorenen Provinzen“ zu Frankreich nie ausgesprochen wurde. Die politische Beileugung dieser Spielart des elsässischen Regionalismus war jedoch gering: Die große Mehrheit der Elsässer sah keinen Widerspruch zwischen der Betonung einer spezifisch elsässischen Identität und der Loyalität zu einem deutschen Nationalstaat.

---

51 Zu René Schickeles Elsass-Deutungen sind seit den 1980er Jahren zahlreiche Studien erschienen, vgl. zuletzt S. Woltersdorff, *Chronik einer Traumlandschaft. Elsassmodelle in Prosatexten von René Schickele, 1899–1932*, Bern u. a. 2000; A. Finck, *René Schickele, Strasbourg 1999*; E. Robertson, *Writing Between the Lines. René Schickele, 'Citoyen français, deutscher Dichter' (1883–1940)*, Amsterdam, Atlanta 1995. Immer noch wertvoll bleibt Ch. Fichter, *René Schickele et l'Alsace jusqu'en 1914*, Obernai 1980.

52 Vgl. Ph. Alexandre, *Pazifismus und Friedensdiskussion in den protestantischen Kreisen des Elsass am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 14 (2001), S. 421–441.

53 Der Aufsatz war zuerst 1910 in der *Revue Alsacienne Illustrée* erschienen; wiederabgedruckt mit anderen Elsass-Texten in: O. Flake, *Ein Leben am Oberrhein. Essays und Reiseskizzen aus dem Elsass und aus Baden, Frankfurt/M. 1987*, S. 150–156, Zitat S. 156.

54 Zu Bucher, *Modell des Protagonisten in Barrès' „Au service de l'Allemagne“*, vgl. jetzt G. Loth, *Un rêve de France. Pierre Bucher, une passion française au cœur de l'Alsace allemande*, Strasbourg 2000.

In einem Punkt waren sich die drei bisher genannten elsässischen Regionalisten einig: Sie weigerten sich strikt, das französische Erbe in der elsässischen Kultur als minderwertig oder fremd zu betrachten. Es war daher nur konsequent, dass sich die *Revue Alsacienne Illustrée* auch (wenn nicht besonders) der Pflege der „französischen“ Elemente in den elsässischen Traditionen widmete, während das „Elsässische Museum“ nicht nur Objekte aus der deutschen Geschichte der Region, sondern auch solche aus der Zeit der französischen Herrschaft sammelte. Und ebenso konsequent war es, dass der etwas einfältige Veteran der napoleonischen Armeen, der in Stoskopfs Stück „In's Ropfers Apotheke“ stets voll Nostalgie von seinen Begegnungen mit Napoleon III. erzählt, als ein Sympathieträger erscheint. Als Teil des französischen Erbes verteidigten die elsässischen Regionalisten auch die französische Sprache im Land, obwohl diese nicht die Muttersprache der meisten Elsässer darstellte: Zu ihren zentralen politischen Forderungen zählte nicht ohne Grund die Wiedereinführung des Französischunterrichtes in den Volksschulen der deutschsprachigen Gebiete.<sup>55</sup>

Aus deutsch-nationaler Perspektive dagegen konnte diese regionale Mischkultur keinerlei Wert beanspruchen: Nationale Kulturen wurden als sich grundsätzlich ausschließend gedacht; regionale („Stammes“-) Kulturen konnten daher stets nur Teil einer nationalen Kultur sein. Entsprechend wurde die von den Elsässern reklamierte Zweisprachigkeit nicht nur als gefährlich für den Erfolg der Germanisierungsanstrengungen angesehen, sondern auch für eine allgemeine „Verflachung“ der elsässischen Kultur verantwortlich gemacht: So schrieb, eine Stimme in einem vielstimmigen Konzert, der Jenaer Pädagoge Wilhelm Rein 1906: „Noch nie hat in der Geschichte der Menschheit ein Volk Großes geleistet, das zwei Seelen in einer Brust trug (...). Die Tragik des Elsass liegt in dem inneren Zwiespalt, der von vornherein allen höheren Flug unterdrückt.“ Rein empfahl daher den Elsässern: „Es darf nicht heißen: Das Herz französisch, der Kopf deutsch – sondern beides gut deutsch allewege.“<sup>56</sup> Diese Sichtweise hatte auch im Reichsland selbst ihre (wenn auch nicht sehr zahlreichen) Anhänger, besonders in den protestantischen Gebieten des nördlichen Elsass, bei Lehrern, protestantischen Pfarrern und Beamten. Analog zu dem von der Verwaltung und den zugewanderten „Altdeutschen“ propagierten Verständnis sahen die Vertreter dieser vierten deutsch-nationalen Variante des elsässischen Regionalismus ihr Elsassertum vor allem als Bekenntnis zur deutschen Nation. Aus dieser Per-

55 Zu diesen Debatten F. Eccard, *La langue française en Alsace*, in: *Revue Alsacienne Illustrée* 12 (1910), S. 1-11; Lévy, *Histoire linguistique* (Anm. 12), S. 461-477.

56 W. Rein, *Kunst, Politik, Pädagogik. Gesammelte Aufsätze*, Bd. 2, Langensalza 1911, S. 218-220.

spektive, die (neben anderen) von dem Schriftsteller Friedrich Lienhard formuliert und in den letzten Vorkriegsjahren in der *Elsass-Lothringischen Vereinigung* des protestantischen Theologen Wilhelm Kapp in der öffentlichen Debatte verteidigt wurde<sup>57</sup>, lag die kulturelle und politische Zukunft des Landes in einem immer engeren Anschluss an die deutsche Nation, in der Fusion zwischen Einheimischen und „Altdeutschen“ und in der bewussten Abkehr von der französischen Kultur.<sup>58</sup> So betonte die *Elsass-Lothringische Vereinigung* den Wunsch der Elsässer und Lothringer, „ihre bodenständige Stammesart“ zu behaupten, verband dies aber mit der Überzeugung, „daß Elsass-Lothringen nur dann ein lebenskräftiges Gemeinwesen werden kann, wenn es sich der inneren Verwandtschaft seiner Bevölkerung mit der deutschen Nation und seiner unlösbaren Verbundenheit mit den Geschicken des deutschen Reichs in steigendem Maße bewußt wird.“<sup>59</sup>

## V. Schluss

In *dieser* Perspektive konnte das Projekt der Re-Germanisierung des Elsass nur als gescheitert angesehen werden – dies erklärt den oftmals geradezu hysterischen Ton, der viele deutsche Elsass-Publikationen der Jahre vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges kennzeichnete<sup>60</sup>, es erklärt auch die rigiden

---

57 Zu Lienhard, prominent vor allem als Propagandist einer völkisch orientierten Heimatkunst, vgl. zuletzt M. Ertz, *Friedrich Lienhard und René Schickelc. Elsässische Literaten zwischen Deutschland und Frankreich*, Hildesheim 1990. Die *Elsass-Lothringische Vereinigung* wurde 1909 mit dem Zweck gegründet, „die Entwicklung Elsass-Lothringens im deutschen Sinne zu fördern, da Elsass-Lothringen nur auf diesem Wege ein lebenskräftiges Gemeinwesen werden kann.“ (§ 1 der Vereinsatzung); zur Geschichte der Organisation und den Hintergründen ihrer Gründung vgl. P.G., *Rückblick und Ausblick*, in: *Elsass-Lothringische Kulturfragen* 4 (1914), S. 286-294.

58 Vgl. beispielhaft F. König, *Kulturstreit und Staatsgedanken in Elsass-Lothringen*, in: *Elsass-Lothringische Kulturfragen* 3 (1913), S. 79-90. Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch J. Fleurent, *L'idée de patrie en Alsace*, in: *Revue politique et parlementaire* 51 (1907), S. 324-345. Eine radikale Variante dieses Denkens bieten die Schriften des alldeutschen Pfarrers H. Spieser, *Elsass-Lothringen als Bundesstaat*, Berlin 1908; *Deutschlands Unfähigkeit, das Elsass zu entwischen*, Zürich 1909.

59 Flugblatt „Was will die Elsass-Lothringische Vereinigung?“, Beilage zu den *Elsass-Lothringischen Kulturfragen*, 4 (1914).

60 Vgl. (neben anderen) H. Ruland, *Deutschtum und Franzosentum in Elsass-Lothringen. eine Kulturfrage*, 2. Aufl. Colmar 1909; ders., *Elsass-Lothringen und das Deutschtum. Ein offenes Wort von Justizrat Ruland*, Berlin 1914; P. Grünberg, *Zur elsässischen Lage und Frage*, Straßburg 1909. Zur Wahrnehmung der Elsass-Problematik im Reich vgl. auch die Beiträge in *Grünwald* (Hrsg.), *Le problème d'Alsace-Lorraine* (Anm. 29).



und repressiven Germanisierungsprojekte, die während des Krieges in Berlin und Strassburg entwickelt wurden. Die ausschließliche Konzentration auf die kulturelle Germanisierung der Elsässer und den kulturellen Anschluss des „elsässischen Stammes“ an die deutsche Nation verstellte dabei jedoch fast völlig den Blick für das Ausmaß der tatsächlichen Integration, das während der über 40-jährigen Zugehörigkeit des Landes zum Deutschen Reich erreicht werden konnte. Nicht nur wurde die staatliche Zugehörigkeit der Region zu Deutschland nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt. Auch die ‚funktionale‘ Nationalisierung des Elsass, die Einbindung der elsässischen Bevölkerung in die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Handlungs- und Kommunikationsräume des Reiches, war am Vorabend des Krieges sehr weit fortgeschritten. Werner Wittich, Privatdozent für Nationalökonomie an der Strassburger Universität und einer der wenigen altdeutschen Mitarbeiter an der *Revue Alsacienne Illustrée*, hat diese Entwicklungen, die Integration in die „grossen öffentlichen Institutionen“ und die „nationalen Interessengemeinschaften“ als Keim eines zukünftigen deutschen Nationalbewusstseins im Elsass interpretiert: Nicht der „kerndeutsche Charakter“ führe die Elsässer (zurück) in die deutsche Nation, sondern die in einem modernen Staatswesen „ganz unvermeidlichen politischen und materiellen Interessen und die konfessionellen Beziehungen“, diese „schaffen ganz unbewusst zunächst objektive, neutrale Grundlagen gemeinsamer Empfindung“. <sup>61</sup> Nur unter drei Voraussetzungen aber könne dies gelingen: Die Fortführung der „offiziellen Germanisation“, d.h. die absichtliche Beeinflussung der herrschenden Mischkultur im germanisatorischen Sinn von oben her“ habe, so Wittich, zu unterbleiben, dem Reichsland müsse die vollständige politische Gleichberechtigung im Reich gewährt werden und der Friede mit Frankreich müsse erhalten bleiben. <sup>62</sup> Wittichs Position blieb jedoch die Meinung eines Außenseiters. Die „offizielle Germanisation“, die seit der Annexion des Reichslandes die Debatten um die nationale Identität der Elsässer beherrscht hatte, war gleichzeitig an ihren eigenen Prämissen gescheitert.

In der neueren Forschung zum Verhältnis von Region und Nation im modernen Prozess des *nation building* ist oft dafür plädiert worden, beide nicht als konkurrierende, sondern vielmehr als komplementäre Ebenen kollektiver Identitätsbildung zu verstehen. <sup>63</sup> Im Elsass haben 40 Jahre deutscher Germa-

61 W. Wittich, Kultur und Nationalbewusstsein im Elsass, in: *Revue Alsacienne Illustrée* 11 (1909), S. 24-36, Zitate S. 32/33.

62 Ebd.

63 Vgl. (neben anderen) P. Haslinger/K. Holz, Selbstbild und Territorium. Dimensionen von Identität und Alterität, in: P. Haslinger (Hrsg.), Regionale und nationale Identitäten. Wechselwirkungen und Spannungsfelder im Zeitalter moderner Staat-

nisierungsbemühungen dieses Verhältnis äußerst problematisch werden lassen – weit über die Zeit der deutschen Herrschaft hinaus. Denn die Entwicklung des Regionalismus als Widerstandslinie gegen die Zumutungen der Nationalisierung wirkte auch nach dem Souveränitätswechsel von 1918 weiter, ein Anknüpfen an die weitgehend konsensuale Französisierung der Zeit vor 1870 erwies sich als unmöglich. Auch wenn die Rückkehr zum französischen Staat überwiegend begrüßt wurde, war nur noch eine Minderheit zu einer Fortsetzung der kulturellen Assimilation und zu einer Eingliederung in den französischen Zentralstaat bereit: Die regionalistische Bewegung, die den französischen Zentralstaat seit Mitte der 1920er Jahre vor erhebliche Probleme stellen sollte, war somit auch ein Erbe der „Arbeit am nationalen Raum“, die während der deutschen Zeit des Elsass geleistet worden war.

---

lichkeit, Würzburg 2000, S. 15-37; E. Storm, Regionalism in History, 1880–1945: The Cultural Approach, in: *European History Quarterly* 33 (2003), S. 251-265; C. Applegate, A Europe of Regions: Reflections on the Historiography of Sub-National Places in Modern Times, in: *American Historical Review* 104 (1999), S. 1157-1183.

---

Andreas Kossert

## Wilhelminische Ostmarkenpolitik als infrastrukturelle Durchdringung? Masuren und der deutsch-polnische Antagonismus

Auf den ersten Blick erscheint das ostpreußische Masuren in der deutsch-polnischen Kontaktzone geradezu prädestiniert für eine Studie über Nationalisierungsprozesse in einem multiethnischen Gebiet zu sein. Doch obwohl sich Untersuchungen zu vergleichbaren Phänomenen in den Grenzregionen Ostmitteleuropas seit einigen Jahren großer Popularität erfreuen, liegen bislang nur zwei modernen Ansprüchen genügende Studien zum deutsch-polnischen Konflikt um Masuren vor. Während zum einen der amerikanische Historiker Richard Blanke den Nationalisierungsprozess in der Region als genuinen Willensausdruck der Masuren wertet, hat andererseits der Autor dieses Beitrags versucht, die Wechselwirkung zwischen politischer Instrumentalisierung und einem Assimilierungsprozess zur deutschen Sprache unter gleichwertiger Berücksichtigung deutscher und polnischer Quellen herauszuarbeiten.<sup>1</sup> Von polnischer Seite liegt hingegen keine neuere Monographie zu Nationalisierungsprozessen und dem deutsch-polnischen Konflikt in Masuren vor.<sup>2</sup> Offensichtlich richtete sich das Forschungsinter-

- 1 Vgl. R. Blanke, *Polish-speaking Germans? Language and National Identity among the Masurians since 1871*, Köln/Weimar/ Wien 2001. Dem ging voraus ders., „Polish speaking Germans?“ *Language and National Identity among the Masurians*, in: *Nationalities Papers* 29 (1999), S. 429-453; A. Kossert, *Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des deutsch-polnischen Konflikts 1870-1956*, Wiesbaden 2001. Zu erwähnen sind daneben die leider im Ergebnis unbefriedigenden Arbeiten von L. Belzyt, *Sprachliche Minderheiten im preußischen Staat 1815-1914*, Marburg 1998; ders., *Zur Frage des nationalen Bewusstseins der Masuren im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung* 45 (1996), S. 35-71. Wichtige ideologiekritische Überlegungen für den gesamten ostpreußischen Raum bietet J. Hackmann, *Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem*, Wiesbaden 1996; ders., *Die Nationalitäten in Ostpreußen in der preußischen Politik bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts*, in: *Mare Balticum* 1997, S. 38-49.
- 2 An wichtigen polnischen Arbeiten zu Masuren, die jedoch vor allem religiöse und sozialgeschichtliche Fragen behandeln, sind jedoch zu nennen: G. Jasiński, *Mazurzy w drugiej połowie XIX wieku. Kształtowanie się świadomości narodowej [Die Masuren in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Herausbildung ihres nationalen Bewusstseins]*, Olsztyn 1994.; ders., *Duchowieństwa mazurskie w II połowie XIX*

se vor allem auf die Regionen, in denen tatsächliche nationale Spannungen herrschten. Ebenfalls überwog bis vor kurzer Zeit auf deutscher wie polnischer Seite gleichermaßen eine einseitig nationale Legitimationsforschung.<sup>3</sup> Noch zuletzt in den 1990er Jahren zeigte sich das in den beiden Handbuch-Großprojekten zur Geschichte Ost- und Westpreußens<sup>4</sup>.

Der Nationalisierungsprozess in Masurien wies einige Spezifika auf, die es deutlich von anderen Grenzregionen Ostmitteleuropas unterschieden. Obwohl von einer mehrheitlich polnischsprachigen Bevölkerung bewohnt,

---

wieku [Die masurische Geistlichkeit in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts], in: J. Jasiński (Hrsg.), *Zagadnienie narodowościowe w Prusach Wschodnich w XIX i XX wieku* [Nationale Fragestellungen in Ostpreußen im 19. und 20. Jahrhundert], Olsztyn 1993, S. 61-86; B. Koziełło-Poklewski, *Kształtowanie się postaw politycznych ludności Mazur w okresie międzywojennym* [Die Herausbildung politischer Überzeugungen bei den Masuren in der Zwischenkriegszeit], in: J. Jasiński (Hrsg.), *Zagadnienia*, S. 121-131; ders., *Narodowosocjalistyczna Niemiecka Partia Robotnicza w Prusach Wschodnich 1921-1933* [Die NSDAP in Ostpreußen 1921-1933]. Olsztyn 1995.

- 3 Schulbildend für diese einseitig barussische Forschungsstradition, die letztendlich die Germanisierungspolitik der Wilhelminischen Zeit grundsätzlich als Präventivmaßnahme gegenüber dem polnischen Nationalismus ausweist, war W. Hubatsch, *Masuren und Preußisch-Litthauen in der Nationalitätenpolitik Preußens 1870-1920*, Marburg 1966. [erstmal erschienen in *Zeitschrift für Ostforschung* 14 (1965) und 15 (1966)]; ders., *Geschichte der Evangelischen Kirche Ostpreußens I*, Göttingen 1968. Vgl. daneben H. Mrowka, *Die Anfänge einer polnischen politischen Bewegung in Masurien*, in: S. Spieler/H. Hecker (Hrsg.), *Deutsche, Slawen und Balten*, Bont 1989, S. 128-140; S. Hartmann, *Zur nationalpolnischen Bewegung und zur preußischen Politik in Masurien vor dem Ersten Weltkrieg*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 42 (1993), S. 40-83. Eine ältere, aber durchaus noch brauchbare Studie, die den deutschumszentrierten Literaturkanon erstmals durchbricht, ist H.-U. Wehler, *Zur neueren Geschichte der Masurien*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 11 (1962), S. 147-162.

Dem alten polonozentrischen Denken entsprach eine populäre Gesamtdarstellung von Stanisław Achremczyk, *der Ermland und Masurien historisch unzulässig zusammenfasste*, vgl. S. Achremczyk, *Historia Warmii i Mazur* [Geschichte Ermlands und Masuriens], Olsztyn 1992. Daneben zeigten diese Tendenz beinahe alle polnischen Publikationen vor der politischen Wende, insbesondere aus dem staatlichen Kętrzyński-Forschungsinstitut in Allenstein.

- 4 Sie repräsentieren einen veralteten Forschungsstand und sind methodologisch schwach; zudem operieren beide Konzeptionen noch stark in ebendiesen alten nationalen Denkkategorien. Vgl. E. Opgenoorth (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens Teil III: Von der Reformzeit bis zum Vertrag von Versailles 1807-1918*, Lüneburg 1998; Teil IV: *Vom Vertrag von Versailles bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1918-1945*, Lüneburg 1997. Auf polnischer Seite beispielsweise G. Labuda (Hrsg.), *Historia Pomorza* [Geschichte Pommerns] Teil III.2. (1815-1850), Bearb. J. Jasiński, Poznań 1996.

hatte Masuren nie zum polnischen Staat gehört. Ebenso hat es in Masuren nie eine propolnische Bewegung gegeben, die aus der örtlichen Bevölkerung heraus entstanden wäre. In einer schon seit 1525 protestantischen Region vermochte auch der Kulturkampf die Loyalität der Masuren gegenüber dem preußischen Staat nicht zu erschüttern; daher blieb hier auch die in anderen katholischen Regionen zu beobachtende Massenmobilisierung etwa im Vereinswesen aus. Primär diese Gründe dürften ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass die polnische Nationalbewegung relativ spät ihr Augenmerk auf Masuren zu richten begannen, und dann, anders als in Posen und Westpreußen, durchweg halbherzig und inkonsequent. Erst im Wilhelminischen Reich wurde daher Masuren zum politischen *Grenzland*, wobei die folgende Germanisierungspolitik von dem Bewusstsein der Höherwertigkeit deutscher Kultur und Sprache geprägt war und ein koloniales Sendungsbewusstsein implizierte.

Masuren stellte bis zur Reichsgründung ein peripheres strukturschwaches Grenzgebiet im Osten Preußens dar, in der Öffentlichkeit kaum beachtet und wirtschaftlich rückständig. So galt lange Zeit der diskriminierende Spruch „Wo sich aufhört die Kultur, beginnt zu leben der Masur“. Die größte masurische Stadt, Lyck, zählte 1867 nur 5.318 Einwohner, wuchs allerdings rasch auf 11.722 im Jahr 1895 und 13.430 Einwohner 1910 an. Alle übrigen masurischen Kreisstädte blieben bis 1918 unter 10.000 Einwohnern.<sup>5</sup> In den Städten konzentrierte sich eine kleine Gruppe von Kaufleuten, die große Landbezirke zu versorgen hatten. Zusammen mit den Lokalhonoratioren aus Verwaltung, Schule und Kirche bildeten sie die kleine, nichtmasurische Elite.

Die Region war seit dem Spätmittelalter von einer polnischsprachigen, aber evangelischen Landbevölkerung bewohnt, die um 1870 etwa 300.000 Personen umfasste<sup>6</sup>. Weil Industrien fehlten, konzentrierte sich der Haupterwerb der Masuren auf die Landwirtschaft. Masuren verzeichnete im Gegensatz zu den nördlichen Regionen Ostpreußens mit ihren charakteristischen Gutsbetrieben eine Dominanz kleinbäuerlicher Betriebe. An der Spitze

---

5 G. Czybulka, Wandlungen in der Kulturlandschaft Masuren seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts, Berlin 1936, S. 55. Neben Lyck hatte nur das bereits zum Oberland zählende Osterode mehr als 10.000 Einwohner. Die Einwohnerzahl/qkm fiel bescheiden aus: Die Kreise Lyck und Oletzko zählten 48, Lötzen 47, Sensburg und Ortelsburg 40, Angerburg 38, Neidenburg 35 und Johannsburg 30 Einwohner/qkm, vgl. A. Weinreich, Bevölkerungsstatistiken und siedlungsgeographische Beiträge zur Kunde Ost-Masurens, vornehmlich der Kreise Oletzko und Lyck, Königsberg 1911, S. 36; C. Kob, West-Masuren. Eine bevölkerungsstatistische Untersuchung. Berlin 1908, S. 49 ff.

6 Kossert, Preußen, Deutsche oder Polen? (Anm. 1), S. 28.

der gesellschaftlichen Hierarchie in den Städten und Kirchdörfern standen deutsche Beamte, Offiziere und evangelische Geistliche. Der Mittelstand rekrutierte sich aus masurischen und deutschen Bauern, während sich die Unterschicht als zahlenmäßig stärkste Bevölkerungsgruppe aus dem polnischsprachigen Kleinbauern-, Landarbeiter- und Gesindemilieu zusammensetzte. In Masuren bewahrte der „ständisch akzentuierte Stadt-Land-Unterschied“ auch nach 1870 seine konstituierende Rolle für die Gesellschaftsstruktur.<sup>7</sup> Die Land-Stadt-Bewegung basierte allein auf einer schicht-internen Mobilität. Dabei entwickelte die polnischsprachige Unterschicht mit ihrer Migrationsbewegung nach Westfalen eine horizontale Mobilität, während ihr ein vertikaler Aufstieg verwehrt blieb.<sup>8</sup>

Durch die staatliche Innovationspolitik zur „Stärkung des Deutschtums“ im Zuge der wilhelminischen Ostmarkenpolitik, die sich vornehmlich als Präventionsmaßnahme gegen polnische Aktivitäten in Großpolen und Pommerellen gerierte, blieb es bei der Förderung und dem Ausbau einer agrarischen Monostruktur. Die einseitige Unterstützung der Großbetriebe bewirkte einen Konzentrationsprozess und verhinderte einen nachhaltigen Strukturwandel. Nennenswerte Industrieansiedlungen gab es aufgrund der weiten Distanzen zu den Absatzmärkten ebenfalls nicht. Wenn überhaupt beschränkten sich diese auf die Verarbeitung der natürlichen Ressourcen Masurens wie Holz und Fisch sowie die Veredelung landwirtschaftlicher Produkte. Die wenigen städtischen Betriebe orientierten sich an der örtlichen Nachfrage, weshalb ihr Beschäftigungskontingent beschränkt blieb. Eine Abwanderung war unvermeidlich, da an einen sozialen Ausgleich, d. h. die Neuordnung der Besitzstrukturen, nicht zu denken war. Bis zum Ersten Weltkrieg wanderte etwa ein Drittel der masurischen Gesamtbevölkerung ab, wobei vor allem im Ruhrgebiet, dem Hauptziel der Migration, eine zweite masurische Gemeinschaft entstand. Die sogenannten *westfalczyki* und ihre jährlichen Besuche in ihrer alten Heimat förderten über verschiedene Kanäle und wirkungsvoller als alle staatlichen Maßnahmen die Kommunikation mit dem deutschsprachigen Umfeld. Deshalb spielte die masurische Arbeitsmigration eine kaum zu unterschätzende Rolle im Nationalisierungsprozess. Allerdings spielte sich diese auf einer privaten Familienebene ab, da ein masurisches Vereinswesen auch im Ruhrgebiet außerhalb der streng lutherischen Gebetsvereine nicht existierte. Versuche polnisch-katholischer Vereine, die masurisch-evangelischen in ihr Netz-

---

7 G. A. Ritter/K. Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992, S. 130 f.

8 Ebd., S. 132.

werk einzubinden und diese damit in nationaler Hinsicht zu integrieren, scheiterten am Widerstand der masurischen Vereinsleitungen<sup>9</sup>.

Mit der Gründung des Deutschen Reiches stieg das Interesse an der bis dahin isolierten Grenzregion. Masuren mit seiner preußisch-loyalen, aber polnischsprachigen Bevölkerung stellte jetzt einen Anachronismus aus einer früheren Phase der preußischen Geschichte dar, der zunehmend als störend empfunden wurde. Ethnische, nationale und konfessionelle Minderheiten galten als – so Thomas Nipperdey – „innere Feinde“, weshalb von staatlicher Seite eine Verschärfung von Identitäts-, Homogenitäts- und Konsensforderungen erfolgte.<sup>10</sup> Was sich in der Tendenz bereits vor der Reichsgründung abgezeichnet hatte – eine bewusste, aber moderate Germanisierungspolitik –, wurde nun als konstitutiver Teil der wilhelminischen Staatsräson nachhaltig gefördert. In der Praxis bedeutete dies zunächst die Umsetzung einer nationalisierenden Infrastrukturpolitik, die auch einen stärkeren Austausch mit der deutschen Sprache und Kultur herbeiführen sollte. Der Aufschwung in Handel und Gewerbe forcierte dabei den Assimilierungsprozess wirksamer als der Schulunterricht. So wurde nicht zu Unrecht behauptet, dass die „Verdeutschung gerade den Schienenwegen entlang vordringt“.<sup>11</sup> Masurens Eisenbahnnetz wurde ausgebaut, wenn auch im Landesdurchschnitt erst sehr spät.<sup>12</sup> Vor allem um die Grenzbahnhöfe zum Russischen Reich, wo die auf-

9 Zur Geschichte der Masuren im Ruhrgebiet steht eine umfassende Monographie noch aus. Vgl. bislang Kossert, *Preußen, Deutsche oder Polen?* (Anm. 1), S. 94-104; ders., „*Echte Söhne Preußens*“. Ethnische Spezifik polnischsprachiger Masuren in Westfalen und die Wirkungsgeschichte eines Frömmigkeitstyps, in: *Westfälische Zeitschrift* 2005 [im Druck]; G. Jasiński, *Wsród swoich czy obcych? Wychódzstwo Mazurów do Zachodnich Niemiec w XIX wieku* [Unter Seinesgleichen oder Fremden? Die Auswanderung der Masuren in den Westen Deutschlands im 19. Jahrhundert], in: *Masovia* 4 (1999), S. 51-61; ders., *Wizytacja radcy królewieckiego konsystorza Hermanna Pelki w Westfalii i Nadrenii w 1898 roku. Część 1* [Die Visitation des Königsberger Konsistorialrats Hermann Pelka in Westfalen und Rheinland 1898. Teil 1], in: *Zapiski Historyczne* Bd. 67 (2002), S. 163-175.

10 Th. Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*. Bd. II: *Machtstaat vor Demokratie*, München 1992, S. 255.

11 Weinreich, *Bevölkerungsstatistiken* (Anm. 4), S. 98.

12 Die Strecke der „Ostpreußischen Südbahn“ Rastenburg-Lötzen-Lyck (1868) wurde 1871 zum Grenzort Prostken und 1873 weiter nach Grajewo in Polen geführt. Mit dem Eisenbahnbau erlebten die Grenzorte eine Blüte. So verfünffachte sich z. B. die Einwohnerzahl Prostkens binnen 40 Jahren. Ein vergleichbarer Grenzort war Illowo bei Soldau, wo seit 1877 die Danzig-Warschauer Eisenbahn die Grenze passierte. Czybulka (Anm. 5), S. 51f. Im Binnenland wurde Rudczanny 1898 zum Eisenbahnknotenpunkt. Dadurch stieg der Ort zum Zentrum des Holz verarbeitenden Gewerbes auf. Mit der Verbindung Lyck-Arys 1915 war das Streckennetz komplettiert und alle masurischen Städte an das Schienensystem angeschlossen. A. Piątkowski, *Kolej*

einander treffenden unterschiedlichen Spurweiten Aufenthalte für Reisende und Waren notwendig machten, entwickelte sich eine eigene Wirtschaftsstruktur, die eng mit dem Grenzhandel verknüpft war, wie Petroleum-, Vieh- und Getreidehandel sowie Speditionsfirmen.<sup>13</sup> Auch die gezielte Verlegung von Militärgarnisonen nach 1870 brachte neue Impulse für Handel und Gewerbe.

Nach 1871 begann auch der bis dahin auf Großpolen begrenzte deutsch-polnische Konflikt auf Masuren auszustrahlen; dadurch zog diese Randregion Preußens zunehmend das öffentliche Interesse als Objekt nationaler Legitimationsansprüche und als Schlüsselregion im politischen *Grenzlandkampf* auf sich. Die gesteigerte Aufmerksamkeit auf Seiten der preußischen Politik gründete sich dabei auch auf vereinzelte Publikationen von polnischer Seite, vor allem die programmatische Schrift „O Mazurach“, in der Wojciech Kętrzyński (1838–1918), geboren als Adalbert von Winkler im masurischen Lötzen, 1872 erstmals einen nationalen polnischen Anspruch auf Masuren „als polnischen Bruder“ postulierte.<sup>14</sup> Trotz dieser eindringlichen Appelle Kętrzyńskis war die Region für die polnisch-nationale Bewegung allerdings lange Zeit von nur geringem Interesse. Die Polenpolitik Bismarcks lenkte die polnische Aufmerksamkeit aller drei Teilungsgebiete auf die Provinzen Posen und Westpreußen.

Um ein Übergreifen der polnischen Aktivitäten in den Provinzen Posen und Westpreußen auf Masuren zu verhindern, begannen die preußisch-deutschen Behörden dennoch mit einer Germanisierungsoffensive. Die politischen Zentren Berlin und Königsberg formulierten dabei die Vorgaben, während die lokalen Repräsentanten der Staatsmacht die Nationalisierungspolitik bei ihrer Umsetzung noch zusätzlich forcierten. Ein Beispiel für diese Politik war die Schaffung neuer administrativer Einheiten, die eine effizientere Durchdringung der Grenzregion zum Ziel hatte. So wurde 1905 der Regierungsbezirk Allenstein geschaffen, dem sämtliche masurischen Landkreise mit Ausnahme Oletzkos zugeschlagen wurden.<sup>15</sup> Mit der Gründung des Regierungsbezirks waren wirtschaftspolitische Impulse verknüpft, durch die

---

Wschodnia w latach 1842–1880 [Die Ostbahn in den Jahren 1842–1880], Olsztyn 1996.

13 Kossert, Preußen, Deutsche oder Polen? (Anm. 1), S. 51.

14 W. Kętrzyński, O Mazurach [Über Masuren], Poznań 1872, S. 10. Eine erste Fassung erschien bereits 1868 im „Dziennik Poznański“ [Posener Tageblatt]. 1871 bat ihn der „Tygodnik Wielkopolski“ [Großpolnisches Wochenblatt] um eine erneute Veröffentlichung, die mit einem Anhang von 54 masurischen Volksliedern in den Ausgaben Nr.7-11 (1872) erschien.

15 A. J. Nobis, Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Allenstein 1905–1945, München 1987, S. 7.



dem Abwanderungstrend in die westdeutschen Industriereviere und der als Bedrohung empfundenen polnischen Ansiedlung in den westmasurischen Kreisen Osterode und Neidenburg entgegengewirkt werden sollte. Durch die willkürliche Neugliederung der Verwaltungsgrenzen erreichte man gleichzeitig die administrative Zergliederung der ethnographischen Einheit des masurischen Sprach- und Kulturraums, da der Kreis Oletzko beim Regierungsbezirk Gumbinnen verblieb.<sup>16</sup>

Im Rahmen der wilhelminischen Ostmarkenpolitik gingen infrastrukturelle Innovation und Durchdringung der bisherigen polnisch-masurischen Milieus Hand in Hand. Zunächst erfuhr unmittelbar nach der Reichsgründung die Politik der sprachlichen Germanisierung eine konsequente Umsetzung auf lokaler Ebene. Das 1873 vom ostpreußischen Oberpräsidenten Karl-Wilhelm von Horn verfügte Verbot der polnischen Unterrichtssprache stellte das masurische Schulsystem vor eine große Herausforderung, auf die mit dem massiven Ausbau von Bildungseinrichtungen reagiert wurde. Neben einem dichten Volksschulnetz entstanden Fortbildungs-, Landwirtschafts- und Berufsschulen. Auch die Förderung der Lehrerausbildung erhielt durch die Gründung zusätzlicher Lehrerseminare (Präparandenanstalten) neuen Auftrieb. Höhere Lehrergratifikationen („Masurenzulage“, auch für Pfarrer) sowie Pensionen und Hinterbliebenenfonds steigerten die Attraktivität des Lehrerberufs. Durch die Neuordnung der Ausbildung gelangten nun erstmals Lehrer an die masurischen Dorfschulen, die des Polnischen nicht mächtig waren. Diese Schulpolitik stellte die nachhaltigste staatliche Nationalisierungsmaßnahme in Masuren dar, wobei die Vorgaben aus Berlin und Königsberg durch die evangelischen Pfarrer als örtliche Schulinspektoren in Zusammenarbeit mit den Lehrern konsequent umgesetzt wurden. Die evangelische Kirche stand aktiv im Dienst der staatlichen Germanisierungspolitik und war den Behörden ein verlässlicher Partner und Informant. Gemeinsame Feindbilder und Ziele verbanden Kirche und Behörden, deren Machtstellung eigenen masurischen Initiativen kaum mehr argumentativen Spielraum eröffnete.

In der deutschen Historiographie wurde die Sprachenpolitik gefeiert, da sie „fälscher Sentimentalität ein Ende“ bereitet und „den Bann der Zweisprachigkeit in den ostpreussischen Schulen“ gebrochen habe.<sup>17</sup> Das amtliche Sprachverbot schlug sich auch in einer bewussten Umdeutung der Sprachstatistiken nieder. Von deutscher Seite wurden Assimilierungserfolge

---

16 D. Stüttgen, Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Gumbinnen 1871–1920, Köln/Berlin 1989 S. 291.

17 J. Brehm, Die Entwicklung der evangelischen Volksschule in Masuren im Rahmen der Gesamtentwicklung der preußischen Volksschule, Bialla 1914, S. 465.

in den Statistiken vorweggenommen. Gab es bis 1890 nur eine grobe, aber sachlich begründete Differenzierung in „deutsch“ und „polnisch“ als Muttersprache, wurde seitdem durch die Schaffung der Kunstkategorie „masurisch“ statt „polnisch“ das Verhältnis zugunsten der deutschen Sprache verschoben. In den Anweisungen zur Durchführung der Volkszählung 1910 hieß es, dass die „masurische und kassubische Muttersprache [...] als solche und nicht als polnische zu bezeichnen“ seien.<sup>18</sup> Trotz der noch weitverbreiteten polnischen Sprache im Alltag war der Erfolg der preußisch-deutschen Politik unverkennbar. Durch die Ausschaltung des Polnischen aus dem öffentlichen Leben, vor allem dem schulischen Bereich, brach die lokale Sprachgemeinschaft auf. In den Schulen erlebte die masurische Jugend ein härteres Vorgehen der Lehrer. Vom Geist der Ostmarkenpolitik durchdrungen, wollten die Pädagogen aus ihren Dorfschulen deutsche Vorzeigelehranstalten machen. Mit Härte sollte den Kindern die polnische Sprache „ausgeprägelt“ werden. Karol Małek, der spätere polnische Masurenpolitiker, erfuhr bei seiner Einschulung in Brodau, Kirchspiel Narzym, schon am ersten Tag physische Gewalt. Im Schuljahr 1908 verbot der Lehrer jeglichen Gebrauch der polnischen Sprache in- und außerhalb der Schule. Małek berichtete von einem Vorfall, als sein Mitschüler zur Strafe ein Schild mit der Aufschrift „Pollack“ auf dem Rücken tragen musste.<sup>19</sup> In der Dorfschule Wujaken, Kreis Ortelsburg, ahndete der Lehrer jeden Gebrauch des Polnischen mit einem Holzstock, der „Pollack“ genannt wurde.<sup>20</sup>

Mit der Gründung des *Deutschen Ostmarkenvereins* 1894 erfuhr die Germanisierungspolitik in Masuren eine zusätzliche Ideologisierung, die mit der Radikalisierung der staatlichen Interventionen unter Wilhelm II. einherging.<sup>21</sup> Überzeugt von ihrer Kulturmission im Osten, wurde die ethnische Homogenisierung zum alleinigen Primat preußisch-deutscher Politik in der

---

18 Archiwum Państwowe w Olsztynie [Staatsarchiv Allenstein] (APO) 258/66. Magistrat Sensburg. Erläuterungen zur Ausfüllung der Zählkarte A. Volkszählung 1.10.1910.

19 K. Małek. *Z Mazur do Verdun* [Von Masuren nach Verdun], Warszawa 1967, S. 153 ff.

20 J. Jasiński, *Hańbiacy system kar za posługiwanie się językiem polskim w szkolnictwie pruskim na Warmii i Mazurach w XIX i XX wieku* [Das Prügelstrafsystem für den Gebrauch der polnischen Sprache im preußischen Schulwesen in Ermland und Masuren im 19. und 20. Jahrhundert], in: *Rocznik Olsztyński* [Allensteiner Jahrbuch] 14/15 (1983), S. 223-233.

21 Dem DOMV stand bald der polnische „Straž“ gegenüber, der jedoch, wie überhaupt der Nationalitätenkampf, vor allem in Großpolen und Pommerellen stattfand. Vgl. dazu S. Grabowski, *Deutscher und polnischer Nationalismus. Der Deutsche Ostmarkenverein und die polnische Straž 1894–1914*, Marburg 1998.

Region. Zugleich versuchte man die Germanisierung als *Abwehrkampf* zu legitimieren. Alle Gegner – reale und imaginäre – wurden in diesen Abwehrkampf einbezogen. „Katholizismus“, „Separatismus“, „Polonismus“ und „Socialdemokratie“ waren die Schlagworte, mit denen die Germanisierungsmaßnahmen begründet wurden. Der *Deutsche Ostmarkenverein* operierte zwar in erster Linie in Großpolen und Pommerellen, richtete sein Augenmerk jedoch auch auf Masuren und verfolgte das Ziel, auch in den entlegensten Winkeln die Dominanz der deutschen Kultur sicherzustellen. In Masuren gehörte dem Verband fast die gesamte lokale Elite an, die ausschließlich aus Deutschen bestand. Vor allem evangelische Pfarrer bekleideten häufig Führungspositionen. Auch wenn diese Pfarrer noch polnischsprachige Gottesdienste abhielten, war ihre politische Haltung klar. Dem Ostmarkenverein traten auch körperschaftliche Mitglieder, z. B. Landkreise und Kommunen, bei. Das Wirken des *Ostmarkenvereins* war symptomatisch für die ideologisch-politische Gesamtsituation um die Jahrhundertwende, für einen beträchtlichen Konformitätsdruck, dem alle Andersdenkenden und Anderssprechenden ausgesetzt waren. Durch die Einbindung der lokalen Eliten in den *Deutschen Ostmarkenverein* erfolgte daher eine kontinuierliche gesellschaftliche Durchdringung, wobei allerdings das Engagement des Vereins im Wesentlichen auf die deutschsprachigen Honoratiorenkreise der Städte und Kirchdörfer begrenzt blieb; dem *Ostmarkenverein* gelang keine Massenmobilisierung der masurischen Mehrheitsbevölkerung.

Die staatliche Intervention schlug sich demgegenüber vor allem in konkreter materieller Hilfe vor Ort nieder. Als Antwort auf die „polnische Gefahr“ führte die als Präventivmaßnahme initiierte Infrastrukturpolitik u. a. aus dem „Fonds zur Förderung des Deutschtums“ zu einer praktischen nachhaltigen Regionalpolitik, die gleichzeitig eine nationalisierende Funktion erfüllte. Bereits 1901 hatte das Königsberger Oberpräsidium einen Antrag beim Finanzministerium auf Einrichtung eines „Dispositions-Fonds zur Förderung und Befestigung des Deutschtums“ gestellt, der folgende Maßnahmen ermöglichen sollte: Überwachung der polnischen Propaganda und deren Bekämpfung durch Schriften, Verdeutschung der masurischen Jugend, Unterstützung deutscher Rechtsanwälte, Ärzte und Apotheker, Förderung deutscher Vereine.<sup>22</sup> Dabei sollten nur solche Institutionen und Verbände unterstützt werden, die außerhalb des eigentlichen staatlichen Aufgabenbereichs wirkten. 1903 verfügte der Fonds über 85.000 Mark, 1904 über 135.000 Mark, 1908 wurde er auf 220.000 Mark aufgestockt. Zu den geförderten Pro-

---

22 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK). XX.HA. Rep.2 (II). Nr.3496. Oberpräsident Ostpreußen an preußischen Finanzminister. Königsberg, 9.11.1901.

jekten zählten Beihilfen für landwirtschaftliche Fortbildungsschulen, Gemeindehäuser, Kleinkinderschulen, Gemeindegewerbestationen, Molkereigenossenschaften, aber auch Zuschüsse für evangelische bzw. konservativ-patriotische Vereine, wie Kriegervereine, Gesangvereine, Vaterländische Frauenvereine sowie evangelische Jungfrauen- und Jünglingsvereine.

Auf lokaler Ebene stand jedem Landrat ein kleiner Etat zur Beschäftigung von Informanten und eingeschleusten Spitzeln zur Verfügung (1909: insgesamt 2.000 Mark). Alle geförderten Einrichtungen sollten einen Beitrag zur Hebung der Landeskultur und damit für die ‚Befestigung des Deutschtums‘ leisten. Auch wurden Herausgabe und Vertrieb der polnisch-masurischen Schriften *Pruski Przyjaciel Ludu* [Preußischer Volksfreund] sowie *Kalendarz Królewsko-Pruski Ewangelicki* [Königlich-Preußischer Evangelischer Kalender] aus den Fondsmitteln bestritten. Mit diesen Publikationen, deren Redaktion masurischen Pfarrern oblag, sollten die Masuren in der Muttersprache ‚an das Deutschtum‘ herangeführt werden. Zugleich waren sie „eine brauchbare Waffe gegen die Sozialdemokratie und die nationalpolnische Agitation“.<sup>23</sup> Veranlasst wurde die Herstellung und kostenlose Verbreitung in Zusammenarbeit mit der „Zentralstelle zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Ostpreußen“ in Königsberg. Diese Stelle erhielt 1908 auch den Rest aus dem Fonds-Etat „in Anerkennung ihrer Förderung der Germanisierung Masurens“.<sup>24</sup>

Neben wirtschaftlichen und sozialen Innovationen erfüllten immer wieder direkte staatliche Eingriffe in die ethnische Spezifik eine nationalisierende Funktion. Dem gewachsenen ethnisch motivierten Konformitätsdruck entsprach auch die bewusste Eliminierung slawischer Namen. Da das zuständige Oberpräsidium Ostpreußen personell und institutionell dem Ostmarkenverein und seinen Zielen nahe stand, wurde die Germanisierungsaktion in einem Geist nationalen Übereifers umgesetzt. Hauptargument war, dass es keinem Deutschen zugemutet werden könne, in einem Ort zu leben, dessen Namen auszusprechen er nicht fähig sei.<sup>25</sup> Im Kreis Lyck wurde bereits 1897

---

23 GStA PK. XX.HA. Rep.2 (II). Nr.3496. Zentralstelle zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in der Provinz Ostpreußen an Oberpräsident v. Windheim. Königsberg, 1.3.1909. Diese operierte unter einem Decknamen mit einer Privatadresse: Herr Ewald Wichmann, Schönstr. 5, Königsberg i. Pr.

24 GStA PK. XX.HA. Rep.2 (II). Nr.3503. Oberpräsidium Ostpreußen. Königsberg, 4.4.1908.

25 APO 263/501. Broschüre Deutscher Ostmarken-Verein. Ratschläge für Vertrauensmänner des DOMV. Berlin 1902, S. 12: „Auch Anträge auf Abänderung polnischer Ortsbezeichnungen in deutsche sind durchaus zulässig und zur Förderung der deutschen Sache wünschenswert; denn es kann nicht verlangt werden, daß Deutsche in

Długochorellen/Downarren in Langsee umbenannt. Im Kreis Ortelsburg erfolgte die früheste Umbenennung 1877 (Krzywoggen – Krummfuß; Trzianken – Rohrdorf), 1900 und 1904 folgten Groß Przesdzienk – Groß Dankheim und Opalenietz – Flammberg.

Gleichzeitig nahm sich die deutschsprachige lokale Elite der regionalen Traditionspflege an, wodurch das ernisch dominierende polnisch-masurische Element weiter marginalisiert wurde. Dem Ausdruck stärkerer Verbundenheit mit der Herkunftsregion entsprach die Gründung einer Vereinigung zur Erforschung masurischer Geschichte und der *Litterarischen Gesellschaft Masovia* in Lötzen im Jahr 1895, relativ spät im Vergleich zu anderen ostpreußischen Regionen. Zu ihren Mitgliedern gehörten lokale Honoratioren – Gutsbesitzer, Beamte, Pfarrer, Lehrer – sowie fördernde auswärtige Personen und Gelehrte.<sup>26</sup> In der Programmatik des Vereins wurden die neuen Werte deutschen Regionalbewusstseins deutlich: Heimatliebe und die Herausstellung der deutschen Zivilisation und ihres Beitrags zur Hebung der Landeskultur. Damit trage die Gesellschaft „zur Kräftigung des Deutschtums in Masuren bei“.<sup>27</sup> Die polnisch-masurischen Wurzeln sollten im neuen Verständnis eliminiert werden. Ziele der Gesellschaft waren demnach die „Liebe zur engeren Heimath, sowie Kenntniss und Werthschätzung der deutschen Kulturarbeit an derselben und der landesväterlichen Fürsorge der Brandenburg-preußischen Herrscher zu fördern“. Damit trage sie „zur Kräftigung des Deutschtums in Masuren bei“.<sup>28</sup> In der Forschung sollte Masuren als „Stätte jahrhundertealter deutscher Kultur“ und als „Bestandteil des preußischen Staates“ erforscht werden. Damit befand sich die „Masovia“ im Einklang mit der staatlichen Germanisierungspolitik.

Insgesamt wurden Manifestationen einer regionalen masurischen Identität im kleinstädtischen öffentlichen Raum zunehmend unmöglich und waren im Wesentlichen auf den ländlich-dörflichen sowie den familiären Bereich festgeschrieben. Die politisch-ideologische Beeinflussung hinterließ bei den Masuren selbst tiefe Spuren und resultierte in dem Wunsch, gleichberech-

---

Deutschland in einem Orte wohnen, dessen Namen sie weder schreiben noch aussprechen können“.

26 Ein Mitglieder-Verzeichnis aus dem Jahr 1903 weist u. a. folgende Honoratioren auf: Ehrenvorsitzender war Graf Heinrich von Lehndorff, Preyl. Den Vorstand führte Professor Karl Eduard Schmidt, Lötzen, an. Zu den weiteren Mitgliedern zählten nur Pfarrer, Juristen, Offiziere, hohe Kommunalbeamte (Landräte), Universitätsprofessoren, Gutsbesitzer und Ärzte.

27 GStA PK. XX.HA. Rep.2 (II). Nr.2006. Regierungspräsident Gumbinnen an Oberpräsident Ostpreußen. Gumbinnen, 21.5.1902. Betr. Gesuch der Litterarischen Gesellschaft Masovia zu Loetzen um Gewährung einer Beihilfe.

28 Ebd.

tigte „Deutsche“ zu sein. Nicht zuletzt das koordinierte Auftreten von Staat und Kirche bewirkte, dass unter dem Einfluss des Ostmarkenvereins moderate Töne spätestens seit der Jahrhundertwende keinen Anklang mehr fanden. Auch für die spät einsetzenden Versuche, die masurische Bevölkerung für die polnische Seite national zu vereinnahmen, gab es um 1900 keine kommunikative Grundlage mehr. Als Indiz für eine vorübergehende separatistische Tendenz, wenn auch unter eindeutig nationaler polnischer Ägide, sahen die Behörden dabei die Gründung der *Masurischen Volkspartei* (MVP) 1896 in Lyck, die sich mit ihrem Presseorgan, der *Gazeta Ludowa*, vor allem an die evangelischen Masuren wandte. Der systematische Ankauf verschuldeter Güter in den Kreisen Osterode und Neidenburg durch katholische Polen aus Posen kam als zweite polnische Aktion hinzu, hinter der die deutschen Behörden eine generalstabsmäßige Polonisierungskampagne vermuteten. Bei der Ansiedlung polnischer Gutsbesitzer in Masuren, die als „polnische Agitatoren“ denunziert wurden, handelte es sich jedoch in der Regel um Opfer des preußischen Ansiedlungsgesetzes in der Provinz Posen. So erwarben die Polen Szczerbiński und Koczorowski, wobei letzterer zuvor ein Gut in Groß Starolenka (Kreis Posen-Ost) besessen hatte, das 8.000 Morgen große Gut Mühlen im Kreis Osterode. Kredite zum Besitzerwerb vergaben polnische Genossenschaftsbanken, die sich als finanzielle Selbsthilfe-Institutionen gegen die preußische Polenpolitik gebildet hatten. Diese Finanztransfers erregten die Aufmerksamkeit und das Misstrauen der Behörden.<sup>29</sup> Bei den Reichstagswahlen 1898 und 1903 kandidierten schließlich zwei Mitglieder der MVP, die beide nicht aus Masuren stammten und uneinheitliche Wahlergebnisse für sich verbuchen konnten.<sup>30</sup>

29 Hauptorte der Ansiedlung nach 1890 waren die Orte Marienfelde, Kreis Osterode, sowie Groß Koschlau und Bialluten im Kreis Neidenburg. Bis 1908 waren allein im Kreis Neidenburg 4.786 und im Kreis Osterode 4.608 Hektar in polnischen Besitz übergegangen. Die anderen Kreise spielten dagegen eine untergeordnete Rolle. Hartmann, Zur nationalpolnischen Bewegung (Anm. 3), S. 54ff.

30 Der Warschauer Redakteur der *Gazeta Ludowa*, Karol Bahrke, erzielte 1898 im Wahlkreis Oletzko-Lyck-Johannisburg nur 229 von 17.832 abgegebenen Wählerstimmen, während sein konservativer Gegner 13.000 Stimmen erhielt. Anders sah es im Wahlkreis Ortelsburg-Sensburg aus, wo der Posener Eugen Zenon Lewandowski 5.874 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Damit erhielt er ein Drittel aller Stimmen, wobei er allerdings von der Freisinnigen Volkspartei mit 4.000 Stimmen unterstützt wurde. Im Kreis Ortelsburg hatte der polnische Kandidat eine Mehrheit. Nur das mehrheitlich konservative Votum des Kreises Sensburg verhinderte einen polnischen Wahlsieg. Vgl. Stüttgen, Regierungsbezirk Gumbinnen (Anm. 16), S. 340. Bei den Reichstagswahlen 1903 erhielt Lewandowski etwa 4.000 Stimmen. Der im Wahlkreis von Karol Bahrke angetretene Bauer Gottlieb Labusch erzielte dagegen nur 130 Stimmen. G. Jasiński, *Mazurska Partia Ludowa. Próba oceny roli i znaczenia* [Die Masurische Volkspartei. Versuch einer Einschätzung

Bei den Reichstagswahlen 1907 erhielten die Konservativen in den bereits erwähnten Wahlkreisen Oletzko-Lyck-Johannisburg 93,1% und Ortelsburg-Sensburg 73,1% der Stimmen. Andere Parteien hatten keine Chance. Das Wahlverhalten war Ausdruck einer ungebrochenen preußisch-dynastischen Staatsverbundenheit, die noch weitgehend von einem vornationalen Konservatismus geprägt war.<sup>31</sup> Der MVP gelang es nur aufgrund momentaner Stimmungen einige wenige Achtungserfolge zu erzielen, ihre politischen Aktivitäten zeichneten sich insgesamt durch ein eher dilettantisches Vorgehen aus. Auch insgesamt fiel die polnische Arbeit bereits vor 1914 durch mangelnde Koordination auf; es gelang nicht, eine originär masureische Basisstruktur zu etablieren. Komitees aus Posen und Warschau behinderten sich gegenseitig, und jede polnische Aktivität in Masuren hing existentiell von der finanziellen Unterstützung polnischer Masurenfreunde ab. Vor allem aber wurde von polnischen Aktivisten die konfessionelle Bindung der Masuren unterschätzt. Ihr religiöser Konservatismus ließ sie an der polnischen Sprache festhalten, zugleich aber auch am preußisch-deutschen Staat. Mit dem Appell an die Angst vor dem Katholizismus gelang es der deutschen Propaganda, die evangelischen Masuren an sich zu binden.

Die Weltkriegserfahrung mit der beinahe vollständigen Zerstörung und Besetzung Masurens 1914/15 sowie die polnischen Territorialforderungen nach 1918 (Volksabstimmung 1920) beschleunigten durch die nationale Polarisierung den Assimilierungsprozess. Mit der Volksabstimmung 1920 konnte die Nationalisierung als abgeschlossen betrachtet werden. Bisher hatte eine Haltung der Kulturarroganz die Masuren in binnendeutscher Perspektive zum Objekt der ‚Arbeit am nationalen Raum‘ gemacht; die Region sollte nun mit der Volksabstimmung zum ‚Subjekt werden, d. h. es sollte nicht mehr propagandistisch bearbeitet werden, es sollte vielmehr mitarbeiten‘.<sup>32</sup> Die deutsche Seite nutzte dabei ihren Standortvorteil zu einer bis dahin beispiellosen Massenmobilisierung, und erstmals fanden sich alle Masuren in Deutschumsverbänden organisiert. Allein ein Vergleich der Mitgliederzahlen verdeutlicht dabei bereits im Vorfeld der Abstimmung die organisatorisch-kommunikationstechnischen Mehrheitsverhältnisse in der Region. So

---

znaczenia [Die Masureische Volkspartei. Versuch einer Einschätzung ihrer Rolle und Bedeutung], in: *Masovia* 1 (1997), S. 23.-46, hier S. 26. Dabei ist zu beachten, dass in Masuren – obwohl ohne nennenswerten deutschen Großgrundbesitz – der Anteil für die Deutsch-Konservative Partei überproportional hoch ausfiel.

31 B. Kozięło-Poklewski, *Kształtowanie się* (Anm. 2), S. 121.

32 In deutschumszentrierter Weise formulierte dies der ehemalige Ortelsburger Gymnasialdirektor Max Meyhöfer in: ders./V. v. Poser, *Der Kreis Ortelsburg. Ein ostpreußisches Heimatbuch*, Leer 1978, S. 148.

zählte der deutsch-patriotische Masuren- und Ermländerbund im Februar 1920 220.000 Mitglieder.<sup>33</sup> Der polnischen Propaganda standen im Abstimmungsgebiet dagegen nur 120 Funktionäre zur Verfügung, die zudem noch mehrheitlich aus Polen stammten, weil sich bei den Masuren nicht genügend Freiwillige fanden, die bereit gewesen wären, sich für Polen einzusetzen. Ihre Arbeit konzentrierte sich auf die westmasurenischen Kreise Osterode, Neidenburg und Ortelsburg, während sie in Ostmasuren überhaupt keine Vertrauensleute aktivieren konnten.<sup>34</sup> Generell standen der deutschen Seite großzügige staatliche Finanzmittel zur Verfügung.<sup>35</sup> Das Ergebnis der Volksabstimmung fiel daher eindeutig zugunsten Ostpreußens und Deutschlands aus.

Ergebnis der Volksabstimmung 11. Juli 1920 (in %)<sup>37</sup>

Landkreis	Stimmenanzahl Ostpreußen	Stimmenanzahl Polen	Prozentsatz Ostpreußen	Prozentsatz Polen
Ortelsburg	48.204	511	98,51	1,49
Johannisburg	34.036	14	99,96	0,04
Neidenburg	22.233	330	98,54	1,46
Lyck	36.534	44	99,88	0,12
Sensburg	34.334	25	99,93	0,07
Osterode	46.385	1.043	97,81	2,19
Lötzen	29.378	9	99,97	0,03
Oletzko	28.625	2	99,993	0,007
Gesamtanteil	279.729	1.978	99,32	0,68

In vielen Erinnerungen wurde der 11. Juli 1920 als eine Zäsur in den Biographien der Masuren gewertet. In Jedwabno, Kreis Neidenburg, brach bei Bekanntgabe eines hundertprozentigen deutschen Sieges im Dorf eupho-

33 Nach eigenen Angaben zählte der Verband 206.313 Mitglieder in 1.046 Ortsgruppen. Vgl. Max Worgitzki, *Geschichte der Abstimmung in Ostpreußen. Der Kampf um Ermland und Masuren*. Leipzig 1921, S. 85ff. Der ebenfalls geläufige Name „Heimatverein“ für die lokalen Gruppen wurde deshalb gewählt, weil die „treibende Kraft gegen das Polentum die Liebe zur Heimat“ gewesen sei.

34 Vgl. W. Wrzesiński, *Plebiscyty na Warmii, Mazurach oraz na Powiślu w roku 1920* [Die Volksabstimmung in Ermland, Masuren und dem Weichselgebiet 1920], Olstzyn 1974, S. 176f.

35 Vgl. R. Klatt, *Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/1920*, Heidelberg 1958, S. 229f. Im Juli 1919 überwies die Reichsregierung beispielsweise 1,5 Millionen RM.



rischer Jubel aus: „Man fiel sich gegenseitig in die Arme und die Freude wollte kein Ende nehmen. Nach dem Absingen von ‚Nun danket alle Gott‘ und ‚Großer Gott wir loben Dich‘ formierte sich ganz spontan die Menge und zog singend durch das Dorf“.<sup>36</sup>

### Zusammenfassung

Der öffentlich-politische Kommunikationsraum war in Masuren während des gesamten analysierten Zeitraums durch eine starke Asymmetrie gekennzeichnet. Durch die vor allem als Folge des fehlenden Kulturkampfes verspätete Vereinsgründungstätigkeit besaßen die polnischsprachigen Masuren keine organisierte Plattform gegen die staatlichen Germanisierungsmaßnahmen. Da die Bevölkerung in Masuren jedoch nie in einem Loyalitätskonflikt zum preußisch-deutschen Staat stand, existierte auch kein Wunsch nach einer Option, die etwa durch einen Anschluss an Polen die polnische Sprache Masurens hätte bewahren können. Die konfessionelle Barriere zum katholischen Polen erwies sich als stärkster Widerstand gegen eine propolnische Masurenbewegung. Zudem implizierten alle gesellschaftlichen Kodizes, dass für einen sozialen Aufstieg ein Identitäts- und Sprachwechsel alternativlos sei. Diese Gleichsetzung von gesellschaftlichem Prestige und Deutschsprachigkeit wurde in Masuren nie ernsthaft hinterfragt, unter anderem da alternative nationale Muster im öffentlichen Diskurs weitgehend fehlten. In Masuren ist daher die verspätete Nationalisierung einer vönnationalen Bevölkerung zu beobachten. Im Prozess der Nationalisierung wurde als Argument durchaus auf die Grenzlage der Region zurückgegriffen, obwohl sie im Vergleich zu den Brennpunkten im deutsch-polnischen Konflikt nur eine marginale Rolle spielte. Eine Massenmobilisierung mit irreversibler Nationalisierung fand erst im Kontext der Volksabstimmung 1920 statt, deren Ausgang nochmals unterstrich, dass eine polnische Option in Masuren chancenlos war.

---

36 F. Suchalla, Geschichte des Dorfes Gedwangen (Jedwabno), Essen 1994, S. 151.

37 Dokument 312: „Endbericht der Interalliierten Kommission für den Bezirk Allenstein. Vertreter Großbritanniens E. Rennie, an den Vorsitzenden der Botschafter-Konferenz in Paris. 14.8.1920“, in: P. Stawiecki/W. Wrzesiński (Hrsg.), Plebiscyty na Warmii, Mazurach i Powiślu w 1920 roku. Wybór źródeł [Die Volksabstimmungen in Ermland, Masuren und dem Weichselgebiet 1920. Eine Quellenauswahl], Olsztyn 1986, S. 447-452; Wrzesiński, Plebiscyty (Anm. 34), S. 271.

---

Christoph Mick

## Die „Ukrainermacher“ und ihre Konkurrenten. Strategien der nationalen Vereinnahmung des Landes in Ostgalizien

### I. Einleitung

„Anthropologisch bilden die Ukrainer einen eigenen Typus und zeichnen sich aus durch großen Wuchs, Brachykephalie (Kurzschädligkeit, CM), dunkle Haare und Augen und gerade schmale Nase. Der russische Anthropologe Iwanowskij behauptet, dass die Ukrainer äußerst wenige Anthropologische Ähnlichkeiten mit den Russen und Polen haben, während die letztgenannten Völker vielfach einen ähnlichen Typus aufweisen. Nach ihm ist der Nasenbau beim Ukrainer schmal, beim Russen und Polen aber breit, weiters hat der Ukrainer kürzere Arme als der Russe und längere Füße als der Pole usw. Das psychologische Bild des Ukrainers ist demjenigen des Russen diametral entgegengesetzt.“<sup>1</sup>

Nationen definieren sich über ihre Grenzen, über territoriale, kulturelle und – wie in diesem Artikel in der *Ukrainischen Rundschau* 1915 – über anthropologische. Der anonyme Autor tat nichts Außergewöhnliches, als er versuchte, die Ukrainer von Russen und Polen über die Identifizierung unveränderlicher Merkmale abzugrenzen. Er nahm damit an einem allgemein-europäischen Diskurs teil, der Nationen als etwas Naturgegebenes und nicht als kulturelle Produkte ansah.<sup>2</sup>

Je verschwommener die Grenzen zwischen den Ethnien waren, desto größer war der Abgrenzungsbedarf der konkurrierenden Nationalbewegungen. In Ostgalizien, dem östlichen Teil des Habsburgischen Kronlandes Galizien und Lodomerien, boten historische Traditionen und ethnische Gemengelage Anknüpfungspunkte für mehrere nationale Identifikationen. Großen Teilen der agrarischen, zumeist griechisch-katholischen Bevölkerung waren bis ins 20. Jahrhundert hinein Konzepte wie ‚nationale Identität‘ fremd. Sie definierten sich nach Wohnort, sozialer Stellung und religiöser Zugehörigkeit. Bis zum Ersten Weltkrieg konkurrierten eine ukrainophile, eine rus-

---

1 Nationale Merkmale, in: *Ukrainische Rundschau* 13 (1915), Nr. 2, S. 49.

2 Der Autor beruft sich auf den ukrainischen Anthropologen Fedir Vovk, Dozent an der St. Petersburger Universität, dessen Aufsatz sieben Jahre zuvor in der *Ukrainischen Rundschau* veröffentlicht worden war. F. Vovk, Die Ukrainer in anthropologischer Beleuchtung, in: *Ukrainische Rundschau* 6 (1908), 487-493, hier S. 492.

sophile, eine polonophile und eine auf das Habsburgerreich begrenzte ruthenische Richtung um dieselbe Bevölkerung. Die Verfechter dieser nationalen Konzepte suchten daher nach vorgeblich ‚objektiven‘ Kriterien, um die Nationalität der Einwohner des Kronlandes in ihrem Sinne zu bestimmen. Teil dieser Aufgabe war es, die als potentielle Konnationale identifizierten Gruppen und Individuen zur bewussten Annahme dieser Nationalität zu bewegen, sie – wie es in zeitgenössischer Diktion hieß – „zu erwecken“.<sup>3</sup>

In diesem Beitrag sollen die Positionen und kommunikativen Strategien einer dieser Richtungen analysiert werden, nämlich der ruthenisch-ukrainischen *narodovci* (Volkstümler). Diese auch als Ukrainophile bezeichnete Gruppe nationaler Aktivisten entwickelte ihre Programmatik auf der Grundlage einer Gemeinsamkeit der Ruthenen des Habsburgerreiches und der ukrainischen Bevölkerung des Russischen Reiches.<sup>4</sup> Nach einem Überblick über die im Kronland Galizien und Lodomerien konkurrierenden nationalen Identifikationsangebote soll am Beispiel von Geschichte, Ethnographie, Sprache und Literatur untersucht werden, mit welchen Mitteln sie Differenz begründeten und argumentativ stabilisierten. Vor allem die wissenschaftlichen Diskurse halfen dabei, das beanspruchte ukrainische Nationalterritorium zu verorten und entsprechende Gebietsansprüche zu begründen. Die Abgrenzung erfolgte dabei in dreifacher Weise, erstens gegenüber polnischer und russischer Geschichte und Kultur, zweitens gegenüber Polen und Russen als Nationen und drittens territorial.

Polen und Russen verfügten nach zeitgenössischem Verständnis über eine Hochkultur. Um gegen diese Konkurrenz bestehen zu können, ging es für die Ukrainophilen darum, die Anciennität, Eigenart und Qualität der ukrainischen Kultur zu propagieren, mit anderen Worten polnischer und russischer Hochkultur eine ukrainische Hochkultur an die Seite zu stellen. Eine ukrainische Volkskultur im Sinne einer spezifischen Lebensform reichte weder den Ukrainophilen noch ihren Konkurrenten als Begründung des nationalen Anspruches aus. Die Ukrainophilen nutzten zwar auch die Folklore, aber ohne Nationaloper, Nationaltheater und Nationalmuseum war auch für sie eine moderne Nation unvorstellbar. Der Beitrag beschäftigt sich mit diesen intel-

---

3 Beispielhaft diskutiert John-Paul Himka die verschiedenen nationalen Optionen. J. P. Himka, *The Construction of Nationality in Galician Rus': Icarian Flights in Almost All Directions*, in: G. Sony/M. D. Kennedy (Hrsg.), *Intellectuals and the Articulation of the Nation*, Ann Arbor 1999, S. 109-164.

4 Die Ukrainophilen ersetzten in den 1890er Jahren in Galizien als Selbstbezeichnung das Ethnonym „Ruthene“ (*Rusyn*) durch das Ethnonym Ukrainer, um dadurch auch im Namen die Zusammengehörigkeit von Ruthenen und der ukrainischen Bevölkerung des Russischen Reiches deutlich zu machen.

lektuellen Konstruktionen<sup>5</sup> und skizziert anschließend die Praxis nationaler Arbeit im Raum, z. B. durch die symbolische Inbesitznahme des Landes durch nationale Denkmäler, die rituelle Einübung von Gemeinschaft in Festen und die Schaffung von nationalen Organisationen. Der polnische und der ukrainische Anspruch auf Ostgalizien schlossen einander in dem Moment aus, in dem beide Nationen die politische Herrschaft auf demselben Territorium anstrebten. Die scharfe Konkurrenzsituation zwischen ukrainischer und polnischer Nationalbewegung wirkte dabei katalysierend auf die Nationalisierung von Polen wie Ukrainern. Jeder Nationalisierungsschritt schwächte die in Ansätzen vorhandene übergreifende galizische Identifikation, obwohl diese Prozesse gleichzeitig auch die lokalen und regionalen Bezüge verstärkten.

Wichtigste Quelle ist die zeitgenössische ukrainophile Publizistik, unter der die in Wien erscheinende *Ukrainische Rundschau* eine Sonderstellung einnimmt. Sie stand der größten ukrainischen Partei, der Ukrainischen Nationaldemokraten Partei nahe und richtete sich an die europäische Öffentlichkeit, in erster Linie aber an die politische Elite des Habsburgerreiches. Die Zeitschrift verfolgte dabei drei Ziele: Erstens sollte die Existenz einer ukrainischen Nation propagiert, zweitens Kenntnisse über die Ukrainer vermittelt und drittens Lobbyarbeit für die ukrainische Bevölkerung des Habsburgerreiches betrieben werden. Aus diesem Grund wurden in der Zeitschrift zahlreiche programmatische Artikel abgedruckt, in denen nationale Abgrenzungen vorgenommen und nationale Ansprüche erhoben wurden. Eine weitere Quelle sind Publikationen, die sich an die ukrainische Intelligenz oder – wie die ukrainische nationaldemokratische *Svoboda* (Freiheit) – direkt an die Bauern wandten. Sie waren für die Binnerintegration von kaum zu überschätzender Bedeutung. Ein wichtiges Anliegen war neben allgemeiner Volksbildungsarbeit die Propagierung einer ukrainischen Idee.

## II. Streit um den Raum: nationale Identifikationsangebote und ihre territoriale Ausrichtung

Im Habsburgischen Kronland Galizien und Lodomerien lebten 1910 acht Millionen Menschen, davon über drei Millionen Ruthenen. Während westlich des Flusses San, in Westgalizien, etwa 88 Prozent der Bevölkerung römisch-katholisch waren, zumeist Polen, gehörten in Ostgalizien nur etwa 25

5 Zum Problem von Kultur, Hochkultur, Sprache und der Begründung von Differenz vgl. T. Eagleton, *The Idea of Culture*, Oxford 2000; S. Hall, *Culture, Media, Language*, London 1990; J. Fiske, *Understanding Popular Culture*. London 1992. Nicht behandelt werden kann im Rahmen dieses Beitrags, wie die Adressaten dieser kulturellen Offensive die kulturellen Inhalte im Prozess der Aneignung veränderten.

Prozent der römisch-katholischen Kirche an. In Ostgalizien betrug der Anteil der Griechisch-Katholiken, die meisten unter ihnen Ruthenen, über 60 Prozent. Der Anteil der Juden betrug in Westgalizien acht Prozent, in Ostgalizien 12,4 Prozent.<sup>6</sup> Das Land war agrarisch geprägt, die Industrie vergleichsweise schwach entwickelt. Der Urbanisierungsgrad der Region nahm seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu, Eisenbahnen sorgten für eine Verbesserung des Verkehrswesens, das Schul- und Bildungswesen wurde ausgebaut. Der Bevölkerungsdruck machte sich durch eine hohe Emigrationsrate Luft – viele Einwohner Galiziens wanderten nach Übersee aus oder suchten Arbeit im Deutschen Reich.

Die größeren Städte waren mehrheitlich polnisch, allerdings mit hohem jüdischem Bevölkerungsanteil. In einigen Kleinstädten stellten Juden mehr als 50 Prozent der Einwohner. Der Anteil der Ruthenen an der Bevölkerung blieb in den meisten Städten unter 20 Prozent. Entsprechend konelierten soziale Stellung und ethnische und religiöse Zugehörigkeiten miteinander: Polnische, römisch-katholische Adlige besaßen die Güter, griechisch-katholische Ruthenen stellten die überwältigende Mehrheit der Bauern und Landarbeiter, und Schankwirte, Pächter, Gutsverwalter, Händler und Kaufleute rekrutierten sich häufig aus der jüdischen Bevölkerung. Diese Gruppen lebten in enger Nachbarschaft und waren ökonomisch und rechtlich miteinander verflochten. Phasen des friedlichen Zusammenlebens wechselten sich ab mit Phasen, in denen sich soziale Konflikte gewaltsam entluden. Die polnischen und jüdischen Gutsbesitzer und Pächter stritten mit den Bauern über die Servitute und mit den Landarbeitern über angemessene Löhne. Die großen Agrarstreiks zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden von Übergriffen auf Gutshöfe und jüdische Verwalter, Pächter und Kaufleute begleitet.<sup>7</sup>

In der ersten Jahrhunderthälfte ermöglichte die Assimilation an das Polentum ruthenischen Aufsteigern aus Bauernstand und Geistlichkeit den Zugang zu höherer Bildung. Soziale und konfessionelle Gegensätze verhinderten dabei jedoch, dass sich die polnische Option – die Integration der Ruthenen in die polnische Nation – durchsetzte. In den 1850er und 1860er Jahren dominierte in der ruthenischen Elite noch die russophile Variante, d. h. die Vorstellung, dass die österreichischen Ruthenen und die Ukrainer des Russischen Reiches zwar ein Volk darstellten, beide zusammen jedoch einen Teil der russischen kulturellen Welt bildeten. Die ukrainophile Kon-

---

6 R. A. Mark, Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung, Marburg 1994, S. 80-85.

7 S. Hryniuk, Polish Lords and Ukrainian Peasants: Conflict, Deference, and Accommodation in Eastern Galicia in the Late Nineteenth Century, in: Austrian History Yearbook 24 (1993), S. 119-132.

kurrenz grenzte dagegen die Ruthenen sowohl von den Russen als auch von den Polen ab, wobei zu ihrem Aufstieg ein Wahrnehmungswandel in der österreichischen Politik wesentlich beitrug – die Regierung sah seit den 1880er Jahren in den Russophilen eine ernsthafte politische Gefahr und strengte daher gegen führende Repräsentanten der Bewegung Prozesse wegen Landesverrats an. Dies half der ukrainophilen Bewegung, bis zur Jahrhundertwende alle ihre Konkurrenten zu übertreffen.<sup>8</sup>

Der ruthenische Adel war in vergangenen Jahrhunderten ebenso polonisiert worden wie ein großer Teil des Stadtbürgertums. Eine immer kleiner werdende, politisch kaum ins Gewicht fallende Gruppe von Ruthenen vor allem adliger Herkunft sah sich als Teil der polnischen Nation (*gente Ruthenus, natione Polonus*).<sup>9</sup>

Nur wenige Adlige unterstützten demgegenüber die Ukrainophilen – diese rekrutierten sich ebenso wie ihre russophilen Konkurrenten aus der dünnen ruthenischen Bildungsschicht, die zum überwiegenden Teil den Familien unierter Geistlicher entstammte, die nicht dem Zölibat unterlagen, und zu einem kleineren Teil aus Bauernfamilien hervorgegangen war. Sie konstituierten nun eine neue, politisch aktive Elite und kompensierten das fast vollständige Fehlen einer adligen oder stadtbürgerlichen Elite, die die politische Führung der Ruthenen hätte übernehmen können. Die Priester- und Bauernsöhne erfuhren in der Hauptstadt Galiziens, Lemberg (L'viv, Lwów), oder in der Reichshauptstadt Wien eine weltliche Ausbildung und wurden anschließend als Juristen, Journalisten, Beamte und Genossenschaftsfunktionäre Teil einer Intelligenzschicht, die in den 1890er Jahren den Priestern die Führungsrolle in der ruthenischen Bevölkerung streitig machte. Der ukrainisch-amerikanische Historiker John-Paul Himka schätzt die säkulare ruthenische Intelligenz für 1850 auf 1000 Personen, für 1875 auf 5000 und für das Jahr 1900 auf über 10.000.<sup>10</sup> Sie erhielten ihr politisches Training in der österreichischen Gemeindeführung, in Landtag und Reichsrat. Die ruthenische Bevölkerung war dabei jedoch in den Selbstverwaltungsgremien durchweg unterrepräsentiert, woran auch die Einführung des allgemeinen

---

8 J. Kozik, *Ukraiński ruch narodowy w Galicji w latach 1830-1848*, Kraków 1973; J.-P. Himka, *Galician Villagers and the Ukrainian National Movement in the Nineteenth Century*, Houndmills etc. 1988.

9 Hier trafen sie sich mit den Auffassungen polnischer Politiker aus dem konservativen und nationaldemokratischen Lager, die die Ruthenen als – wenn auch rückständigen Teil – des polnischen Ethnos oder zumindest als eng verwandtes „Brudervolk“ betrachteten, deren Einschmelzung in die polnische Nation erwünscht war.

10 J.-P. Himka, *The Transformation and Formation of Social Strata and their Place in the Ukrainian National Movement in Nineteenth-Century Galicia*, in: *Journal of Ukrainian Studies* 23 (Winter 1993), S. 3-22, hier S. 13.

Männerwahlrechts für das österreichische Abgeordnetenhaus im Jahre 1907 nichts änderte. Die österreichische Regierung und der Polenklub des Reichsrats einigten sich auf 78 polnische gegenüber 28 ruthenischen Mandaten. Dieses Ziel wurde nicht durch die Einrichtung zweier getrennter nationaler Wahlkurien, sondern durch eine komplizierte Wahlarithmetik und Wahlkreisgeometrie erreicht, welche die Benachteiligung der Ruthenen verschleierte. Während auf über 103.000 ruthenische Wähler ein Abgeordneter kam, repräsentierte ein polnischer Abgeordneter 46.000 Polen.<sup>11</sup> Nachdem sie ihre Forderung nach Teilung des Kronlandes in einen polnischen und einen ukrainischen Teil nicht hatten durchsetzen können, vertraten die ukrainischen Abgeordneten von Reichsrat und Landtag deshalb zentralistische Positionen.<sup>12</sup>

Die konkurrierenden nationalen Orientierungen korrespondierten mit unterschiedlichen territorialen Wahrnehmungsweisen. Für die galizischen Eliten stellten das Reich und die Hauptstadt Wien, der Sitz von Regierung und Reichsrat, und das Kronland mit der Hauptstadt Lemberg, dem Sitz der Statthalterei und des Landtags, die wichtigsten politischen Aktionszentren dar. Die polnischen Politiker orientierten sich in ihrer nationalen Rhetorik durchaus am Gebiet des polnischen Staatswesens vor den Teilungen, als deren Produkt das habsburgische Kronland Galizien angesehen werden konnte. Sie versuchten in diesem Sinn auch, am Grundsatz der territorialen Integrität des Kronlandes eisern festzuhalten, da es ihnen eine knappe Mehrheit und eine dominante Stellung gegenüber den Ruthenen im gesamten Kronland und vor allem im Ostteil sicherte. Die polnische Forderung nach Wiedererrichtung eines unabhängigen polnischen Staates in den Grenzen des historischen polnisch-litauischen Reiches stieß dabei auf heftige Proteste der Ukrainophilen. Diese plädierten dagegen für eine Teilung Galiziens, wobei aus Ostgalizien mit seiner ruthenischen Bevölkerungsmehrheit ein eigenes Kronland mit Lemberg als Hauptstadt gebildet werden sollte. Sie erhoben außerdem Anspruch auf die Gebiete des Russischen Reiches mit ukrainischer Bevölkerungsmehrheit und propagierten die Vereinigung der ukrainischen Gebiete des Russischen Reiches und des Habsburgerreiches<sup>13</sup>, in der Maximalvariante wurden auch Gebiete der Bukowi-

---

11 H. Binder, Die Wahlreform von 1907 und der polnisch-ruthenische Konflikt in Ostgalizien, in: Österreichische Osthefte 38 (1996), S. 293-320.

12 J. Buszko, Polacy w Parlamencie Wiedeńskim 1848-1918 [Die Polen im Wiener Parlament 1848-1918], Warszawa 1996. W. Bihl, Die Ruthenen, in: Die Habsburger Monarchie, Bd. III/1: Die Völker des Reiches, Wien 1980, S. 555-584.

13 M. Danko, Die polnische Politik gegenüber den andersnationalen Bestandteilen der ehemaligen polnischen Republik, in: Ukrainische Rundschau 9 (1911), S. 77-81.

na und des ungarischen Transkarpatiens beansprucht, in denen vorwiegend Ruthenen lebten. Dies wiederum rief heftige Gegenreaktionen des russophilen Flügels des ruthenischen politischen Spektrums hervor, der in letzter Konsequenz den Anschluss Ostgaliziens an das Russische Reich anstrebte. Jedoch blieb die auf Ostgalizien beschränkte griechisch-katholische Kirche, die eine wichtige Rolle bei der Herausbildung eines ruthenischen Sonderbewusstseins spielte, ein Störfaktor für die Stiftung von Gemeinschaft mit den orthodoxen Ukrainern im Russischen Reich. Abgesehen von einer kleinen Gruppe eingefleischter österreichischer Ruthenen hatten somit polnische und ruthenische Eliten territoriale Bezüge, die die Grenzen des Habsburgerreiches überschritten.

Eine zentrale Voraussetzung für die Dynamik der Nationalisierungsprozesse vor dem Ersten Weltkrieg war die relative Freiheit, die Wien den regionalen Eliten nach den Reichsreformen der 1860er und 1870er Jahre eingeräumt hatte. Die polnische Gesellschaft profitierte davon jedoch ungleich stärker als die Ruthenen. Die wichtigen Posten in Justiz und Verwaltung wurden fast ausschließlich von Polen besetzt. Zwischen 1848 und 1915 bestimmte der Kaiser durehweg Polen zu Statthaltern des Kronlandes. Der Landesmarschall – der Vorsitzende des Landtags – und der Minister für Galizien waren ebenso Polen wie die meisten Kreishauptleute. Im Wiener Abgeordnetenhaus verfügte der Polenklub über großen Einfluss, dem die ruthenischen Abgeordneten wenig entgegenzusetzen hatten. Obwohl die Regierung den Polenklub als Gegengewicht gegen die oppositionellen tschechischen Abgeordneten benötigte, stand sie der ukrainischen Bewegung jedoch gleichzeitig durchaus wohlwollend gegenüber. Das Reichszentrum förderte den Ausbau des ukrainischsprachigen Schulwesens und nutzte die sprichwörtlich loyalen Ruthenen – die „Tiroler des Ostens“ – als Gegengewicht gegen weitergehende Autonomieforderungen der dominanten Polen.<sup>14</sup>

### III. Wissenschaftliche Abgrenzungsdiskurse und die Propagierung einer ukrainischen Hochkultur

In der polnischen und russischen Nationalgeschichtsschreibung hatte eine eigenständige ukrainische Geschichte keinen Platz. Ukrainische Historiker mussten sich ihre nationale ukrainische Geschichte gegen russische und polnische Geschichtsinterpretationen argumentativ erarbeiten. Sie suchten und fanden dabei historische Staats- und Herrschaftsgebäude, die sich in die

---

14 Cz. Partacz, *Od Badeniego do Potockiego. Stosunki Polsko-Ukraińskie w Galicji w latach 1888–1908* [Von Badeni bis Potocki. Die polnisch-ukrainischen Beziehungen in Galizien in den Jahren 1888–1908], Toruń 1996.



ukrainische Traditionskette einbauen ließen und geeignet waren, Stolz auf eine genuin ukrainische Geschichte zu wecken.<sup>15</sup> So schreibt der für die Bauern bestimmte Kalender der ukrainischen nationaldemokratischen Zeitschrift *Svoboda* (Freiheit):

„Die Ukrainer sind ein altes Kulturvolk (staryj kul’turnyj narid). Auf ihren Gebieten, auf denen es auch heute lebt, lebte es schon vor tausenden Jahren, und das historische Leben unseres Volkes zählt auch schon tausend Jahre“.<sup>16</sup>

Die Ukrainophilen reklamierten die Kiewer Rus als Ausgangspunkt ukrainischer Geschichte, gerieten hierbei jedoch in Konflikt mit der in Europa allgemein akzeptierten russischen Geschichtsauffassung, welche die Kiewer Rus exklusiv für die russische Geschichte beanspruchte und die Staatlichkeit des Kosakenhetmanats im 17. Jahrhundert bezweifelte.<sup>17</sup> Polnische Historiker wiederum verwiesen auf die polnische „zivilisatorische Mission“, ihre „kulturelle Überlegenheit“ und die polnische Prägung der Städte; sie sahen in den ukrainischen und ruthenischen Gebieten seit dem 14. Jahrhundert einen integralen Bestandteil des polnisch-htauischen Reiches und interpretierten den Aufstand der Kosaken unter Hetman Bohdan Chmel’nyč’kyj entsprechend als Verrat an der polnischen Krone. Der berühmteste ukrainische Historiker Mychajlo Hruševs’kyj vertrat dagegen die Ansicht, dass die Ukrainer die Unterdrückung durch die Polen nie hingenommen hät-

15 Ukrainische Geschichte, in: *Ukrainische Rundschau* 13 (1915), S. 52-62.

16 Jak Moskalji nyščyly Ukrajinu [Wie die Moskale die Ukraine vernichteten], in: *Kalendar Svobody za zvyčajnyj rik 1914*, L’viv 1914, S. 114-122, hier S. 114. Zur Propagierung genuin ukrainischer Helden vgl. z.B. Ivan Bohun (U 250-ti rokovyny joho mučenyč’koho smerty.) [Ivan Bohun (Zum 250. Jahrestag seines Märtyrertodes)], in: ebd., S. 131-133.

17 Russische Historiker werteten den Vertrag von Perejaslav 1654 allgemein als Anerkennung der Oberhoheit des Zaren durch die Führung des Hetmanats und eine für „ewige Zeiten“ geltende Unterwerfung unter die Herrschaft des Moskauer Zartums. Ukrainische Historiker interpretierten den Vertrag dagegen als vorübergehenden Pakt, der sich in die kosakische Bündnispolitik auf dem Weg zur Eigenstaatlichkeit einfügte. In diesem Zusammenhang stellte die *Ukrainische Rundschau* 1915 fest: „Die Ukrainer wurden nicht nur von ihren russischen Feinden um ihre Freiheit, sondern auch von der Geschichtswissenschaft um ihre Geschichte gebracht“. *Ukrainische Geschichte*, in: *Ukrainische Rundschau* 13 (1915), S. 52-62, hier S. 52.

18 In der *Ukrainischen Rundschau* erschienen zu diesem Thema zahlreiche Artikel, z.B. O. Turjanskij, Die Idee des historischen Polenstaates als Grundlage der sozialen Reaktion, in: *Ukrainische Rundschau* 4 (1906), S. 369-377; W. Kuschnir, Historische Rechte der Polen auf Länder der ukrainischen Zunge, in: *Ukrainische Rundschau* 7 (1909), S. 8-12; O. Kuschtschak, Ukrainertum von gestern und heute, in: *Ukrainische Rundschau* 7 (1909), S. 59-63.

ten und verwies dabei auf die zahlreichen Aufstände, denen er neben der sozialen auch eine nationale Motivation unterlegt.<sup>18</sup> Hruševs'kyj rekurrierte auch auf die Leistungen, welche die Ukraine für Europa erbracht hätten: Nicht Polen, sondern die Ukrainer seien die *Antemurale Christianitatis*, die „Vormauer der Christenheit“ gewesen, welche Europa vor den „asiatischen Horden“ bewahrt hatte.<sup>19</sup>

Insgesamt suchten ukrainische Historiker mit Vorliebe nach ukrainischen Spuren und Ursprüngen in der Region und verwiesen auf die ruthenischen Fürsten Danilo, Roman und Lev, welche im 13. und 14. Jahrhundert Ostgalizien beherrscht hatten. Ging es jedoch um die konkreten territorialen Ansprüche, spielte bei den Ukrainophilen der Verweis auf staatliche Traditionen eine geringere Rolle als bei den Polen, die ihre Gebietsansprüche mit Vorliebe historisch begründeten. Angesichts lange zurückliegender und von den Nachbarn angefochtener staatlicher Traditionen erhoben die Ukrainophilen Anspruch auf all jene Gebiete, in denen ihrer Ansicht nach mehrheitlich Ukrainer lebten. Seit 1912 druckte die Ukrainische Rundschau daher am Beginn jeder Nummer eine Karte ab, welche das aktuelle ukrainische Siedlungsgebiet auswies. Sie war auf Grundlage österreichischer Volkszählungen und der großen Volkszählung im Russischen Reich 1897 erstellt worden, die in einem für die eigene Seite maximalistischen Sinne interpretiert wurden. Letztlich blieb unklar, ob ein Griechisch-Katholik, der Polnisch als Alltagssprache angegeben hatte, nun ein polonisierter Ruthene oder ein zur griechisch-katholischen Kirche übergetretener Pole war. Analog verhielt es sich mit ukrainisch sprechenden Römisch-Katholiken, den so genannten Lateinern, oder mit russisch sprechenden Bewohnern der Zentral- und Ostukraine, die jedoch ukrainische Namen trugen. Diese unklare ethnographische Lage führte dazu, dass sehr unterschiedliche Versionen darüber kursierten, was denn nun die Ukraine sei.<sup>20</sup>

19 Siehe dazu den Kommentar in der Ukrainischen Rundschau: Die „Vormauer der Zivilisation und des Christentums“, in: Ukrainische Rundschau 7 (1909), S. 34-36.

20 Gemäß der *Ukrainischen Rundschau* erstreckte sich das ukrainische Territorium vom 19. bis 39. Längen- und vom 44. bis zum 53. Breitengrad auf einer Oberfläche von fast 750.000 Quadratkilometer. Darauf lebten etwa 40 Millionen Menschen, davon 80% Ukrainer. S. Tomaschiwskyj, Zur Karte des ukrainischen Wohngebiets, in: Ukrainische Rundschau 6 (1908), S. 9-14. Der Bauernkalender der Zeitschrift *Svoboda* spricht gar von 850.000 Quadratkilometer. Die Ukraine sei damit elfmal so groß wie Galizien und um 180.000 Quadratkilometer größer als die gesamte Habsburgermonarchie. Naši zemlji, In: Kalendar Svobody 1914, S. 135-138.

21 Partacz, Od Badeniego do Potockiego (Anm. 14), S. 52 f. Siehe auch J. Buszko, Die Stellung der Polen und Ukrainer, in: Österreichische Osthefte 38 (1996), S. 280 f.;

Die Kodifizierung der Schrift und der Ausbau der ukrainischen Hochsprache zu einer modernen Literatur- und Wissenschaftssprache waren zwei wichtige Betätigungsfelder nationaler Arbeit. Beides diente der Außendarstellung und sollte gleichzeitig einen einheitlichen Kommunikationsraum schaffen. Aufgabe war es zunächst, eine einheitliche ukrainische Schreibweise zu schaffen, welche in den ukrainischen Schulen des Habsburgerreiches gelehrt werden konnte. Der galizische Landesschulrat unter seinem polnischen Vorsitzenden Michał Bobrzyński holte dafür den Rat ukrainischer Lehrer ein, die sich am 29. Mai 1892 mehrheitlich für die phonetische Orthographie aussprachen.

Damit wurde mit der russischen Rechtschreibung gebrochen und kirchenslavische und russische Entlehnungen aus der ukrainischen Literatursprache entfernt. Trotz Protest der Russophilen, die für das Russische als Hochsprache plädierten, wurde durch Ministerialbeschluss die phonetische Schriftweise an ukrainischen Schulen eingeführt, was den Grundstein dafür legte, dass diese sich auch in der russischen Ukraine durchsetzte.<sup>21</sup>

Die ukrainische Schriftsprache orientierte sich seitdem an der Aussprache der Bevölkerung und nicht – wie Russophile und Altruthenen gewünscht hatten – an der Sprachgeschichte.<sup>22</sup> In der Folgezeit konnte man schon am benutzten Alphabet erkennen, welche politische Tendenz die jeweilige Publikation vertrat.

Eine weitere wichtige Aufgabe war die Abgrenzung ukrainischer Dialekte von ihren polnischen oder russischen Nachbardialekten. In der für die Außenpräsentation bestimmten Argumentation der Ukrainophilen wurde behauptet, „dass vom San bis zur Kuban, also im Durchmesser von über 2000 Kilometern, so gut wie gar keine Dialektunterschiede bestehen“.<sup>23</sup>

Derart apodiktisch waren die ukrainischsprachigen Publikationen selbst jedoch keineswegs, denn dies hätte auch den Erfahrungen der Bevölkerung

---

A. V. Wendland, *Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Rußland 1848–1915*, Wien 2001, S. 113 ff.

22 M. Moser, *Die Entwicklung der ukrainischen Schriftsprache*, in: P. Jordan u.a. (Hg.), *Ukraine. Geographie – Ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Literatur – Kultur – Politik – Bildung – Wirtschaft – Recht*, Wien 2000 (= *Österreichische Osthefte* 42 (2000) H. 3/4), S. 483–496.

23 *Nationale Merkmale*, in: *Ukrainische Rundschau* 13 (1915), S. 49. Mit dem Alter und der Besonderheit der ukrainischen Sprache argumentierte der ukrainische Reichsratsabgeordnete Aleksander Kolessa schon 1908 im österreichischen Abgeordnetenhaus. An die Gegner der nationalen Selbständigkeit der Ukrainer, in: *Ukrainische Rundschau* 6 (1908), S. 370–376.

widersprochen – einzelne Untergruppen wie die Lemken sprachen anders als die Huzulen, und ein ostgalizischer Ukrainer anders als ein Ukrainer aus dem russischen Char'kiv.<sup>24</sup> Bei der Behauptung der Kohärenz der ukrainischen Sprache konnten die Ukrainophilen jedoch auf russische Forschungsergebnisse zurückgreifen: Selbst die russische Akademie der Wissenschaft – so heißt es in der *Ukrainischen Rundschau* – habe im Jahre 1906 anerkannt, „dass die russische und die ukrainische Sprache etwas Grundverschiedenes sind“. Seit ihren Anfängen im Mittelalter – gemeint war damit die auch von den Russen beanspruchte Nestor-Chronik – zeichne sich die ukrainische gegenüber der russischen Literatur „durch ihren Idealismus, Realismus und stilistischen Schwung“ aus.<sup>25</sup>

Der polnischen und russischen Hochkultur stellten die Ukrainophilen daher insgesamt eine eigene Literatur, Musikkultur und Kunst entgegen, die sich nicht in Folklore erschöpfte, sondern den Anspruch erhob, eine eigenständige Hochkultur darzustellen.<sup>26</sup> 1873 gründeten die *narodovci* die *Literarische*, seit 1892 *Wissenschaftliche Ševčenko-Gesellschaft*. Diese hatte die Aufgabe, für die Entwicklung der ruthenisch-ukrainischen Kultur und Wissenschaft zu sorgen und zählte die Crème der ukrainischen Intelligenz zu ihren Mitgliedern; die Gesellschaft übernahm so die Funktion einer Ukrainischen Akademie der Wissenschaften. Die Gründung einer ukrainischen Musikgesellschaft, eines ukrainischen Theaters und eines Ukrainischen Nationalmuseums in Lemberg folgten. Zahlreiche Wissenschaftler und Laien widmeten sich mit Hingabe der Erforschung von Folklore und Brauchtum. In ethnographische Arbeiten wurde anhand von Trachten, Folklore und Gebräuchen eine spezifisch ukrainische Volkskultur identifiziert und gleichzeitig die Popularität der ukrainischen Volkslieder bei Polen und Russen als Beweis für die poetische Schönheit der ukrainischen Sprache angeführt.<sup>27</sup> Die Volksbildungsgesellschaft *Prosvita* popularisierte durch Billigausgaben literarischer Werke eine ukrainische Nationalliteratur mit Taras Ševčenko als zentralem Autor und stärkte damit die Verbindung zwischen der habsburgischen West- und der russischen Ostukraine.<sup>28</sup>

---

24 Naša ridna mova [Unsere Muttersprache], in: Kalendar Svobody 1914, S. 156.

25 Nationale Merkmale, in: Ukrainische Rundschau 13 (1915), S. 49.

26 Dies war ein gemeinsames, die österreichisch-russische Grenze überschreitendes Unternehmen. S. Yekelchik, *The Nation's Clothes: Constructing a Ukrainian High Culture in the Russian Empire, 1860-1900*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 49 (2001) H. 2, S. 230-239.

27 Naša ridna mova [Unsere Muttersprache], in: Kalendar Svobody 1914, S. 157 f.

28 Wladimir Kuschnir: *Das Jubiläum des Aufklärungsvereins „Prosvita“ in Lemberg*, in: *Ukrainische Rundschau* 6 (1908), S. 523-527.

Ukrainophile Publikationen grenzten die Ukrainer von Russen und Polen jedoch auch dadurch ab, dass sie auf unterschiedliche Mentalitäten, Charakterzüge, Sitten und Gebräuche verwiesen; ethnische Stereotypen wurden damit zu einem Teil des nationalwissenschaftlichen Diskurses.<sup>29</sup> Der Kiewer Universitätsprofessor Volodymyr Antonovyč versuchte z. B. zu untermauern, dass während der Russe widerstandslos einer absoluten Autorität gehorche und die Polen Anhänger des Aristokratismus seien allein die Ruthenen das Ideal der „Gleichberechtigung der Gemeinde“ verfolgten. Auch in Wissenschaft, Kunst und Literatur schnitten, so Antonovyč, die Ukrainer am besten ab, und selbst die ethnische Grundlage unterscheide sich bei allen drei Völkern wesentlich:

„Der Ukrainer hält für Ethik das was recht ist; bei dem Russen bildet den ethischen Hauptpunkt die Kraft; bei dem Polen bildet das ethische Kriterium das Angenehme.“<sup>30</sup>

Abgrenzung der ukrainischen Kultur nach außen und Traditionsbildung und Integration nach innen bildeten gleichsam zwei Seiten einer Medaille.

#### IV. Die nationale Markierung des öffentlichen Raums in Lemberg und in Ostgalizien

Die Spannungen zwischen Polen und Ruthenen nahmen zu, als nach den habsburgischen Reichsreformen von 1867/68 die polnische Kultur die deutsche endgültig als „Leitkultur“ in Galizien ablöste und die Polonisierung aller Lebensbereiche auch ukrainische Besitzstände in Kultur, Bildungswesen und Verwaltung zu beseitigen drohte. Die polnischen Politiker nutzten nun den erweiterten Spielraum, um den öffentlichen Raum polnisch-national zu kodieren. Viele Straßen und Plätze erhielten Namen, die mit der polnischen Geschichte und Kultur konnotiert waren, Denkmäler und Büsten erinnerten an polnische Helden. Dies galt besonders für Lemberg. Der ukrainische Historiker Ivan Krypjakevyč forderte daher die ukrainischen Organisationen ausdrücklich dazu auf, ihrerseits das äußere Bild der Stadt zu verändern und Gebäude im ukrainischen nationalen Stil zu errichten, Lemberg müsse eine ukrainische Stadt werden. Deshalb sei es die Pflicht jedes ukrainischen Ge-

29 S. Yekelchik, *The Body and National Myth: Motifs from the Ukrainian National Revival in the Nineteenth Century*, in: *Australian Slavonic and East European Studies* 7 (1993) No. 2, S. 31-58.

30 W. Antonowytsch, *Drei nationale Typen*, in: *Ukrainische Rundschau* 6 (1908), S. 532-539.

31 I. Krypjakevyč, *L'viv. Joho mynuvšyna i teperišnist'* [L'viv. Seine Vergangenheit und Gegenwart], L'viv 1910, S. 59 f.

schäftsmanns und Handwerkers, Aufschriften und Ladenschilder in ukrainischer Sprache und kyrillischer Schrift anzubringen.<sup>31</sup> Ukrainophile und russophile Organisationen, die bereits lange diese Praxis verfolgten, hatten im Stadtzentrum Gebäude erworben oder Neubauten in Auftrag gegeben, die durch deutliche Anklänge an ukrainische dörfliche Architektur die ukrainische Präsenz und den ukrainischen Anspruch sichtbar machen sollten.

Solche privaten Initiativen waren deswegen so wichtig, weil vom Lemberg-Magistrat mit seiner polnischen Mehrheit keine Zugeständnisse an die ukrainische Minderheit in der Stadt zu erwarten waren. In seinen Augen sollte Lemberg einen polnischen Charakter erhalten und bewahren, entsprechend wurden Gedenk- und Erinnerungsorte des ukrainischen Bevölkerungsteils an die Stadtperipherie gedrängt. Der Magistrat weigerte sich beispielsweise beharrlich, öffentlichen Grund für ein Denkmal des ukrainischen Nationaldichters Taras Ševčenko zur Verfügung zu stellen. Der Herausgeber der *Ukrainischen Rundschau*, Volodymyr Kušnir klagte 1908: „Ein ruthenisches Denkmal darf in Lemberg nicht entstehen. Polnische Denkmäler gibt es hier aber auf Schritt und Tritt, sie werden besonders in letzter Zeit fieberhaft errichtet, um so den polnischen Charakter der Stadt für immer zu assekurieren.“<sup>32</sup> Erst nach langwierigen Debatten wurde schließlich eine kleine ungepflasterte Straße außerhalb des Stadtzentrums nach dem Dichter benannt. Ukrainische Institutionen riefen deshalb alle Ukrainer zu Geldspenden auf, um in Lemberg Land für einen „Ševčenko-Platz“ zu kaufen.<sup>33</sup>

Die Städte, insbesondere die Hauptstadt des Kronlandes Lemberg, blieben auch nach der Jahrhundertwende Orte, in dem die ukrainischen Neuankömmlinge einem hohen Assimilationsdruck ausgesetzt waren. Dies betraf sowohl die ruthenischen Arbeiter als auch die Bauern- und Priestersöhne, die zum Erwerb höherer Bildung in die Stadt gekommen waren. Das Vorherrschen der polnischen Sprache in den Gewerkschaften bereitete der ukrainophilen Bewegung ebenso Sorgen wie die sichtliche Attraktivität der polnischen Hochkultur und die Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, die mit der Annahme dieser Kultur verbunden waren. Umso wichtiger war daher die Schaffung eines ukrainisch-nationalen Umfeldes in Lemberg, eines Netzes von Organisationen, Vereinen und Schulen, das eine Polonisierung der ru-

32 Wladimir Kuschnir, Die nationalen Verhältnisse in Lemberg und anderen ostgalizischen Städten, in: *Ukrainische Rundschau* 6 (1908), S. 471-479, hier S. 476.

33 Immerhin konnten so bis Ende 1913 6.500 Quadratmeter Land gekauft werden. Beabsichtigt war bis zum 100. Geburtstag Ševčenos 21.771 Quadratmeter Land zu kaufen. Was aus der Initiative schließlich wurde, ist mir nicht bekannt. In den amtlichen Stadtplänen ist jedenfalls kein Ševčenko-Platz zu finden. „Ukrajins'kyj gorod“ u L'vovi, jakyj maemo zakupyty [„Eine ukrainische Stadt“ in Lemberg, welche wir gekauft haben], in: *Kalendar Svobody* 1914, S. 12 f.

thenischen Jugend, der „Zukunft der Nation“, verhindern sollte.<sup>34</sup> Die Forderungen betrafen dabei mehr ukrainische Volksschulen und Gymnasien, die Einführung des Ukrainischen als Amtssprache im Kronland, ukrainischsprachige Lehrstühle an der Lemberger Universität und die Gründung einer eigenen ukrainischen Universität.

Lokales, Regionales und Nationales überlagerten einander, und die nationale Konkurrenz stärkte die konkurrierenden polnischen und ukrainischen Lokal- und Regionalpatriotismen. In Ostgalizien fand dabei die polnische organische Arbeit in den ruthenischen Eliten gelehrige Schüler und gefährliche Gegenspieler, die die ökonomische, politische und kulturelle Dominanz der polnischen Gutsbesitzer und Stadtbürger zunehmend in Frage stellten. Ruthenische Vereine, Parteien, Kredit-, Produktions- und Konsumgenossenschaften entwickelten sich im ausgehenden 19. Jahrhundert in Galizien auch deshalb mit solcher Schnelligkeit und in solcher Dichte, weil sie Produkt einer nationalen Konkurrenzsituation waren. Wegen der polnischen Dominanz im teilautonomen Galizien ließen sich galizisch und polnisch schwer voneinander trennen. Aus diesem Grund erfolgte auch die Selbstorganisation der ruthenischen Intelligenz oft auf dem Weg der Abtrennung von galizischen Organisationen. Seit den 1890er Jahren traten Ruthenen aus nicht national festgelegten, aber polnisch dominierten galizischen Verbänden, Vereinen und Parteien aus. Nach und nach wurden so die Berufsverbände verdoppelt oder gar wie im Falle der Anwälte durch einen jüdischen Verein verdreifacht. Ausnahmen blieben Gewerkschaften und die Staatsbeamten, die in den national neutralen Landesverbänden bleiben mussten.<sup>35</sup> Bis zur Jahrhundertwende schufen die Ukrainophilen so ein nationales Netzwerk, das sie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs sukzessive ausbaute.

Die ukrainischsprachige Presse verband die einzelnen Aktivitäten miteinander und schuf einen nationalen Kommunikationsraum, der den Horizont der Bauern über das Dorf hinaus erweiterte.<sup>36</sup> Der ukrainische Volksbildungsverein *Prosvita* und andere ruthenisch-ukrainische Organisationen verfolgten dabei auch ein Programm zur Modernisierung des Dorfes, die unmittelbar mit der nationalen Mobilisierung der Bauern verbunden war. Vereine gegen den weit verbreiteten Alkoholismus oder für Lesehallen, Ge-

---

34 Vgl. die Argumentation des Historikers Krypjakovyč, *L'viv* (Anm. 34), S. 57-59.

35 Für die Sozialdemokratie vgl. K. S. Jobst, *Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Die polnische und ukrainische Sozialdemokratie in Galizien von 1890 bis 1914*. Ein Beitrag zur Nationalitätenfrage im Habsburgerreich, Hamburg 1996, S. 100 f., 134 f.

36 J.-P. Himka, *Priests and Peasants. The Greek Catholic Pastor and the Ukrainian National Movement in Austria, 1867-1900*, in: *Canadian Slavonic Papers* 21 (1979), S. 1-14, bes. S. 5-9.

nossenschaften, Schulen, Chöre, Amateurtheater, Feuerwehr- und Sportvereine bildeten völlig neue Erscheinungen und machten als genuin ruthenisch-ukrainische Organisationen die Nation im Alltag erfahrbar. Hierzu gehörte auch die Inszenierung von Nationalfesten. Auf nationalen Feiern, Festversammlungen und Demonstrationen erfuhren sich die Teilnehmer als Einheit, als Angehörige der Nation. Die ukrainophilen Politiker taten sich jedoch schwer, gemeinsame Festanlässe mit den Ukrainern des Russischen Reiches zu finden. Der langjährige Vorsitzende der ukrainischen Nationaldemokraten Kost' Levyč'kyj bemerkte 1926 in einem Rückblick auf die Vorkriegszeit, dass den Ukrainern eine nationale Tragödie jüngeren Datums fehlte, die in einem gesamtnationalen Fest thematisiert werden könnte und wie z. B. der Januaraufstand von 1863 für die polnische Nationalbewegung.<sup>37</sup> Oft wurden deshalb historische Ereignisse oder Personen gefeiert, deren Ausstrahlungskraft auf Galizien beschränkt war. Vor allem Ševčenkos Geburts- und Todestage gehörten jedoch zu den beliebtesten Anlässen ukrainischer Feiern, die sowohl im Habsburger- als auch im Russischen Reich allgemeinen Anklang fanden.<sup>38</sup>

Die ukrainophile Intelligenz koordinierte diese Aktivitäten der ukrainischen Nationalbewegung, gab die Zeitungen heraus, gründete die Organisationen und Vereine und formulierte die nationale Botschaft. Als Vermittler zu den Bauern fungierten die griechisch-katholischen Priester und Kantoren und seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die Lehrer ukrainischer Volksschulen. Sie überbrückten die kulturelle Distanz zwischen der politisch hoch mobilisierten städtischen Intelligenz und der Masse der Bauern und trugen das dichte Netz der lokalen Vereine und Institutionen.<sup>39</sup> Dies hieß jedoch nicht, dass sich alle Pfarrer, Kantoren und Lehrer für die ukrainische Sache begeisterten; eine signifikante Minderheit blieb russophil orientiert und übernahm für die russophile städtische Intelligenz dieselbe Vermittler-

---

37 K. Levyč'kyj: *Istorija političnyj dumky halyc'kych Ukraïnciv 1848-1914* [Geschichte des politischen Denkens der galizischen Ukrainer 1848-1914], L'viv 1926, S. 670. C. Mick, Nationale Festkultur in Lemberg vor dem Ersten Weltkrieg, in: M.G. Müller/R. Schattkowsky (Hrsg.), *Identitätenwandel und nationale Mobilisierung in Regionen ethnischer Diversität. Ein regionaler Vergleich zwischen Westpreußen und Galizien am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts*, Marburg 2004, S. 113-132.

38 Levyč'kyj, *Istorija*, S. 569 f.

39 J. P. Himka, *Galician Villagers* (Anm. 8), S. 133-142. Ders., *The Greek Catholic Church and Nation-Building in Galicia, 1772-1918*, in: *Harvard Ukrainian Studies* 8 (Dez. 1984), S. 426-452.



rolle wie die ukrainophilen dörflichen Notablen für die ukrainische Nationalbewegung.<sup>40</sup>

## V. Ausblick: Nationalisierungsschub durch Kriegserfahrung

Der Erste Weltkrieg, insbesondere aber der folgende polnisch-ukrainische Krieg um Ostgalizien brachte in der Region den entscheidenden Nationalisierungsschub, dessen Dynamik allerdings ohne die „Arbeit am nationalen Raum“ in den Jahrzehnten davor nicht zu verstehen ist. Die Ausrufung eines unabhängigen ukrainischen Staates in Kiew, der Frieden von Brest-Litovsk und das Tauziehen um die Teilung des Kronlandes Galizien und Lodomerien politisierten die ukrainische Bevölkerung, die nun in großer Zahl an nationalen Kundgebungen teilnahm. 1918 schlossen sich Zehntausende der west-ukrainischen Armee an, die gegen polnische Truppen für einen eigenen Staat kämpften.<sup>41</sup> Viele Bewohner Ostgaliziens entwickelten erst jetzt ein eindeutiges nationales Bewusstsein. Wer bisher national indifferent war, wurde gezwungen, sich für die polnische oder die ukrainische Seite zu entscheiden. Tausende Griechisch-Katholiken, die sich als Polen verstanden, machten nach dem Krieg durch den Konfessionswechsel ihre nationale Präferenz deutlich.<sup>42</sup> Die überwältigende Mehrzahl der ruthenischen Bevölkerung war jedoch endgültig zu Ukrainern geworden.

Am Ende des polnisch-sowjetischen Krieges stand 1920 die Eingliederung Ostgaliziens in den neuen polnischen Staat, die von einer restriktiven Minderheitenpolitik im – wie es nun offiziell hieß – Östlichen Kleinpolen (*Małopolska Wschodnia*) begleitet war. In Lemberg ließ der Magistrat Plaketten an ehemals umkämpften Orten anbringen und Denkmäler errichten und markierte damit die Erinnerungslandschaft mit polnisch-nationalen Zeichen. Angesichts des ukrainischen demographischen Übergewichts in der Region warnten jedoch polnische Vereine und Politiker vor der Akkulturation von Römisch-Katholiken an die griechisch-katholische, sprich ukrainische Bevölkerungsmehrheit und forderten eine Verstärkung der polnischen nationalen Arbeit.<sup>43</sup>

Auf der anderen Seite beklagten ukrainische Politiker das geringe Ausmaß der Markierung des Landes durch ukrainische Symbole.<sup>44</sup> Der Histori-

40 A. V. Wendland, Die Russophilen (Anm. 23).

41 C. Mick, Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt. Lemberg 1914–1950, Unveröffentlichte Habilitationsschrift. Tübingen 2003, S. 142–260.

42 Ebd., S. 261–266.

43 Ebd., S. 267.

44 I. Nimčuk, Kul't poljahlych herojiv [Der Kult der gefallenen Helden], in: Dilo, 13.5.1927, 14.5.1927, 15.5.1927, 17.5.1927.

ker Ivan Krypjakevyč forderte 1921, die Fürstengräber bei Peremyšl' (Przemysl), Terebovlja und Halyč als Zeugnisse der alten Staatlichkeit unter „unseren nationalen Schutz“ zu stellen.<sup>45</sup> Die Schaffung ukrainischer Erinnerungsorte empfahl auch der Vorsitzende der ukrainischen Kriegsgräbergesellschaft Ivan Nimčuk 1927. Bislang stünden hier nur die Denkmäler der Nachbarn (der Polen, C. M.) als Beweis ihrer „kulturellen Vorherrschaft, ihrer Pietät gegenüber ihren Vorfahren und ihren Heroen“. Nur bei den griechisch-katholischen Kirchen gebe es Denkmäler, Erinnerungstafeln, Jubiläumspaketten, Grabmäler und Gedenkkreuze. Vieles sei jedoch schon verfallen, „weil unsere Leute nicht ihren Wert und ihr Gewicht kennen, nicht ihre Bedeutung verstehen.“ Nimčuk vermisste besonders Denkmäler, die an die Helden des „Befreiungskrieges“ (1918/19) erinnerten. Solche Denkmäler stärkten wie nichts anderes das Nationalbewusstsein, „vertiefen den Kult (...) unserer schwachen staatlichen Tradition, lehren die eigene unmittelbare Vergangenheit zu verstehen, zu schätzen, zu lieben und zu achten“.<sup>46</sup> Die polnischen Behörden verhinderten, dass die Ukrainer Ostgalizien mit ihren Erinnerungszeichen durchsetzen konnten. Die Ukrainisierung der griechisch-katholischen Bevölkerung war jedoch längst irreversibel geworden.

---

45 Dass so wenig über die Gräber der alten ruthenischen Fürsten bekannt sei, sei, so Krypjakevyč, die Schuld einer „jahrhundertelangen Unfreiheit, der Unbewusstheit der Nation und der Zeit“. Dabei seien die Fürstengräber als Verkörperungen der staatlichen ukrainischen Tradition wichtig. I. Krypjakevyč, *Knjaži mohyly v Halyčyni* [Fürstengräber in Galizien], in: *Na vičny pamjat' herojam* [Den Helden zum ewigen Gedächtnis], L'viv 1921, S. 13 f.

46 Dilo, 13.5.1927.

---

Anna Veronika Wendland

## **Region ohne Nationalität, Kapitale ohne Volk: Das Wilna-Gebiet als Gegenstand polnischer und litauischer nationaler Integrationsprojekte (1900–1940)**

### I. Die Region Wilna an der Schwelle zum 20. Jahrhundert: Schauplatz, Rahmenbedingungen, Rahmenprozesse

Im Ostmitteleuropa der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert befand sich die Region Wilna, wenn man Einwohnerzahl, Wirtschaftskraft oder politische Vorreiterfunktionen als Maßstäbe zugrundelegt, im Windschatten der großen sozialen und politischen Verwerfungen. Gleichwohl lagen hier auf kleinem Raum all jene soziostrukturellen, politischen und kulturellen Problemlagen, welche die Geschichte Ostmitteleuropas vor dem Zweiten Weltkrieg bestimmt haben, in gebündelter Form vor. Auch die unterschiedlichen Versuche der Menschen, Lösungsansätze für diese Probleme zu entwickeln, bieten sich im Gebiet Wilna wie in einem kleinen Experimentierfeld der ostmitteleuropäischen Moderne dar. Bevor wir uns diesen zuwenden, sollen jedoch zunächst einige wichtige Rahmenbedingungen skizziert werden, die Wilna und sein Umland als typisch für die Geschichtsregion erscheinen lassen.

*Erstens: Die komplexe soziokulturelle Gemengelage.* Wilna war im Mittelalter die Hauptstadt einer osteuropäischen Großmacht gewesen – des Großfürstentums Litauen, das in seiner Blütezeit von der Ostsee bis zu den Steppen nördlich des Schwarzen Meeres gereicht hatte. Dieses historische Litauen war nie ethnisch litauisch: Ein Großteil der Adelseliten und Untertanen der Großfürsten waren orthodoxe Ostslaven, die Vorfahren der Weißrussen und Ukrainer. Die Personal- und darauffolgende Realunion mit Polen führte nach einer langen Phase kultureller Koexistenz (z. B. Fortbestehen der ostslavischen Kanzleisprache im Großfürstentum bis ins 17. Jahrhundert) schließlich sukzessive zur konfessionell-sprachlichen Angleichung des litauischen und ostslavischen Adels an die polnische Szlachta. Fortan dominierten polnische Sprache und römischer Katholizismus unter den adligen und städtischen Führungsschichten. Auch die russische Annexion der Region Wilna im Zuge der Dritten Teilung Polens (1795) änderte an dieser Tatsache zunächst nichts. Die russischen Behörden waren bei der Verwaltung der erworbenen Gebiete auf die Kooperation mit den polnisch-litauischen

Eliten angewiesen, und polnische Institutionen bestanden weiter. Erst nach den polnischen Aufständen von 1830/31 und insbesondere 1863 wurden die litauischen Regionen endgültig ins russische Verwaltungssystem integriert und die Privilegien und politischen Einflussmöglichkeiten der polnischen Oberschichten stark eingeschränkt.<sup>1</sup>

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stellten in Wilna römisch-katholische Polen (ca. 50 Prozent) und die seit dem 15. Jahrhundert in Litauen siedelnden Juden (ca. 43 Prozent) die überwiegende Mehrheit der Stadtbevölkerung; katholische Litauer sowie orthodoxe Weißrussen wanderten (wie auch weitere Polen) seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus den ländlichen Bezirken in die Stadt zu, stellten aber um 1900 nur wenige Prozente der Bevölkerung.<sup>2</sup> Daneben gab es eine kleine Oberschicht orthodoxer russischer Beamter und Militärs, die von den Alteingesessenen auch nach gut hundert Jahren russischer Oberherrschaft immer noch als Fremdkörper wahrgenommen wurden. Die orthodoxe wie römisch-katholische bäuerliche Bevölkerung im Umland verhielt sich größtenteils noch indifferent gegenüber nationalen Selbstzuordnungen. Die Kleinstädte (*mestečka*, *shtetlekh*) der Region wiederum waren zum großen Teil jüdisch besiedelt. Die sozialen und rechtli-

- 
- 1 A. Kappeler, *Russland als Vielvölkerreich. Entstehung – Geschichte – Zerfall*, München 1992, S. 70-87; 207-215.
  - 2 Für den Berichtszeitraum (erstes Drittel des 20. Jahrhunderts) relevante statistische Angaben über Bevölkerungsanteile: Nach den Daten der unter deutscher Besatzung durchgeführten Volkszählung von 1915 stellten die Polen etwas über 50 % der Stadtbevölkerung, die Juden 43,5 %, die Litauer 2,6 %; der Rest verteilte sich auf Russen, Weißrussen, Deutsche und „Sonstige“, M. Berensztejn, *Spisy ludności m. Wilna za okupacji niemieckiej od d. 1 listopada 1915* [Volkszählungen der Stadt Wilna während der deutschen Besatzung ab dem 1. November 1915], Warszawa 1919, S. 21. Die Daten der polnischen Erhebungen von 1923 und 1931: Von 167.454 (195.071) Einwohnern 60,21 % (65,94 %) Polen, 33,54 % (27,99 %) Juden, Russen 2,80 % (3,78 %), Litauer 0,86 % (0,81%), Weißrussen 2,33 % (0,89 %). Diese Daten wurden von seiten der Nichtpolen als manipuliert angegriffen. So wurde 1931 die Nationalitätszugehörigkeit von der Umgangssprache abgeleitet, nicht von der Konfession, was im Falle der Juden (die abgesehen von Jiddisch auch Polnisch oder Russisch als Umgangssprache angaben) zu groben Verzerrungen führen konnte. Darüber hinaus bot die Erhebung der Umgangssprache größere Manipulationsmöglichkeiten von seiten der Volkszähler als eine Aufführung gemäß der in gemeindlichen Dokumenten festgehaltenen Konfessionszugehörigkeit. Zahlen nach Zarząd miejski w Wilnie (Hrsg.), *Rocznik statystyczny Wilna 1937* [Statistisches Jahrbuch Wilnas für 1937], Wilno 1939, S. 9 (Tabelle 19). Der Anteil der jüdischen Bevölkerung war aufgrund verstärkter Zuwanderung von Litauern und Polen im Zuge der Industrialisierung Wilnas gesunken. Hundert Jahre zuvor hatte er noch 62 % betragen: C. Schmidt: *Die enteiligte Utopie. Jüdische Ideen- und Sozialgeschichte am Dnepr (1750–1900)*, Köln/ Weimar/Wien 2004, S. 120.

chen Verhältnisse der Juden in Wilna und Umgebung hatten sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts rapide verändert: Im Zuge der russischen Judengesetzgebungen wurden die vormodernen Sonder- und Autonomierechte der Juden aus litauischer Zeit sukzessive abgeschafft, diskriminierende Sonderbestimmungen eingeführt und der Versuch unternommen, die Juden in die Kategorien der russischen Sozial- und Fiskalordnung einzupassen.<sup>3</sup>

*Zweitens: Die unterschiedlichen Geschwindigkeiten sozialer und nationaler Mobilisierung.* Die kulturell-konfessionelle Gemengelage in und um Wilna wurde durch die Tatsache verkompliziert, dass die einzelnen kulturell-konfessionellen Gemeinschaften sich in Bezug auf Bildung und räumliche sowie soziale Mobilität in unterschiedlichen Geschwindigkeiten entwickelten. Die Polen in Wilna und Umgebung stellten in Stadt und Land die traditionellen (Adels-)Eliten, die zwar durch die politischen Verfolgungen seit 1863 geschwächt, hinsichtlich der Verfügungsmöglichkeiten über ökonomisches und kulturelles Kapital aber unangefochten waren. Gegen sie richtete sich der mitunter von den russischen Behörden geförderte Sozialprotest der vorwiegend weißrussischen und litauischen Bauernschaft.

Während eine weißrussische Mobilisierung vor 1905 noch kaum nachweisbar ist<sup>4</sup>, hatte im Falle der Litauer das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts einen großen Mobilisierungs- und Modernisierungsschub auf den Dörfern mit sich gebracht. Ihn verdankten die Litauer dem gut funktionierenden, vom katholischen Klerus unterstützten litauischsprachigen Untergrundschulwesen sowie der stetig steigenden Partizipation der Litauer am offiziellen russischsprachigen Schulsystem. Diese Bildungsschritte ermöglichten die Formierung neuer nationaler Eliten: Der Zugang zu Bildung und nationalsprachlichen Publikationen erweiterte das Bewusstsein der Bauern über die Grenzen der eigenen Dorfgemeinschaft hinaus; Dorflehrer und Bauernsöhne in weltlichen Berufen traten nun als nationale Aktivisten auf. Die räumliche Mobilisierung durch Ausbildung und auch durch Arbeitsmigration nach Übersee und der Zugang zu Printmedien waren in den Lebenswelten der

3 M. Rest: Die russische Judengesetzgebung von der ersten polnischen Teilung bis zum „Polozenie dlja evreev“ (1804), Wiesbaden 1975; Kappeler, Vielvölkerreich (Anm. 1), S. 82-87, 220-224; H.-D. Löwe, Antisemitismus in der ausgehenden Zarenzeit, in: B. Martin/E. Schulin (Hrsg.), Die Juden als Minderheit in der Geschichte, München 1982, S. 184-208.

4 Kappeler, Vielvölkerreich (Anm. 1), S. 257; T. Snyder, The Reconstruction of Nations. Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569-1999, New Haven-London 2003, S. 41-49, 53f. Gründe waren vor allem die Vereinnahmung als „Russen“ durch die Behörden, das Fehlen eines eigensprachlichen Schulwesens, die Mehrfachidentitäten traditioneller Kleinadelseliten zwischen polnischer Akkulturation und ostslavischer Familiengeschichte.

Familien direkt erfahrbar und bewirkten eine Hebung des Lebensstandards und der Konsumgewohnheiten, nicht zuletzt auch durch die Rücksendung von größeren Geldsummen durch Emigranten.<sup>5</sup>

Für die Juden des Wilnagebietes war ebenfalls der Erwerb säkularer Bildung eine Grundvoraussetzung für einen sozialen Aufstieg jenseits des eigenen Geburtsortes. Etlche durchliefen trotz Quotierungen und Beschränkungen des Wohnrechts erfolgreich das russische Schul- und Universitätssystem und bildeten eine kleine, russischsprachige bildungsbürgerliche Elite in der Stadt. Diese war zwar an Bedeutung und Zahl nicht mit den säkularen jüdischen Bürgerschichten anderer europäischer Großstädte wie Wien, Budapest oder Odessa vergleichbar, spielte jedoch eine bedeutende Rolle bei der publizistischen Vermittlung sozialistischen und demokratischen Ideenguts an die Juden des Russischen Reiches. In seiner Funktion als Hauptstadt der „litvakischen“ jüdischen Kultur wurde Wilna für die ostmitteleuropäischen Juden zum wichtigsten urbanen Zentrum neben Warschau und Prag und dem im Zuge der Massenauswanderung zunehmend wichtiger werdenden New York (Verlagswesen, Druckindustrie).<sup>6</sup>

Für die Region Wilna selbst weit wichtiger waren jedoch die Jiddisch sprechenden kleinen Handwerker, Gewerbe- und Handeltreibenden, die sich weiterhin an den jahrhundertlang verwurzelten lokalen Bildungsinstitutionen und religiösen Traditionen orientierten. Sie blieben als gesonderte ethnoreligiöse Gruppe der Lebenswelt des jüdischen Stadtviertels Wilnas oder der jüdischen *shtetlekh* in der Provinz verhaftet. Ihre politische Mobilisierung erfolgte seit Ende des 19. Jahrhunderts vor allem durch die zunehmend an Anhängerschaft unter den Handwerkern gewinnende jüdisch-sozialistische Bewegung (*Bund*<sup>7</sup>), die im Gegensatz zu den meist bürgerlichen Anhängern der jüdischen Aufklärung und des Zionismus und den aufs Industrieproletariat konzentrierten Aktivisten der russischen Sozialdemokratie bewusst das Jiddische als sprachliches Medium nutzte und die soziale Verelendung der jüdischen Unterschichten thematisierte.<sup>8</sup> Im Zuge dieser Aufwertung des

---

5 Zum Zusammenhang von Bildung und nationaler Mobilisierung im Russischen Reich Kappeler, *Vielfölkerreich* (Anm. 1), 255-262, insbesondere 256; M. Hellmann, *Grundzüge der Geschichte Litauens*, Darmstadt 1976, S. 105-109.

6 Vgl. M. Dmitrieva/H. Petersen (Hrsg.), *Jüdische Kultur(en) im Neuen Europa. Wilna 1918-1939*, Wiesbaden 2004.

7 Die Partei wurde 1897 als *Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Russland und Polen* gegründet, ab 1901 *Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Russland, Polen und Litauen*.

8 H. Minczeles/Y. Plasseraud (Hrsg.), *La Lituanie juive 1918-1940. Messages d'un monde englouti*, Paris 1996; H. Minczeles: *Histoire générale du Bund. Un mouvement révolutionnaire juif*, Paris 1999; mit vielen allgemeinen Informationen über die

Jiddischen entstand parallel zum traditionellen jüdischen Bildungssektor nun auch ein modernes volkssprachliches weltliches Medien- und Schulsystem.

*Drittens: Möglichkeiten politischer Repräsentation und nationaler Selbstverständigung.* Die politischen Artikulations- und Partizipationsmöglichkeiten hielten im Russischen Reich vor 1905 mit der sozialen Mobilisierung nicht Schritt. Wilna war die Hauptstadt eines russischen Gouvernements, des sogenannten „Nordwestgebiets“ (*Severo-zapadnyj kraj*), eine Bezeichnung, die nach dem Aufstand von 1863 von der russischen Zentralregierung in bewusster Abgrenzung von historischen Bezeichnungen gewählt worden war. Die regionalen Hauptstadtfunktionen Wilnas waren jedoch allein auf staatlich-exekutive Aspekte (Gouvernementalverwaltung) beschränkt. Im Russischen Reich gab es vor der Revolution von 1905 keine parlamentarischen Repräsentationsformen auf großregionaler Ebene, die etwa den Landtagen in Österreich-Ungarn vergleichbar wären und eine Formierung von Nationalgesellschaften begünstigt hätten. Diese lief weitgehend in der Illegalität ab, da gesetzliche Rahmenbedingungen für die Gründung politischer Parteien und Vereine fehlten. Die Situation war somit typisch für die gesamte westliche Peripherie des Russischen Reiches.<sup>9</sup> Repräsentationsmöglichkeiten und Ansätze zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation waren auf die lokale Ebene beschränkt (Stadträte, *Zemstva*), die Chance politischer Partizipation breiter Bevölkerungsschichten blieben durch ein rigides Zensuswahlrecht und eingeschränkte Möglichkeiten für den Erwerb des Stadtbürgerrechts stark reduziert. Seit dem polnischen Aufstand von 1863, in dessen Gefolge die letzten aus der Zeit vor den Teilungen herrührenden Rechte lokaler autonomer Einheiten abgeschafft worden waren, legte die Reichsregierung großen Wert auf eine nationalpolitische Abstinenz der Lokalpolitik. Daher neigten die in der Wilnaer Stadtduma aufgrund des exklusiven Zensuswahlrechts dominierenden polnischen Eliten zum Pragmatismus bei der Lösung konkreter urbaner Probleme und vermieden Stellungnahmen zur nationalen Frage.<sup>10</sup>

---

litauischen Juden am Beispiel des weißrussischen Gouvernements Mogilev vgl. Schmidt, *Entheiligte Utopie* (Anm. 2).

9 Für die Städte des Königreichs Polen galten einschränkende Sonderbestimmungen. H. Bauer/A. Kappeler/B. Roth (Hrsg.), *Die Nationalitäten des Russischen Reiches in der Volkszählung von 1897*, Teil A, Stuttgart 1991, S. 516.

10 E. C. Thaden, *Russia's Western Borderlands 1710–1870*, Princeton 1984, S. 121–43; T. R. Weeks, *Nation and State in Late Imperial Russia. Nationalism and Russification on the Western Frontier 1863–1914*, DeKalb 1996; W. Dobaczewska, *Wilno i Wilciszczyzna w latach 1863–1914. Dzieje ruchów społecznych i politycznych [Wilna und das Wilnaer Land in den Jahren 1863–1914. Geschichte der gesellschaftlichen und politischen Bewegungen]*, Wilno 1938.

Grundsätzlich gilt für alle sprachlich-kulturellen Gemeinschaften der Region Wilna, dass Versuche der Selbstverständigung über „nationale“ Identitäten hauptsächlich auf den vopolitischen Raum der Familie und der Religionsausübung sowie den kulturellen Bereich beschränkt waren. Auf ökonomischen Strukturen beruhende Formen der nationalen Vergesellschaftung (Gewerbevereine, Genossenschaftswesen), die im Habsburgerreich und in Deutschland eine so bedeutende Rolle spielten, gab es zwar in der Region, waren allerdings von noch geringer Bedeutung und in ihren Befugnissen stark eingeschränkt. Auch Landwirtschafts- und Gewerbevereine fehlte eine organisatorische Breite, die Voraussetzung für die nationale Massenmobilisierung gewesen wäre.<sup>11</sup>

*Viertens: Stadt vs. Umland, Urbanisierung ohne Urbanität.* Der technisch-infrastrukturelle Wandel im Russischen Reich war anderenorts wohl massiver und schritt schneller voran, aber er machte auch vor der Region Wilna nicht halt. Um 1900 war Wilna eine rasch wachsende Großstadt, deren Handel, Leicht- und Medienindustrie Arbeitskräfte anzog. Gleichwohl gab es in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eine starke Diskrepanz zwischen den Urbanisierungsprozessen im Stadtgebiet Wilnas und dem Verharren des agrarischen Umlandes in seinen traditionellen Wirtschaftsweisen und Lebensrhythmen. Die Stadt lief hinsichtlich Wirtschaftskraft und städte-technischer Entwicklung dem Umland buchstäblich davon; umgekehrt war aber das Umland bereits in den Vorstädten Wilnas, den Wohnorten von mehr als einem Drittel der Stadtbevölkerung, augenfällig präsent. Hier fehlten Finanzmittel und politischer Wille, um die städte-technischen Neuerungen auch den armen Bevölkerungsschichten zugute kommen zu lassen. Daher ähneln die Bilder aus Wilnas Vorstädten bis weit ins 20. Jahrhundert hinein den Dörfern der Umgebung: Eine meist nur eingeschossige Bebauung, ein geringer Anteil von Steingebäuden, fehlende öffentliche Straßenbeleuchtung und sowie rudimentäre Ver- und Entsorgungssysteme waren die Regel.<sup>12</sup> Viele der Vorstädter waren Zuwanderer der ersten Generation, die noch keine urbanen Identitäten ausgebildet hatten und enge Bindungen an ihre dörfliche

---

11 E. Aleksandravičius/A. Kulakauskas: *Carų valdžioje. XIX amžiaus Lietuva* [Im Reich der Zaren. Das Litauen des 19. Jahrhunderts], Vilnius 1996, S. 140.

12 A. V. Wendland, „Europa“ zivilisiert den „Osten“: Stadthygienische Interventionen, Wohnen und Konsum in Wilna und Lemberg 1900–1930, in: A. Janatková/H. Kozíńska-Witt (Hrsg.), *Wohnen in der Großstadt 1900–1939. Wohnsituation und Modernisierung im europäischen Vergleich*, Stuttgart 2005 (in Druck). Von 154.532 Einwohnern Wilnas lebten 59.642 in den Vorstädten, Bauer/Kappeler/Roth, *Nationalitäten* (Anm. 9), S. 526.



Heimat unterhielten. Städtische Muster von Konsum, Zeitverfügung, Freizeitgestaltung und Familienleben blieben ihnen zunächst fremd.<sup>13</sup>

*Fünftens: Makropolitische Rahmenbedingungen und Grenzverläufe.* Die hier behandelte Region war aus der Perspektive der Petersburger Zentralregierung ein Grenzland (auch die Bezeichnung *Severo-zapadnyj kraj* evokiert eine solche Assoziation); sie wurde entsprechend wie ein potentiell für den Reichszusammenhalt gefährliches, weil von möglicherweise illoyaler Bevölkerung – gemeint waren vor allem die Polen und Juden – bewohntes und in seinen Zugehörigkeiten nicht eindeutig definierbares Territorium behandelt. Allerdings konnte auch aus der Perspektive der Landesbewohner von linearen Grenzverläufen im „Grenzland“ vor und nach dem Großen Krieg nicht die Rede sein. Siedlungsräume waren nicht eindeutig national zuzuordnen oder zu belegen; sich als „Hiesige“, „tutejši“ bezeichnende bäuerliche Bevölkerungen ließen sich selbst in sprachlicher Hinsicht nicht eindeutig klassifizieren oder kartographieren.

Die Rahmenbedingungen zeigen allgemein also starke Diskrepanzen auf der räumlich-strukturellen Ebene: Unterschiedliche Entwicklungstendenzen und -geschwindigkeiten prägten in ein und derselben Region unterschiedliche lebensweltliche Erfahrungen. Die sich national und sozial mobilisierende litauische Bauernnation außerhalb des eigentlichen Wilnagebietes, die Stadtbewohner des kulturell pluralistischen Wilna, die in nationaler Hinsicht weitgehend noch nicht mobilisierte Landbevölkerung östlich und südlich der Stadt und die sich hinsichtlich ihres sozialen und rechtlichen Status wiederum von all diesen Gruppen unterscheidende ethno-religiöse Gemeinschaft der Juden waren die Akteure in dieser Welt der Differenzen.

Daneben ist auf zwei wichtige chronologische Zäsuren zu verweisen: Zum einen bewirkte die Revolution von 1905 in den Großstädten Russlands und so auch in Wilna eine nie dagewesene Mobilisierung der unterbürgerlichen Schichten und das Entstehen zivilgesellschaftlicher Strukturen und neuer Formen politischer Öffentlichkeit (Vereine, Parteien, politische Publikationstätigkeit). Vorher bereits angelegte ethnisch und sozial motivierte Konfliktlinien konnten jetzt in Wahlkämpfen, Versammlungen und parlamentarischen Körperschaften benannt und diskutiert, Orientierungen und Meinungen aggregiert werden. Diese Entwicklung wurde in den Jahren der Reaktion ab Juni 1907 allerdings wieder zurückgedrängt. Die zweite wichtige Zäsur stellte der Erste Weltkrieg und insbesondere sein Ende 1918 dar, als sozialrevolutionäre wie nationale Bewegungen in die Phase der nachhaltigen Massenmobilisierung eintraten. Der moderne Massenkrieg und die

---

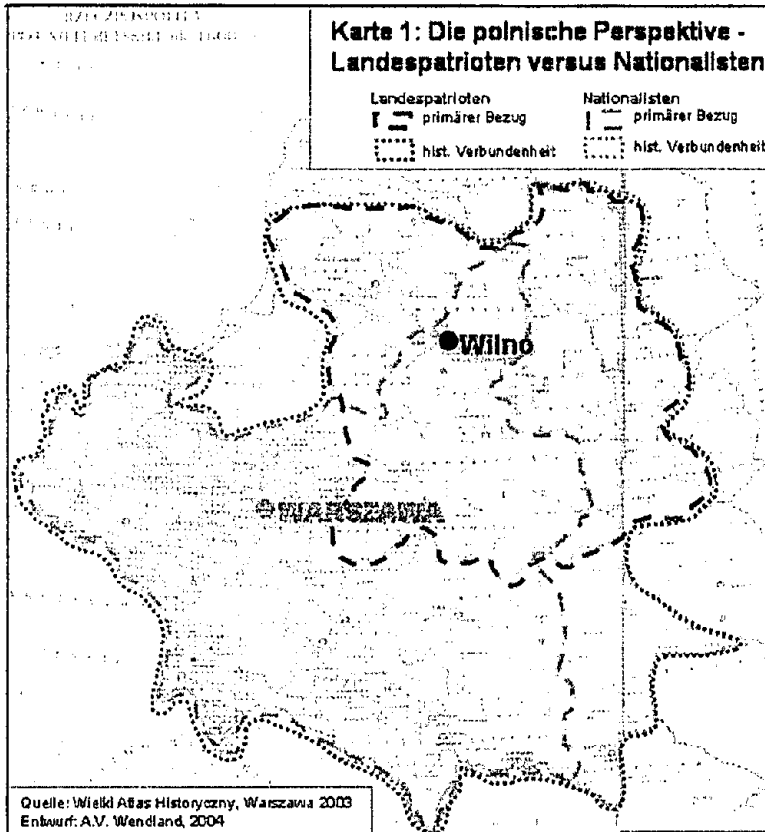
13 B. Alpern Engel, *Russian Peasant Views of City Life, 1861–1914*, in: *Slavic Review* 52 (1993), S. 446–459.

Folge(bürger-)kriege um die Konkursmasse der Imperien sorgten für eine nie dagewesene Einbeziehung der Zivilbevölkerung in militärische Auseinandersetzungen, für massenhafte Gewalterfahrungen sowie eine zunehmende Ethnisierung von sozialen und kulturellen Konflikten. In der Region Wilna gingen die neuen unabhängigen Staaten Polen und Litauen sowie die Sowjetunion als zunehmend bedeutender externer Faktor als Sieger aus diesen Entwicklungen hervor. Die nun auftretenden staatlich-behördlichen Akteure gaben alten, lange vorher angelegten Konflikten eine neue Qualität und benutzten neue Methoden zu deren Lösung.

## II. Die Karten im Kopf: Raumwahrnehmungen der Betroffenen und Territorialität als Produkt von Wahrnehmung

Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, einige ausgewählte Raumwahrnehmungen, die für den hier diskutierten Zusammenhang der „Arbeit am nationalen Raum“ von Bedeutung sind, am Beispiel der Wilna-Region mit Hilfe von Karten zu illustrieren. Als Kartengrundlage wird hier eine historische Karte des frühneuzeitlichen Polen gewählt, weil sie in einem Kartenausschnitt alle Territorien umfasst, die in realen und imaginierten Bezügen der Menschen zwischen 1900 und 1940 eine Rolle spielten. Die hier präsentierten Beispiele sind stark vereinfachend gehalten, weil sie sich mit kollektiven Vorstellungen relativ großer Gruppen befassen. In unserem Zusammenhang geht es vor allem darum, zu zeigen, dass unterschiedliche Akteursgruppen in der Region den Raum, in dem sie lebten, in unterschiedliche Kontexte setzten und in ihm unterschiedliche Grenzlinien zogen, was ganz reale politische Folgen zeitigte. Zwei wesentliche Vorbehalte sind zu nennen, die beim Lesen der Karten immer mitgedacht werden müssen: Der erste betrifft die ungleichgewichtige Quellengrundlage solcher Kartierungen, der zweite die Techniken der Kartierung selbst. Quellen, die Aufschluss über kognitive Karten geben, stammen meist von Akteuren, die ihre Auffassungen schriftlich niederlegten. Sie gehörten in der Region zu den politischen oder intellektuellen Führungsschichten ihrer jeweiligen Gemeinschaften (so z. B. die polnischen oder litauischen Programmierer unterschiedlicher Ausrichtung), Schichten also, die überdurchschnittlich viel Geschriebenes hinterließen – andere Raumbezüge sind nur indirekt aus der vorhandenen Literatur zu rekonstruieren. Der zweite Vorbehalt, der jedes Kartenlesen modifizieren muss, betrifft die Techniken der Kartographie selbst, die Markierung von Räumen durch Linien oder Farbflächen. Solche Linien suggerieren die Existenz geschlossener und eindeutiger Bezugsräume, wo in der Regel von einer Überlagerung und Hierarchisierung von Raumbezügen ausgegangen werden muss. Da ich die Suggestierung von eindeutigen Zuständen vermei-

den möchte, werden die Bezugsräume bewusst als unterbrochene Linien gekennzeichnet.



Auf diese Weise kann betont werden, dass es sich bei der kartographischen Darstellung immer um eine Vereinfachung und Annäherung handelt, die für künftige Forschungsergebnisse offenzuhalten ist. Hält man sich diese Vorbehalte in Erinnerung, können die Karten gleichwohl zur Verdeutlichung der Problematik beitragen.<sup>14</sup>

<sup>14</sup> Für Hilfe bei der Kartenproduktion und wertvolle Anregungen aus geographischer und stadtsoziologischer Sicht danke ich Dagmar Haase, Annett Steinführer und An-

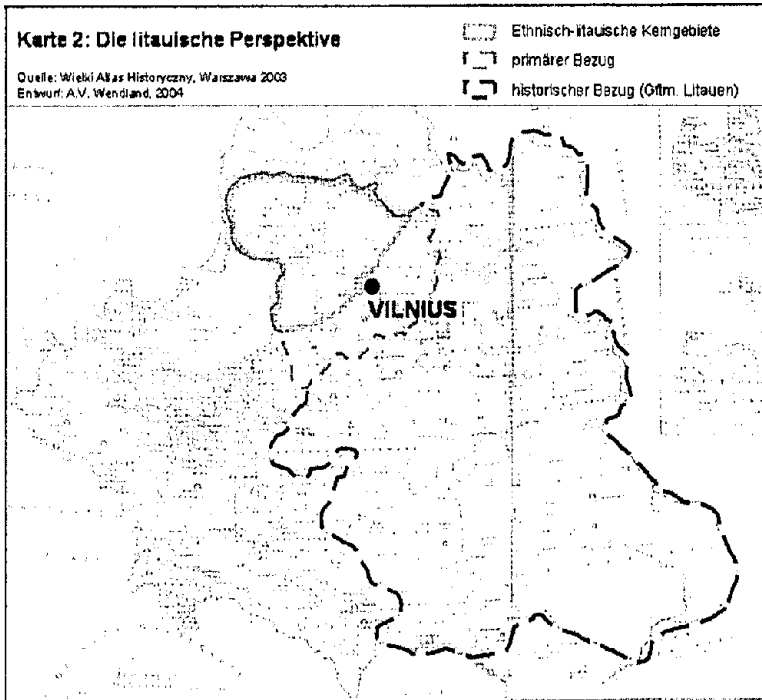
Viele Polen in Wilna und Umgebung sahen sich als polnische Patrioten, aber gleichzeitig als „Litauer“ in einem nicht ethnisch definierten Sinn: Ihr primärer Bezugsraum war das alte Großfürstentum Litauen, das vielen Polen in Wilna als die Verkörperung eines wahren, multikulturellen, toleranten Polen galt. Besonders unter den oft aus Kleinadelsfamilien stammenden Mitgliedern der polnischen Intelligenz war diese Auffassung verbreitet, darüber hinaus aber auch unter traditionalistischen Konservativen, die die demokratisierenden Implikationen ethnozentrischer nationaler Bewegungen ablehnten. Diese Sichtweise hatte ihre Ursprünge in der vormodernen polnischen Adelsrepublik, als Nations- wie Volksbegriff sozial definiert waren: Als Nation (*naród*) galt der politisch-territoriale Verband der adligen Eliten, das Volk (*lud*) umfasste die unteraristokratischen Schichten gleich welcher Sprache und Konfession.

Die lange Zeit diesen Traditionen verpflichtete polnische Historiographie tat sich entsprechend schwer mit der Definition „polnischer“ Territorien. Erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts kam es zu Versuchen, dem Traditionalismus ein ethnozentrisches Konzept entgegenzusetzen. In den Schriften des Begründers der nationaldemokratischen Partei, Roman Dmowski (1864–1939), wurden diese Versuche zur politischen Programmatik ausgearbeitet. Die politischen Hochburgen dieses integralen Nationalismus lagen außerhalb des alten Litauen, vorwiegend in den preußischen Teilungsgebieten. Zunehmend gewannen die Nationalisten jedoch Anhänger unter Mittelschichten und im Kleinbürgertum des Wilnagebietes, insbesondere in den 1920er und 1930er Jahren. Die integralen Nationalisten träumten von einem polnischen Nationalstaat ohne die ihrer Ansicht nach entwicklungshemmenden Minderheiten. Ihr primärer Bezugsraum waren die ethnisch polnischen Kerngebiete; für andere Gebiete, in denen Polen eine signifikante Minderheit darstellten, erschien eine Polonisierungspolitik legitim, auf Territorien ohne signifikante polnische Präsenz war man bereit zu verzichten, auch wenn sie zum historischen Polen gehört hatten (so die Ostgebiete des historischen Litauen, also weite Teile Weißrusslands und der Ukraine). Wilna gehörte trotz der kom-

---

negret Haase vom Umweltforschungszentrum Leipzig. Zur allgemeinen Fragestellung F. B. Schenk, *Mental Maps. Die Konstruktion von geographischen Räumen in Europa seit der Aufklärung*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), 493-513; J. Osterhammel, *Die Wiederkehr des Raumes: Geopolitik, Geohistorie und historische Geographie*, in: *Neue politische Literatur. Berichte über das internationale Schrifttum* 43 (1998), 374-397; genauer zu kognitiven Karten bzw. Stadtplänen im Falle Wilnas A. V. Wendland: *Kulturelle, nationale und urbane Identitäten in Wilna (1918–1939). Ansätze und Fragestellungen auf dem Weg zu einer integrierten Stadtgeschichte*, in: *Dmitrieva/Petersen, Jüdische Kultur(en)* (Anm. 6), 13-33, hier 13-19.

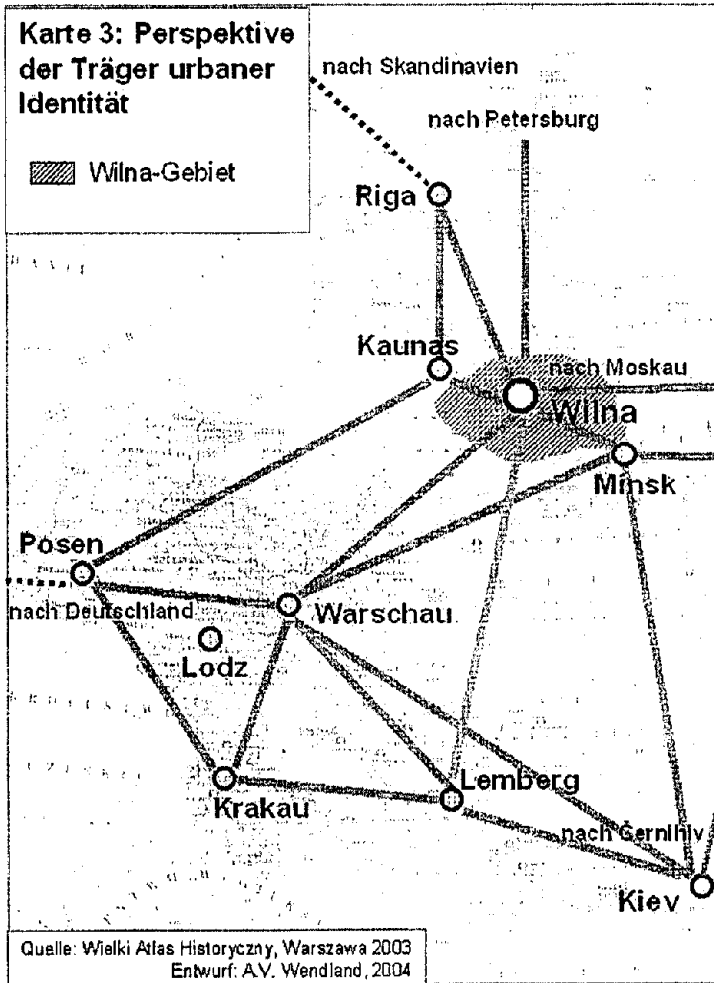
plizierten Bevölkerungsverhältnisse zu den Regionen, die in den integrierten polnischen Zentralstaat einbezogen werden sollten.<sup>15</sup>



Grundsätzlich standen die litauischen Aktivisten im Russischen Reich vor dem Problem, dass die kompakten Siedlungsgebiete litauischsprachiger Bevölkerungen sich außerhalb der Region Wilna befanden. Gleichwohl beanspruchte die litauische Bewegung Wilna aufgrund ihres historischen Erbes und des daran angelagerten historischen Mythos als künftige Hauptstadt. In den politischen Programmen um 1905 ging es dabei zunächst nur um die Hauptstadtfunktion in einem autonomen Territorium mit litauischer Amts-

15 Zum polnischen Nations- und Volksbegriff und den jeweiligen Programmen von Nationaldemokraten, Traditionalisten, Föderalisten J. M. Piskorski, Volksgeschichte à la polonaise. Vom Polozentrismus im Rahmen der sogenannten polnischen Westforschung, in: M. Hettling (Hrsg.), Volksgeschichten in Europa der Zwischenkriegszeit, Göttingen 2003, S. 239-245.

und Unterrichtssprache, in späteren Programmen um die Hauptstadt eines litauischen Staates – allerdings nicht des pluralistischen vormodernen Großreiches Litauen, sondern eines Nationalstaates auf Grundlage der mehrheitlich litauisch besiedelten Gebiete.



Der historische Bezug auf das Großfürstentum war nicht zur Untermauerung territorialer Ansprüche von Bedeutung, sondern diente der Selbstvergewisserung über die weit zurückreichenden Traditionen litauischer Staatlichkeit und zur Demonstration historischer Größe, die nach damaliger Auffassung stets auf historischer Anciennität beruhte. Dieser positive Verweis auf eine litauische Blitengeschichte stand also nur scheinbar im Widerspruch zur linken Sozialprogrammatik der litauischen Nationalisten um 1905.<sup>16</sup> Solche kognitiven Karten prägten vor allem die Raumvorstellungen der nationalen Aktivisten aus der zweiten Generation, die litauischen Bauernfamilien entstammten. Sie waren in eine rein litauische Umgebung hineingeboren worden und wurden erst in der Schule und während ihres weiteren Ausbildungsganges mit der nichtlitauischen Umwelt konfrontiert. Etliche frühe und viele intellektuelle Aktivisten der litauischen „Wiedergeburt“ stammten jedoch aus polonisierten litauischen Adelsfamilien. Ihre durch Familientraditionen erworbenen kognitiven Raumvorstellungen ähnelten daher jener der landes-patriotischen Polen und wurden erst später durch andere räumliche Bezüge ersetzt.

Die bännerliche Bevölkerung in der Region Wilna sprach Polnisch, Litauisch und Weißrussisch in diversen Dialektabstufungen. Eindeutige sprachlich-konfessionelle Zuordnungen nach dem Muster: „wer römisch-katholisch ist, ist Pole und spricht polnisch“ gab es nicht. Es gab litauischsprachige Bauern, die ebenfalls römisch-katholisch waren, und es gab weißrussische Orthodoxe, die nach Schulbesuch und weiterer Ausbildung besser das Polnische oder Russische als das Weißrussische beherrschten. Lokale Identitäten dominierten: Man bezeichnete sich oft nicht unter Verwendung von Ethnonymen, sondern als „Von hier stammend“ (tutejši) oder unter Angabe der Konfession; so war es nach wie vor ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal, ob jemand orthodox oder römisch-katholisch war. Allerdings waren auch diese konfessionellen Identitäten aus historischen Gründen in der Region nicht immer eindeutig. So gab es unter den Orthodoxen große Bevölkerungsteile, die vor den Teilungen der Ende des 16. Jahrhunderts begründeten „unierten“ Konfession angehört hatten: Sie waren der Jurisdiktion des Papstes unterstellt, aber dem Ritus nach orthodox. Erst im 19. Jahrhundert wurden die durch die Teilungen unter russische Herrschaft geratenen Unierten durch staatliche Zwangsmaßnahmen wieder in den Schoß der russischen Or-

---

16 A. V. Wendland, Volksgeschichte im Baltikum? Historiographien zwischen nationaler Mobilisierung und wissenschaftlicher Innovation in Estland, Lettland und Litauen (1919–1939), in: Hettling (Hrsg.), Volksgeschichten (Anm. 16), S. 224–229; Aleksandravičius/Kulakauskas: Carų valdžioje (Anm. 11), S. 107–162; Hellmann, Grundzüge (Anm. 5), S. 125 f.

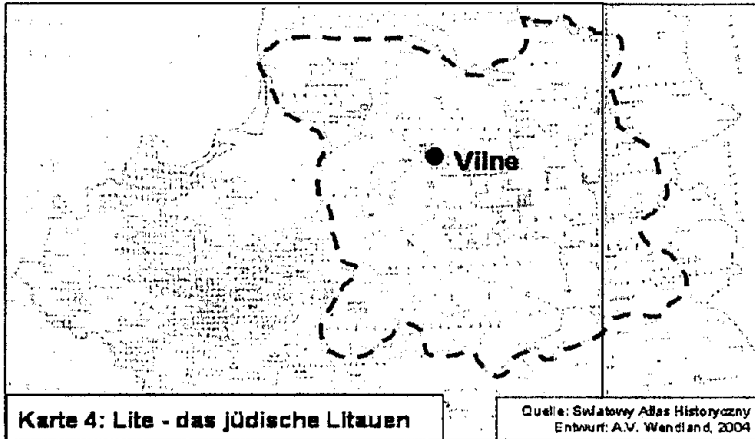
thodoxie „zurück“geführt, so auch die Weißrussen der Region Wilna. Ein Teil der Zwangskonvertiten nutzte nach 1905 die neue Religionsfreiheit und „re“konvertierte zum römischen Katholizismus, da eine Rückkehr zur Union auch nach 1905 im Russischen Reich nicht möglich war. Viele volksreligiöse Traditionen, Riten und das Liedgut der ostslavischen Orthodoxen und Katholiken waren noch von der polnischen Zeit her geprägt. Entsprechend verwischt waren die wahrgenommenen konfessionellen Grenzen im (feier-) täglichen Leben der Landbevölkerung des ehemaligen Großfürstentums Litauen.<sup>17</sup> Auch andere Dinge hatten die Landbewohner verschiedener Sprache und Konfession gemeinsam: Ihre Lebens- und Wirtschaftsweisen, ihre volkskulturellen Artefakte, ihre tägliche Arbeit und ihre Konsumgewohnheiten ähnelten sich. Darüber hinaus teilten sie eine Grundhaltung des Misstrauens gegenüber der fremden Stadt Wilna, die man vorwiegend zum Behördengang, zur Markt- und zur Pilgerfahrt betrat. Deren rapides Wachstum, (Klein-)Industrialisierung und die Entwicklung der Städtetechnik stand in einem scharfen Gegensatz zur Entwicklung im Umland, das in den langsamen Lebensrhythmen der Agrargesellschaft verharrte und um die Pole des Dorfes und des Herrensitzes zentriert blieb. Die Stadtbewohner konnten sich also unabhängig von Konfession und Sprache zuallererst als Städter begreifen und sich so von der als rückständig empfundenen Welt des Dorfes und der Bauern absetzen. Viele der pragmatischen Sozialreformer im Wilnaer Stadtrat, vorwiegend Polen, sahen Wilna als Knotenpunkt in einem Städteternetz des Fortschritts, das sich über das wüste Land legte; sie bezogen ihre Vergleichsmaßstäbe vorwiegend aus den Großstädten des Russischen Reiches, mit denen sie korrespondierten, und denen des Auslandes, auf die sie in Reformdiskussionen Bezug nahmen.<sup>18</sup>

---

17 Zur Identität der Unierten im Russischen Reich A. V. Wendland, *Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Russland 1848–1915*, Wien 2001, S. 444–452; K. Kindler, *Die Cholmer Frage 1905–1918*, Frankfurt/M. 1990.

18 Quellengrundlage für diese Aussage sind von mir eingesehene Korrespondenzen und Materialien der Wilnaer Stadtverwaltung aus den Bereichen Gesundheitsamt, Kanalisationsbau, Elektrifizierung, Prostitutionsaufsicht: *Lietuvos Valstybės Istorijos Archyvas* (Litauisches Historisches Staatsarchiv, im Folgenden: LVIA) f. 938/ap. 6/256/1–118, *Otčet o sanitarnom sostojanii goroda Vil'ny za 1903 god* [Rechenschaftsbericht über den sanitären Zustand der Stadt Wilna für 1903], W. 12. Juli 1904; LVIA f. 938/4/3660/1–824, *Delo ob ustrojstve v g. Vil'ne električeskago osveščeniija* [Akte über die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung in der Stadt Wilna], W. 1901, dazu auch: *35 lat Elektrowni Wileńskiej (1903–1938)*, Wilno 1938; LVIA f. 938/6/135, *Delo o nadzore z publičnimi domami* [Akte über die Bordellaufsicht], W. 1895–1915. Bezugnahmen gab es auf Metropolen wie Petersburg,





Mit den jüdischen shtetl-Bewohnern aus der Provinz hatten die christlichen Landbewohner trotz sozialer Gegensätze und antijüdischer Vorurteile eines gemeinsam: die Ablehnung „neumodischer“ städtischer Ideologien. Die Tora-treuen Juden in den shtetlekh des Wilnaer Umlandes standen in einem ambivalenten Verhältnis zur Großstadt Wilna. Sie respektierten das „litauische Jerusalem“ als Zentrum der Gelehrsamkeit für die litauische (d. h. auf dem Gebiet des ehemaligen Großfürstentums siedelnde) Judenheit, die sich durch sprachliche und konfessionelle Merkmale (litvakisches Jiddisch, litauische Orthodoxie versus aus der Ukraine vordringender Chassidismus) von anderen jüdischen Gemeinschaften unterschied. Gleichzeitig standen sie den im urbanen Raum konzipierten Programmen der Zionisten und jüdischen Sozialisten ablehnend gegenüber und verdamnten die Stadt als Brutstätte neumodischer gottloser Lehren.<sup>19</sup>

### III. Territorialität in der kommunikativen Praxis

Weder Polen, noch Litauer, noch Weißrussen oder Juden konnten eine Bevölkerungsmehrheit, eine eindeutige territoriale Zuordnung oder gar klar

Moskau, Warschau, auf andere Großstädte bzw. Städte ähnlicher Größe wie Černihiv, Kiev, Lodz, Charkiv, auf Großstädte in Deutschland und Schweden.

<sup>19</sup> G. Estraiikh, *The Vilna Yiddishist Quest for Modernity*, in: Dmitrieva/Petersen, *Jüdische Kultur(en)* (Anm. 16), S. 101-116; J. D. Cammy, *The Politics of Home, The Culture of Place: The „Yung Vilne“ Miscellany of Literature and Art (1934–1936)*, ebd. S. 117-134.

verlaufende ethnographisch-kulturelle Grenzen im Gebiet Wilna beanspruchen. Nicht nur die Großstadt, auch die Kleinstädte und Dörfer waren meist nicht homogen besiedelt (am ehesten noch die überwiegend jüdischen Kleinstädte). Darüber hinaus ist festzustellen, dass die Region Wilna in manchen kognitiven Karten einen zentralen Bezugsraum darstellte, während sie in anderen nur von peripherer Bedeutung war oder vorwiegend als Objekt nationalisierender Bestrebungen wahrgenommen wurde. Den Trägern solcher Bestrebungen präsentierte sich das betreffende Gebiet als umkämpfte Stadt mit einem Umland, das ein „weißer Fleck“ auf der nationalen Landkarte war.

Ob aber ein solcher „weißer Fleck“ erfolgreich nationalisiert werden würde und ob eine vornational strukturierte Gesellschaft politisch mobilisierbar war, hing in Ostmitteleuropa zu Beginn des 20. Jahrhunderts entscheidend von naturgegebenen und menschengemachten Raumstrukturen ab. Politische Partizipation war an eine gute Erreichbarkeit der Repräsentationssorte gebunden, mediale Kommunikation und politische Aktion hingen von der Qualität der Zugangs- und Vertriebswege ab. Grundsätzlich war die Stadt Wilna wegen ihrer Grenzlage relativ gut mit illegal importierter politischer Literatur versorgt – das betraf vor allem die sozialistische Literatur, aber auch wichtige litauische Publikationen.<sup>20</sup> Das Hinterland Wilnas hing allerdings in der nationalen Kommunikation immer nach: Die dünn besiedelte, von Wald und Sumpfgebieten geprägte und an Verkehrswegen arme Region zeichnete sich auch durch eine gewisse Beharrungskraft gegenüber dem als neumodisch empfundenen sozialistischen wie nationalistischen Gedankengut aus. Die polnischen und litauischen Aktivisten, die sich mit dem Wilnagebiet beschäftigten, stammten meist aus dem urbanen Bereich oder aus anderen Gegenden und waren den „Hiesigen“ schon deshalb suspekt. Die Litauer unter ihnen hatten ihren Familienhintergrund vorwiegend im relativ dicht besiedelten und dank der entstehenden Agrarindustrie wohlhabenderen litauischen Kernland der Gouvernements Kovno (Kaunas) und Suvalki, das die soziale Basis der Bewegung bereitstellte. Die nationale Land-Stadt-Kommunikation und die Reiseaktivitäten zwischen den litauischen Zirkeln in Wilna und der Provinz verliefen also allenfalls in westlicher und nordwestlicher Richtung reibungslos. Nach Osten und Südosten hin war diese Kommunikation wesentlich sporadischer, weil hier die kritische Masse an kompakt siedelnder litauischer Bevölkerung fehlte. Die naturräumlichen und

---

20 So wurden zwei der bedeutendsten litauischen Publikationen, die vorwiegend kulturelle Belange behandelnde „Aušra“ und der agrarrevolutionäre „Ūkininkas“ in Tilsit gedruckt; ein weiteres bedeutendes Blatt, „Varpas“, entstand ebenfalls in großer Entfernung von Wilna, nämlich in Warschau, Hellmann, Grundzüge (Anm. 5), S. 109-121 f.; Schmidt, Entheiligte Utopie (Anm. 2), S. 123 f.

demographischen Bedingungen wurden durch die politischen Gegebenheiten noch verschärft: Legale politische Versammlungen und Wahlkämpfe gab es bis 1905 nicht, womit ein wichtiger Faktor entfiel, der in anderen Regionen für das Ausschwärmen von ortsfremden Aktivisten in die Provinz sorgte. Zwar gab es im Falle der Polen und Litauer mit der katholischen Kirche und ihrem niederen Klerus eine nichtstaatliche administrative Struktur, die die Aktivitäten von nationalbewussten Gebildeten in der Provinz begünstigen konnte. Das Schul- oder Behördensystem jedoch, das in den Kronländern des Habsburgerreiches durch seine dichte Vernetzung und beständige Versetzungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert zum Einfallstor für politisch bewusste ortsfremde Konnationale wurde, fiel im Russischen Reich als Kommunikationsfaktor aus.<sup>21</sup>

Neben diesen realen Raumbedingungen gab es auch imaginierte Räume, die die nationale Kommunikation in der Region bestimmten. Dies konnten zum einen als *noch-nicht*-Staaten vorgestellte Einheiten sein (wie das zu erstrebende „wiederauferstandene Polen“ oder der oben erwähnte litauische Staat), oder es dienten, zweitens, *nicht-mehr*-Staaten als nostalgisch betrachtete Einheiten (wie das Großfürstentum Litauen als Bezugspunkt landespatriotischer Polen oder litauischer Nationalisten, die die Historizität der litauischen Staatsidee zu belegen suchten); dazu kamen, drittens, die imaginierten Räume der sogenannten „nationalisierenden“ Staaten (Rogers Brubaker<sup>22</sup>), in denen die Eliten ihr Land als einen zwar schon existierenden, aber noch nicht perfekten, weit noch nicht vollständig nationalisierten Staat wahrnahmen und alles daran setzten, staatliche und sprachlich-kulturelle Grenzen in Übereinstimmung zu bringen, was sich massiv auf Minderheitenpolnik und -konflikte auswirkte. Dies traf sowohl für Polen als auch für Litauen in der Zwischenkriegszeit zu.

#### IV. Die Arbeit am nationalen Raum

Mehrere Methoden kennzeichnen die Arbeit am nationalen Raum in der Region Wilna: Die Erfassung und Klassifizierung von Räumen und Bevölkerungen, die regionale Verortung nationaler Botschaften und die materielle Markierung von Räumen. Die bereits beschriebenen multiplen Identitäten, die bis ins 20. Jahrhundert eher die Normalität als die Ausnahme darstellten,

21 Zum Konzept der über Bildungswege und Berufskarrieren konstitulierten nationsbildenden Aktivisten-Itinerare B. Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a. M./New York 1988, S. 55-83, 125-128; Wendland, Russophile (Anm. 18), S. 348-354.

22 R. Brubaker, Nationalism reframed. Nationhood and the national question in the New Europe, Cambridge-New York 1996, 63-66.

erschieden den damaligen Nationalbewegungen als kontraproduktiv und rückständig, weswegen in ihrer Propaganda schon früh die Faktoren „Bildung“ und „nationales Bewusstsein“ in enger Korrelation standen. Wer nicht „bewusst“ war, galt auch als unzivilisiert und ungebildet; was nicht national zu klassifizieren war, verharrte im Zustand der Unordnung. Den konkurrierenden Aktivisten in der Region Wilna stellten sich daher im wesentlichen zwei Aufgaben: Um die Großstadt, deren Bewohnerschaft leichter zu klassifizieren war, weil sich ihre Kulturen, Sprachen und Wohnviertel klar voneinander unterschieden, musste gekämpft werden. Das Umland hingegen war noch nicht nach ethnischen Gesichtspunkten klassifiziert und wartete auf eine eindeutige Zuordnung.<sup>23</sup>

Dabei standen sich im wesentlichen Polen und Litauer als Kontrahenten gegenüber, wobei dieser Konflikt im 20. Jahrhundert zwei Gesichter hatte: Er wurde zunächst mit den Waffen der modernen Wissenschaften geführt. Unter Zuhilfenahme von ethnographischen, archäologischen und linguistischen Forschungen versuchte insbesondere die litauische Bewegung, zunächst die Selbstverständigung über die litauische Identität zu fördern, um später auch eine Zuordnung umstrittener oder indifferenter Gebiete in Angriff zu nehmen. Erst nach der Gründung des polnischen und litauischen Nationalstaates zeichnete sich dann das zweite Gesicht des Konfliktes ab. Sobald staatlich-institutionelle Akteure beteiligt waren, wurden die Spannungen rund um die konkurrierenden Ansprüche verschärft und um einen politisch-militärischen Aspekt ergänzt. Nun gewannen auch militärische Besetzung, polizeiliche Zwangsmaßnahmen oder behördliche Infrastrukturmaßnahmen als „Lösung“ nationaler Fragen bzw. der Frage nationaler Indifferenz an Bedeutung. Neben diesen Maßnahmen von oben wurde aber auch Druck von unten entwickelt: In beiden Ländern gewannen integrale Nationalismen und ethnozentrische Projekte an Anhängerschaft, während die sozialdemokratisch geprägten nationalen Programme der Vorkriegszeit, in denen Minderheitenrechte noch eine bedeutende Rolle gespielt hatten, in die Defensive gerieten.

---

23 Zur Klassifikation und Raumkonfiguration als Erfassungs- und Kontrolltechnik der Moderne: M. Foucault, Die Geburt der Klinik. Eine Archäologie des ärztlichen Blicks, Frankfurt/M. 1988, S. 19-37; Nationale und zivilisatorische Elitenpropaganda unter Bauernbevölkerungen: A. Mitzman, Die Offensive der Zivilisation: Mentalitäten, Hochkultur und individuelle Psyche, in: A. Gestrich/P. Knoch/H. Merkel (Hrsg.), Biographie – sozialgeschichtlich. Sieben Beiträge, Göttingen 1988, S. 29-60; Wendland, Russophile (Anm. 18), S. 266-272; E. Weber, Peasants into Frenchmen. The Modernization of Rural France, 1870–1914, Stanford 1976, S. 4-22.

Die Strategie nationaler Aktivisten hinsichtlich der Landbevölkerung ähnelte der deutschnationalen Strategie im Elsaß (allerdings vor 1918 unter anderen machtpolitischen Vorzeichen): Wenn dort die sogenannte „Verwelschung“ einer „eigentlich“ deutschen Kulturlandschaft rückgängig gemacht werden sollte, galt es hier, die „eigentlich“ litauischen oder polnischen Bauern aus ihrer Unwissenheit zu befreien, sie die Hochsprache zu lehren und in den Schoß der Nation „zurück“zuführen. Das war das Hauptziel von Schul- und Volksbildung sowie ethnographischer Feldforschung. Die polnischen Behörden, die in der Zwischenkriegszeit durch Bildungs- und Infrastrukturpolitik die Wilnaer Provinz zu transformieren suchten, beabsichtigten, die polnische Regionalhauptstadt durch ein zunehmend polnisches Hinterland abzusichern. Den Litauern hingegen, deren Bestrebungen, wie zu zeigen sein wird, nach 1918 eher in der Theorie als in der Praxis stattfanden, ging es darum, das Wiinaer Umland anschlussfähig für das litauische Herzland machen und – noch wichtiger – „Vilnius“ aus seiner Peripherieposition mehr in Richtung Litauen zu rücken. Im Konflikt um die Stadt stellten die Polen eine Verteidigungshaltung in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen: Es ging um die *Bewahrung* der „Polonizität“ (polskość) von „Wilno“, sei 1918 auch zunehmend unter Rückgriff auf eine militärische Terminologie die *Verteidigung* (obrona) der Stadt. Die litauische Bewegung musste demgegenüber zwangsläufig offensiv argumentieren, da ihre demographische Position in der Stadt schwach war: Es ging um die *Erlangung* (im litauischen Sprachgebrauch *Wiedererlangung* (atgavanimas) der Stadt als litauische Hauptstadt, militärisch gesprochen um ihre *Eroberung*.

Die Wilnaer Polen waren sich uneins darüber, wie die Bewahrung der Polonizität am ehesten zu bewerkstelligen sei. Gerade in Wilna und seinem Umland hingen viele gebildete und meinungsbildende Polen einem Programm an, das der Absicht der Klassifizierung und Segregation diametral entgegenstand. So verband das Programm der polnischen Regionalisten und Landespatrioten (krajowcy<sup>24</sup>) eine föderalistische Orientierung mit dem Bekenntnis zu einer toleranten Minderheitenpolitik und einem Grundvertrauen in die Integrationskraft der polnischen Hochkultur. Man bekannte sich eindeutig zur Wiederherstellung der polnischen Staatlichkeit als Garantie dieser

---

24 *Krajowcy*: „Landmannschaftler“, „Landespatrioten“. Ihre Programmatik wurde in einer der damals intellektuell anregendsten Zeitschriften Polens, dem *Przegląd Wileński*, entwickelt, so Na progu Nowego Roku [An der Schwelle des Neuen Jahres], in: *Przegląd Wileński* 11 (1928), Nr. 1, S. 1-3; Karykatura krajowości [Eine Karikatur der landespatriotischen Idee], in: *Przegląd Wileński* 11 (1928), Nr. 2, S. 1-2; Dobra sposobność [Eine gute Gelegenheit], in: *Przegląd Wileński* 11 (1928), Nr. 3, S. 1-3.

Werte, verzichtete aber bewusst auf die aktive monochrome Einfärbung „weißer Flecke“. Im Gegensatz zur intellektuellen Strahlkraft dieser Konzeption und zur illustren Anhängerschaft – auch Piłsudski entstammte dieser Denktradition – war ihr politischer Rückhalt im polnischen Staat der Zwischenkriegszeit insgesamt gesehen schwach. Jedoch hat eine ganze Generation wegweisender polnischer Intellektueller der Gegenwart das Erbe der Föderalisten angetreten – am Ende des 20. Jahrhunderts wurde sie wieder meinungsführend in der polnischen Politik.<sup>25</sup>

Das ethnozentrische polnische Projekt kam vor allem während der Zwischenkriegszeit zum Tragen, als sich die Machtverhältnisse in Gesamtpolen zugunsten der Nationaldemokraten als Hauptexponenten dieser Richtung verschoben. Diese hatten ihre Anhängerschaft vor allem im polnischen Kleinbürger- und Beamtentum der Region. Neben nationaldemokratischen und antisemitischen Presseorganen spielten institutionelle Akteure eine wachsende Rolle bei der Nationalisierung von öffentlichen Räumen und öffentlichen Diskussionen. Vor allem die materielle Markierung der Stadt stand im Vordergrund, wobei schon vorher vorhandene Marker (traditionelle Erinnerungsorte der Wilnaer Polen wie beispielsweise der berühmte Rossa-Friedhof) ideologisch aufgerüstet, andere (russische Denkmäler) entfernt wurden. Als Agenturen fungierten vor allem Behörden der Regional- und Zentralebene (Wojewodschaft und Innenministerium), weniger der städtischen Verwaltungsebene. Als Spezialproblem stellte sich im Wilna-Gebiet darüber hinaus eine Verquickung nationaler und sozialer Fragen in den ländlichen Gebieten, die die politische Atmosphäre wesentlich beeinflusste: Die durch die Sowjetunion unterstützte kommunistische Bewegung in den weißrussischen Dörfern war vorwiegend Ausdruck bäuerlichen Sozialprotests, wurde aber von den Behörden als nationale Frage wahrgenommen. Die Sowjetunion rückte als „external homeland“ der weißrussischen Linken und als Projektionsfläche für Invasionsängste in den Blick der Polen und stellte einen neuen Faktor im nationalen Bedrohungsszenario dar.<sup>26</sup>

Vor diesem Hintergrund entstand eine ganz neue Art der materiellen Markierung des öffentlichen Raumes, nämlich der als „Stadtästhetik“ bezeichnete Eingriff in das herkömmliche Straßenbild. Diskussionen um Straßenbild und Straßenbeschilderung waren dabei gleichzeitig auch Auseinandersetzungen über die Rolle der Juden im neuen polnischen Staat,

---

25 Snyder, *Reconstruction* (Anm. 4), S. 218-231. Der Schriftsteller Czesław Miłosz (1911–2004) und der langjährige Herausgeber der Emigrationszeitschrift *Kultura*, Jerzy Giedroyc (1906–2000), sind die berühmtesten Exponenten dieser Linie, die noch aus eigener Lebenserfahrung das „alte“ Litauen kannten.

26 Brubaker, *Nationalism* (Anm. 23) S. 66f.

wobei letztere wie so oft in Zeiten der politischen Unsicherheit zwischen die Fronten des Konflikts um nationale Zuordnungen gerieten. Sie mussten sich vor allem mit dem nationaldemokratischen Vorwurf auseinandersetzen, heimliche oder offene Verbündete der zum Gegner erklärten Kräfte zu sein. Im Wilnaer Fall drehten sich die Vorwürfe um eine angebliche Rolle der Juden als Trägerschicht der Russifizierung oder als potentielle Verbündete der Gegner im Krieg um das Wilnagebiet. Jedenfalls galt ihnen hinsichtlich ihrer Zuverlässigkeit und Loyalität ein Grundmisstrauen der nationalbewussten Polen. Ihnen wurde zu verstehen gegeben, dass sie sich den Status als gleichberechtigte Bürger durch Wohlverhalten verdienen müssten, wie etwa durch den Verzicht auf jiddische und russische Laden- und Straßenbeschilderungen. Als Idealziel der Stadtästheten galt die repräsentable „polnische Stadt“ ohne „östliche“ Einsprengsel.<sup>27</sup> Daneben wurde die Frage aufgebracht, ob Juden in Wilna berechtigt seien, sich in kulturelle Belange einzumischen, die als genuin polnisch definiert wurden.<sup>28</sup>

---

27 Lietuvos Valstybinis Centralinis Archyvas (Litauisches Zentrales Staatsarchiv, im Folgenden: LVCA), f. 51/17/ 120/466, Regierungskommissar für Wilna an Wojewodschaft, Rechtsabteilung, Wilno 1. Dezember 1927; LVCA f. 51/17/120/527, Innenministerium an Wojewodschaft, Warszawa 21. April 1926; LVCA f. 51/17/120/530 f., Anordnung des „Regierungsdelegierten für das Wilnaer Gebiet“ (*Delegat Rzędu na ziemię Wileńską*) an Abteilung Öffentliche Sicherheit, Wilno 28. Februar 1925; LVCA f. 51/17/120/474-483, 489-503,505-514, Magistrat, Finanzabteilung, an Regierungskommissar, Wilno 20. Juli 1927; LVCA f. 51/17/120/473, Regierungskommissar an Wojewodschaft, Wilno 28. Juli 1927; LVCA f. 51/17/120/437, Auszug aus dem „Statut über die städtische Steuer auf Ladenschilder, Plakate und Embleme“, Wilno 28. Januar 1926; ebd. 517, Wojewodschaft an Magistrat, Aufstellung mit diesbezüglichen Vorschriften, Wilno 22. April 1924; LVCA f. 51/17/120/473, Regierungskommissar an Wojewodschaft, Wilno 28. Juli 1927.

28 So erzeugte Mitte der dreissiger Jahre der Zuschlag für die Errichtung eines (nie fertiggestellten) Mickiewicz-Denkmal an einen Bildhauer jüdischer Herkunft polnisch-nationale Erregung: Die angebliche „biblische“ Judaizität der Darstellung des Dichters als Prophet beeinträchtigte das Straßenbild in nicht tolerierbarer Weise. Jüdische Diskutanten wiederum antworteten mit einer stolzen Bezugnahme auf die jüdischen Wurzeln des zum Katholizismus konvertierten Künstlers. Sie versuchten, die Rolle des unter gebildeten polnischen Juden hochgeschätzten Mickiewicz für ein spezifisch polnisch-jüdisches patriotisches Selbstverständnis zu definieren und stilisierten den Entwurf zum Symbol einer progressiven polnischen Jüdischkeit. Auf beiden Seiten wurde so – teils in voller Absicht, teils unbeabsichtigt – durch die Definition eines Artefakts als „jüdisch“ im Endeffekt ein gesteigertes Bewusstsein der Segregation geschaffen. K. Steffen, Ein „jüdisches Denkmal“ in Wilna? Das Denkmalprojekt von Henryk Kuna und der Gedenkstätte Adam Mickiewicz im Fokus der polnisch-jüdischen Beziehungen, in: Dmitrieva/Petersen, Jüdische Kultur(en) (Anm. 6), S. 34-49.

Die litauischen Bemühungen um eine nationale Definition des Raumes in und um Wilna waren aus politischen und demographischen Gründen vorwiegend an die litauische Bevölkerung außerhalb des Wilna-Gebietes adressiert. Im Zentrum dieser Bemühungen stand der Versuch, die Stadt als künftige Kapitale des unabhängigen Litauen zu propagieren und die Selbstvergewisserung der sich bildenden Nationalgesellschaft über die Zugehörigkeit der umstrittenen Region zu Litauen zu fördern. Hauptstadt und Umland wurden propagandistisch lituanisiert, indem man den „eigentlich“ litauischen Charakter und die litauische Historie der Stadt und ihres Umlandes herausstellte und mit wissenschaftlichen Argumenten untermauerte. Die Lösung des eigentlichen Problems, nämlich die Lituanisierung des real existierenden Wilna, wurde auf die Zeit nach Erlangung der Eigenstaatlichkeit verschoben.<sup>30</sup> Der Verlust Wilnas an Polen nach dem Ersten Weltkrieg besiegelte eine vorläufige Niederlage dieser Strategie. Folge war eine Welle staatlich geförderter „Unser-Vilnius“-Propaganda im Litauen der Zwischenkriegszeit, die den Gedanken des litauischen Vilnius durch eine Massenproduktion von Postkarten, Briefmarken, Plakaten und Broschüren

---

30 Litauische Argumente aus verschiedenen Disziplinen: Zur Ur- und Frühgeschichte A. Šapoka, *Lietuvos istorija* [Geschichte Litauens], Kaunas 1936, S. 11-39; Ders., *Vilnius in the Life of Lithuania*, Toronto 1962; *Lietuvių enciklopedija* [Enzyklopädie der Litauer], Bd. XXIV, Boston 1961, Artikel „Jonas Puzinas“ (Frühhistoriker), S. 293f.; zur linguistischen Beweisführung vgl. V. Peteraitis, *Mažoji Lietuva ir Tvanksta brabaltų, pralietuvių ir lietuvininkų laikais. Daugiau kaip 4000 metų nenutrūkstamos baltiškosios vandenvardinis kultūros raida* [Kleinlitauen und das Königsberger Land in protobaltischer, protolitauischer und pruzzisch-litauischer Zeit. Die Entwicklung einer mehr als 4000 Jahre ununterbrochenen baltischen Kultur der Hydronyme], Vilnius 1992; P. Kniūkšta, *Vilniaus kraštas ir lietuvių kalba* [Das Wilna-Gebiet und die litauische Sprache], Vilnius 1990.

31 Ein wichtiger Multiplikator der Wilna-Propaganda im Zwischenkriegslitauen war die seit 1928 in Kaunas erscheinende Halbmonatsschrift *Mūsų Vilnius* [Unser Vilnius]. Darin auch aufschlußreiche ikonographische und kartographische Quellen, die den litauischen Charakter umstrittener Territorien illustrieren sollen, so z. B. die graphische Aufmachung der Chronik „Okupuotoje Lietuvoje“ [Im besetzten Litauen], die über das Leben der Litauer in Polen berichtet. Zum inhaltlichen Profil vgl. Register für 1930, *Mūsų Vilnius* Nr. 24 (1930), S. 1-8; R. Mackevičius, *Ir mes esame lietuvių tautos dalis* [Auch wir sind Teil des litauischen Volkes], in: *Židinys* Nr. 4 (1939), S. 471-477; F. Kemėšis, *Vilnius ir jo vadavimo sąjunga* [Vilnius und der Bund zu seiner Befreiung], in: *Židinys* Nr. 10 (1939), S. 342-349; A. Juška, *Vilniaus problemos ir jų aktualimas*, in: *Židinys* Nr. 12 (1937), S. 565-574. Zur Formulierung territorialer Forderungen hinsichtlich des Wilna-Gebietes V. Blomeier, *Litauen in der Zwischenkriegszeit. Skizze eines Modernisierungskonflikts*, Münster 1998, S. 112-116, 147-160.



in der Bevölkerung verankerte. Hier wurde die materielle Markierung der Stadt und ihres Umlandes zwangsläufig in den virtuellen Raum der Propaganda versetzt, indem man bestimmte Landkarten und Stadthilder immer wieder evozierte.<sup>31</sup> Unter anderem spielte dabei der Wilnaer Schlossberg als Symbol der angeblich rein litauischen mittelalterlichen Stadt eine zentrale Rolle. In enger Verbindung mit dieser Weichbild-Chiffre wurde ein Stadtgründungsmythos gepflegt, in dem martialische Symbolik, Unbesiegbarkeit und ewiger Ruhm eine wichtige Rolle spielten.<sup>32</sup>

Die reale Raumeignung – die „Wiedererlangung“ Wilnas im Sinne der litauischen Nationalidee – erfolgte erst im Zuge der deutsch-sowjetischen Aufteilung Ostmitteleuropas 1939. Das Wilna-Gebiet wurde zunächst von dem durch einen erzwungenen Beistandspakt mit der Sowjetunion verbündeten Litauen besetzt. Mitte 1940 wurde Wilna Hauptstadt der durch die sowjetische Annexion neugeschaffenen Litauischen Sowjetrepublik. Deutsche und sowjetische Okkupanten radierten in der Folgezeit die polykulturelle Gesellschaft Wilnas aus: Der Massenmord an den Juden und die Deportation der Polen brachten die Stadt um neunzig Prozent ihrer ansässigen Bevölkerung. Erst danach stellten Litauer die Mehrheit der Stadtbevölkerung, während die gleichzeitig stattfindende russische Zuwanderung zur Entstehung einer neuen signifikanten Minderheit führte. Das polnische und jüdische kulturelle Erbe Wilnas sowie die kulturelle Pluralität der Region, die in den Architekturdenkmälern und den unzerstörten Straßenzügen nach wie vor präsent waren, wurde bis in die späten 1980er Jahre offiziell ignoriert und nur in kleinen intellektuellen oder subkulturellen Zirkeln thematisiert.<sup>33</sup> Die Abgründe und Ambivalenzen der Genese eines litauischen Vilnius werden auch im heutigen Litauen nur zögerlich diskutiert. Während die Zehntausende von litauischen Opfern der sowjetischen Massenverhaftungen, -hinrichtungen

---

32 Im Zentrum stand die Legende über eine Traumerscheinung des Stadtgründers des 14. Jahrhunderts: Ein eisengepanzelter Wolf, der mit der Stimme von hundert Wölfen heulte, wies die Stelle, an der er eine uneinnehmbare und in der ganzen Welt berühmte Burgstadt, das spätere Wilna, erbauen lassen sollte. S. Lipskis (Hrsg.), *Vilnius aus Legendos - Legendy Wileńskie*, Vilnius 1998, S. 19-21; vgl. dazu einen alternativen, wesentlich friedlicheren Stadtgründungsmythos mit litauischen Wurzeln und jüdischer Interpretation: Es handelt sich um die Geschichte eines durch die heidnischen Götter abgelehnten Menschenopfers, das der Stadtgründung vorausging, ebd., S. 3f., dazu A. Lipphardt, „Vilne, Vilne, unzer heymshot...“: *Imagining Jewish Vilna in New York. The Zamlbukh Project of Vilner Branch 367 Arbeter Ring / Workmen's Circle*, in: Dmitrieva/Petersen, *Jüdische Kultur(en)* (Anm. 6), S. 85-97, insbes. 91.

33 Vgl. T. Venclova, *Vilnius. Vadovas po miestą (Wilna. Ein Stadtführer)*, Vilnius 2001, S. 63-69.

und -deportationen in der historischen Erinnerung und Erinnerungspolitik des unabhängigen Litauen hochpräsent sind, wird die entscheidende Rolle der Sowjetunion bei der „Wiedererlangung“ und Lituanisierung der litauischen Hauptstadt ausgeblendet, obwohl hier neben Terror und Repression einer der Gründe für die endgültige Etablierung der sowjetischen Herrschaft und den Übergang vom Okkupationsregime zu einer wenn auch hochreglementierten sowjetischen Normalität liegen dürfte.

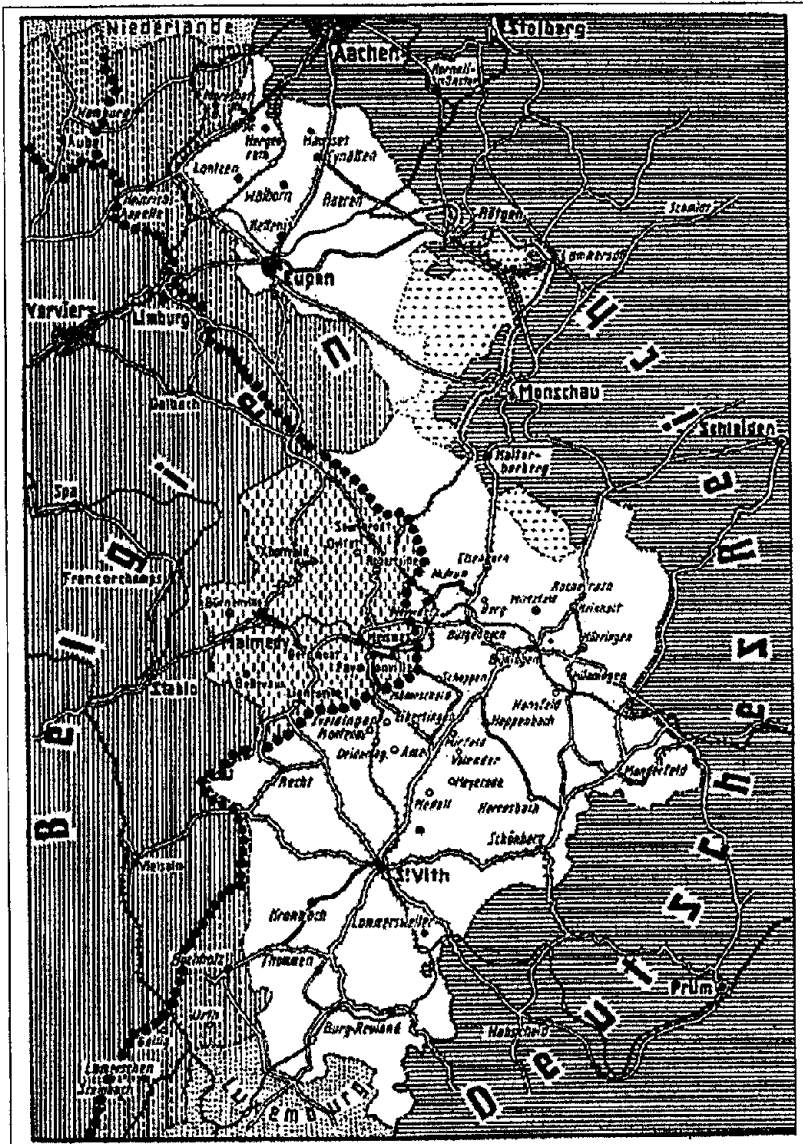
---

Johannes Koll

## **Preußischer Westen – belgischer Osten. Eupen, Malmedy und St. Vith zwischen Reichsgründung und Zweitem Weltkrieg**

In einer Zeit, in der nationale Identität und Nationalstaatlichkeit leitende Kategorien politischer Orientierung und Organisation bilden, haben Grenzregionen potenziell eine besondere Bedeutung. Sie können Gebiete markiger Abgrenzung und Abschottung sein, die ideologisch begründet, propagandistisch bearbeitet und mit militärischen Mitteln verteidigt werden. Sie können ebenso gut Gebiete intensiver grenzüberschreitender Kontakte in Bereichen wie beispielsweise Handel, Arbeitsmigration oder Heiratsverhalten sein. Sie können mitunter auch beides zugleich sein: nationalistisch aufgeladenes Gebiet eines selbstbewusst auftretenden Nationalstaates wie auch Ort grenzüberschreitender Kommunikation und Interaktion. Denkbar ist schließlich, dass das Spannungsfeld zwischen Abgrenzung und Grenzüberschreitung (im wörtlichen wie im übertragenen Sinne) Raum lässt für die Bildung eines Regionalbewusstseins, das sich komplementär oder auch konkurrenzial zu nationaler Identität verhält.

Mit welcher dieser Optionen lässt sich die Geschichte von Eupen, Malmedy und St. Vith zwischen 1870 und 1940 beschreiben? Immerhin handelt es sich bei dem Gebiet dieser Gemeinden um eine Grenzregion zwischen zwei Nationalstaaten, die im 19. Jahrhundert entstanden sind und im 20. Jahrhundert durch die beiden Weltkriege hart gegeneinander stießen. Dies hatte für die kleine deutsch-belgische Grenzregion Konsequenzen. Bevor hierauf näher eingegangen wird, ist zunächst ein kurzer Überblick über historische Rahmenbedingungen und die wechselvolle Geschichte dieses Raumes zwischen Reichsgründung und Zweitem Weltkrieg erforderlich. Daran schließen sich für Eupen, Malmedy und St. Vith Untersuchungen über politische Identität unter preußisch-deutscher wie auch unter belgischer Herrschaft an, ehe die Frage nach einem spezifischen Regionalbewusstsein der hier lebenden Bevölkerung thematisiert wird. Der abschließende Ausblick deutet an, dass das Streben nach regionaler Autonomie erst lange nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzte und sich nicht im Kontext der Konfrontation benachbarter Nationalstaaten, sondern im Zuge der internen Föderalisierung des Königreichs Belgien vollzog.



Quelle: K. Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914–1940, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 76 (1964), S. 515.

## I. Historische Rahmenbedingungen

Vom Wiener Kongress bis zum Ersten Weltkrieg gehörte das Gebiet von Eupen, Malmedy und St. Vith zur preußischen Rheinprovinz – und damit ab 1867 zum Norddeutschen Bund sowie ab 1871 zum deutschen Kaiserreich. Verwaltungsmäßig bestand es aus den Kreisen Eupen und Malmedy, die dem Regierungsbezirk Aachen unterstellt waren. Während des Ersten Weltkriegs wurde in der belgischen Publizistik gelegentlich die Forderung nach einer Annexion dieser und angrenzender deutscher Gebiete nach dem erhofften Sieg über Deutschland erhoben. Im Versailler Vertrag wurden die Gemeinden von Eupen, Malmedy und St. Vith dann 1919 tatsächlich dem Königreich Belgien zugesprochen, wo sie als sogenannte Ostkantone bis zum Zweiten Weltkrieg und der Einverleibung durch das nationalsozialistische Deutschland im Mai 1940 verblieben.

In sozioökonomischer Hinsicht ist dieses Gebiet seit jeher stark agrarisch geprägt und kaum urbanisiert gewesen. Die größte Stadt Eupen zählte 1910 nicht mehr als 13.544 Einwohner, während Malmedy noch zehn Jahre später nicht einmal 6.000 Einwohner und St. Vith kaum mehr als 2.100 hatte.<sup>1</sup> Mit dem Rheinland und dem Raum um Lüttich und Verviers war das Gebiet zwar von stark industrialisierten Regionen in Deutschland und in Belgien umgeben, konnte selber jedoch an der Industrialisierung allenfalls in bescheidenem Rahmen teilnehmen. Immerhin boten in Eupen die Kammgarnwerke sowie die Kabel- und Gummiwerke der Familie Bourseaux seit Beginn des 20. Jahrhunderts der einheimischen Bevölkerung in einem größeren Umfang Arbeitsmöglichkeiten. Auch die Textil- sowie die Lederproduktion spielten für die regionale Ökonomie eine Rolle, in Malmedy kam noch in bescheidenem Umfang Papierfabrikation hinzu. Doch insgesamt gesehen verlief Modernisierung hier wesentlich langsamer und weniger tiefgreifend als im Rheinland oder in den belgischen Industrieregionen. Die sozioökonomische Randlage von Eupen, Malmedy und St. Vith wird nicht zuletzt durch die Tatsache unterstrichen, dass die Verkehrsanbindung lange Zeit sehr zu wünschen übrig ließ. Eine Straße zwischen den beiden größten Städten dieses Gebietes, Eupen und Malmedy, wurde erst 1854 angelegt, und es dauerte bis in die Mitte der achtziger Jahre, dass die Vennbahn eröffnet wurde. Jetzt erst war Eupen über Raeren mit Monschau verbunden, von hier aus

---

1 Zahlen nach V. Gielen, Eupen im Kaiserreich 1871–1918, Eupen 1994, S. 25 sowie den Artikeln über Malmedy und St. Vith in: H. Hasquin/R. van Uytven/J.-M. Duvosquel (Hrsg.), *Communes de Belgique. Dictionnaire d'histoire et de géographie administrative*, Bd. 2: Wallonie – Bruxelles, o. O. 1980, S. 929 bzw. 1.340. Gielen verzichtet in seinen Publikationen zwar auf Belege, bietet aber verlässliche Informationen.

gab es dann Anschlussmöglichkeiten nach Aachen. Ab 1897 wurde Eupen darüber hinaus an das belgische Eisenbahnnetz angeschlossen.<sup>2</sup> Erschwert wurde der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nicht zuletzt durch die geographische Lage: Der ausgedehnte Herzogenwald sowie das Hohe Venn lagen wie eine Barriere zwischen dem nördlichen Teil um Eupen und dem südlichen Teil um Malmedy und St. Vith.<sup>3</sup>

Die Kreise Eupen und Malmedy waren ebenso wie die angrenzenden Gebiete im Rheinland, in der Eifel und in Belgien traditionell vom Katholizismus geprägt. Traditionell besaß denn auch die Zentrumsparterie einen großen Einfluß. In Eupen blieb der Liberalismus bei den Wahlen während des Kaiserreichs „recht unbedeutend“<sup>4</sup>, ähnliches darf man von den anderen Gemeinden der beiden Kreise annehmen. Die Autorität kirchlicher und staatlicher Funktionsträger und gesellschaftlicher Eliten wurde in der Regel nicht in Frage gestellt, sie galten als achtenswerte Honoratioren einer wenig konfliktfreudigen Gesellschaft. Im größten Teil dieses Gebietes war Deutsch die Muttersprache, doch im Kreis Malmedy sprachen rund 10.000 Einwohner Französisch bzw. einen wallonischen Dialekt. Damit stellen die Gemeinden von Eupen, Malmedy und St. Vith in ihrer Gesamtheit im Hinblick auf die Hochsprachen eine bilinguale Region dar.<sup>5</sup>

Inwieweit ist in der bilingualen, konfessionell homogenen und in vergleichsweise hohem Maße agrarisch geprägten Gesellschaft dieses Raumes zwischen Kaiserreich und ‚Drittem Reich‘ nationale Identität artikuliert worden? Worauf war Nationalbewusstsein bezogen, und lassen sich in diesem ausgeprägten Grenzgebiet zwischen Deutschland und Belgien mögli-

2 Siehe hierzu Gielen, Eupen im Kaiserreich (Anm. 1), S. 59-65 und R. Collinet, L'annexion des cercles d'Eupen et Malmedy à la Belgique en 1920, Verviers 1986, S. 49.

3 Angesichts der begrenzten Erwerbsmöglichkeiten, die solch ein kaum industrialisiertes Gebiet besaß, nimmt es nicht wunder, dass das 19. Jahrhundert von Abwanderung gekennzeichnet war, die im Kreis Malmedy „den erheblichen Geburtenüberschuß“ nicht wettmachen konnte. K.L. Kaufmann, Der Kreis Malmedy. Geschichte eines Eifelkreises von 1865 bis 1920, hrsg. von H. Neu, Bonn 1961, S. 101 mit (unbelegten) Zahlenangaben. Kaufmann war zwischen 1899 und 1907 Landrat des Kreises Malmedy.

4 B. Jonas, Die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus in der Stadt Eupen zur Zeit des Deutschen Kaiserreichs (1871-1918), in: Geschichtliches Eupen 35 (2001), S. 119-137, hier S. 134.

5 Zur Sprachgeschichte dieses Raumes vgl. K. Pabst, Politische Geschichte des deutschen Sprachgebiets in Ostbelgien bis 1944, in: Forschungsstelle für Mehrsprachigkeit in Brüssel (Hrsg.), Deutsch als Muttersprache in Belgien. Forschungsberichte zur Gegenwartsfrage, Wiesbaden 1979, S. 9-38. Zu Malmedy siehe Kaufmann, Der Kreis Malmedy (Anm. 3), S. 44.

cherweise Ansätze zur Formulierung eines Regionalbewusstseins erkennen? Welche ‚Arbeit am nationalen Raum‘ ist hier zwischen Gründerzeit und Zweitem Weltkrieg von wem geleistet worden?

Bei der Beantwortung dieser Fragen muss ein deutlicher Unterschied gemacht werden zwischen der ‚preußischen Zeit‘ (d. h. den Jahren und Jahrzehnten bis 1918/19) und der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als das Gebiet im Versailler Vertrag Belgien zugesprochen wurde. Das Jahr 1919 bedeutet somit für Eupen, Malmedy und St. Vith eine tiefgreifende Wasserscheide bei der ‚Arbeit am nationalen Raum‘. Dabei waren es nicht sozioökonomische Faktoren, die die ‚preußische Zeit‘ von der ‚belgischen Zeit‘ trennten. Denn obwohl die traditionellen Handelsbeziehungen nach Monschau, Aachen und ins Rheinland in der Zwischenkriegszeit erschwert waren, stellten Erster Weltkrieg und Versailler Vertrag weder in wirtschaftlicher noch in demographischer Hinsicht eine einschneidende Zäsur für die drei Gemeinden dar. So gab es jenseits kriegsbedingter Mobilität und abgesehen von den üblichen Arbeitspendlern keine nennenswerten Migrationsbewegungen in diesem Raum, die sozialen Verhältnisse änderten sich nach dem Krieg nicht wesentlich gegenüber der Zeit vor 1919. Entscheidend für die Geschichte des Nationalbewusstseins ist vielmehr, dass die Bevölkerung von Eupen, Malmedy und St. Vith im Gefolge der gesamteuropäischen Entwicklungen nach dem Ersten Weltkrieg in das Räderwerk antagonistischer Ansprüche und Interessen zwischen zwei Nationalstaaten geriet, die im Krieg zu erbitterten Feinden geworden waren. Es waren somit politische Momente, die hier dem Jahr 1919 den Charakter einer scharfen Zäsur verliehen.

## II. Preußische Provinz an der Grenze zu Belgien: Eupen, Malmedy und St. Vith vor dem Ersten Weltkrieg

Die ‚preußische Zeit‘ ist dadurch gekennzeichnet, dass es hier keine antagonistischen Ansprüche unterschiedlicher Nationen oder Staaten gab. Im Gegenteil, das Jahrhundert zwischen Wiener Kongress und Erstem Weltkrieg bedeutete für die Kreise Eupen und Malmedy eine Phase politischer Stabilität und im Großen und Ganzen eine Phase von Loyalität gegenüber dem Königreich Preußen, der Hohenzollerndynastie und später dann gegenüber dem Kaiserreich.

Schwierig gestaltete sich das Verhältnis zwischen Berlin und dem westlichsten Teil des Königreichs Preußen während des Kulturkampfes, der in dem katholisch geprägten Gebiet auf Ablehnung und Unmut stieß und mit Befremden wahrgenommen wurde. So appellierte die *Eupener Zeitung* 1873 an die Öffentlichkeit, von den Katholiken keine Teilnahme an den Feierlichkeiten zum Sedanstag zu erwarten: „uns Katholiken [...] verschont jetzt mit

dieser Zumutung.“<sup>6</sup> Von der ablehnenden Haltung vor Ort berichtete Landrat von der Goltz 1872 denn auch folgendes:

„Es tut einem preußischen Herzen tief weh, wenn man die Erfahrung macht, daß die Sympathien für Preußen und das Deutsche Reich total schwinden, selbst bei Leuten, [...] die bis jetzt für Preußen und den Kaiser schwärmten.“<sup>7</sup>

Nachdem aber der Kulturkampf beigelegt worden war, war und blieb die Integration des Gebietes von Eupen, Malmedy und St. Vith in das Königreich Preußen und ins deutsche Kaiserreich im In- wie im Ausland weitestgehend unbestritten und wurde bis 1914 nicht eigens problematisiert.<sup>8</sup> Die Loyalität der Bevölkerung kam in einem preußisch-deutschen Patriotismus zum Ausdruck, der sich immer wieder in national oder dynastisch relevanten Festivitäten manifestierte. Derartige Gelegenheiten boten beispielsweise der Kaisergeburtstag, die Thronbesteigung Wilhelms II. im Jahr 1888 oder der Besuch der Kreise durch Mitglieder des Kaiserlichen Hauses.

Bezeichnend für die Existenz patriotischer Stimmung sind auch die Feierlichkeiten, mit denen 1879 in zahlreichen Gemeinden von Eupen und Malmedy die Goldene Hochzeit von Kaiser Wilhelm I. und Königin Augusta begangen wurde. Auch wenn die Spannungen des Kulturkampfes zu dieser Zeit noch spürbar waren, wurde die Goldene Hochzeit zum Anlass genommen, die Verbundenheit mit Preußen und dem Kaiserreich zu unterstreichen. In einem Gedicht, das die *Eupener Zeitung* abdruckte, wurde dynastische Loyalität mit deutschem Nationalismus verbunden und obendrein das Bewusstsein zum Ausdruck gebracht, dass man in Eupen und Malmedy in einer Grenzregion lebte:

---

6 Eupener Zeitung vom 30.08.1873.

7 Aus dem Bericht des Landrates von der Goltz an den Regierungspräsidenten in Aachen vom 27.06.1872, zitiert nach V. Gielen, Aachen und Eupen unter dem Eisernen Kanzler, Eupen 1984, S. 74 (ohne Quellenangabe). Allgemein zum Kulturkampf im Regierungsbezirk Aachen vgl. ebd., ab S. 74, besonders S. 97-101 mit Hinweisen auf Proteste wie Wallfahrten zu einem Marienbild ins belgische Moresnet oder die besonders feierliche Gestaltung von Firmungsreisen des Kölner Erzbischofs Paulus Melchers.

8 Von belgischer Seite gab es vor 1914 nur sehr vereinzelt Annexionsforderungen, etwa bei dem Schriftsteller und Diplomaten Emile Banning oder im *Journal des Tribunaux*, wo das Gebiet um Malmedy, die sogenannte ‚preußische Wallonie‘, 1910 als „notre Alsace-Lorraine“ bezeichnet wurde, in der sich mit einer französischsprachigen Bevölkerung „des frères de race et de langue“ befänden, „exilés et emprisonnés en Prusse“ (zit. nach Collinet, L’annexion des cercles d’Eupen et Malmedy [Ann. 2], S. 2).

9 Eupener Zeitung vom 11.06.1879.



„Auch wir, an des Reiches Marken,  
 Stimmen in den Jubel ein,  
 Lieb' und Treue soll erstarken,  
 Bied're Deutsche woll'n wir sein!  
 Kriegstrompete sollt ertönen,  
 Willt der Franzmann an den Rhein, –  
 Ganz vergeblich ist sein Sehnen, Vaterland! Magst ruhig sein!“<sup>9</sup>

Den Tod des alten Kaisers und seines Sohnes Friedrich III. im Jahr 1888 nahm die preußische Regierung zum Anlass, die Schulen zur Abhaltung einer Unterrichtsstunde zu veranlassen, in der „die Gemüther der zusammengehörenden Schuljugend [...] mit dankbarer und treuer Gesinnung gegen König und Vaterland erfüllt werden.“<sup>10</sup> Und als 1897 der 100. Geburtstag des verstorbenen Kaisers gefeiert werden sollte, rief der Aachener Regierungspräsident die Schulen seines Sprengels dazu auf,

„durch Aufführung von Reigen, Turnspielen, durch Umzüge und Absingen patriotischer Lieder, durch Ausflüge und Spaziergänge den Tag zu einem allgemeinen Festtage zu machen und seinen Eindruck den Kindern unauslöschlich einzuprägen.“<sup>11</sup>

Deutlicher kann kaum zum Ausdruck gebracht werden, dass eine dynastische Festivität von den staatstragenden Personen und Institutionen für eine Bestätigung und Festigung des erreichten Maßes von Nationsbildung genutzt wurde. Dass derartige Bemühungen der preußischen Beamten bei der einheimischen Bevölkerung auf einen fruchtbaren Boden fielen, belegt ein Bericht der *Eupener Zeitung* über die dreitägigen Geburtstagsfeierlichkeiten im März 1897. Der Bericht erwähnt das feierliche Hochamt in der Pfarrkirche St. Nikolaus ebenso wie allerlei säkulare Veranstaltungen und „patriotische Festfeiern“, die von lokalen Vereinen zu Ehren des verstorbenen Kaisers veranstaltet wurden. Bei all diesen Gelegenheiten boten Lieder und Festvorträge ebenso Raum für die Artikulation nationaler Gesinnung wie der Auftritt von ‚Tableaux vivants‘, die „Germania“ und „Elsaß=Lothringen, beschützt von der Germania“ öffentlichkeitswirksam darstellten.<sup>12</sup>

Auf die positive Rezeption preußisch-deutscher Nationsbildung in Eupen, Malmedy und St. Vith deutet schließlich die Tatsache hin, dass man hier zumindest nach Beilegung des Kulturkampfes offenbar auch regelmäßig den

10 Staatsarchiv Eupen (im Folgenden StAE), Bestand C.4.8.II, Schreiben des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 23.07.1888.

11 StAE, Best. C.4.8.II, Schreiben des Aachener Regierungspräsidenten vom 10.02.1897.

12 *Eupener Zeitung* vom 24.03.1897.

Sedanstag beging. 1912 wurde zu diesem Anlass in Eupen ein besonderer patriotischer Akzent gesetzt: Am 1. September wurde auf einem zentralen Platz der Stadt feierlich ein Denkmal eingeweiht, das an die Gefallenen der Kriege von 1866 und 1870/71 erinnerte. Es stammte von dem Münchener Bildhauer Rudolf Henn und stellt den Drachentötenden Heiligen Georg dar. Seine nationale Dimension hob Generalleutnant Riemann bei der Enthüllung folgendermaßen hervor: „Die Stadt Eupen möge es schützen als ein Zeichen deutscher Gesinnung, als ein Zeichen, daß der Kreis Eupen kerndeutsch sein und bleiben wolle. Das walte Gott!“<sup>13</sup> Die patriotische und zugleich militaristische Dimension dieses Denkmals wird auch deutlich, wenn man sich vor Augen führt, wer sich jahrelang um dessen Finanzierung gekümmert hatte: Es war der Eupener Kreiskriegerverband. Einige Jahre vorher bereits hatte sich der Kreiskriegerverband von Malmedy, der 1913 23 Vereine mit 1.500 Mitgliedern zählte, für die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an die Gefallenen der Kriege von 1866 und 1870/71 durch Spenden und Mitgliedsbeiträge eingesetzt. Die Einweihungsfeier in Malmedy am 25. Juni 1904 gestaltete sich im Rückblick des damaligen Landrats Karl Leopold Kaufmann „zu einer eindrucksvollen Kundgebung vaterländischen Empfindens.“<sup>14</sup>

Es scheint, dass Kriegszeiten generell Zeiten waren, in denen preußisch-deutscher Patriotismus unüberhörbar artikuliert wurde. So ließ der Raerener Kaplan Johann Peter Schnitz knapp eine Woche nach Ausbruch des deutsch-französischen Krieges in der *Eupener Zeitung* ein Gedicht abdrucken, das keinen Zweifel an der Loyalität zu Deutschland aufkommen ließ:

„Deutschlands Söhne, gleich den Ahnen,  
Als des Königs Wort erscholl,  
Eilten freudig zu den Fahnen,  
Heiliger Begeist' rung voll!

Und sie sollen ihn nicht haben  
Unsren herrlichen, lieben Rhein;  
Drum laßt uns, was wir haben,  
dem Königt und dem Vaterland weih'n!“<sup>15</sup>

13 Eupener Nachrichten. Volkszeitung für Stadt und Land vom 03.09.1912. In dieselbe Richtung wies der ‚Weihe spruch‘, den eine Dame im Gewand einer Walküre vortrug: „Deutsche Männer, schützt euer Erbe,/ Schütztet dies Bildnis, euch anvertraut,/ Und bis die Lippe im Tod sich entfärbte,/ Schirmet Germania, die Eisenbraut!“ (Ebd.)

14 Kaufmann, Der Kreis Malmedy (Anm. 3), S. 237.

15 Zitiert nach V. Gielen, Der Kreis Eupen unter preußischer Herrschaft (1815–1920), Eupen 1972, S. 135. Schnitz' Gedicht ist auf den 27. Juli 1870 datiert.

Nicht minder patriotisch gab man sich im Ersten Weltkrieg. Denn der Malmedyer Kreistag verabschiedete am 20. Mai 1917 ein Huldigungstelegramm an Kaiser Wilhelm II., in dem es unter anderem hieß:

„Mit dem gesamten deutschen Volke sind wir bis zum letzten Mann entschlossen, unseren Brüdern im Kampfe zur Seite zu stehen trotz allen Entbehrungen, in unermüdlicher Arbeit und treuem Ausharren bis zum Siege. Unterschüttelt ist unser Vertrauen, daß Deutschland nach allen Opfern einen Frieden erstreiten wird, der seine Zukunft fest sichert.“<sup>16</sup>

Auch wenn die Frage der nationalen Identität der Bevölkerung von Eupen, Malmedy und St. Vith in der ‚preußischen Zeit‘ von der historischen Forschung noch nicht einmal ansatzweise untersucht worden ist, genügen diese wenigen Beispiele, um festzustellen, dass man sich hier als einen integralen Bestandteil von Preußen und Deutschland empfand und sich zugleich der eigenen Grenzlage bewusst war. Die ausgewählten Zitate lassen deutlich die Bereitschaft erkennen, dieses deutsche Grenzgebiet zu verteidigen – bemerkenswerterweise nicht nur gegenüber dem zu außenpolitischer Neutralität verpflichteten Belgien, sondern auch gegen jenes Frankreich, dem man unterstellte, als Revanche für den verlorenen Krieg von 1870/71 über Belgien in Deutschland einfallen und Teile des Rheinlandes als Wiedergutmachung oder als Faustpfand annectieren zu wollen. Es ist schwer auszumachen, inwieweit die potenzielle Gefährdung der Zugehörigkeit zum Königreich Preußen und zum deutschen Kaiserreich die Selbstverständlichkeit intensivierte, mit der preußisch-deutscher Patriotismus in den Kreisen Eupen und Malmedy bis zum Ersten Weltkrieg gepflegt und zum Ausdruck gebracht wurde. Auf jeden Fall lassen zahlreiche Quellen erkennen, dass sich die Bevölkerung der beiden Kreise als Teil einer nationalen Gemeinschaft mit Preußen und dem Reich verstand. Die kommunikative Vernetzung wurde dadurch unterstützt, dass die Zeitungen regelmäßig über Ereignisse und Entwicklungen in anderen Teilen des Kaiserreiches und der preußischen Monarchie berichteten; dazu gehörten nicht zuletzt die Debatten und Entscheidungen von Reichstag und Preußischem Abgeordnetenhaus. Dazu kam, dass der männliche Teil der erwachsenen Bevölkerung hier wie in allen anderen Ländern des Reiches und der preußischen Krone das Recht hatte, Abgeordnete für den Reichstag sowie für die Preußische Abgeordnetenkammer zu wählen.<sup>18</sup> Auf diese Weise hatte die Bevölkerung von Eupen, Malmedy und St. Vith die Möglichkeit, ihre Anliegen in den Prozess der politischen Entscheidungsfindung einzubringen. Die Wahlkreiseinteilung trennte zwar

---

16 Zitiert nach Kaufmann, Der Kreis Malmedy (Anm. 3), S. 230.

17 Vgl. Jonas, Die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus (Anm. 4), S. 119-137.

die beiden Kreise voneinander: Während Eupen gemeinsam mit Aachen Stadt und Aachen Land einen Wahlkreis bildete, war Malmedy mit Schleiden und Monschau zusammengelegt. Doch in beiden Kreisen konnte die Möglichkeit zu politischer Partizipation der Entwicklung und Pflege von Loyalität gegenüber Kaiser und Reich nur förderlich sein. Diese Loyalität stand mannigfachen deutsch-belgischen Kontakten wie beispielsweise grenzüberschreitenden Wallfahrten (etwa nach Scherpenheuvel), Heiraten, offiziellen Handelskontakten oder Schmuggel, der Wahrnehmung von Arbeitsverhältnissen oder dem Besuch von Kirmessen im Nachbarland übrigens keinesfalls im Wege.<sup>18</sup>

Von der preußischen und der Reichsführung aus scheint die Bevölkerung dieses Gebietes als relativ unproblematisch eingeschätzt worden zu sein – war sie doch wirtschaftlich, administrativ sowie durch die Festkultur auf das engste mit der Rheinprovinz verbunden. Preußische Beamten wurden in der Gesellschaft der Kreise Eupen und Malmedy in der Regel umstandslos akzeptiert, und mit der Anlegung des Truppenübungsplatzes Elsenborn ab 1895 unterstrich die Reichsführung die strategische Bedeutung dieser westlichen Grenzregion für das Kaiserreich; zugleich band die Präsenz kaiserlicher Truppen das Grenzgebiet noch einmal mehr an das Schicksal des Reiches. Die Bindung der Kreise Eupen und Malmedy an Preußen und den deutschen Nationalstaat wurde zudem von Berlin aus bereits in den siebziger Jahren durch eine Politik der Germanisierung vorangetrieben, die sich vor allem in einer forcierten Förderung der deutschen Sprache im öffentlichen Leben bemerkbar machte.<sup>19</sup> Dies hatte für den wallonischen Teil der Monarchie einschneidende Konsequenzen. Hier ist besonders das preußische Geschäftssprachengesetz vom 28. August 1876 zu nennen, demzufolge alle Gerichtsverhandlungen sowie die Sitzungen der Stadt- und Gemeinderäte nur noch auf Deutsch durchgeführt werden sollten. In der Praxis konnten diese Bestimmungen auch nach dem Ablauf von Übergangsfristen lange Zeit kaum umgesetzt werden, weil die amtierenden Bürgermeister, kommunalen Abgeordneten und Beamten der deutschen Sprache nicht oder nur in unzulänglichem Maße mächtig waren. Als schwierig erwies sich auch die Germanisierung des Schulwesens in der ‚preußischen Wallonie‘. Die Schulen wurden

---

<sup>18</sup> Gielen, *Der Kreis Eupen* (Anm. 15), S. 153.

<sup>19</sup> Ein erster, dilettantisch initiiertes Ansatz des damaligen Aachener Regierungspräsidenten Friedrich von Kühlwetter war 1863 gescheitert. Eine Darstellung der Germanisierungspolitik aus der Sicht eines preußischen Beamten bietet Landrat Kaufmann, *Der Kreis Malmedy* (Anm. 3), S. 44-62. Siehe jedoch auch K. Pabst, *Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914–1940*, in: *Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins* 76 (1964), S. 206-515, hier S. 271-273.

verpflichtet, Deutsch zur Unterrichtssprache zu machen, und die Höhere Stadtschule von Malmedy wurde 1875 in ein preußisches Progymnasium umgewandelt, in dem der gesamte Unterricht nur noch in deutscher Sprache gegeben wurde. Da das einheimische Lehrpersonal nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügte, griff die Regierung im frankophonen Teil der Rheinprovinz auf eine rigorose Personalpolitik zurück: Hier setzte man vorzugsweise Lehrer aus anderen Teilen der Monarchie ein. Wiederholte Appelle des Malmedyer Stadtrats und des Abgeordneten im Preußischen Landtag, des Prinzen von Arenberg, der französischen Sprache in den Schulen der ‚preußischen Wallonie‘ wieder mehr Raum zu geben, scheiterten.

Als Reaktion auf die Germanisierungstendenzen kam es im französischsprachigen Teil um Malmedy zur Gründung von Gesellschaften wie *La Fraternelité* und *Les Excursionnistes wallons*, die sich für die Stärkung der französischen Hochsprache, des wallonischen Dialekts und wallonischer Traditionen einsetzten. Dasselbe Ziel verfolgten Zeitungen wie *L'Organe de Malmedy* (1881) und *L'Armonac wallon do l'Saméne* (1882). Zum institutionellen Zentrum der Pflege wallonischer Identität wurde dann der im Januar 1898 gegründete *Club wallon*. Seine heimatkundlichen Aktivitäten wurden maßgeblich von Intellektuellen wie Henri Bragard oder dessen Onkel Nicolas Pietkin getragen. Pietkin, seit 1879 Pfarrer in Sourbrodt, war es auch, der sich 1904 in der Schrift *La Germanisation de la Wallonie prussienne* kritisch mit der gezielten Förderung des Deutschen und der gleichzeitigen Zurückdrängung des Französischen und Wallonischen auseinandersetzte, ohne jedoch die Loyalität gegenüber Preußen grundsätzlich in Frage zu stellen. All diese Publikationen und Organisationen standen zum Teil in Beziehung zur Wallonischen Bewegung, die in dieser Zeit innerhalb des Königreichs Belgien an Bedeutung zunahm. Sie dürfen jedoch zugleich als Ausdruck eines sprachlich-kulturell begründeten Lokalbewusstseins verstanden werden, das der Integration der französischsprachigen Gemeinden in die Rheinprovinz nicht im Wege stand. Denn weder offizielle Repräsentanten dieser Gemeinden noch Pietkin oder der *Club wallon* haben die Zugehörigkeit des Kreises Malmedy zur Rheinprovinz in Frage gestellt.<sup>20</sup>

Die Integration in das Königreich Preußen und das Deutsche Reich wurde denn auch im Allgemeinen entweder passiv hingenommen oder auch aktiv unterstützt. Nach der Beilegung des Kulturkampfes und trotz lokal vorhan-

---

20 Zu diesem Kontext siehe P. Delforge, Artikel *Club wallon de Malmedy*, in: Ders./ Ph. Destatte/M. Libon (Hrsg.), *Encyclopédie du Mouvement wallon*, Bd. 1, Charleroi 2000, S. 279-281. Das Dreiecksverhältnis zwischen Preußen, dem *Club wallon* von Malmedy und der Wallonischen Bewegung unter den Bedingungen der Berliner Germanisierungspolitik kann hier nicht systematisch untersucht werden.

dener Unzufriedenheit mit der Germanisierungspolitik der Regierung waren politisch begründete Konflikte zwischen Berlin und der Bevölkerung der Kreise Eupen und Malmedy so gut wie nicht vorhanden. Die Zugehörigkeit zu Preußen und Deutschland war somit bis zum Ersten Weltkrieg nicht einseitig das Ergebnis gouvernemental konstruierter und oktroyierter Nationsbildung, sondern das Resultat beiderseitiger Bereitschaft zu konstruktiver Interaktion zwischen Regierung und einheimischer Bevölkerung.<sup>21</sup>

### III. Zwischen Deutschland und Belgien: Antagonistische Ansprüche im Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit

Die Selbstverständlichkeit, mit der die Kreise Eupen und Malmedy zum Deutschen Reich gehört hatten, wurde erstmals während des Ersten Weltkriegs ernsthaft in Frage gestellt. In dieser Zeit erhoben einige belgische Publizisten die Forderung, auf Kosten Deutschlands Eupen, Malmedy und St. Vith sowie angrenzende Gebiete wie die Eifel, das Rheinland und das Ruhrgebiet nach dem erhofften Sieg über das Kaiserreich Belgien einzuverleiben.<sup>22</sup> Auch innerhalb der belgischen Regierung, die sich in der Nähe von Le Havre ins Exil begeben hatte, wurde während des Krieges über mögliche Annexionen nachgedacht.

Zur Begründung der belgischen Annexionsforderungen wurden in der Regel vier Momente angeführt: 1) Die Annexionen sollten eine Kompensation darstellen für den brutalen Überfall des deutschen Heeres auf das neutrale Belgien im August 1914 und für die Gräueltaten, die die kaiserlichen Soldaten an der Zivilbevölkerung verübt hatten. 2) Man brauche ausreichend Sicherheit vor einem Deutschland, das viel zu mächtig sei und dessen Territorium verkleinert werden müsse. 3) Die wirtschaftliche Lage des Königreichs Belgien sollte durch die Annexionen gestärkt werden. 4) Aus histori-

---

21 Allgemein zum Erfolg und zu den Grenzen der Integration der Rheinprovinz in die preußische Monarchie siehe G. Mölich/M. Pohl/V. Veltzke (Hrsg.), *Preußens schwieriger Westen. Rheinisch-preußische Beziehungen, Konflikte und Wechselwirkungen*, Duisburg 2003.

22 Auch die Niederlande, die im Gegensatz zu Belgien ihre Neutralität während des Ersten Weltkriegs behaupten konnten, und Frankreich wurden in der Annexionsliteratur aufgefordert, nach einem Friedensschluss Gebiete an Belgien abzutreten; außerdem wurde gelegentlich die Forderung nach einer Annexion von Luxemburg erhoben. Zur belgischen Annexionsliteratur während des Ersten Weltkriegs vgl. Pabst, *Eupen-Malmedy* (Anm. 19), S. 232-245 sowie Collinet, *L'annexion des cercles d'Eupen et Malmedy* (Anm. 2), S. 2 ff. Vgl. auch H. Doepgen, *Die Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmedy an Belgien im Jahre 1920*, Bonn 1966, S. 29-60 mit einer Gegenüberstellung deutscher und belgischer Annexionsforderungen während des Ersten Weltkriegs.

scher Sicht wurde darauf hingewiesen, dass gerade die Gebiete von Eupen, Malmedy und St. Vith während des Mittelalters und der Frühen Neuzeit stets zu den Provinzen Luxemburg und Limburg oder zur Fürstabtei Stablo-Malmedy und damit zu belgischem Territorium gehört hatten; demgegenüber erschienen die hundert Jahre Zugehörigkeit zu Preußen wie eine ephemere Geschichtsepisode, die mit Fug und Recht ‚korrigiert‘ werden dürfe.

Nach Kriegsende übernahm die belgische Regierung einen Teil der Annexionsforderungen für ihre Verhandlungsposition auf den Pariser Friedenskonferenzen.<sup>23</sup> Tatsächlich wurde dann in Artikel 34 des Versailler Vertrages dem Königreich Belgien unter anderem das Gebiet von Eupen, Malmedy und St. Vith zugesprochen. Zugleich wurde hier den Bewohnern des betroffenen Gebietes das Recht zugesprochen, durch den Eintrag in Listen „schriftlich den Wunsch auszudrücken, daß diese Gebiete ganz oder teilweise unter deutscher Souveränität verbleiben.“<sup>24</sup> Diese Regelung war jedoch hochgradig problematisch. Denn Belgien befand sich „in der [...] paradoxen Situation, eine Volksbefragung als prinzipiell neutraler Ausrichter durchführen zu müssen, obwohl gerade diese Abstimmung über die Interessen dieses somit befangenen Ausrichters entscheiden sollte.“<sup>25</sup> Eine internationale und neutrale Kontrolle gab es hier nicht. In der Praxis wurde die Volksbefragung im Jahr 1920 durch die belgischen Behörden derart restriktiv durchgeführt, dass das Ergebnis alles andere als das Resultat einer demokratischen Entscheidung gewesen ist. Die Art der Durchführung war wohl dafür verantwortlich zu machen, dass sich nur eine verschwindend geringe Minderheit vor den Augen belgischer Beamter in die ausgelegten Listen für einen Verbleib von Eupen, Malmedy und St. Vith bei Deutschland eintrug.<sup>26</sup>

23 Sie selber war ebenso wenig wie Deutschland in der *Kommission für die belgischen Angelegenheiten* vertreten, brachte ihre Vorstellungen über eine Neuregelung der deutsch-belgischen Grenze aber über die französische Regierung unter André Tardieu in die Versailler Verhandlungen ein. Zur Grenzfrage siehe auch K. Pabst, *Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre*, in: *Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins* (77) 1965, S. 183-210, hier S. 200-203.

24 Artikel 34, Absatz 2 des Versailler Vertrages, hier zitiert nach der Ausgabe: *Der Vertrag von Versailles [...]. Amtlicher Text der Entente und amtliche deutsche Übertragung / Auf Grund der endgültigen, neu durchgesehenen amtlichen Revision. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes, Berlin 1924*<sup>4</sup>, S. 49. Belgien erhielt auch Morresnet (Kelmis) mit dem lukrativen Galmeibergwerk *Vieille Montagne*.

25 C. Lejeune, *Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen 1925–1980. Wege zur europäischen Integration?*, Köln 1992, S. 120.

26 Zur Volksbefragung vgl. Pabst, *Eupen-Malmedy* (Anm. 19), S. 281-288 mit begründeter Kritik. Das Ergebnis der Befragung lautete, dass sich von 33.726 Stimmberechtigten nur 271 Personen (= 0,8 Prozent) durch einen Eintrag in ausgelegte Listen für einen Verbleib von Eupen, Malmedy und St. Vith bei Deutschland aussprachen

Mit dem Versailler Vertrag begann für Eupen, Malmédy und St. Vith, die als sogenannte Ostkantone in den belgischen Nationalstaat aufgenommen wurden, eine neue historische Phase.<sup>27</sup> Nun entbrannte nämlich eine heftige Auseinandersetzung um die Legitimität der Zugehörigkeit zu Belgien, die sich sowohl in den betroffenen Gebieten selber als auch – und vor allen Dingen – in Deutschland und in Belgien entfaltete. Dabei kam es zu einer starken Polarisierung: Die öffentlichen Meinungen spalteten sich diesseits und jenseits der neu gezogenen Grenze in eine pro-deutsche und eine pro-belgische Richtung. Die Konfrontation zwischen den beiden Seiten wurde noch verschärft durch die Teilnahme belgischer Soldaten an der Besetzung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (1923–1925). Angesichts der massiven Polarisierung, die die Frage nach der Zugehörigkeit von Eupen, Malmédy und St. Vith in der Zwischenkriegszeit mit sich brachte, hatten vermittelnde Positionen allenfalls eine sehr geringe Chance.<sup>28</sup>

1) *Auf belgischer Seite* wurden im Wesentlichen jene Argumente und Begründungen aufgegriffen, die während des Krieges in der Annexionsliteratur für einen Anschluss von Eupen, Malmédy und St. Vith an das Königreich Belgien vorgebracht worden waren. Orchestriert wurde die pro-belgische Propaganda unter anderem durch Zeitungen wie das von Henri Bragard und dem katholischen Priester Joseph Bastin gegründete Blatt *La Warche*, durch die *Fliegende Taube* aus Aubel oder ab 1927 durch das *Grenz-Echo*. Auch Radio Verviers versuchte ab Mitte der dreißiger Jahre, mit einem deutschsprachigen Programm die Loyalität der ostkantonalen Bevölkerung für Belgien zu gewinnen.<sup>29</sup> Für die pro-belgische Propaganda ist schließlich auch

---

(ebd., S. 285). Der Protest von ca. 7.000 Arbeitern gegen die Volksbefragung wurde durch Verhaftungen und die Verhängung des Ausnahmezustands unterdrückt. Vgl. hierzu Collinet, *L'annexion des cercles d'Eupen et Malmédy* (Anm. 2), S. 113. Die Volksbefragung steht auch im Mittelpunkt der Studie von Doepgen, *Die Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmédy* (Anm. 23).

27 Während die Geschichte von Eupen, Malmédy und St. Vith für das 19. Jahrhundert bisher kaum erschlossen wurde, hat sich die historische Forschung sehr stark auf die Volksbefragung von 1920 und ihre Folgen konzentriert. Grundlegend hierzu sind die Arbeiten von Pabst, *Eupen-Malmédy* (Anm. 20), Collinet, *L'annexion des cercles d'Eupen et Malmédy* (Anm. 2), Doepgen, *Die Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmédy* (Anm. 23) und M. J. Enssle, *Stresemann's Territorial Revisionism. Germany, Belgium, and the Eupen-Malmédy Question 1919–1929*, Wiesbaden 1980, auf die ich mich im Folgenden unter weitgehendem Verzicht auf Einzelbelege stütze.

28 Eine Ausnahme bildet in dieser Hinsicht der Kölner Professor Benedikt Schmittmann. Seine bemerkenswerte Flugschrift *Staatspartikularismus oder Völkerbund, ein Nachwort zum Fall Eupen-Malmédy* (Köln 1929) ist abgedruckt bei A. Kuhlmann, *Das Lebenswerk Benedikt Schmittmanns*, Münster 1971, S. 207 f.

29 Vgl. hierzu jetzt K. Pabst, *Deutsch auf belgischer Welle. Die Anfänge deutschspra-*



auf das *Comité de politique nationale* zu verweisen, in dem mit dem Schriftsteller und Politiker Pierre Nothomb einer der führenden Annexionisten aus der Zeit des Weltkriegs tonangebend war. In solchen Kreisen wurde immer wieder die Forderung erhoben, alles zu tun „pour belgifier nos nouveaux compatriotes.“<sup>30</sup> In den Augen der pro-belgischen Propagandisten wurde mit der Angliederung der als „cantons rédimés“ bezeichneten neubelgischen Gebiete eine Berichtigung jener Grenzziehung erreicht, die seinerzeit auf dem Wiener Kongress beschlossen worden war; retrospektive Kritik an der Entscheidung des Wiener Kongresses, Eupen, Malmédy und St. Vith Preußen zuzugestehen, leuchtet auch auf, wenn die neue Grenzziehung des Versailler Vertrages auf belgischer Seite als „désannexion“ betrachtet wurde. In dieser Perspektive erschien die ‚preußische Zeit‘ der Ostkantone als ein Irrweg der Geschichte.

Eine ausgesprochen pro-belgische Zeitung wie *Le XX<sup>e</sup> siècle* gab sich (wiederum nicht ohne propagandistische Absichten) vom Erfolg der eigenen Propaganda überzeugt. Sie hielt 1922 „le loyalisme des populations nouvelles“ gegenüber dem neuen Vaterland Belgien für eine erwiesene Tatsache.<sup>31</sup> Differenzierter äußerte sich der niederländische Journalist B. Person, der im selben Jahr für die Amsterdamer Zeitung *De Telegraaf* über die Stimmung innerhalb der Bevölkerung der Ostkantone recherchierte. Die belgischen Zeitungen, die seinen Bericht aufgriffen, hoben hervor, dass Person zwischen Eupen und Malmédy einen deutlichen Unterschied in der Haltung zum Königreich Belgien festgestellt habe. In Malmédy hätten ihm die Einwohner insgesamt eine positive Haltung zu Belgien vermittelt: „Die Leute akzeptieren bereitwillig den Regimewechsel, über den sie sich im allgemeinen sehr zufrieden zeigen.“<sup>32</sup> Demgegenüber sei die Bevölkerung im deutschsprachigen Gebiet um Eupen durch die ‚preußische Zeit‘ vollkommen deutsch geprägt. Sie stehe dem Königreich Belgien ablehnend gegenüber und bilde be-

---

chiger Sendungen im belgischen Rundfunk 1935–1940, in: W. Jenniges (Hrsg.), *Gestalten und Entwicklungen. Historische Streifzüge zwischen Rhein und Maas*. Hubert Jenniges zum 70. Geburtstag als Festgabe gewidmet, Löwen/St. Vith 2004, S. 253-270.

30 So der Weltkriegsveteran S. De Smet in seinem Artikel *La situation à Eupen*, in: *La Politique* [Brüssel] vom 25.09.1922.

31 *La question d'Eupen-Malmédy*, in: *Le XX<sup>e</sup> siècle* vom 12.06.1922. Dagegen protestierte die *Eupener Zeitung*; sie hielt die Darstellung von *Le XX<sup>e</sup> siècle* für „ein aufgewärmtes Märchen“, von einem „pro=belgischen Empfinden“ könne keine Rede sein (*Eupener Zeitung* vom 16.06.1922).

32 *Dans la nouvelle Belgique*, in: *L'Indépendance belge* vom 22.08.1922 („Les gens se conforment de la meilleure grâce au changement de régime, régime dont, en général, ils se montrent très satisfait.“).

züglich ihrer Mentalität einen spürbaren Kontrast zu den französischsprachigen Neubelgiern: „Ein Jahrhundert der Germanisierung hat aus ihnen disziplinierte Deutsche gemacht. [...]. Die Malmedyer dagegen bleiben Wallonen, sie sind rebellisch, immer kritisierend, wie alle Belgier.“<sup>33</sup> Die langfristig wirkende Prägung der ostkantonalen Bevölkerung durch den dreifachen Druck der Schule, der Kaserne und der Kirche wurde auch in anderen Artikeln der belgischen Presse hervorgehoben. „Sie haben dadurch eine preußische Seele bekommen, und es reicht nicht, die Grenzsteine zu versetzen, um ihren Geist zu verändern.“<sup>34</sup> In solchen Stellungnahmen tritt ein Empfinden für die prägende Kraft der ‚longue durée‘ zutage, die die lange Zugehörigkeit von Eupen, Malmedy und St. Vith zu Preußen und Deutschland für die Bevölkerung offenbar mit sich brachte.

Auf belgischer Seite gab es nur vereinzelt Kritik am Übergang der Souveränität über die Ostkantone an das Königreich Belgien. Hier war es vor allem die sozialdemokratische Partei, die gleichwohl weder in ihrer Gesamtheit noch grundsätzlich die Angliederung von Eupen, Malmedy und St. Vith in Frage stellte, sondern sich gegen die Umstände der Durchführung der Volksbefragung von 1920 wandte; hierin sah man das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt. Folgerichtig wurde im *Parti Ouvrier Belge* (POB) die Forderung nach einer Wiederholung der Volksbefragung auf einer wirklich demokratischen Grundlage erhoben, der Angliederung von Eupen, Malmedy und St. Vith an das Königreich Belgien wurde nur ein provisorischer Charakter zugesprochen. Die belgische Sozialdemokratie war auch die einzige Partei, die mit Dr. Marc Somerhausen einen eigenen Kandidaten für die Ostkantone aufstellte, während bei Katholiken und Liberalen Abgeordnete der altbelgischen Gebiete die neubelgischen Ostkantone im Parlament mitvertraten. Und im Gegensatz zur Liberalen und zur Katholischen Partei plädierte der POB in der unmittelbaren Nachkriegszeit dafür, die Ostkantone zu einer eigenen belgischen Provinz zu machen, statt sie der Provinz Lüttich anzugliedern oder gar unter mehrere der bestehenden Provinzen aufzuteilen.

---

33 Ebd. („Un siècle de germanisation en a fait des Allemands disciplinés [...]. Les Malmédiens, eux, restent Wallons, sont frondeurs, portés à la critique comme tous les Belges.“); vgl. auch *La libre Belgique* vom 28.08.1922. Der Artikel von Person war in der Ausgabe vom 11.08.1922 von De Telegraaf erschienen. Ich stütze mich hier auf die Ausgaben, die sich im StAE (Best. C.4.7.III/4) befinden. Hier ist auch ein Brief des Hohen Kommissars Baltia an Person vorhanden, mit dem der niederländische Journalist ein im *De Telegraaf* vom 10.08.1922 abgedrucktes Interview geführt hat.

34 J. Airbonne, *Un grand sujet d'inquiétude: Le pays rédimé*, in: *L'Express* vom 29.08.1922 („Ça leur a fait l'âme prussienne et il ne suffit pas d'avoir planté les bornes-frontières par delà leurs habitations pour leur changer l'esprit.“).

Derartige Überlegungen wurden bisweilen in der belgischen Presse aufgegriffen. 1923 regten die liberale Zeitung *La Dernière Heure* und das katholische Blatt *Libre Belgique* die Bildung einer zehnten belgischen Provinz Eupen-Malmedy an. Durchsetzen konnte sich diese Option nicht, denn beide Kammern des belgischen Parlaments beschlossen im März 1925, die Ostkantone dem Arrondissement Verviers und damit der Provinz Lüttich anzugliedern. Das politische Signal dieser Entscheidung war eindeutig: Eine wie auch immer geartete regionale Autonomie vermochte man in Brüssel den neuen Staatsbürgern nicht zuzusprechen. An dieser Haltung vermochte auch der Versuch der *Ligue wallonne pour l'autonomie fédéraliste* (1927/28) nichts zu ändern, Eupen und Malmedy im Rahmen der Umwandlung des belgischen Nationalstaates in eine Konföderation zu einem dritten Teil neben Flandern und Wallonien zu machen.<sup>35</sup>

Die Politik der belgischen Regierung war demnach auch darauf gerichtet, in einer Übergangsphase unter dem Königlichen Hohen Kommissar Herman Baltia die Einführung des belgischen Rechts- und Verwaltungssystems in den Ostkantonen vorzubereiten. Auf kulturellem Gebiet beließ die Regierung den Ostkantonen in den ersten Jahren nach dem Krieg in begrenztem Maße eine gewisse Eigenständigkeit. So wurde beispielsweise deutschsprachiger Schulunterricht durchaus geduldet. Doch die Behörden ließen deutlich spüren, dass Belgien sich zusammen mit den Ententemächten als Sieger des Weltkriegs betrachtete; der Bevölkerung der annektierten Gebiete trat man nach dem zwischen 1914 und 1918 erlittenen Unrecht nicht ohne Superioritätsgefühl gegenüber. Darüber hinaus ließen Baltias Beamte keinen Zweifel daran aufkommen, dass der einzige Zweck der Übergangsphase darin bestand, die Ostkantone auf eine vollständige Integration in das Königreich Belgien vorzubereiten. 1925 war es dann soweit: Per Gesetz wurden Eupen, Malmedy und St. Vith zu einem integralen Bestandteil des belgischen Nationalstaates.

Für diesen Nationalstaat stellte die Einbeziehung der Ostkantone mit einem deutsch- und einem französischsprachigen Bevölkerungsteil kein prinzipielles Problem dar, lebten doch schon vorher mit Flamen, Wallonen und einer deutschsprachigen Minderheit um Arel (Arlon), Montzen und Bocholtz (Bého) verschiedene Sprachgruppen im Königreich Belgien zusammen. Für den Zusammenhalt eines multiethnischen Staates wurde von den führenden Politikern und Meinungsführern ein dezidiert politischer Nationsbegriff als

---

35 Über diese kurzlebige Liga und ihre Bestrebungen siehe den einschlägigen Artikel von A. Clara/A. Pirotte/P. Delforge in der *Encyclopédie du Mouvement wallon* (Anm. 20), Bd. 2, Charleroi 2000.

unerlässlich angesehen, der die Integration der neu dazugekommenen ostkantonalen Bevölkerung mühelos zuließ.

2) In *Deutschland* wurde der Versailler Vertrag in seiner Gesamtheit bekanntermaßen quer durch die politische Landschaft als inakzeptabel angesehen. Dazu gehörten nicht zuletzt auch die Bestimmungen über Eupen, Malmedy und St. Vith. Der Verlust eines Gebietes, das über 100 Jahre lang ein unbestrittener Bestandteil der preußischen Rheinprovinz gewesen war, wurde als schmerzhaft angesehen und führte zur Formulierung von irredentistischen Forderungen. Freilich stand für die deutsche Außenpolitik die Wiedergewinnung von Eupen, Malmedy und St. Vith im Vergleich zu anderen territorialen Verlusten, die Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg auferlegt worden waren, nicht an erster Stelle. Auch Außenminister Gustav Stresemann gab bei den Verhandlungen zum Vertrag von Locarno einer Rückgewinnung von Oberschlesien den Vorrang gegenüber einer Rückgewinnung der belgischen Ostkantone.<sup>36</sup> Dennoch setzten sich in der Weimarer Republik wie auch im ‚Dritten Reich‘ bis zum Zweiten Weltkrieg die Publizistik, allerlei Volkstums-Organisationen sowie die Regierung ohne Unterlass dafür ein, diese Gebiete wieder für Deutschland zu gewinnen; im Auswärtigen Amt wurde sogar innerhalb der *Abteilung für die besetzten Gebiete* eigens ein Referat *Eupen-Malmedy* eingerichtet. Dies gilt auch für Intellektuelle wie beispielsweise Franz Petri und Franz Steinbach, die im Rahmen dessen, was in der Historiographie als ‚Westforschung‘ bezeichnet wird, an der Legitimierung der Wiedergewinnung der verloren gegangenen Gebiete arbeiteten.<sup>37</sup> So benannte etwa Petri in einer Denkschrift zu Eupen-Malmedy den „ungeschmälernten Wiedererwerb der beiden Kreise“ als „Ziel jeder wahren deutschen Politik“, und der Bonner Historiker Steinbach mahnte in einer seiner Vorlesungen:

---

36 Vgl. hierzu Enssle, *Stresemann's Territorial Revisionism* (Anm. 27), Kap. 5, besonders auch S. 97, 119 und 192.

37 Zur Westforschung siehe P. Schöttler, *Die historische „Westforschung“ zwischen „Abwehrkampf“ und territorialer Offensive*, in: Ders. (Hrsg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*, Frankfurt a. M. 1997, S. 204–261 sowie B. Dietz/H. Gabel/U. Tiedau (Hrsg.), *Griff nach dem Westen. Die „Westforschung“ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960)*, 2 Teilbände, Münster u. a. 2003, hierin besonders den Aufsatz von C. Lejeune, *„Des Deutschtums fernster Westen“*. Eupen-Malmedy, die deutschen Dialekt redenden Gemeinden um Arlon und Montzen und die ‚Westforschung‘, Teilband 1, S. 493–538.

„Wir müssen uns vor allem klar werden, daß der Kampf um Eupen-Malmedy durchaus keine lokale Angelegenheit ist, sondern ein Erfordernis allgemeinen volksdeutschen Abwehrkampfes und zugleich der politischen Verteidigung.“<sup>38</sup>

Neben der prinzipiellen Ablehnung des Versailler Vertrages stand die Volksbefragung von 1920 im Mittelpunkt der deutschen Debatten zu Eupen, Malmedy und St. Vith. Die undemokratische Form der Durchführung dieser Befragung – so wurde argumentiert – widerstreite dem Selbstbestimmungsrecht der Völker; obendrein stehe sie sogar zu den Intentionen des Versailler Vertrages in Widerspruch, weil ihr Ergebnis nicht von der Vollversammlung des Völkerbundes, sondern lediglich vom Völkerbundsrat gebilligt worden ist. Damit wurde auf deutscher Seite die Legitimität der Zugehörigkeit von Eupen, Malmedy und St. Vith zu Belgien mit politischen ebenso wie mit juristischen Argumenten vehement bestritten.

Schließlich sprach aus deutscher Sicht für einen Verbleib dieser Gebiete bei Deutschland, dass sie über 100 Jahre lang zu Preußen gehört hatten und zumindest ihre deutschsprachige Bevölkerung einen festen Bestandteil der deutschen Nation darstelle. Im Unterschied zum politischen Nationsbegriff der pro-belgischen Propaganda wurde bei der pro-deutschen Propaganda ein dezidiert ethnisch konnotierter Nationsbegriff zugrunde gelegt, bei dem Sprache und ‚Volkstum‘ als Argumente für eine Rückgewinnung der belgischen Ostkantone für Deutschland ins Feld geführt wurden.

Für kurze Zeit schien das Ziel einer Wiedergewinnung der abgetretenen Gebiete nahe. Denn 1925/26 sprachen die deutsche und die belgische Regierung auf hoher Ebene in Geheimverhandlungen über die Rückgabe des deutschsprachigen Gebietes der Ostkantone an Deutschland gegen finanzielle Zugeständnisse der Weimarer Republik, mit denen Belgien für das wertlos gewordene Papiergeld aus der Zeit der deutschen Besetzung entschädigt werden sollte. Doch die Gespräche zwischen dem Präsidenten der Reichsbank, Hjalmar Schacht, und dem Gouverneur der belgischen Nationalbank, Emile Francqui, wurden nach einigen Wochen ergebnislos abgebrochen und danach in dieser Form nicht wieder aufgenommen.<sup>39</sup>

---

38 Zitiert nach Lejeune, „Des Deutschtums fernster Westen“ (Anm. 37), S. 504 und 493; Steinbachs Vorlesung datiert Lejeune auf 1935.

39 Finanzielle Zugeständnisse der Weimarer Republik – wohlgernekt ohne die Wiedergewinnung von Eupen, Malmedy und St. Vith – wurden im Juli 1929 im Ritter-Gutt-Abkommen geregelt. Siehe hierzu Enssle, Streseman's Territorial Revisionism (Anm. 27), ab S. 177.

## V. Ansätze zu einem Regionalbewusstsein?

Wie dachte die betroffene Bevölkerung ab 1919 über die staatliche Zugehörigkeit von Eupen, Malmedy und St. Vith? Es lassen sich drei Positionen unterscheiden. Eine erste Position akzeptierte zwar nolens volens die Zugehörigkeit zu Belgien, bemühte sich aber um einen besonderen Status für die Ostkantone. Raum für eine gewisse Eigenständigkeit bot zunächst die kirchenorganisatorische Entwicklung. Denn während der Übergangsphase wurden die Kirchengemeinden der Ostkantone, die bisher zur Erzdiözese Köln gehört hatten, durch die päpstliche Bulle *Ecclesiae universae* (30. Juli 1921) zu einem Bistum Eupen-Malmedy zusammengefasst, das allerdings vom Lütticher Bischof in Personalunion verwaltet wurde. Doch vier Jahre später wurde das junge Bistum vom Vatikan wieder aufgehoben und dem Bistum Lüttich unterstellt; lediglich mit einem eigenen Generalvikar besaß man nun noch eine bescheidene kirchenrechtliche und verwaltungstechnische Sonderstellung. Dennoch bleibt festzuhalten, dass ein gewisses Maß an politischer Autonomie innerhalb des belgischen Nationalstaates durchaus den Ansatzpunkt für die Bildung einer Regionalbewegung hätte darstellen können. Doch eine solche Position wurde zerrieben durch die starke Polarisierung zwischen der pro-deutschen und der pro-belgischen Haltung, die jeweils mit einem beachtlichen Aufwand an Propaganda verbreitet wurden. „Neutralität war kaum möglich.“<sup>40</sup>

Eine zweite Position vertrat vor allem das frankophone Bürgertum: Hier stieß die Aufnahme ins Königreich Belgien nach dem Ersten Weltkrieg auf verhältnismäßig wenig Widerstand. In der ehemaligen ‚preußischen Wallonie‘ erleichterte schon das Sprachliche die Assimilation an den belgischen Nationalstaat. So verwundert es nicht, dass in Malmedy die Mehrheit der Stadtverordneten nachdrücklich für Belgien eintrat; hier sah man denn auch bessere Entfaltungsmöglichkeiten als im wirtschaftlich und politisch schwer angeschlagenen Deutschland. Von der Angliederung an den belgischen Markt erhoffte man sich offensichtlich ein größeres ökonomisches Entwicklungspotenzial, als es die Gewährung der Zollfreiheit für nach Deutschland exportierte Güter versprach, die die Reichsregierung den Ostkantonen bis 1925 gewährte. Auch der früher erwähnte *Club wallon* sprach sich für die ‚belgische Lösung‘ aus: Nach Kriegsende batেন seine Mitglieder König Albert I., sich für eine Eingliederung Malmedys in den belgischen Nationalstaat einzusetzen. Von wallonischen Kreisen ging auch die Initiative aus, unter der Schirmherrschaft des Hohen Kommissars Baltia dem 1921 verstorbenen Abbé Pietkin in Malmedy ein Denkmal zu errichten. Mit der Einwei-

---

40 Lejeune, „Des Deutschtums fernster Westen“ (Anm. 37), S. 510.

hungsfeier im Oktober 1926 wurde jener Geistliche geehrt, der um die Jahrhundertwende der schärfste Kritiker der Germanisierungspolitik gewesen war.<sup>41</sup> Das Denkmal des Bildhauers Georges Petit symbolisierte augenfällig, dass der Übergang von der preußischen zur belgischen Herrschaft vom wallonischen Bürgertum begrüßt und unterstützt wurde.

Einer solchen Position standen – drittens – ausgesprochen revisionistische Stellungnahmen gegenüber. So verband beispielsweise der *Landwirtschaftliche Kreisverband Malmedy* den Protest gegen den Versailler Vertrag und die Volksbefragung von 1920 mit der Forderung nach einer ‚Heimkehr ins Reich‘. Einen solchen Revisionismus vertraten auch unter anderem der *Heimattbund Eupen-Malmedy-St. Vith* sowie die *Eupen-Malmedyer Landsmannschaften*, die sich in Deutschland für die Wiedergewinnung ihrer Heimat einsetzten. Besonders ist in diesem Zusammenhang auch die einzige politische Partei der Ostkantone zu erwähnen: die *Christliche Volkspartei Eupen-Malmedy-St. Vith* (CVP). Diese Partei spaltete sich 1929 von der Katholischen Partei Belgiens ab und konnte bei ihrer ersten Teilnahme an Wahlen mit dem Spitzenkandidaten Joseph Dehottay im Gebiet von Eupen und Malmedy beachtliche 52,1 Prozent für sich gewinnen. Sie hätte durchaus das Potenzial gehabt, sich zum politischen Nukleus einer regionalistischen Bewegung der belgischen Ostkantone zu entwickeln. Doch da sie in Verband mit der Forderung nach einer Wiederholung der Volksbefragung von 1920 einer Rückkehr nach Deutschland gegenüber regionaler Eigenständigkeit innerhalb des belgischen Nationalstaates den Vorzug gab, nahm sie eine derartige Chance nicht wahr. Und als die CVP in den dreißiger Jahren allmählich in der *Heimattreuen Front* aufging, die ihrerseits unter den Einfluss der NSDAP-Gauleitung in Köln geriet, war jegliche Grundlage für die Durchsetzung eines regionalistischen Ansatzes hinfällig. Auch wenn nicht jedem einzelnen Mitglied der *Heimattreuen Front* die nationalsozialistische Infiltrierung bewusst war, stellte diese Organisation doch ein „Instrument im Dienste der nationalsozialistischen Machtpolitik“<sup>42</sup> dar. Als solches bereitete sie das vor, was Hitler 1940 per Führererlass besiegelte: Die belgischen Ostkantone wurden wieder Deutschland einverleibt, ohne innerhalb des ‚Dritten Reiches‘ Eigenständigkeit zugesprochen zu bekommen. Die Existenz und die Stärke des Revisionismus, die sich exemplarisch an den Wahlerfolgen

41 Zur Geschichte des Denkmals siehe den Artikel über Nicoals Pietkin von P. Delforge in der *Encyclopédie du Mouvement wallon* (Anm. 20), Bd. 3, Charleroi 2001.

42 Pabst, *Eupen-Malmedy* (Anm. 19), S. 402. Zur Mitgliederentwicklung der *Heimattreuen Front* siehe Lejeune, *Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen* (Anm. 25), S. 134, Anm. 1 unter Bezugnahme auf einen geheimen Gestapo-Bericht aus Aachen vom 11.04.1939.

der CVP ablesen lassen, weist darauf hin, dass der Versailler Vertrag bei der Bevölkerung der Ostkantone eine emotionale Bindung an Preußen und Deutschland nicht hatte beseitigen können.

Bemerkenswert ist der Umstand, dass zwischen der Bevölkerung des deutschsprachigen Gebietes um Arel, Montzen und Bocholtz, das von Anfang an zum Königreich Belgien gehört hatte, und der ebenfalls deutschsprachigen neubelgischen Bevölkerung der Ostkantone keine gemeinsame gesellschaftliche Bewegung entstanden ist, in der die Forderung nach der Bildung einer einheitlichen deutschsprachigen Region innerhalb Belgiens erhoben worden wäre. Im altbelgischen Teil war während des 19. Jahrhunderts belgischer Patriotismus alles andere als ungewöhnlich. Dies schloß nicht aus, dass sich hier Gesellschaften wie der *Deutsche Verein zur Hebung und Pflege der Muttersprache im deutschredenden Belgien*, der *Bund der Deutsch-Belgier* unter Heinrich Bischoff oder der 1905 in Montzen gegründete *Deutsche Verein für die Provinz Lüttich* sehr bewusst um eine kulturelle Pflege der deutschen Sprache und deren Gleichberechtigung mit dem Französischen und dem Niederländischen im multilingualen Königreich Belgien bemühten. Doch im Umfeld des Ersten Weltkriegs war im deutschsprachigen Teil von Altbelgien mitunter eine ausgesprochen antideutsche Haltung festzustellen, etwa wenn der Areler Bürgermeister Paul Reuter eine Romanisierung seiner Heimat anstrebte<sup>43</sup> und einige Gemeinden demonstrativ ihren deutschen Ortsnamen aufgahen.<sup>44</sup> Und während des Zweiten Weltkriegs war die Loyalität gegenüber Belgien hier wesentlich größer als in den Ostkantonen.<sup>45</sup> Für die Zwischenkriegszeit bleibt mit Carlo Lejeune festzuhalten, dass sich die deutschsprachigen Ahbelgier „höchstens den sprachlich-kulturellen, niemals aber den politischen Bestrebungen ihrer neubelgischen Nachbarn“ angeschlossen haben.<sup>46</sup> Eine regionalistische Bewegung konnte hieraus schwerlich entstehen.

Woran mag es gelegen haben, dass es in diesem Raum zwischen Fin-de-siècle und Zweitem Weltkrieg regionalistische Tendenzen so gut wie nicht gegeben hat – obwohl doch die Gemeinden dieses Gebietes seit dem Wiener

---

43 Siehe Lejeune, Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen (Anm. 25), S. 109, Anm. 4.

44 Siehe Pabst, Politische Geschichte (Anm. 5), S. 28.

45 So H. Rosensträter, Deutschsprachige Belgier. Geschichte und Gegenwart der deutschen Sprachgruppe in Belgien, Bd. 1, Aachen 1985, S. 163. Der Wert von Rosensträters Überblicksdarstellung wird gelegentlich durch den Gebrauch von problematischen Begriffen wie „völkisches Bewußtsein“ und „volkstumsmäßig“ (S. 4 und 18) gemindert.

46 Lejeune, Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen (Anm. 25), S. 108. Ähnlich Pabst, Eupen-Malmedy (Anm. 19), S. 446-453.



Kongress die gleiche historische Entwicklung mit den gleichen politischen Zäsuren mitgemacht hatten und untereinander in sozioökonomischer wie auch in konfessioneller Hinsicht parallele oder gar identische Strukturen aufwiesen und aufeinander bezogen waren? Lag es am Fehlen eines einheitlichen Wahlbezirks zur gemeinsamen Vertretung eigener politischer Interessen auf der jeweiligen nationalen Ebene? Lag es daran, dass hier ein urbanes Zentrum als Kristallisationspunkt für den Aufbau einer schlagkräftigen Regionalbewegung fehlte? Lag es an der Tatsache, dass Hohes Venn und Herzogenwald eine Verkehrsbarriere zwischen Eupen und Malmédy darstellten und das Gebiet in geographischer Hinsicht regelrecht ‚zerschnitten‘? Oder lag es an der Einsicht, dass man wegen des ausgeprägt ländlichen Charakters für die Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Stabilität auf die Nationalökonomie eines etablierten, industrialisierten Nationalstaates und dessen Infrastruktur existenziell angewiesen war, dass mithin für den Aufbau einer soliden eigenen Regionalökonomie jegliche Voraussetzungen fehlten?

Dies alles mag eine Rolle gespielt haben. Dazu kommt, dass aufgrund der Bilingualität nicht einmal die Sprache als Grundlage für eine einheitsstiftende regionale Identität dienen konnte. So kam die Zeitung *Le XX<sup>e</sup> Siècle* von Fernand Neuray 1922 zu dem Ergebnis: „Die malmédyer Wallonie war niemals geistesverwandt mit der Gegend von Eupen, deren Bevölkerung eher zur germanischen Rasse zu zählen ist.“<sup>47</sup> Deshalb plädierte das nationalbelgisch eingestellte Blatt für eine administrative Trennung zwischen dem deutsch- und dem französischsprachigen Teil dieses Gebietes, um die Integration ins Königreich Belgien zu befördern: „Die Einheit von Eupen und Malmédy ist eine drängende Gefahr. Wir sollten sie ohne zu zögern abschaffen.“<sup>48</sup>

Bei der Suche nach den möglichen Ursachen für den Umstand, dass für den Untersuchungszeitraum in dem Grenzgebiet um Eupen, Malmédy und St. Vith keine regionalistischen Ansätze zu beobachten sind, gilt auch zu bedenken, dass bis zum Ersten Weltkrieg die Integration in die Rheinprovinz und den Regierungsbezirk Aachen sowie in das Kaiserreich derart problemlos und im Großen und Ganzen zur Zufriedenheit der einheimischen Bevöl-

---

47 La question d’Eupen-Malmédy, in: *Le XX<sup>e</sup> Siècle* vom 06.12.1922, zitiert nach dem Exemplar im StAE, Best. C.4.7.III/4, Nr. 1. („La Wallonie malmédienne n’a jamais eu de communauté d’esprit avec le pays d’Eupen, où la population relève plutôt de la race thioïse.“).

48 Ebd. („L’unité d’Eupen-Malmédy est un danger pressant. Supprimons-la sans tarder.“)

49 Zu diesen gesellschaftlichen Bewegungen und ihrem Verhältnis zum belgischen Nationalstaat siehe jetzt J. Koll (Hrsg.), *Nationale Bewegungen in Belgien. Ein historischer Überblick*, Münster u. a. 2005.

kerung vonstatten ging, dass es für die Entwicklung eines eigenen Regionalbewusstseins keine erkennbare und überzeugend begründbare Notwendigkeit gab. Ein preußisch-deutscher Patriotismus, der sich beispielsweise in der Festkultur nachweisen lässt, stellte offenbar eine Normalität dar, die die Suche nach einer Alternative überflüssig machte. In diesem Patriotismus kamen Integrationsbemühungen der Behörden und die Integrationsbereitschaft der Bevölkerung vergleichsweise reibungslos zur Deckung. Für die Zwischenkriegszeit schließlich ist entscheidend, dass durch die aggressive Polarisierung der öffentlichen Meinungen zwischen pro-deutscher und pro-belgischer Agitation kein Raum für die Formulierung einer eigenen, auf die Ostkantone bezogenen regionalen Identität blieb. Unterschiedliche historische Traditionen machten obendrein den regionalen Zusammenschluss der deutschsprachigen alt- und neubelgischen Gemeinden unmöglich.

Bei den deutsch-belgischen Auseinandersetzungen waren die ökonomisch wenig ergiebigen Gebiete von Eupen, Malmedy und St. Vith kaum mehr als ein Prestigeobjekt von hohem Symbolgehalt. Das galt sowohl für den deutschen Nationalismus, der sich durch den verlorenen Krieg und durch die Bedingungen des Versailler Vertrages enorm gekränkt fühlte, als auch für den belgischen Nationalismus, der nach dem Ersten Weltkrieg stark aufblühte und sich gerade in den ersten Nachkriegsjahren energisch gegen die zentrifugalen Kräfte von Flämischer, Wallonischer und Großniederländischer Bewegung zur Wehr setzte.<sup>49</sup> Dazu kam, dass die belgische wie auch die deutsche Außenpolitik der Versuchung nicht widerstehen konnten, diese Gemeinden als Verhandlungsobjekt für eventuelle finanzielle oder territoriale Kompensationen einzusetzen. Weder von deutscher noch von belgischer Seite wurde dem Raum um Eupen, Malmedy und St. Vith in der Zwischenkriegszeit eine Eigenqualität zugesprochen, es dominierte ein instrumentelles Verhältnis gegenüber den belgischen Ostkantonen. Dieses kleine ländliche Gebiet war in einer politisch und wirtschaftlich turbulenten Zeit ‚Spieball‘ von antagonistischen Nationalismen. Die Regeln für die ‚Arbeit am nationalen Raum‘ wurden lange Zeit außerhalb von Eupen, Malmedy und St. Vith geschrieben.

## VI. Ausblick

Vor diesem Hintergrund mag im ersten Augenblick erstannen, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien heutzutage eine der Regionen innerhalb der Europäischen Union darstellt, die weitgehende regionale Autonomie besitzen und auf eine relative politisch-administrative Eigenständigkeit großen Wert legen. Wie kam es dazu?

Nach 1945 war die Frage nach einem staatlichen Anschluss an Deutschland, für die sich während der Zwischenkriegszeit zahlreiche Personen und Institutionen vehement eingesetzt hatten, diskreditiert; die Zugehörigkeit zum Königreich Belgien wurde nicht mehr in Frage gestellt. Mit der Verankerung in den belgischen Nationalstaat nahmen Eupen, Mahmedy und St. Vith in der Folgezeit an all jenen Prozessen teil, die für das Land in seiner Gesamtheit kennzeichnend waren: So führten die zunehmenden und nicht immer gewaltlosen Spannungen zwischen Flamen und Wallonen dazu, dass seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts immer mehr Schritte zur Umwandlung des 1830/31 gegründeten Königreichs von einem zentralistisch-unitarisch verfassten Nationalstaat in einen Bundesstaat unternommen wurden.<sup>50</sup> Es war der Kontext der Föderalisierung Belgiens im Zuge einer Reihe von Staatsreformen ab 1970, der dazu führte, dass die Bewohner des deutschsprachigen Gebietes von Belgien einen eigenen, konstitutionell abgesicherten Status erhielten. Dadurch wurde das bisher stets vernachlässigte und allzu lange instrumentalisierte Gebiet zu einem Gliedstaat, der in verfassungsrechtlicher Hinsicht prinzipiell gleichberechtigt neben Flandern, Wallonien und der Hauptstadtischen Region Brüssel steht und unter anderem über eine eigene Regierung und ein eigenes Parlament verfügt.<sup>51</sup> In mencherlei Hinsicht reichen Autonomie und Souveränität der Deutschsprachigen Gemeinschaft weiter als die Kompetenzen beispielsweise der Länder innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Somit war es nicht die nationalistisch aufgeputschte Phase von Fin-de-siècle und Zwischenkriegszeit, die in diesem Raum zur Bildung einer spezifisch regionalen Identität führte. Regionalbewusstsein entfaltete sich hier vielmehr im Windschatten jener bemerkenswerten internen Entwicklung, die die Föderalisierung Belgiens nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutete. Erst jetzt wurde der größte Teil des einst umstrittenen Grenzgebietes zu einer Region, die in der Europäischen Union nicht ohne Selbstbewusstsein ihren Platz sucht.

---

50 Einen Überblick über den Prozess der Föderalisierung und den aktuellen Stand bietet C. Hecking, *Das politische System Belgiens*, Opladen 2003.

51 H. Jenniges, *Duitsers, Duitse Belgen, Duitstalige Belgen*, in: K. Deprez/L. Vos (Hrsg.), *Nationalisme in België. Identiteiten in beweging 1780–2000*, Antwerpen/Baarn 1999, S. 291–297, hier S. 297.

## Bericht

---

Claudia Schulz

### Symposium „Afrikanische Aussichten“. In memoriam Albert Wirz

20.-21. Februar 2004, Seminar für Afrikawissenschaften  
der Humboldt-Universität zu Berlin

Albert Wirz, der bis zu seinem Tod im Mai 2003 Geschichte Afrikas an der Humboldt-Universität zu Berlin lehrte, war für seine „*Exzellenz, Ironie und Ungeduld*“ (Peter Geschiere, Amsterdam) ebenso bekannt wie für unkonventionelle Forschungs-Themen. So beschäftigte er sich mit der Geschichte Afrikas, des Sklavenhandels, der Imagination des Urwaldes oder der Disziplinierungsgeschichte des Körpers. Dementsprechend wartete das Symposium „Afrikanische Aussichten“, das Achim von Oppen (Berlin), Silke Strickrodt (Berlin) und Andreas Eckert (Hamburg) in Gedenken an Albert Wirz organisiert hatten, mit großer thematischer Vielfalt auf. Wissenschaftler/innen, die sich Wirz verbunden fühlten, präsentierten so unterschiedliche Themen wie Küche und soziale Ordnung (Harald Dehne, Berlin), Hirse-Ernährung der Bemba (Elisabeth Meyer-Renschhausen, Berlin), Plakate als Quelle zur Geschichte Afrikas (Giorgio Miescher, Basel / Lereza Rizzo, Zürich), Afrikanische Unabhängige Kirche in Südafrika (Ulrich van der Heyden, Berlin), Bilder der Kongo-Greuel (Susanne Gehrman, Berlin), Fußball in Pikine, Senegal (Susann Baller, Berlin), Radio in Rwanda 1990 bis 1994 (Christiane Rolchart-Barikukiye, Gießen), Gewalt in französischsprachigen Jugendzeitschriften Westafrikas (Claudia Schulz), Transnationale Familiengeschichten (Kathrin Roller, Berlin) oder Auslandsforscher Schulz-Kampfenkel im Dienste der deutschen Weltpolitik (Holger Stoecker, Berlin).

Obschon sich das Programm ausgesprochen heterogen ausnahm, gelang es den Diskutant/innen die verbindenden Elemente der unterschiedlichen Vorträge konstruktiv und erkenntnisreich herauszustellen. So wurde im Laufe der Tagung ein roter Faden deutlich: der Versuch der Teilnehmer/innen dort Ordnung zu konstruieren und sichtbar werden zu lassen, wo scheinbar Chaos und Unordnung herrschen.

Darüber hinaus fand ein Roundtable-Gespräch zu „Afrikanische Aussichten in und aus den Disziplinen“ statt, das die derzeitige kontroverse Diskussion um die Afrika-Forschung aufgriff. Die Podiumsteilnehmer/innen betonten zunächst die Bedeutung ihrer jeweiligen Disziplin. Carola Lentz (Mainz)

verwies auf die „Fähigkeit zum genauen Hinsehen“ der Ethnolog/innen und zur Mikroanalyse im größeren regionalen wie im globalen Kontext. Lange Zeit sei es die Forschung zu Afrika gewesen, die Innovationen ins Mutterfach, in die Theoriebildung hineingetragen habe. Heute allerdings, so räumte Lentz ein, kämen die innovativen Ideen aus der Forschung über Melanesien. Die Zusammenarbeit mit afrikanischen Forschungspartnern und -institutionen sei wichtig, jedoch bei der Mikroanalyse zunehmend schwierig. Universitär Gebildete wollten keine Feldforschung in den Dörfern machen, die sie gerade verlassen hatten, so dass Kooperationen eigentlich nur mit Lehrern und lokalen Intellektuellen möglich seien. Gerd Spittler (Bayreuth) widersprach dem allerdings vehement und berichtete von gegenteiligen Erfahrungen.

Brigitte Reineke (Berlin) erachtete Sprachen als das wertvollste kulturelle Erbe und unterstrich, dass die Afrika-Linguistik Zugang zu genuinen Sichtweisen der Afrikaner/innen ermögliche. Solide gesellschaftswissenschaftliche Forschung sei ohne Sprachforschung unmöglich, da abseits der städtischen Zentren Gespräche zu 80 Prozent in lokalen Sprachen geführt würden. Empirisch fundierte regionalwissenschaftliche Forschung leiste einen Beitrag zu der allgemeinen Sprachwissenschaft. Das müsse die Mutterdisziplin zur Kenntnis nehmen und sich öffnen. Ebenso wie Lentz betonte Reineke die erforderliche und aktive interdisziplinäre Ausrichtung ihres Faches. Schließlich sei es nur gemeinsam mit anderen Bereichen möglich, ein größeres Verständnis von Zusammenhängen zu erzielen. Dabei stelle sich zum einen die Frage: „Für wen machen wir Forschung, über wen und mit wem?“, zum anderen das Problem, wie afrikanische Kolleg/innen in Projekte integriert werden könnten. Die DFG sei hierbei, so Reineke, im Gegensatz zu der VW-Stiftung und dem DAAD wenig hilfreich.

Für Flora Veit-Wild (Berlin) galt es, die Literaturwissenschaften im Bereich Afrika aus zwei Festschreibungen zu lösen. Erstens, dass Mythen und Märchen Folklore seien; zweitens, dass afrikanische Literatur eine politische, engagierte und sozial aufgeklärte Literatur sein müsse. Veit-Wild erklärte, dass afrikanische Literatur auch unpolitisch, verrückt, surrealistisch und phantastisch sein könne und als eigenständige Literatur verstanden werden müsse. Insofern sei Literaturwissenschaft zum Bindeglied zwischen anderen Disziplinen geworden und keine Bindestrich-Wissenschaft mehr wie in den ersten Jahren ihrer Entstehungsgeschichte.

Darüber hinaus betonten die drei genannten Podiumsteilnehmerinnen, wie wichtig Interdisziplinarität und wie stark sie im täglichen Arbeiten verankert sei. Peter Geschiere (Amsterdam) sprach hingegen damit zusammenhängende Probleme an. Er betonte, dass es gerade im fächerübergreifenden

Austausch wichtig sei, sich in einer Disziplin mit klarem Profil zu verorten. Gleichzeitig machte er jedoch deutlich, wie schwierig es ist, diese Forderung einzulösen. Obschon die Anthropologie/Ethnologie eine erstaunliche Konjunktur habe, stecke das Fach in einer anhaltenden, aber fruchtbaren Krise. Einerseits sei es zu begrüßen, dass „Kultur“ als Erklärung für ökonomische Missstände herangezogen würde, andererseits sei der *cultural turn* mit einer gefährlichen Essentialisierung des Kulturbegriffs einhergegangen. Dabei wäre laut Geschiere ein offenes und dynamisches Verständnis von Kultur erforderlich. Er warnte vor Interdisziplinarität, die zu methodischen Problemen führe, und plädierte stattdessen für Multidisziplinarität. Der *narrative turn* wiederum mache Feldforschung im täglichen Arbeiten schwieriger. Die Frage sei, wie sich empirische Forschung unter diesen Umständen in Zukunft gestalten lasse und ob andere Methoden benötigt werden.

Adam Jones (Leipzig) wies auf ein weiteres Problem der Interdisziplinarität hin. Vertreter/innen einer Disziplin liefen Gefahr, sich „das Falsche“ aus der Nachbardisziplin herauszunehmen. So seien in dieser Hinsicht beispielsweise die Linguistik und Ethnologie eine unheilige Allianz eingegangen – ein Phänomen, das Sarah Pugach *conflation* nenne. Vertreter/innen beider Fächer hätten versucht, Forschung zu betreiben, „die für das andere Fach akzeptabel wäre beziehungsweise die Erkenntnisse aus dem anderen Fach verwendete“ und hätten so „den Buschmann“ als „Rasse“ oder „die Hamiten“ und „die Pygmäen“ hervorgebracht. Jones gab darüber hinaus zu bedenken, dass eine Dichotomisierung zwischen Nord- und Süd-Perspektive die Gefahr eines essentialistischen Insider-Outsider-Konstruktes berge. Dabei hätten viele Standpunkte nichts damit zu tun, ob man in dem einen oder dem anderen Land geboren wurde, sondern würden von anderen Faktoren beeinflusst.

Patrick Harries (Kapstadt/Basel) schilderte die Schwierigkeiten, mit denen Historiker/innen an südafrikanischen Universitäten, die derzeit neu strukturiert werden, zu kämpfen haben. Historiker/innen vernachlässigten selbst die Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, um sich mit aktuellen Problemen wie HIV/Aids zu beschäftigen. Es sei wichtig, in Kooperationen zu investieren und afrikanische Forscher/innen nach Europa zu holen. Joachim Nettelbeck (Berlin) gab zu bedenken, dass afrikanische Wissenschaftler/innen sich Partner wünschten, mit denen sie in einer Disziplin zusammenarbeiten könnten, und nicht als Vertreter Afrikas angesehen werden wollten. Gleichzeitig drückte Nettelbeck seine Verwunderung darüber aus, dass kaum afrikanische Wissenschaftler/innen am Symposium beteiligt waren.

Tatsächlich wurde zwar die Notwendigkeit, mit afrikanischen Wissenschaftler/innen zu kooperieren, mehrfach betont, in dem Programm des Symposiums spiegelte sie sich hingegen kaum wieder. Außer dem in Basel lehrenden Südafrikaner Patrick Harries beteiligten sich nur Europäer/innen mit eigenen Beiträgen. Lag dies laut Flora Veit-Wild (Berlin) an der fehlenden Finanzierung der Tagung, zeigte sich hierin dennoch die Brisanz der von Brigitte Reineke gestellte Frage: Für wen, über wen und mit wem machen wir Forschung?

Hierzu bemerkte Geschiere, man möge sich genauer ansehen, welche Themen afrikanische Wissenschaftler/innen als relevant erachteten – und die Krise der Afrika-Wissenschaften nicht nur als eine der Ressourcen auffassen, sondern auch als eine der Inhalte und der Ausrichtung.

Mehrfach wurde erklärt, die Mutterdisziplinen seien in einer „Bringschuld“ gegenüber den Regionalwissenschaften. Hans-Jürgen Puhle (Frankfurt am Main) hielt hingegen die Konflikte zwischen Regionalwissenschaften und Mutterdisziplinen für Schlingengefachte. Würde man sich in den Regionalwissenschaften halbwegs einigen, dann sei auch eine Institutionalisierung gegenüber der Politik durchzusetzen. Doch müssten die Wissenschaftler/innen fest in der jeweiligen Mutterdisziplin verankert bleiben, um die besten für die Afrika-Forschung zu gewinnen und um aus dieser Position heraus allen zugängliche, interdisziplinäre und vernetzte Wissenschaft zu betreiben. Noch wichtiger seien jedoch Nord-Süd- und Süd-Süd-Quervernetzungen und -Querschnittsthemen in den unterschiedlichen *area studies*. Albert Wirz hätte ihm zweifellos beigepllichtet.

---

## Buchbesprechungen

**Susanne Rau: Geschichte und Konfession: Städtische Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur im Zeitalter von Reformation und Konfessionalisierung in Bremen, Breslau, Hamburg und Köln (= Hamburger Veröffentlichungen zur Geschichte Mittel- und Osteuropas, Band 9), Dölling und Galitz Verlag, München 2002, 674 S.**

Das umfassende Werk von Susanne Rau, das sich der Funktion von Geschichtsschreibung zuwendet, ist aus einer Hamburger Dissertation im Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaft hervorgegangen. Der zentrale Untersuchungsgegenstand dieser Studie ist die städtische Chronistik, deren Texte einer narrativen Analyse und deren Autoren einer sozialgeschichtlichen Einordnung unterzogen werden. Das besondere Augenmerk der Verfasserin gilt dabei der (Re-) Konstruktion der Vergangenheit und der Veränderung des Geschichtsbildes in der städtischen Chronistik unter den Bedingungen des konfessionellen Zeitalters, die bisher in der Konfessionalisierungsforschung nur eine untergeordnete Rolle spielte.

Den konkreten Untersuchungsraum bilden vier Groß- und Handelsstädte, deren konfessionelle Entwicklung im behandelten Zeitraum unterschiedlich verlief. So wurden Bremen, Breslau und Hamburg von der reformatorischen Bewegung erfaßt, in Köln dagegen fand die Reformation keinen Eingang (hier findet sich unter den vier Städten auch die geringste chronikali-

sche Produktion). In Bremen entwickelte sich im späten 16. Jh. ein reformierter Kirchentyp heraus, Hamburg wurde zum Hort des Luthertums und Breslau lag im Einflußbereich der katholischen Konfessionalisierungspolitik der Habsburger, erhielt aber 1648 das Recht der freien Religionsausübung zugestanden.

Methodisch verfolgt die Studie einen erfahrungsgeschichtlichen Ansatz, durch den die Verarbeitung und Tradierung von Ereignissen in den Chroniken bzw. durch die Chronisten transparent gemacht werden soll. Im Hintergrund steht dabei die These, die Geschichtsschreibung im konfessionellen Zeitalter verfolge den Zweck, sprachlich vermittelte Wirklichkeit zum gemeinschaftlichen Erfahrungsschatz zu machen. Daß dem religiös fundierten Autoritätsanspruch der Konfessionen in der frühen Neuzeit bereits in der Einleitung die Qualität des „teilweise totalitären“ (59) beigegeben wird, zeugt allerdings nicht von souveräner Durchdringung des Forschungsgegenstandes.

Die eigentliche Untersuchung beginnt mit einer Gattungsbestimmung der Städtechroniken, die im Spätmittelalter aufkommen, ab dem 15. Jh. ein verbreitetes Medium zum Ausdruck des städtischen Selbstbewußtseins bilden und in der Reformation zum Instrument der innerstädtischen Konfliktbewältigung, -reflexion und -überwindung werden. Besonders vor dem Hintergrund der Reformation und der folgenden konfessionellen Differenzen wird die Funktion der städtischen Ge-



schichtsschreibung in den Beispielstädten entfaltet. Unter den Vorbildern reformatorischer Geschichtsschreibung, die die städtische Chronistik beeinflussten, verweist Rau dabei mit Recht auf Philipp Melancthon und seine Schüler; sie belegt daneben auch das frühe Einsetzen der altgläubigen bzw. katholischen Geschichtsschreibung in Auseinandersetzung mit der Reformation.

Im Anschluß daran versucht Rau, das Sprach- und Wirklichkeitsverständnis der untersuchten Epoche zu bestimmen, und geht der Entwicklung der Volkssprachlichkeit in der frühneuzeitlichen Geschichtsschreibung nach. Um die Entstehungssituation der Texte präzise zu erfassen, gibt die Verfasserin daraufhin einen ereignis- und strukturgeschichtlichen Überblick über die Stadtgeschichte von Bremen, Breslau, Hamburg und Köln in der frühen Neuzeit. Hierauf aufbauend kommt Rau zum Kern ihrer Arbeit, der Darstellung der Historiographie in diesen Städten mittels einer sprachkritischen Erzählanalyse. Als zentrales Element der Chronistik benennt sie die Herausbildung eines konfessionellen Identitätsbewußtseins: sowohl Abwehr wie Übernahme der reformatorischen Lehre in der jeweiligen Stadt folgen vergleichbaren Mustern der Traditionsbildung. Dabei wurden die Ereignisse der Reformationszeit unter umgekehrten Vorzeichen meist in das kollektive Gedächtnis der jeweiligen Stadt integriert.

Ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchung gilt den Autoren der Chroniken, ihrer beruflichen und sozialen Stellung. Die Heterogenität dieser Personengruppe wird in den ca. 80 biographischen Skizzen – ausschließlich männlicher Chronisten, die zu einem guten Teil städtische oder kirchliche

Amtsträger waren – sehr deutlich. Ebenso wird der Aspekt der Öffentlichkeit des Geschriebenen herausgearbeitet. Damit leitet die Studie zur Beschäftigung mit Fragen der Verbreitung, Rezeption und Weiterverwendung von Chroniken über. Im Zusammenhang damit zeigt sie, daß die öffentliche Wirkung der Chroniken nicht nur auf die (herrschenden) Ratskreise beschränkt war, daß das verbreitete Abschreiben der Texte auch zu Umdeutungen der Inhalte führte und daß es eine breite ‚Kultur‘ des (Vor-)Lesens und Hörens der Chroniken gab. Sie benennt (wirtschaftliche) Gründe für die überwiegend handschriftliche – weniger die gedruckte – Verbreitung der Chroniken, geht der Aufnahme von chronikalischen Geschichtswerken in Bibliotheken bzw. Sammlungen nach und beschreibt ihre Rezeption im städtischen Schulunterricht. Schließlich widmet sie sich der städtischen Festkultur (z. B. den Festen zum Reformationsjubiläum 1617) die sich einerseits aus der Historiographie speist, andererseits selbst wieder zum Gegenstand der Geschichtsschreibung und somit auch zu einem wesentlichen Faktor bei der Ausbildung einer konfessionellen Identität geworden ist. Als Ergebnis zeigt sich, daß die Geschichtsschreibung in der frühen Neuzeit im Umgang mit ihren Quellen und in der Durchdringung und Komposition der berichteten Ereignisse einen Zuwachs an Methode erfahren hat, ohne daß damit aber zugleich ein Beitrag zur Modernisierung im Sinne einer (wissenschaftlichen) Abstrahierung von konfessionellen Deutungsmustern der Geschichte verbunden gewesen wäre.

Die vorliegende Studie hat sich eine Annäherung an frühneuzeitliche Inter-

pretationsmuster von Geschichte im lokalen Kontext der Städte Bremen, Breslau, Hamburg und Köln zum Ziel gesetzt und dokumentiert damit die Interdependenz von frühneuzeitlicher Geschichtsschreibung und Konfessionalisierung. Sie leistet hierin zweifellos einen wichtigen Beitrag zur Erforschung städtischer Historiographie. Der von der Verfasserin gewählte Weg zu ihrem Untersuchungsziel wirkt aber insgesamt – trotz des Umfangs der Studie – unausgereift. Der Versuch, sich dem komplexen Gegenstand in mehreren Schichten zu nähern, führt teils zu unglücklichen Redundanzen, teils zu wenig ergiebigen Fazitierungen.

Andreas Göbner

**Thomas Serrier: Entre Allemagne et Pologne. Nations et identités frontalières, Belfort, Paris 2002, 351 S.**

Der Verf. verfolgt im hier anzuzeigenden Werk die Formation territorialer Identitäten in der Provinz Posen, im 19. Jh. Grenzregion zu Deutschland, und macht diese zu einem entscheidenden Erklärungsfaktor für die Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen in der Gegenwart. Er nimmt an, daß sich, nach einer langen Phase der Versetzung in Richtung Osten, die plötzliche Ost-West-Verschiebung jener Grenze über die Oder am Ausgang des Zweiten Weltkrieges durch tieferliegende Gründe als die militärische Niederlage Nazideutschlands erklärt. In der Tat zieht die gegenwärtige deutsch-polnische Grenze, deren politische Anerkennung mit den nach der Vereinigung Deutschlands von beiden Ländern unterzeichneten Verträgen

festgeschrieben wurde, eine Kontaktlinie zwischen zwei territorialen Identitäten, die sich im Laufe des 19. Jh.s ausgeprägt haben. Der Verf. interpretiert diese als zwei Nationalismen, deren Konfrontation die Wurzel eines Prozesses der „Dissimilation“ oder der unmöglichen Assimilation bilden sollten und die politischen Bestrebungen Preußens, diesen am Ende des 18. Jh.s zerstückelten Teil Polens territorial zu integrieren, zum Scheitern verurteilten.

Zu Beginn verfolgt der Verf. die Entwicklungsetappen der territorialen Integrationspolitik Preußens und zeigt, daß die nationalistische Logik und der Wille zur Germanisierung sich erst mit der Konstitution des bismarckschen Imperiums wirklich durchsetzten. Dabei lösten sie eine feudale Logik der Territorialverwaltung ab, wie sie noch in der ersten Hälfte des 19. Jh.s bestimmend war (1. Teil). Für eine politische Entwicklung hin zu einer immer stärkeren Assimilation kennzeichnend ist daneben die Statusveränderung jener Grenzregion: Das plurinationale und multikulturelle Großherzogtum Posen war mehrfach – 1848 mit dem Deutschen Bund und 1867 mit dem Norddeutschen Bund – Teil des deutschen Reiches geworden. Gleichlaufend entwickelte sich in der einheimischen oder eingewanderten deutschen Bevölkerung ein Nationalbewußtsein, dessen extremster Ausdruck sich in einer polonophoben Lobby zeigte (Vereinigung der Ostmarken). Gestützt auf diese soziale und kulturelle Basis, vollführte sich die Germanisierungspolitik in einer Logik der sprachlichen, kulturellen und sozioökonomischen Diskriminierung. Diese stieß jedoch gleichfalls schnell auf ein starkes polnisches Nationalgefühl, das alle Bevöl-

kerungsgruppen durchzog und sich etwa im Boykott preußischer Schulen nach der Infragestellung der Zweisprachigkeit (Kulturkampf), in der Verteidigung der Katholizität oder im Widerstand gegen die Ansiedlung deutscher Siedler auf dem Boden der Latifundien der polnischen Aristokratie äußerte. Dieser „Kampf um den Boden“ mobilisierte darüber hinaus das städtische Bürgertum, das damit auf die Germanisierung der öffentlichen Stellen wie auf Maßnahmen reagierte, welche die Repräsentation von Polen in den Gemeindeversammlungen beschränkten.

Der Verf. arbeitet in der Folge die Rolle heraus, welche die geographische Randlage der Provinz im Verfestigungsbestreben deutsche Nationalidentität spielte (2. Teil). In dieser militärisch und strategisch bedeutsamen östlichen Grenzmark im Kontaktbereich Deutschlands mit dem russischen Reich und somit in einer von einer Demarkation begrenzten Provinz, die damals alle Kennzeichen einer Scheidelinie zwischen Orient und Okzident aufwies, formte sich das deutsche Nationalbewußtsein ans einer Angst vor innerer Bedrohung und aus sozialen Gegebenheiten, die im wirtschaftlichen Bereich deutsche Suprematie und polnische Schwächen gegenüberstellten (Mythos der östlichen Rückständigkeit). Gleichzeitig forderte die polnische Gemeinschaft und in Insonderheit die frankophile Aristokratie, die dazu neigte, das goldene Zeitalter der polnisch-litauischen Union zu idealisieren, eine okzidentale Identität ein.

Die soziokulturelle Grenzziehung folgte somit komplexen Mäandern, die der Konstruktion einer deutschen Regionalidentität im Wege standen. Die Deutschen in Posen fanden sich tat-

sächlich in dem Zustand einer Identitätskonkurrenz, der kaum zu leugnen von einem Hintertreffen gegenüber dem polnischen Kulturerbe zeugte. In dieser mehrheitlich slawisch sprechenden Region, Wiege der ersten Dynastie polnischer Könige, Sitz des Primas von Polen, war die deutsche Kolonisation des Mittelalters nur von sporadischer Natur gewesen, das *jus teutonicum* existierte nur neben einem polnischen öffentlichen Recht, das während der gesamten Neuzeit deutlich dominierte.

Der Verf. zeigt daher, wie die deutsche Gemeinschaft spät, aber auf originäre Weise, zur Erfindung einer Grenzprovinz und zur Konstruktion einer *Heimat*, einem „kleinen deutschen Vaterland“, schritt: eine Geschichtsschreibung, welche die deutsche Präsenz in eine historische Kontinuität einschrieb, auf die Verankerung des Luthertums drang und die polnischen Teilungen rechtfertigte, Inventarisierungen der Denkmäler und Monumente der Provinz, Herstellung touristischer Führer durch das Kulturerbe, Anlegung von Wanderwegen, Institutionalisierung von Festen und rituellen Feiern, bildhauerische und urbanistische Gestaltung (3. Teil).

Letztendlich reihten sich die regionalen Identitäten aneinander und verwiesen auf verschiedene territoriale Referenten, mit drückenden Folgen für die erste Hälfte des 20. Jhs (4. Teil). Für die polnische Gemeinschaft leugnete die Existenz einer deutschen Provinz die mit den Teilungen aufgelöste nationale Einheit. Aus diesem Grunde drückte sich der kulturelle Widerstand auch durch die traditionelle Bezeichnung der Orte aus und perpetuierte so das Gedächtnis Groß-Polens (*Wielkopolska*). Für die Deutschen führte die

Germanisierung zur Ausradierung der polnischen Vergangenheit durch eine Politik des *tabula rasa*: Während die mehrheitlich deutschen Stadtverwaltungen die Gemeinden mit neuen Namen versahen, wurde die aus dem deutsch-polnischen Kompromiß von 1815 herrührende Bezeichnung Groß-Herzogtum, für Posen selbst wie für die Provinz, aufgegeben. Die Negation der polnischen Identität reichte bis hin zu einfallslosen Landschaftsbezeichnungen (Wartheland) oder zu stark imperialistischen Konnotationen (Ostmark). Schließlich schildert der Verf. in diesem Teil die Schwierigkeiten und Widersprüchlichkeiten, auf welche die um eine Aufrechterhaltung der eigenen Identität bemühte jüdische Gemeinschaft stieß. Selbst die nur verspätete Emanzipation der Juden in den eroberten Provinzen und die politische Integration nach der 1848er Revolution begünstigten Akkulturation wie Germanisierung der jüdischen Gemeinschaft Posens. Der Aufstieg des Antisemitismus gegen Ende des Jahrhunderts ließ freilich ein eigenständiges Identitätsgefühl wieder aufleben, das sich auf die Periode des Groß-Herzogtums berief, in welcher das Naturalisierungsdekret von 1833 verbreitet worden war.

Resultat einer ausgiebigen Sichtung von Archivbeständen, der Analyse von Presseartikeln und literarischen Werken, beteiligt sich das Buch im rechten Augenblick an der Erneuerung von wissenschaftlichen Fragestellungen, die sich mit der Festlegung von Grenzen und der Formation territorialer Identitäten in Europa beschäftigen. Zu einem Zeitpunkt, wo die Europäische Union ihre politische Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Staaten

unternimmt, kann das hier untersuchte Forschungsobjekt die Interessen der Mehrheit der Disziplinen verbinden, welche die Humanwissenschaften bilden (Geschichte, Geographie, Soziologie). Gengraphen werden nur eines bedauern: Die Analyse der Raummarkierungen der Identitätskonstruktion der Deutschen Posens (Teil 3) präsentiert keine eigenständige bildliche und kartographische Dokumentation.

Guillaume Lacquement

**Andrea Löw, Kerstin Robusch, Stefanie Walter (Hrsg.): Deutsche – Juden – Polen. Geschichte einer wechselseitigen Beziehung im 20. Jahrhundert (Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts, Band 9), Campus Verlag, Frankfurt a. M./New York 2004, 276 S.**

Anlässlich des Ausscheidens des Bochumer Historikers Hubert Schneider aus dem Hochschuldienst haben die drei Herausgeberinnen, allesamt seine ehemaligen Studentinnen, das vorliegende Buch als Festschrift verfaßt. Wie dem Geehrten sowohl der ehemalige Rektor der Ruhr-Universität Dietmar Petzina in seinem Vorwort als auch die Herausgeberinnen in ihrer Einleitung bescheinigen, lag der Schwerpunkt seines Wirkens stets auf dem pädagogischen Anliegen, historisches Wissen nicht nur faktizistisch zu vermitteln, sondern zum Nährboden eines politischen Bewußtseins werden zu lassen, das sich von moralischen Prinzipien leiten läßt. Er wird charakterisiert als Angehöriger einer „engagierten“ Akademikergeneration, die bewußt Abstand nahm vom tradierten Prinzip des „sine ira et studio“ und den Sinn ihrer Lehrtätigkeit in

einer Bildungsarbeit sah, die im Studenten nicht nur den Wissensträger, sondern den ganzen Menschen zu erziehen trachtete. Gleichsam zwangsläufiger Ansatzpunkt war hierfür die nationalsozialistische Epoche und die Kritik am erinnernden Umgang mit ihr nach dem Kriege; als konstruktives Moment betrieb Schneider die Schaffung vielfältiger Kontakte zu Juden und Polen als den Haupt. Neben der Organisation eines regelmäßigen Studentenaustauschs mit der Jagiellonischen Universität bzw. der Pädagogischen Hochschule Krakau setzte er sich insbesondere, als Mitbegründer des Vereins „Erinnern für die Zukunft“, dafür ein, daß die Stadt Bochum ein Einladungsprogramm für ihre ehemaligen jüdischen Bürger etablierte.

Hubert Schneider zählt erkennbar zu jener Minderheit unter den Hochschul Lehrern, die zugunsten der Lehre und der allgemeinen Bildungsarbeit auf akademische Titelsucht und Publikationswettbewerb verzichtet hat. Seine zählbaren, aber anspruchsvollen Veröffentlichungen folgten seinen pädagogischen Interessen und entstanden besonders in den letzten Jahren offenbar oft als Nebenprodukt derselben. Das ist durchaus keine Schande; gerade daher ist aber den Herausgeberinnen der Vorwurf nicht zu ersparen, daß der Festschrift kein vollständiges Publikationsverzeichnis beigelegt wurde, wie es für diesen Schrifttumstyp üblich ist. Zwar werden die wichtigsten jüngeren Arbeiten im Literaturverzeichnis zur Einleitung (S. 16/17) genannt, dennoch wollte man hier ohne Not etwas zu bescheiden sein.

Als roter Faden wurde der besagte historische Dreiklang von „Deutschen – Juden – Polen“ gewählt; bewußt sollen die drei 'bilateralen' Beziehungsrich-

tungen in eine 'trilaterale' zusammengeführt werden. Hierbei lehnen sich die Herausgeberinnen an das gleichnamige Heft Nr. 7 (1997) der Zeitschrift SACHOR an, die seit 1993 von der „Studentischen Arbeitsgemeinschaft für Antisemitismusforschung“ an der Ruhr-Universität Bochum herausgegeben wird; die Herausgeberinnen waren auch hieran schon beteiligt. Bezüglich der inhaltlichen Umsetzung dieses Leitthemas im vorliegenden Band ist freilich anzumerken, daß nicht alle Beiträge der besagten 'Trilateralität' in gleicher Weise Rechnung tragen. Solche Unebenheiten sind allerdings bei Festschriften nicht ungewöhnlich, wenn einige Beiträge in einem weiteren Kontext und nicht originär für das betreffende Buch entstehen. Jedenfalls findet der Leser ein vielfältiges Spektrum von Themen vor; in allen Beiträgen findet überdies, wer sich die Mühe genauen Studiums macht, reiche weiterführende Angaben, die zur Vernetzung des Themenbereichs zusätzlich beitragen. Allerdings suggeriert der Untertitel „Geschichte einer wechselvollen Beziehung im 20. Jahrhundert“ eine Vollständigkeit, die der Band – naturgemäß – nicht bieten kann.

Ganz im Sinne der 'Trilateralität' ist der zu Beginn stehende Artikel von Zdzislaw Noga über „Polen, Deutsche und Juden in Krakau zur Zeit der Ersten Rzeczpospolita“ gehalten. Gleichsam als Hintergrund für die übrigen, meist zeitgeschichtlichen Abhandlungen zeichnet der Autor das mehr konfessionell als ethnisch bestimmte Verhältnis der drei Bevölkerungsgruppen im „vornationalen“ Zeitalter. Ebenso wenig wie in den folgenden Darstellungen erhält man hier das Bild einer „guten alten Zeit“, sondern vielmehr das eines stets

dynamischen, interessen geleiteten Agierens aller Beteiligten, wobei zu jener Zeit die wechselseitige Abhängigkeit der Gruppen voneinander sowie die vermittelnde Rolle des Königtums noch für Formen des Ausgleichs sorgen konnten.

Im chronologischen Fortgang folgt Heiko Haumanns Skizze über die Situation von Juden im ländlichen Galizien des späten 19. und frühen 20. Jh.s, also der 'klassischen' Hochzeit der ethnischen Nationsbildung in Europa. Hier spielten Deutsche keine wesentliche Rolle, statt dessen treten neben die jüdischen und polnischen Akteure noch die Ruthenen (Ukrainer). Der Autor betont, daß im gängigen Bild des (klein-)städtischen, bildungs- und aufstiegsorientierten Juden die komplexe Wirklichkeit ländlich-agrarischer Lebensformen selten angemessene Beachtung findet. Es gab aber, wie Haumann klarmacht, trotz eines im 19. Jh. einsetzenden starken Zuges zur Verstärkung der Juden neben den hinlänglich bekannten Schankpächtern und Gutsverwaltern gerade in Ostgalizien auch jüdische Landbesitzer bzw. 'Bauern', Landarbeiter und in anderen landwirtschaftlichen Berufen Tätige. Gerade hieran entzündete sich aber nach der Wende zum 20. Jh. auch ein zunehmender Konflikt mit der ihrerseits aufstrebenden polnischen Bauernbewegung. Die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Juden und Christen werden als ambivalent und von beiderseitigen kulturellen Abgrenzungstendenzen geprägt skizziert, aber es wird deutlich, daß es sie überall dort gab, wo die Erfordernisse des praktischen Zusammenlebens sie wünschenswert erscheinen ließen. Speziell konnte sich die häufige Mehrsprachigkeit der Juden sowohl als integratives

Hilfsmittel erweisen als auch als Barriere für die Akzeptanz von Juden als Teil einer prinzipiell sprachlich-kulturell geleiteten Nationsbildung von Polen, Ruthenen oder anderen.

Weitere 'trilaterale' Beiträge, ab hier massiert für den Zeitraum des 20. Jh.s, stammen von *Andreas R. Hofmann*, *Bogdan Mustial*, *Andrea Löw*, *Karol Sauerland* und *Robert Kuwalek*. Ihr gemeinsamer, gleichsam 'natürlicher' Bezugspunkt ist der vielgestaltige Zerfall der ethnisch-kulturell gemischten Gesellschaft Polens unter dem Druck der deutschen Besatzung. Besonders interessant, da auf den *Ersten Weltkrieg* bezogen, ist *Andreas R. Hofmanns* Aufsatz über die „vergessene Okkupation“ der Stadt Lodz zwischen Oktober 1914 und November 1918. Sein Augenmerk richtet der Autor dabei auf die Erfahrung der Zivilbevölkerung der legendären 'trinationalen' – polnisch-deutsch-jüdischen – Textilmetropole des Russischen Reiches, die bislang im Unterschied zur Politik der Besatzungsbehörden kaum erforscht worden ist – nicht zuletzt wegen eines lange währenden Desinteresses auf polnischer Seite am *Ersten Weltkrieg* (und ganz allgemein am politisch von den 'Teilungsmächten' bestimmten 'langen' 19. Jh.). 1914 entstand eine angesichts der Umstände recht effektive bürgerliche Selbstverwaltung, die von deutscher Seite akzeptiert und nach und nach mit Autonomierechten versehen wurde. Auch diese konnte jedoch nicht verhindern, daß die Textilindustrie und mit ihr die ganze Stadt kriegsbedingt praktisch zum Erliegen kam und die Bevölkerung zu großen Teilen verarmte. Hinzu kam – als 'Lösung' des resultierenden Arbeitslosenproblems – die teils gewaltsame Verbringung von Arbeitern ins Reich;

hierbei wird deutlich, daß ungeachtet der fundamentalen Unterschiede zur Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg auch schon hier die deutsche Besatzungspolitik zumindest teilweise mit Stereotypen arbeitete, die sich nicht nur, aber besonders gegen die jüdische, großenteils proletarische Bevölkerungsgruppe richtete. Hieran zeigte sich die Ambivalenz einer Besatzungspraxis, die andererseits versuchte, mit Hilfe der Juden als sprachverwandter und kooperationsbereiter Minderheit eine von den Polen beargwöhnte Politik des 'divide et impera' zu betreiben. Die Lodzger Deutschen hatten, anders als man vielleicht denken möchte, unter der reichsdeutschen Okkupation keinen leichten Stand, da auch ihre partiellen Interessen den polenzentrierten Neuordnungsplänen der Reichsführung untergeordnet wurden; zumindest ein Teil von ihnen sah daher erst in der Eingliederung Lodz ins Reich im Jahre 1939 die Erfüllung ihrer politischen Wünsche.

Dies leitet über zum 'Kernthema' des Bandes, dem Holocaust. Der erste Autor in diesem Komplex, Bogdan Musial, konstatiert ein Mißverhältnis innerhalb der Holocaust-Forschung zwischen den zahlreichen Arbeiten zur Situation in Deutschland einerseits und dem weitgehenden Mangel daran zur Situation in Polen, d. h. dem Generalgouvernement (GG), andererseits. Musial widmet sich hier der Struktur der deutschen Zivilverwaltung im GG und ihrer Rolle bei der Verfolgung und Vernichtung der Juden. Er definiert Hans Franks Verwaltung großenteils als Ergebnis einer „negativen Auslese“ (S. 100) unter deutschen Beamten, die sich in einer ersten Phase, zwischen Sommer 1939 und Ende 1941, große Autonomie gegenüber den Reichsbehörden und der

SS sichern konnte, sich aber zugleich mit der Spannung zwischen antisemitischer Politik und der vorübergehenden Konzentration von Juden im GG auseinanderzusetzen hatte. In der zweiten Phase, die seit Anfang 1942 von der „Aktion Reinhard“, also der nunmehr systematischen Verfolgung und Vernichtung der Juden im gesamteuropäischen Kontext bestimmt war, verlor die Zivilverwaltung ihr „judenpolitisches“ Monopol und wetteiferte mit der SS um die 'effektivste' Liquidierung der Juden. Dabei traten zu dem ideologischen Grundmotiv „Nützlichkeitsabwägungen“ (S. 108) der Art, daß man durch die Ermordung der Juden eine Besserung der angespannten Versorgungslage im GG erwartete; freilich war diese selbst das Ergebnis der Deportation von Juden und Polen aus den eingegliederten Gebieten in das GG.

Die besondere Situation in der „Hauptstadt“ des Generalgouvernements, Krakau, bis zur Errichtung des Ghettos im März 1941 beschreibt Andrea Löw aus Sicht der zunehmend bedrängten jüdischen Bevölkerung. Die natürliche Anziehungskraft des (im Kriege unzerstörten) Zentrums Kleinpolens für die aus dem Westen abgeschobenen Juden stieß sich mit Hans Franks Wunsch, seinen Amtssitz zu einer deutsch-polnischen Musterstadt zu gestalten, die langfristig 'judenfrei' werden müßte. Wie zuvor Musial betont die Autorin die widerwillige Einsicht der Zivilverwaltung in die bedeutende wirtschaftliche Position der Juden, die ihre schnelle 'Entfernung' erschwerte. Gleichwohl – oder gerade daher – erfuhren die Juden die aus dem Reich bekannten, der Ghettoisierung und späteren Vernichtung vorausgehenden Maßnahmen der Ausgrenzung und Ent-

rechtung, durch die den Juden der Aufenthalt in Krakau verleidet und sie anfangs zur „freiwilligen Abwanderung“ (S. 128) in andere Orte des GG bewegt werden sollten. Löw arbeitet aus den Erinnerungsquellen vor allem die Empfindung des Ausgeliefertseins und der Ungewißheit heraus; daneben tritt die schon länger in der Forschung diskutierte dilemmatische Rolle des Judenrates, dessen Bemühungen um „geordnete“ Verhältnisse nolens volens zur Umsetzung der „Endlösung“ beitragen.

Während *Musiał* und *Löw* in ihren eher 'bilateralen' Abhandlungen auf die Rolle der polnischen Bevölkerung nur am Rande eingehen, behandelt *Karol Sauerland* ausdrücklich die „polnische Gesellschaft in der deutschen Besatzungszeit aus jüdischer Sicht“. Ausgelöst von Jan Tomasz Gross' aufsehenerregendem Buch „Nachbarn“ hat sich bekanntlich in den letzten Jahren eine intensive Diskussion sowohl über die direkte oder indirekte Beteiligung von Polen am Holocaust entwickelt als auch über die unterschiedlichen kollektiven Gedächtnisse von Juden und Polen. *Sauerland* beleuchtet anhand jüdischer Selbstzeugnisse die komplexe Rolle der Polen angesichts der schrittweisen Erfassung und Ermordung der Juden, hier am Beispiel Warschaws. Deutlich wird dabei, daß Polen in vielen Fällen aus eigenem Antrieb an der praktischen Entrechtung der jüdischen Bürger mitgewirkt und sich an ihrer Habe bereichert haben. Während sich 'bourgeoise' Juden oft apathisch verhielten, entwickelten jüdische Arbeiter (Bundisten) Abwehrorganisationen gegen regelmäßig die jüdischen Wohnviertel heimsuchende polnische Schlägertrupps. Die Fälle polnischer Kollaboration waren so zahlreich, daß sogar die Presse des zu

großen Teilen selbst antisemitischen Untergrundes wiederholt das Verhalten ihrer Landsleute anprangerte.

*Robert Kuwalek* eröffnet am Beispiel des „Durchgangsghetto“ Izbica nahe Lublin einen Einblick sowohl in die Logistik als auch in die tragischen menschlichen Folgen der Deportationspolitik innerhalb des GG. Wie andere Orte wurde Izbica nach Maßgabe seiner 'verkehrsgünstigen' Lage an den zu den Vernichtungslagern führenden Bahnstrecken ausgewählt, um dort Juden aus dem GG und aus ganz Europa vorübergehend zu konzentrieren. Izbica war überdies bereits historisch ein überwiegend jüdischer Ort gewesen. Seine von vornherein gering entwickelte Infrastruktur wurde infolge des massenweisen Herbeiführens von Menschen hoffnungslos überlastet; die entstehenden katastrophalen hygienischen, wirtschaftlichen und Wohnverhältnisse wurden wie andernorts von den deutschen Behörden bewußt in Kauf genommen bzw. sogar als Element der 'Vorvernichtung' angestrebt. Zusätzlich erwachsen kulturell begründete Spannungen zwischen den westeuropäischen Juden und den 'Ostjuden', die von der SS zur Kontrolle der tendenziell chaotischen Situation instrumentalisiert werden konnten. Die christlich-polnische Minderheit der lokalen Bevölkerung erscheint auch hier nur am Rande und bleibt blaß; in einigen Fällen wurden Polen zur Mitwirkung an Erschießungen und Verfolgungsaktionen gezwungen. Die übrigen Aufsätze besitzen einen klar 'bilateralen' Charakter und sollen hier nur kurz gewürdigt werden. *Kerstin Robuschs* Skizze des KZ-Häftlings und späteren Aktivisten für die Interessen der NS-Opfer, Hermann Langbein, kreist vor allem um die



Spannung zwischen Langbeins kommunistischer Politisierung in Österreich vor 1938 und seiner fortschreitenden Enttäuschung nach 1945 über die Haltung des Realsozialismus zum Holocaust sowie über dessen allgemein illiberalen Charakter. Eher zweitrangig erscheint in der Arbeit der Umstand, daß Langbeins Situation in der Lagerhaft (in Dachau und Auschwitz) relativ dadurch begünstigt wurde, daß er nicht als 'Halbjude', sondern als „Politischer“ inhaftiert wurde und die kommunistischen Selbsthilfestrukturen nutzen konnte. Die polnische Seite spielt hier keine Rolle.

Auch in *Benedikt Fabers* Betrachtung zu Viktor Klemperers politischem Verhalten nach 1945 in der SBZ/DDR kommt Polen nicht vor. Aber auch der jüdische Aspekt seiner Person war für Klemperer selbst nachweislich nicht wichtig, er lieferte allenfalls dem kommunistischen „antifaschistischen“ Diskurs eine zusätzliche Nuance als „Vorzeigejude“ (Zitat nach Klemperer auf S. 202). Die Studie zeichnet in erster Linie – ähnlich wie bei Robusch – anhand von Klemperers Aufzeichnungen seine geistig-politische Positionssuche im neuen System nach; dabei ging es neben 'existentialistischen' Aspekten auch um triviale Vorteilssuche.

Ein drittes eher vordergründig 'deutsch-jüdisches' Thema bietet *Dirk Pöppmanns* kriminalgeschichtliche Untersuchung des Mordes an dem jüdischen Sozialdemokraten Felix Fechenbach im Jahre 1933. Die an Martin Sabrows ähnlich gelagerte Abhandlung politischer Morde in der Weimarer Republik<sup>4</sup> erinnernde Studie zeigt, daß sich als Motive für den Haß der Nationalsozialisten auf Fechenbach Judenfeindlichkeit und 'Antimarkismus'

kaum unterscheiden lassen; daher ist der Stellenwert des jüdischen Aspektes schwer bestimmbar. *Pöppmanns* wichtigster Befund ist, daß die Nachkriegsjustiz keineswegs eine generelle Hemmung aufwies, NS-Verbrechen zu verfolgen, sondern daß neben politisch begründeten Amnestierungen auch die allgemeinen 'inneren Schranken' des Rechts oft Täter begünstigten.

Mit einem zeitlichen Sprung wirft der Direktor des Deutschen Polen-Instituts, Dieter Bingen, einen Blick auf „das Ende der Nachkriegszeit im deutsch-polnischen Verhältnis“ zwischen 1970 und der Wiedervereinigung 1990. In dieser souveränen politologischen Skizze gibt es wiederum keinen jüdischen Aspekt; dies erklärt sich schon aus dem diplomatiegeschichtlichen Ansatz.

Den Abschluß bildet eine persönliche Reminiszenz an seine Jugend bis zur Emigration 1938 von *Jerry Freimark*, einem jüdischen ehemaligen Bochumer, der durch das von Hubert Schneider angeregte Empfangsprogramm der Stadt Bochum nach Jahrzehnten seine Heimatstadt wiedersah und seither im ständigen Kontakt mit dem zu Ehrenden steht.

Es wäre interessant gewesen, evtl. von einem weiteren Autor etwas über die Entwicklung des trilateralen Verhältnisses seit dem Ende des Kalten Krieges zu lesen. Hier scheinen allerdings die 'Diskurse' erneut bilateralen Charakter angenommen zu haben; man erinnere sich etwa an die 'Schweigeposition' Bundespräsident Roman Herzogs angesichts des jüdisch-polnischen Streits während der Gedenkfeier in Auschwitz im Januar 1995. Auch die vor kurzem abgehaltene OSZE-Konferenz zur Frage des Antisemitis-

mus in Mittel- und Osteuropa war weniger von einem dialogischen als von einem apodiktischen Charakter gegenüber den neuen EU-Mitgliedsländern gekennzeichnet.

Insgesamt liegt ein sehr heterogenes Buch vor, das mit seiner Struktur noch nicht imstande ist, wirklich eine 'trilaterale Geschichte' zu erzählen; auch ist sein 'Festschriftcharakter' in den Stärken wie in den Schwächen unübersehbar. Es spiegelt aber mit seinen Unebenheiten gerade auch den Stand der Forschung auf diesem Gebiet wider und leistet so einen wertvollen Beitrag zur Bestimmung zukünftiger strategischer Fragestellungen und Diskursorientierungen.

Jens Boysen

**Jörn Rüsen: Kann gestern besser werden? Zum Bedenken der Geschichte, Kulturverlag Kadmos, Berlin 2003, 160 S.**

Das handliche Bändchen im Taschenbuchformat weckt durch seine äußerliche Gestaltung die Erwartung einer leicht lesbaren, wissenschaftlicher Fußnotenrituale weitgehend entlasteten, dennoch aber gehaltvollen Lektüre. Letzteres bieten die vier hier zusammengefügten Essays auf jeden Fall, da sie konsequent die in der sonstigen geschichtstheoretischen Diskussion eher immanenten, nicht aber explizit ausgeleuchteten anthropologischen Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen. Nicht in der historiographietheoretischen und geschichtsdidaktischen Fachdiskussion beheimateten Lesern eröffnet *Jörn Rüsen* mit seiner „Anthropologie des Historischen“ (S. 123) neue Denkspielräume für die Reflexion eigenen

fachwissenschaftlichen und publizistischen Tuns.

Natur und Aufbau des Büchleins führen dazu, daß der Geschichtsdidaktiker und -theoretiker *Rüsen* seine Hauptstoßrichtung erst im letzten Aufsatz „Was ist Geschichte? Skizze einer Synthese“ (S. 107 ff.) offen legt. Mit diesem, letztlich eine Anthropologie des Historischen anzielenden Aufsatz soll diese Rezension beginnen, um dann im wesentlichen rückwärts zu den hier betonten utopischen und ethischen Potentialen von Geschichtsbewußtsein zu gelangen.

I.

In der abschließenden Skizze setzt *Rüsen* voraus, daß historisches Denken im Prinzip eine kulturunabhängige Universalie sei: „Menschen müssen ihre Welt, sich selbst und die Anderen, mit denen sie zusammenleben, deuten, um leben zu können ... Ein wesentlicher Bereich solcher Deutungen ist der Zeiterfahrung gewidmet...“ (S. 110). Er faßt Geschichte als anthropologische Universalie, indem er sie – ältere eigene Theorien aufgreifend – als „Sinnbildung über Zeiterfahrung“ definiert (S. 110), die zugleich sowohl empirisch als auch normativ ausgerichtet sei. Hierin sei historisches Erzählen eine eigene Art des Erklärens unter Verwendung bestimmter Zeitkategorien (S. 111-112). In Übereinstimmung mit historiographiegeschichtlichen Forschungen betrachtet *Rüsen* die neuzeitliche Geschichtswissenschaft als eine epochentypische Form des Umgangs mit Vergangenheit. Geschichtsbewußtsein vollziehe sich in vier Prozeduren: a. der Wahrnehmung der Vergangenheit als Differenzenerfahrung, b. der Deutung von Vergangenheit als zeitliche Bewe-

gung der menschlichen Welt nach jeweils verstehbaren Gesichtspunkten, c. der Orientierung der menschlichen Lebenspraxis mit Hilfe solcher Deutungen (zum Handeln oder durch Identitätsangebote) und d. durch Motivierung von Handlungen (S. 114 f.). Definitorisch grenzt *Rüsen* „Geschichtsbewußtsein“ von „Erinnerung“ dadurch ab, daß durch Geschichtsbewußtsein die nach Kriterien der Lebensdienlichkeit normativ aufgeladene Erinnerung einer stärkeren Erfahrungskontrolle und somit einer kritischen Distanzierung von momentanen Legitimationszumutungen ausgesetzt werde (S. 116). Erinnerung und Geschichtsbewußtsein manifestierten sich in politisch, ästhetisch und kognitiv geformter Geschichtskultur (S. 121-123), wobei der Umgang von Menschen mit Historischem in verschiedenen Typologien beschrieben werden könne (Nietzsche, White und Rüsen selbst) (S. 116-125) und sich mit verschiedenen, meist, derzeit aber weniger sprachbestimmten Medien vollziehe (S. 129-133).

Seine bisher geführten Überlegungen standen unter der Frage, inwieweit historische Deutungen universell oder kulturspezifisch seien (S. 109). Einen Antwortversuch darauf geben die abschließenden Bemerkungen, die einerseits – an eine Kritik der Weberschen Entzauberungs – und Rationalisierungsthese anknüpfend – die Gewaltpotentiale herausheben, die dem uneingestandenem Universalismus, der ethnozentrischer Logik immer innewohnt, entspringen, und andererseits die Schwachpunkte der postmodernen Antwort betonen. *Rüsen* fordert, das im Weberschen Sinn westliche Gebot der Methodenrationalität beizubehalten: Diese habe das Potential, auch universell kulturelle Differenzen

anzuerkennen und angesichts des Holocausts neue Praktiken im Umgang mit dem Schrecklichen, nämlich Trauer, zu ermöglichen. (S. 139) Damit hat der Verfasser die fachwissenschaftlichen Methodenstandards der Historie eingebettet und prinzipiell für Fragen nach einer anthropologischen Historik an-schlußfähig gemacht.

## II.

Im vorangehenden Aufsatz (S. 91 ff.) steht die Fähigkeit des oben definierten Geschichtsbewußtseins, mit Differenzen friedlich umzugehen, im Mittelpunkt: In dieser Fähigkeit sieht *Rüsen* – hier in Weber'scher Denkweise – das besondere Potential europäischer Traditionen, wenn nicht gar einen Kernbestand „europäischer“ Identität. Mit verschiedenartigen Bemerkungen versucht er „europäisches Geschichtsbewußtsein“ einzukreisen, wobei er von der Setzung ausgeht, daß „der politische und ökonomische Einigungsprozeß eine kulturelle Begleitung und Intervention braucht. Europa wächst zusammen, und dieser Vorgang hat immer auch eine kulturelle Seite.“ (S. 93) *Rüsen* fordert neben dem Euro für das zusammenwachsende Europa auch eine „geistige Währung“, da sonst die faktisch entfremdende Eigendynamik einer rein ökonomiegesteuerten Integration zu schwerwiegenden Verwerfungen führen würde (S. 94).

Seine normative, aber nicht begründungssichere Argumentationsweise könnte *Rüsen* hier besser abstützen, wenn er die zwangsläufige kulturelle Seite des Einigungsprozesses ebenfalls anthropologisch begründete: Ein solcher Prozeß kann – wie medial gefiltert und vermittelt auch immer – nämlich nur kommunikativ verlaufen; er kann

nicht kommunikationslos verlaufen. Paul Watzlawicks Bonmot „Man kann nicht nicht kommunizieren“ gilt auch hier. Die Formen von Kommunikation sind per se immer Kultur – sowohl in Gestalt alltäglicher, lebenspraktischer Kommunikation als auch in mit-eingebrachten Sinnbildungen einschließlic derer „über Zeiterfahrung“. In der Logik eines klassischen Syllogismus hat ein solcher kommunikativer Einigungsprozeß zwangsläufig kulturellen Charakter, der einer wirtschaftlichen Eigendynamik nicht abgefordert werden muß, aber von nicht-ökonomistischen Zielvorstellungen her gestaltet werden kann. Daraus ergibt sich, daß diese kulturelle Kommunikation auch im Kontext historisch geprägter Zugehörigkeiten gestaltet wird; für Geschichtsbewußtsein in Europa konstatiert *Rüsen* zu Recht „eine komplexe Mischung von Elementen, die eine Vielfalt von Zugehörigkeiten austrägt und die europäische [Zugehörigkeit F. S.] in diese Vielfalt integriert.“ (S. 95) Daraus leitet er einen Katalog inhaltlich-thematischer Kernelemente für Lehrpläne und Schulbücher ab (S. 95-100), wobei für seine Argumentation die Verbrechen im Rahmen der europäischen Geschichte zentral sind: Aufgrund solcher Schluß sei europäischem Geschichtsbewußtsein zwangsläufig die ethnozentrische Spitze genommen – und es biete somit einen Stimulus für Zivilisierung. Aufgrund seiner formalen, nicht materialen Struktur sei das europäische Geschichtsbewußtsein prozessual und dynamisch und breche somit systematisch ethnozentrische Identitätsangehorte. Ihm eigne hingegen allenfalls ein „Ethnozentrismus der Differenz“ (S. 102-103). Dieser Ethnozentrismus der

Differenz greift – ohne Autorennennung – ältere philosophische Ideen Derridas, wenn nicht gar die Vorstellung einer „concordia discors“ seit Horaz und seiner spätantiken Rezeption auf.

Wie viel deskriptive Stimmigkeit diese Vorstellung auch stützen mag, es bleiben einige grundsätzliche Einwände:

1. Es muß noch erwiesen werden, daß diese Sicht auf europäisches Geschichtsbewußtsein auch für Nicht-Europäer in einem imaginären herrschaftsfreien Diskurs auch tatsächlich zustimmungsfähig sein kann. In seinem Hinweis auf die Neuen Medien (S. 105, aber auch S. 132-133) deutet *Rüsen* ja selbst auf diese kulturpolitischen Probleme hin.

2. *Rüsen* bekennt sich in seinem Lob der Differenz zu ethischen Setzungen, ohne aber aus deren Charakter als Setzung Folgerungen für die interkulturelle Kommunikation zu ziehen und ohne somit für eine intellektuelle Auseinandersetzung mit europäischen und außer-europäischen differenzfeindlichen Ethnozentrismen gerüstet zu sein.

3. Er entzieht sich einer argumentativen Auseinandersetzung mit der intellektuellen Neuen Rechten, die – bestärkt durch die neue terroristische Bedrohungssituation nach dem 11. September 2001 – das alte Denken Carl Schmitts über den „Ausnahmestand“ und das Freund-Feind-Denken wieder salonfähig macht und nun durch die Veröffentlichungen Giorgio Agambens seriöse Plausibilität zu gewinnen droht. Diese intellektuelle Neue Rechte argumentiert ethnozentrisch, indem sie strukturell ethnozentrische Topoi und Denkmuster und irgendwann auch Meistererzählungen verbreitet. *Rüsen* müßte – über einen sympathischen aufkläreri-

schen Europa-Konsens hinaus – hier weiter denken.

### III.

Eine Anthropologie ist immer auch Fragen nach Utopie und Ethik ausgesetzt. In den beiden ersten Kapiteln geht *Rüsen* diesen Fragen nach. In dem titelgebenden Aufsatz „Kann gestern besser werden? – Über die Verwandlung von Vergangenheit in Geschichte“ (S. 17 ff.)

steuert er auf eine historische „pursuit of happiness“ (S. 21) zu, wobei er auf eine Metahappiness des historischen Denkens zielt (S. 33-35), daraus eine Zukunftsgerichtetheit der Vergangenheit ableitet und eine Theorie temporärer Intersubjektivität vorbereitet (S. 39-44), die er im zweiten Kapitel (S. 45 ff.) zwecks einer Ethik des Historischen weiterentwickelt.



Die Hoffnung des Charlie Brown, abgebildet auf Seite 21, betrachtet *Rüsen* als zentralen Antrieb für jeglichen Umgang mit Vergangenheit. Auf die Eingangsfrage: „Was passiert mit Vergangenheit durch unseren deutenden Umgang mit ihr?“ (S. 189) referiert er kritisch die moderne, rankeanisch-quellenkritische Antwort mit ihrem Objektivitätsgebot (S. 18) und die postmoderne, linguistisch geprägte, auf narrative Kohärenz zielende Auffassung (S. 19), um den vermeintlichen Gegensatz durch Verweis auf den kulturwissenschaftlichen Erinnerungsdiskurs mit seinem Akzent auf „Sinn“ statt „Faktizität“ aufzuheben: „... Erinnerung ist grundsätzlich erfahrungsbezogen. Sie würde ihre kulturelle Orientierungskraft verlieren, wenn die sich Erinnernden ernsthaft glaubten, die erinnerte Vergangenheit sei eine Fiktion.“ (S. 20).

Angeregt durch den Satz Walter Benjamins: „Wir sind (von den vorheri-

gen Generationen F. S.) erwartet worden“, postuliert *Rüsen* Geschichte als den Ort des Utopischen und erklärt: „Ich möchte zeigen, daß und wie sich der Sinn der Geschichte von einer Zukunft her erschließt, die die Erfahrung der Vergangenheit überbietet.... Historische Zeit soll als Ort des Ortlosen expliziert und die historische Erfahrung als Überschreitung von Erfahrung im Vollzug der menschlichen Lebenspraxis charakterisiert werden.“ (S. 20) Er will historisches Denken als „pursuit of happiness“ im Sinne des Versprechens der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vollziehen (S. 21). Historisches Denken gibt dabei den „Erwartungsdruck der Zukunft an die Deutung der Vergangenheit weiter“, bleibt aber kritisch gegenüber einer Handlungssteleologie; *Rüsen* sieht dieses Denken als „die Antwort des menschlichen Geistes auf die irritierende Erfahrung, daß am Ende eines zielgerichteten Handelns oft

etwas anderes herauskommt als beabsichtigt war.“ Er verknüpft: Kontingenz als Zeiterfahrung. (S. 32) Dabei hellt historisches Denken (im Gegensatz zu naturwüchsiger, unreflektierter Erinnerung) die Vergangenheit nicht einfach auf, sondern macht sie mittels Methodenstandards der Forschung zunächst sogar schlechter, da nun auch Opfer der Aufhellungstendenz der Erinnerung präsentiert werden (S. 34-35). Vergangenheit werde also nicht auf der Ebene reiner Tatsächlichkeit besser, sondern über diese hinaus bedeutungsvoll und sinnträchtig. Daher titelt *Rüsen*: Meta-Happiness des historischen Denkens (S. 33).

Mit der Feststellung von der Zukunftsgerichtetheit der Vergangenheit leitet er über zur Theorie der „temporalen Intersubjektivität“: „Wir verleihen den Toten nicht einfach unseren historischen Sinn, sondern entwickeln diesen Sinn aus den Vorgaben unserer Welt, in denen sie für uns lebendig sind und wir unsere Lebendigkeit in der Vermittlung mit dieser haben. Um die Freudsche Formulierung aufzugreifen: Sie sind für uns nachträglich....In der vorgängigen Vermitteltheit unserer Absichten mit denen der Toten (vermittelt in der Vorgeschichte als Gegenwart) sind die Toten nicht tot, sondern Teil unseres eigenen Lebens.“ (S. 38-39) Die „Verbesserung“ menschlicher Kontingenzerfahrungen finde demzufolge im narrativen Vollzug des historischen Denkens statt, faßbar in Topoi wie „Erbe“, „Auftrag“, „Tradition“ oder „Zeugenschaft“ – dies in Abgrenzung gegen idealistische Geschichtsphilosophie einerseits und ästhetizistische Verflüchtigung andererseits. (S. 40-41). Widersinn von Vergangenheit müsse anerkannt werden und in der Syntheseleistung historischen

Erzählens mit historischem Sinn vermittelt werden, womit das Trauma als grundsätzliche Kategorie von Geschichtswissenschaft und historischem Denken relevant werde: „Mit dieser Kategorie wird die historische Deutung zum Abarbeiten von Widersinn. Wir als die Nachgeborenen arbeiten den Widersinn, der den Toten widerfuhr oder den sie selber erzeugt und uns hinterlassen haben, in die Zeitperspektive einer un-abgegoltenen Zukunft unserer eigenen Gegenwart ab. Wir wissen uns sogar für ihn verantwortlich“ (S. 41). Dies geschehe in der mentalen Prozedur des Trauerns, wo eine Vergangenheit, die als Sinnstörung nicht vergehen will, sich verwandle und als zukunfts-fähig neu angeeignet werde – zunächst durch Erzählen (S. 42), dann durch Verwendung nicht-chronologischer Zeitkonzepte wie „Utopie“, „Augenblick“, „Ursprung“, „Eschaton“, „kontrafaktische Bedeutungsannahme“ u. a. (S. 44) Der Schrecken, auch in seiner radikalen Gestalt als Holocaust, „muß als Erfahrung so durchgearbeitet werden, daß er zur Handlungsmotivation für sein Gegenteil wird, d. h. sich als Schubkraft für Sinnbildung auswirkt.“ (S. 44)

Daß *Rüsen* gerade hier neue Denkspielräume erschließt, ist schon eingangs festgestellt worden; darstellungstechnisch sei hier aber kritisiert, daß sich *Rüsen* hier von der Suggestion des lesefreundlichen Buchtyps einerseits und der eigenen Insistenz auf Erfahrung andererseits weit entfernt und das Lesevergnügen unter weitgehender Vernachlässigung der rechten Gehirnhälfte in das Kauen von Schwarzbrot verwandelt, das seine süßen Schätze hinter anstrengenden, jeglicher anschauungsfördernden Beispiele baren Abstraktionen verbirgt. Die obige Karikatur illustriert

nur die Idee des Ziels; ähnlich einprägsame Wegbegleiter verweigert der Geschichtsdidaktiker leider. Dies erschwert Überprüfung anhand gegenwärtiger Diskurse – sei es im Nahost-Konflikt, in der touristenfreundlichen Aufbereitung von Mittelalter, in der Diskussion um „Erinnerungsorte“ oder in der serbischen Opfer-Stilisierung im Amselfeld-Mythos.

#### IV.

Die ethische Dimension einer Anthropologie des Historischen scheint schon im Titel des zweiten Aufsatzes „Geschichte verantworten – Kritische Überlegungen zur ethischen Dimension der Historie“ (S. 45 ff.) auf. Hierzu bestimmt *Rüsen* zunächst einmal, wem gegenüber und für was Geschichtswissenschaft „verantwortlich“ sein kann, und koppelt dabei das Objektivitätsgebot an „eine andere Art von Wahrheit..., die durch die diskursiven Prozeduren hervorgebracht wird, mit denen das historische Wissen seine kulturellen Funktionen im sozialen Leben erfüllt.“ (S. 49-50). Mit diesem Wahrheitsbegriff öffnet er den Blick auf die Zeitbezüge historischer Verantwortung in den drei Zeitstufen: Gegenüber der Gegenwart bzw. den Zeitgenossen durch die „Erfüllung spezifischer wertgeladener Orientierungsbedürfnisse, die sich auf die Vergegenwärtigung der Vergangenheit beziehen“ (S. 51; S. 53-57), gegenüber der Zukunft durch eine jedem historischen Denken offen oder verborgen innewohnende Perspektive einer in die Zukunft weisenden Veränderung (S. 52; S. 57-58) und gegenüber der Vergangenheit durch „Übernahme der Erbschaft der Vergangenheit“, indem den vergangenen Menschen Gerechtigkeit widerfährt und die gegenwärtigen mit

dem im Erbe steckenden Schrecken fertig werden müssen; hier nimmt der Historiker seine Verantwortung durch Affirmation und Kritik wahr, indem er das Wertesystem der historischen Interpretation mit dem Wertesystem der interpretierten Menschen in Verbindung zu bringen sucht (S. 52; S. 60-63). Für Nachgeborene muß Verantwortung daher neu gefaßt werden (S. 63).

Diese Form historischer Verantwortung gründe in einer zeitlichen Intersubjektivität, die sich ihrerseits in einer „moralisch-kausalen Zeitgenossenschaft“ darstelle, in der sich die ethische Erbschaft (Verantwortung des Historikers bezieht sich auf die Interpretation vergangenen Geschehens als notwendige Bedingung für das Ob und Wie des Wirksamwerdens in kultureller Orientierung der Gegenwart) niederschlage (S. 65-67). Als moralisch-kausaler Zeitgenosse gewähre man den Toten Gerechtigkeit, nehme die normative Erbschaft an und mache sich selbst zum Adressaten der Erwartungen und Befürchtungen der Menschen der Vergangenheit (S. 67). Gerade in dieser Auffassung vom Historiker als Adressaten folgt *Rüsen* ausdrücklich geschichtsmystischen Vorstellungen chassidischer Tradition Walter Benjamins, faßbar in Sätzen wie: „Die Zukunft kann die Vergangenheit erlösen“, (S. 70) und leitet über zur These, daß Geschichte aus erkenntnistheoretischen Gründen im innersten Kern einen eschatologischen Gehalt habe (S. 71). – Es bleibt unklar, worin *Rüsen* den weiterführenden Erkenntnis – und Belegwert der mystischen Setzungen sieht, die über die oben angesprochene, rein anthropologisch postulierbare und wissenschaftsgeschichtlich herleitbare „Meta-Happiness“ hinausginge; ihr Wert für

den Diskurs dürfte wohl darin bestehen, *Rüsen*s Auffassungen an in bestimmten Diskursmilieus vertraute Sprachspiele anzuschließen bzw. derlei Traditionen stärker im eigenen Diskurs Raum zu geben. Der Rezensent vermutet, daß *Rüsen* hiermit eher ein argumentativ noch zu stützendes Themenfeld aufschließt und durch Rekurs auf den reflektierten Mystizismus Benjamins und wohl auch Kantorowicz' Forschungslücken für sein Anliegen aufzeigt. Daß er im Folgenden seine Bemerkungen „Zur historischen Anthropologie des intergenerationellen Zusammenhangs“ mit mystischen Vorstellungen des „corpus mysticum Christi“, archaischen Ethnos-Konstrukten, Volksgeist-Metaphern und Erinnerungsgemeinschaft eher assoziativ in Verbindung bringt, scheint meinen Verdacht zu stützen. Ebenso der Rekurs auf die in der Historik m. E. zu Unrecht wenig rezipierte Psychoanalyse. (S. 73-78).

Etwas unvermittelt geht *Rüsen* dann über zu methodischen Konsequenzen, indem er zunächst den scheinbar ethikfreien Objektivitätsanspruch und den radikalen Konstruktivismus im Gefolge der linguistischen Wende als zwei Möglichkeiten, historisches Denken verantwortungslos zu machen, disqualifiziert (S. 81-82) und anschließend Verantwortung durch methodische Interpretation im Sinne der Hermeneutik fordert: „Im Akt des Verstehens selber realisiert sich zeitliche Intersubjektivität und verwirklicht sich Verantwortung“. (S. 84), wobei historische Darstellung in das Verständnis von Methode gemäß intersubjektiv gültigen Regeln einschließlich der Rhetorik zu integrieren sei (S. 86). – Auch hier bleibt *Rüsen* abstrakt und verzichtet darauf, seine Überlegungen zu exemplifizieren. So

bleibt im Konkreten unklar, inwieweit sein methodischer Ansatz über klassische hermeneutische Ansprüche an Historiker hinausgeht. Dieses Defizit liegt eventuell darin, daß *Rüsen* zwar zu Recht die Zukunftsdimension von Geschichtsbewußtsein und damit zwangsläufig ethische Aspekte in den Blick nimmt, aber sich mit Ethik und Zukunft hier nicht weiter beschäftigt. An dieser Stelle besteht die Hoffnung, daß eine größere Konkretion nicht nur einen didaktischen Wert hat, sondern auch die diskursive Absicherung der bisher in Benjaminscher Sprache gefaßten Denkspielräume substantiell verbessert.

Weiterführende Denkspielräume hat *Rüsen* in dem Bändchen auf jeden Fall eröffnet. Hierin liegt eine Chance für Diskussionen zwischen den getrennten Milieus von Fachwissenschaft, fachdidaktischer Theorie, publizistischem Geschichtsdiskurs sowie praktischer Geschichtsvermittlung innerhalb und außerhalb von Schule.

Friedemann Scriba

**Louise J. Ravelli und Robert A. Ellis (Hrsg.): Analysing Academic Writing: Contextualized Frameworks, London/New York: Continuum 2004, 279 S.**

Von der ersten Hausarbeit oder vom ersten Laborbericht bis hin zur Abschlußarbeit reicht das Material, dem sich die Autoren des Bandes widmen, um die wissenschaftliche Schreibpraxis von Studenten zu untersuchen. Ihr erklärtes Ziel ist einerseits, das wissenschaftliche Textgenre theoretisch und praktisch zu erfassen. Andererseits wollen die Autoren Sprachlehrern und Studenten nützliche Einsichten zur Ge-



staltung wissenschaftlicher Texte in die Hand geben. Dafür bieten die Autoren Praxis basierte Textanalysen, die aber in einen stark soziolinguistischen bzw. konstruktivistischen Theorierahmen eingebunden sind, so daß es sich bei diesem Band eher um einen gediegenen Forschungsbeitrag in der angewandten Sprachwissenschaft handelt als um einen praktischen Ratgeber. Der theoretische Fokus als gemeinsamer Nenner aller Artikel liegt auf der Beziehung von wissenschaftlichem Text und universitärem Kontext, aus der sich sprachliche Genremerkmale ableiten. Inhaltlich lassen sich die Beiträge in drei Gruppen einteilen, wobei sich der erste Teil auf die Konstruktion von Autorenrollen konzentriert und der zweite Teil auf den Bau von Argumentationen. Der dritte Teil beschäftigt sich vorwiegend mit pädagogischen Inhalten. Praktisch zeichnen sich die Untersuchungen durch eine Vielfalt an Textbeispielen aus. Sie berücksichtigen neben unterschiedlichen Lernniveaus verschiedene Disziplinen und deren spezifischen Textanforderungen, die sowohl vor einem mono- als auch bilingualen Sprachhintergrund (Englisch als Mutter- und Zweitsprache sowie Deutsch/Englisch und Chinesisch/Englisch) betrachtet werden. Theorie, Methode, Analyse und Auswertung werden in jedem Artikel schrittweise diskutiert und sollten nicht der technische Charakter der Ausführungen und die sprachwissenschaftliche Terminologie eine Hürde sein, können die hierbei gewonnenen Erkenntnisse sicherlich das Bewußtsein für Schreibprozesse schärfen. Doch allein die soziolinguistische bzw. konstruktivistische Beschreibung spezifischer Texte stellt kaum eine für den sprachwissenschaft-

lichen Laien konkrete Hilfe dar. Wie Studenten nunmehr schreiben bzw. wie Sprachlehrer dieselben darauf vorbereiten sollen bleibt nahezu offen, wenn einem nicht gerade die Kritik an bisherigen Lehr- und Diskurspraktiken Antwort genug ist, um eine moderne wissenschaftliche Schreibpraxis zu meistern.

Immerhin können Studenten, die vielleicht momentan selbst mit dem Verfassen einer wissenschaftlichen Arbeit, vorzugsweise auf Englisch, beschäftigt sind, von den Fallbeispielen lernen. Vergleiche zwischen gut und schlecht benoteten Texten, zwischen Texten von Anfängern und Experten sowie zwischen Texten verschiedener Disziplinen verweisen auf Stärken und Schwächen, die zeigen, wo man eigene Schreibpraktiken verbessern kann. Um Leser für die eigenen Standpunkte zu gewinnen werden spezifische Merkmale und Strukturen wissenschaftlicher Texte erarbeitet, nach denen Argumentationen und Autorenrollen überzeugend aufgebaut werden können. Hierbei steht vor allem die Idee vom wissenschaftlichen Text als Dialog zwischen Autor und Publikum im Vordergrund. Diese Perspektive erlaubt es, persönliche Einstellungen und Wertungen bei Texten mit gleichzeitig hohem Objektivitätsanspruch zu erkennen sowie selber gezielt zu verwirklichen. Es wird gezeigt, wie Autoren über Verb- und Nominalstrukturen, über so genannte grammatische Metaphern oder über die rhetorische Gestaltung von Satzanfängen sowohl Textinhalte gliedern als auch auf Leser Bezug nehmen können. Eine sprachvergleichende Analyse von Texten chinesischer Studenten deckt insbesondere muttersprachliche Interferenzen auf, die es

Nicht-Muttersprachlern schwer macht, die für wissenschaftliche Texte so typisch abstrakten Bedeutungen adressaten- und genregerecht zu rekonstruieren. Dieses Problem, das ebenso Muttersprachler haben, schließt die Herausforderung ein, Argumentationsschritte sprachlich zu verwirklichen. Hierbei machen Vergleiche von Texten, die *Louise Ravelli* aus den Fächern Geschichte und BWL wählt, deutlich, daß Disziplinen generell unterschiedliche Argumentationsmuster favorisieren und sich daher in der Wahl und dem Einsatz ihrer rhetorischen Mittel unterscheiden.

Aus einer weiteren Analyse von englischen Texten, die im Rahmen des Sprachtests IELTS verfaßt wurden, gehen die Schwierigkeiten für Nicht-Muttersprachler hervor, Sprachstrukturen zu verwenden, die auf geeignete Weise zwischen dem Objektivitätsanspruch des Textgenres und der in Kritik und Bewertung hörbar werdenden Autorenstimme vermitteln bzw. letztere objektiv erscheinen lassen. Es werden daher Textstrategien analysiert, mittels derer Studenten wissenschaftlich souveräne Autorenrollen konstruieren können. Interessanterweise unterscheiden sich Texte wie Klausurarbeiten und Hausarbeiten nachweislich in der Konstruktion von Autorenrollen, weil sie sich, so die Autorin *Starfield*, auf ein unterschiedliches „Lehrer-Schüler-Verhältnis“ beziehen. Die durch den Kontext bestimmten Rollen folgen verschiedenen Textkonventionen. Leider kristallisiert die Autorin aus ihren soziolinguistischen Beobachtungen aber nicht heraus, um welche Konventionen in Sprache und Textgestaltung es sich dabei genau handelt. Zumindest wird

im folgenden Artikel an einem äußerst spezifischen Fall, nämlich den Abschlußarbeiten im Fach *Art and Design* an einer technischen Hochschule in Neuseeland, deutlich gemacht, daß sich das Wissen um Textkonventionen vor allem aus dem soziokulturellen Kontext ergibt. Die Textproduktion wird hierbei in starkem Maße in Abhängigkeit zum Ziel und Zweck der Arbeit, zur Beziehung zwischen Autor und Leser sowie zu den Erwartungen der wissenschaftlichen Gemeinschaft betrachtet. Gerade letzteres Kriterium läßt Grenzen interdisziplinärer Arbeiten erkennen, in denen die Autoren unterschiedlichen Normen der wissenschaftlichen Darlegung gerecht werden müssen und wenn möglich, fachspezifische Textkonventionen nunmehr vereinen müssen, um von einem heterogenen Fachpublikum gleichermaßen als Experten anerkannt zu werden.

In Bezug auf die Sprachlehre bemerken die Autoren des Bandes zunächst einmal, daß Grammatik und Syntax nicht mehr nur als Sprachregeln vermittelt werden sollten, die man richtig oder falsch anwendet, sondern als inhaltliche und argumentative Bedeutungsträger, die strategisch einzusetzen sind, um der Rhetorik des wissenschaftlichen Textgenres gerecht zu werden. Diese am Genre orientierte Sprachvermittlung und das Erlernen von spezifischen Schreibstrategien finden dann für einige Autoren ihre sinnvolle Unterstützung im Computerbasierten Unterricht. Hier zeigt sich, daß durch Computerbasierte Aufgaben Textstrukturen besser aufgedeckt und rekonstruiert werden können, so daß sich Studenten eher der Genrekonventionen bewußt werden. Darüber hinaus können Studenten an ihrer Schreibpra-

xis eigenständiger arbeiten und Lehrer die Lernprozesse ihrer Studenten verfolgen. Doch allein die Technologie garantiert noch keinen Lernerfolg. Es zeigt sich, daß trotz des Einsatzes interessanter Schreiblernprogramme die *face-to-face* Interaktion zwischen Lehrern und Studenten äußerst wichtig für den Lernerfolg bleibt, gerade wenn Sprach-, Fach- und Computerwissen gleichzeitig vermittelt werden müssen, was nach Meinung der Autoren die Kommunikation im Unterricht stark verändert.

Nadine Jänicke

**Daniela Münkel, Jutta Schwarzkopf (Hrsg.): Geschichte als Experiment. Studien zu Politik, Kultur und Alltag im 19. und 20. Jahrhundert, VERLAG, Frankfurt am Main/New York 2004, 382 S.**

Festschriften können gleichsam als Märchenbücher für Wissenschaftler und Doktoranden gehandelt werden: Jeder kann sich seine Geschichte auswählen, keiner will wirklich alle Beiträge lesen. Diese Einschätzung trifft auch für die vorliegende Festschrift für die Historikerin Adelheid von Saldern zu. Sie spiegelt in den Beiträgen das weite Spektrum der Forschungsfelder der an der Universität Hannover lehrenden Wissenschaftlerin, die soll „Ausweis der Vielfalt und Aktualität [Adelheid von Salderns] Forschungsinteressen“ sein.

Geschichte als Experiment, diesen Titel verstehen die Herausgeberinnen in der Einleitung als Provokation, aber was ist Geschichte sonst? Ist Historiographie nicht per se experimentell und auch immer nur ein Versuch, indem sie

durch Erzählen Fragen aufwirft, die von dieser oder jener Seite beleuchtet werden?

Die vorliegende Festschrift widmet sich in 31 meist sehr kurzen Beiträgen vorwiegend aus sozialhistorischer Perspektive u. a. Themen zu Stadtgeschichte, Frauengeschichte, Geschichte des Wohnens, Ereignisgeschichte, Mediengeschichte, Parteiengeschichte, Mentalitätsgeschichte, wobei der Stadtgeschichte besondere Beachtung zukommt.

Die erste und mit insgesamt acht Beiträgen längste Sektion („Politik – Kultur – Öffentlichkeit“) läßt sich nur schwer einem analytischen Prinzip zuordnen. Man mag sie am ehesten unter dem Gesichtspunkt der Analyse von Beziehungen zwischen Akteuren bzw. Akteursgruppen fassen. Unter diesem Aspekt zeigt *Helga Grebing* die Ursachen der nicht überwundenen Distanz der linken Intellektuellen zur Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, indem sie eine Typologie des „Intellektuellen“ vorschlägt und zu dem Schluß kommt, daß Intellektuelle, mögen sie auch noch so links sein, immer das Bürgerliche in sich tragen. *Inge Marszolek* analysiert das disparate Verhältnis der Nationalsozialisten zu Amerika: Das Bedürfnis nach einer nationalen Identität wurde einerseits durch die vehemente Verunglimpfung amerikanischer Modernisierungsstrategien befriedigt, andererseits bedienten sich die Nationalsozialisten der Bilder aus Amerika, die je nach Bedarf und politischer Lage umgedeutet, mit anderen Bildern verknüpft oder mit neuen Konturen verändert wurden. Mit der Beziehung zwischen Carl Schmitt und Ernst Fraenkel und damit mit der kontroversen Frage nach staatlicher Autorität

oder demokratischem Pluralismus beschäftigt sich *Michael Wildt*. Durch eine persönliche Verbindung zu Ernst Wilhelm Eschmann angeregt, erzählt *Jürgen Reulecke* die Geschichte der „jungen Generation“ von ihrem Entstehen in der Spätphase der Weimarer Republik über den Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit bis zu ihrem „ergrauten“ Ende im Jahre 2000. Er stellt damit die Mythisierung des Jugendbegriffs in der Weimarer Republik dar und wie sich diese Generation der um 1900 Geborenen zwischen den Idealen einer nationalen und sozialen Freiheit bewegte, die jedoch die politische, also die demokratische Freiheit nicht anstrebte.

Von einer homogenen Gruppierung handelt auch der Beitrag von *Morten Reitmayer*, der die Verortung der „Kulturzeitschriften im intellektuellen Feld der frühen Bundesrepublik“ und deren Funktion im intellektuellen Diskurs beschreibt. Er zeigt die Reziprozität der großen Bedeutung der Kulturzeitschriften und der soziokulturell homogenen Leserschaft auf, die damit eine Monopolisierung im politisch-literarischen Diskurs bildeten, die erst in den 1960er Jahren durch die Herausbildung neuer sozialer Akteure gebrochen wurde. *Daniela Munkel* möchte mit ihrem Beitrag „Auf der Zinne der Partei...: Willy Brandt als Parteivorsitzender“ von der Person Brandts und dessen charismatischem Führungsstil ableitend einen Beitrag zur politischen Kultur der Bundesrepublik von 1969 bis 1987 und zur Parteiengeschichte der SPD liefern.

*Axel Schildt* beschreibt die „German Angst: Überlegungen zur Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik“, indem er vier medial konstruierte, politisch

instrumentalisierte und öffentlich kommunizierte Angstkomplexe im nationalen Rahmen der Bundesrepublik historisiert und verortet: Angst vor Krieg, vor Zerstörung der inneren Ordnung, vor ökonomischem Koilaps und vor „apokalyptischen Gefahren“ der „Risikogesellschaft“. *Schildt* kommt zu dem Schluß, daß diese Angstpotentiale keinen deutschen Nationalcharakter konstruieren, sondern in allen modernen Gesellschaften anzutreffen seien. Schließlich kritisiert *Bernd Weisbrod* die Verwendung des Begriffs „das Politische“, wie er kulturgeschichtlich oft ohne jede Begrenzung verwendet wird. Er führt dazu die staats- und moralphilosophischen Definitionen des Politikbegriffs von Carl Schmitt und Hannah Arendt aus und zeigt, daß die Grenzen der politischen Kommunikation durch Gewalt gekennzeichnet sein können.

Im ersten der insgesamt sechs Beiträge der Sektion „Vergangenheitsdiskussionen“, auch gut unter dem Begriff „Befreiung“ zu fassen, beschäftigt sich *Katja Füllberg-Stolberg* mit den „zentralen Aspekten der kontrovers geführten Ursachendebatte“ des Amerikanischen Bürgerkrieges: Bürgerkrieg als Industrialisierungsbeschleuniger vs. Bürgerkrieg im Hinblick auf die Sklavenbefreiung und den damit einhergehenden grundlegenden Wandel der amerikanischen Gesellschaft. Sie thematisiert primär die Bedeutung der Sklavenbefreiung und gibt dieser These der ökonomisch motivierten Erklärung den Vorzug. Als therapeutische Überwindung der Kriegserfahrung im Ersten Weltkrieg interpretiert *Michael Geyer* Walter Gropius (Patient) und die Entwicklungsgeschichte des Bauhaus-Projektes (Therapieform). *Geyer* identifiziert die Verarbeitung der Kriegs-

schrecken als Ursprung der Geschichte des Bauhauses, da mit diesem Projekt die Traumata überwunden werden sollten. Gleichzeitig wird damit die Ansicht widerlegt, daß kriegstraumatisierte Heimkehrer im Theweleitschen Sinne „Gewaltmenschen“ sind und bleiben, Dagegen sei eine „Rückkehr zum alten Selbst“, eine Re-Zivilisierung möglich. Die Kriegserfahrungen hätten in diesem Sinn einen modernisierenden Charakter und seien nicht nur als „Einbahnstraße in den Nationalsozialismus“ zu deuten.

Die nächsten beiden Beiträge befassen sich mit dem Begriff „Schuld“ in der deutschen Nachkriegsgeschichte: *Anson Rabinbach* analysiert den intellektuellen Diskurs um die „deutsche Schuld“ in den Kulturzeitschriften, eine stärkere Beachtung der Schuldgefühle, wie sie in Begegnungen mit KZ-Überlebenden hervorgerufen werden, von Seiten der Historiker fordert *Friedhelm Boll*.

Die beiden letzten Arbeiten des Blocks „Vergangenheitsdiskussionen“, „Über das allmähliche Verfertigen der Vergangenheit im Gespräch“ von *Harald Welzer* und „Mitfühlende Ohren – Auf der Suche nach dem Hörsinn des Forschers: Ein Kommentar zu den Studien einer indischen Anthropologin“ von *Barbara Duden* leiten zur dritten Sektion „Hören, Schreiben, Senden“ über. Hier wird in zwei Beiträgen die Rolle der Medien zwischen Anspruch und Wirklichkeit demonstriert: Zum einen von *Ute Daniel* über die Konstruktion und Historisierung des Selbstbildes des Kriegsberichterstatters als Aufklärer und zum anderen von *Uta C. Schmidt*. Sie untersucht die filmischen Strategien der Authentizität der NS-Herrschaft anhand des Films

„Wunsehkonzert“. In der nächsten Untergliederung „Geschlecht und Nation“ beschäftigt sich *Sybille Küster* mit dem Thema „Inklusion und Exklusion: Nationsbildung und Geschlecht in Deutschland im 19. Jahrhundert“ und zeigt, daß die Kategorie Geschlecht ein Strukturierungsinstrument ist, mit welchem die „Verhältnisse von Ähnlichkeit und Differenz“ der verschiedenen Nationsbildungsprozesse gemessen werden kann. *Geoff Eley* analysiert unter der Überschrift „Frauen und der geschlechtsbezogene nationale Staatsbürgerstatus“ die politische Handlungsbeschränkung von Frauen durch politische Strukturen im Kaiserreich.

Unter der Überschrift der fünften Sektion „Arbeiten in Deutschland“ untersucht *Heinz-Gerhard Haupt* die Spezifik der Angestellten in Deutschland am Beispiel der Kaufmannsgerichte, indem er Verhandlungsprotokolle dieser Gewerbeberichte aus Bremen und Lyon in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg vergleichend untersucht. *Haupts* Anliegen, die „Besonderheiten des deutschen Entwicklungsweges zur Moderne“ anhand der Angestelltengeschichte zu zeigen, bleibt offen, übrig bleiben unterschiedlichste Perspektiven und Hinweise, diese Problematik zu betrachten und weiterführende Forschungen zu betreiben. Viel wichtiger scheint jedoch, daß *Haupt* mit den Besonderheiten der Kaufmannsgerichte einen deskriptiven Beitrag zur Sozialgeschichte des Rechts liefert. Daran schließt sich weit weg von methodischen und historischen Erläuterungen eine Einzelfallstudie, erzählt von *Alf Lüdtker* über „Meister der Landtechnik oder: Grenzen der Feldforschung? Annäherungen an einen „Qualitätsarbeiter“ auf dem

Lande im Bezirk Erfurt“. „Europa und die Anderen: Historische Perspektiven“ heißt der Beitrag von *Jürgen Kocka*. Die Dichotomie im Titel stellt auch die These des Aufsatzes: Nicht nur durch Abgrenzung, sondern auch durch Verflechtung entstand europäische Identität. Europa ist nicht nur eine Festung, sondern lernt durch Neugier und Habgier von den Anderen. Wobei *Kocka* implizit davon ausgeht, daß die oft als Konstrukt bezeichnete „europäische Identität“ existiert. Aber es kommt wohl auf den Vergleichsparameter an: Bei zentralen Referenzregionen wie Nordamerika und der islamischen Welt übersteht man großzügig die nationalen Eigenheiten der europäischen Staaten. Der zweite Beitrag in der Sektion „Europa“ kommt von *Irmgard Wilharm*, die „Europäische Perspektiven in neuen deutschen Geschichtsbüchern“ aufzeigt und dabei ebenfalls mit der Ex- und Inklusionsfrage Europas arbeitet.

Die siebte Untergliederung trägt den Titel „Die Stadt – Debatten und Skandale“ und stellt die Bedeutung von Bauwerken als historische Zitate dar. *Jutta Schwarzkopf* untersucht „Die Wahrnehmung städtischer Armut: London im 19. Jh.“, indem sie beschreibt, wie der Begriff „East End“ vom geographischen zum sozialen Raum und damit zum „Inbegriff städtischer Verkommenheit“ wurde. Handelt es sich hierbei um eine Debatte, so gehören die folgenden drei Beiträge zur Rubrik „Skandale“: *David Crew* schreibt über die Bombardierung Dresdens, wie die SED damit eine spezielle Erinnerungskultur betrieb, wie der Angriff als „Verteufelung der amerikanischen „Imperialisten““ instrumentalisiert und wie damit gleichzeitig der Beginn des Kalten Krieges markiert

wurde. *Martin Sabrow* thematisiert ebenfalls einen Erinnerungsort, nämlich die Potsdamer Garnisonkirche und deren Sprengung 1968. *Ines Katenhusen* zeigt am Beispiel des „Experiment[s] Straßenkunst und der Nana-Skandal im Hannover der 1970er Jahre“, wie die Diskussion über Kunst im öffentlichen Raum kontrovers geführt werden kann.

In der letzten Sektion, „Die Stadt – Erleben und Bewohnen“, fragt *Sid Auf-farth*, ob es „Das „Hannoversche“ Mietshaus“ typologisch gibt. *Detlef Schmiechen-Ackermann* zeigt „Großstädte im Nationalsozialismus. Stand, Probleme und Perspektiven der Forschung“ auf. Er konstatiert, daß eine Vielzahl von stadteschichtlichen Einzelfall- und Milieustudien sowohl für Klein-, Mittel- und Großstädte existiert, jedoch keine monographischen Darstellungen der einwohnerreichsten Großstädte in der NS-Zeit. *Heidi Rosenbaum* beschreibt in „Aneignung und Wahrnehmung des städtischen Raums durch bürgerliche Kinder in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts am Beispiel der Stadt Göttingen“, wie der Stadtteil als sozialer Raum die soziale Segregation unterstützt und wie es selbst der politischen Intention der Nationalsozialisten nicht gelang, die sozialstrukturelle Differenzierung zu überwinden. Über die Wohnungsbaupolitik in den 1930er Jahren anhand eines Baukomplexes in Liverpool berichtet *Eve Rosenhaft*, und schließlich endet der Band mit einer Stadt- und Medien-geschichte verbindenden Arbeit von *Alice von Plato* und *Lu Seegers* über „Städte, Stadtrepräsentationen und Medien in Deutschland im 20. Jh.“.

Die Frage, ob es sich bei diesem Sammelband um ein typisches Fest-

schriftkonglomerat handelt, muß mit „ja“ beantwortet werden. Die Beiträge mögen alle interessant sein, mögen neue Fragen aufwerfen, eine annähernd übergeordnete Fragestellung selbst in den einzelnen Sektionen läßt sich meist nur schwer erkennen. Die Leistung liegt in der Vielfalt der Aspekte, wie Geschichte sein und was in der Geschichte erzählt werden kann und welche Narrative existieren, weniger in der Synthese aller Beiträge. Es wird viel beschrieben, wenig erklärt. Vielleicht wäre dies das Experiment gewesen.

Martina Keilbach

**David J. Francis, The Politics of Economic Regionalism. Sierra Leone in ECOWAS (= International Political Economy of New Regionalisms Series). Ashgate, Aldershot etc. 2001, 257 S.**

Der Anspruch dieses in der von Timothy Shaw mitherausgegebenen Reihe „The International Political Economy of New Regionalisms“ Buches ist es, einen analytischen Beitrag zum Verständnis von Natur, Dynamik und Komplexität „neuer ökonomischer Regionalismus“ in Westafrika zu liefern. Dies soll „aus der Perspektive Sierra Leones“ und am Beispiel der Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS (Economic Community of West African States) geschehen. Nach Auffassung von *David J. Francis*, der an der University of Southampton mit einer Arbeit über die Rolle Sierra Leones in der ECOWAS promovierte und zeitweilig am Department of Peace Studies an der University of Bradford lehrte, zeichnet sich der „neue Regionalismus“ im Ge-

gensatz zum „alten Regionalismus“ der 1950er/70er Jahre dadurch aus, daß er die staatliche, offizielle Ebene verläßt und verschiedene Formen von Transnationalität und Informalität in Rechnung stellt. Der Autor grenzt diese Spielart des Regionalismus von älteren funktionalistischen Interpretationen ab und betont die entwicklungsrelevante Dimension regionaler Integrationsbemühungen, auch als Gegenbewegung zur Globalisierung. Das wissenschaftliche Interesse wird mithin von einem emanzipatorischen, politischen Interesse begleitet.

Thematisch geht es in dieser Monographie erstens um die historische Genese der im Mai 1975 gegründeten ECOWAS und den Wandel dieser ursprünglich für die wirtschaftliche Integration der Region gedachten Regionalorganisation hin zu einer zunächst politischen und bald auch sicherheitspolitischen Rolle. Zweitens steht die prekäre Staatlichkeit Sierra Leones im Mittelpunkt. Dem Staatskollaps in den 1980er Jahren ging eine militärische Intervention der aus der ECOWAS hervorgegangenen ECOWAS Cease-fire Monitoring Group (ECOMOG) voraus. Die Arbeit beschreibt also eine spezifische Form von Regionalismus, der sich unter den Bedingungen prekärer Staatlichkeit, Milizenaktivitäten und externer militärischer Intervention herausgebildet hat - ein regionales Sicherheitsregime in Form der von Nigeria dominierten bewaffneten ECOMOG. Folgerichtig rücken die Rolle Sierra Leone innerhalb der ECOWAS, die Bürgerkriege in Sierra Leone und im benachbarten Liberia sowie die regionale Intervention in Sierra Leone ins Zentrum der Darstellung. Auch die politische Ökonomie des transnationa-

len Diamantenhandels, der die Interessen zahlreicher Akteure begründet, wird beleuchtet. Die Arbeit schließt mit zwei Kapiteln zu den politischen und wirtschaftlichen Implikationen des ECOWAS-Regionalismus und einer Einordnung der Frage, inwieweit diese regionale Entwicklung sich in globale Entwicklungsmuster einpaßt.

Trotz des analytischen Anspruches, und aller Detailbeschreibung des Gegenstandes, fallen gerade die methodologischen Aspekte der Arbeit etwas unbefriedigend aus. Das theoretische Konzept bleibt angesichts der weitreichenden internationalen Diskussion über neue Regionalismen unterbestimmt, zu eifertig werden griffige Formulierungen über die Dynamik von Globalisierung und Regionalisierung sowie angebliche Kausalitäten dieser Beziehung formuliert. *Francis* müht sich allerdings, die Konfliktodynamik in Sierra Leone nicht allein als Folge einer simplifizierenden ‚greed‘-Logik darzustellen. Er versucht statt dessen auch ‚grievance‘-Momente zu berücksichtigen, also nicht allein einem Primat der Ressourcenkontrolle das Wort zu reden. Die Erfolgsbilanz und der Stellenwert von ECOMOG innerhalb der kontinentalen Debatte über eine neue afrikanische Sicherheitsarchitektur, wie sie sich seit der Kampala Deklaration von 1993 und dem OAU-Beschluß aus dem gleichen Jahr abzeichnet und letztlich mit den Beschlüssen des Gipfels der African Union von 2003 zur Umsetzung gelangte, wird m. E. jedoch zu unkritisch betrachtet und weit überschätzt. Um eine solche kritische Perspektive entfalten zu können, hätte der Vf. sich allerdings stärker auf die interne Dynamik von ECOWAS/ECOMOG einlassen und in

eine über den unmittelbaren Forschungsgegenstand hinausreichende Analyse einbetten müssen.

Ulf Engel

**Seifudein Adem, *Anarchy, Order and Power in World Politics. A comparative analysis*, Ashgate Aldershot etc. 2002, 182 S.**

Anarchie zwischen und Selbsthilfe von Staaten als Ordnungsprinzipien der internationalen Beziehungen stehen im Zentrum jeder Theoriebildung der gleichnamigen Teildisziplin der Politikwissenschaft (IB). Der Vf. reklamiert zunächst einmal Offenheit gegenüber den handelsüblichen theoretischen Positionen und bedient sich eines von ihm als ekkletisch beschriebenen Vorgehens. Sodann rückt er den Vergleich innen- und außenpolitischer Formen von Anarchie in das Zentrum der ersten Hälfte seiner Monographie, die teilweise auf eine 1999 an der Universität von Tsukuba (Japan) verfaßte Dissertation zurückgeht. Schließlich diskutiert er im zweiten Teil des Buches die spezifische Bedeutung von „soft power“ in den internationalen Beziehungen, wobei er dieses Paradigma – ohne große empirische Verdichtung – am Beispiel der japanischen Afrikapolitik erörtert.

In metatheoretischer Hinsicht teilt *Adem* einige der als konstruktivistisch charakterisierten Positionen von Alexander Wendt, bedient sich aber auch realistischer und neo-liberaler Annahmen. Er argumentiert, daß das Konzept der Anarchie ein theoretisches Konstrukt sei, daß kaum eine empirische Entsprechung habe (und gerade angesichts des Endes des Kalten Krieges



auch keine Vorhersagekraft besessen habe). Gegen den *mainstream* des politischen Realismus, und die Annahme einer Situation von Anarchie, setzt *Adem* das von Joseph Nye geprägte Konzept der „soft power“, bei dem Überzeugung statt Zwang im Zentrum steht. Am Beispiel der Afrikapolitik Japans, so *Adem*, zeige sich, daß das Anarchie-Konzept und damit einhergehende Vorstellungen über „hard power“ revidiert werden müßten. Begründet wird dies vor allem mit der gegenüber der Wirtschaftspolitik empirisch weitaus weniger relevanten Bedeutung der Militärpolitik Japans. Dieses Phänomen wird dann unter

Rückgriff auf ideelle Faktoren und den Stellenwert von Kultur in der Gestaltung von Außenpolitik weiter interpretiert.

Trotz aller anregenden Einwürfe mangelt es der Arbeit insgesamt an einer systematischen Auseinandersetzung mit der relevanten IB-Theorie. Die Reflektion wichtiger Diskussionen erfolgt zu kursorisch, und dann zuweilen zu oberflächlich. Die im Titel angedeuteten Klärungen zu Schlüsselfragen der Theoriebildung – Anarchie, Ordnung und Macht – jedenfalls fallen zu unbestimmt aus.

Ulf Engel

---

## Autorinnen und Autoren

*Jens Boysen*, M.A., Universität Leipzig, Institut für Slavistik  
(boysen@rz.uni-leipzig.de)

*Ulf Engel*, PD Dr., Universität Leipzig, Institut für Afrikanistik  
(uengel@uni-leipzig.de)

*Andreas Gößner*, Dr., Universität Leipzig, Theologische Fakultät, Institut  
für Kirchengeschichte

*Peter Haslinger*, PD Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Collegium  
Carolinum, Forschungsstelle für die böhmischen Länder München; zur Zeit  
Gastprofessor am Institut für Geschichte, Universität Wien  
(peter.haslinger@univie.ac.at)

*Nadine Jänicke*, M.A., Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Studien,  
PHD-Studiengang „Transnationalisierung und Regionalisierung vom  
18. Jahrhundert bis zur Gegenwart“

*Martina Keilbach*, M.A., Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Studien  
(keilbach@uni-leipzig.de)

*Johannes Koll*, Dr. phil., Universität Münster, wissenschaftlicher Mitarbei-  
ter am Zentrum für Niederlande-Studien (johannes.koll@uni-muenster.de)

*Andreas Kossert*, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen  
Historischen Institut Warschau (kossert@dhi.waw.pl)

*Guillaume Lacquement*, Maître de conférences, CNRS-UMR 5045  
Mutations des territoires en Europe, Université de Perpignan  
(lacqueme@univ-perp.fr)

*Christoph Mick*, PD Dr., Universität Tübingen, Institut für Osteuropäische  
Geschichte und Landeskunde; demnächst RCUK Research Fellow,  
Department of History, University of Warwick, England  
(ChMick@aol.com)

*Daniel Mollenhauer*, Dr. phil., Universität Erfurt, wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl Europäische Geschichte/Neuere und Zeitgeschichte (daniel.mollenhauer@uni-erfurt.de)

*Claudia Schulz*, Zentrum Moderner Orient, Berlin

*Friedemann Scriba*, Dr. phil., Berlin (pacificus@foni.net)

*Anna Veronika Wendland*, Dr. phil., Habilitandin am Seminar für Osteuropäische Geschichte, Universität Köln; davor wissenschaftliche Mitarbeiterin am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (verowendland@aol.com)

# REVIEW

## FERNAND BRAUDEL CENTER

A Journal of the  
Fernand Braudel Center for the Study of  
Economies, Historical Systems, and Civilizations

Vol. XXVIII in 2005 has special issues on  
**The Black World and the World-System**  
Discussions of Knowledge  
and,

**In Honor of Vitorino Magalhães Godinho**

Previous Special Issues and Sections still available include:

- XXVII, 4, 2004 — **The Environment and World History**  
XXVII, 3, 2004 — **Russia and Siberia in the World-System: German Perspectives**  
XXVII, 1, 2004 — **Directions for World-Systems Analysis?**  
XXVI, 2, 2003 — **Ecology of the Modern World-System**  
XXV, 3, 2002 — **Utopian Thinking**  
XXIV, 1, 2001 — **Braudel and the U.S.: *Interlocuteurs variables?***  
XXIII, 4, 2000 — **Development Revisited**  
XXIII, 1, 2000 — **Commodity Chains in the World-Economy, 1590-1790**  
XXII, 4, 1999 — **Caribbean Migrants to Core Zones**  
XXII, 3, 1999 — **ReOrientalism?**  
XXI, 3 & 4, 1998 — **The States, the Markets, and the Societies: Separate Logics or a Single Domain?**  
XX, 3/4, Sum./Fall, 1997 — **Nomothetic vs. Idiographic Disciplines: A False Dilemma?**

A brochure containing the Table of Contents of past issues is available on request.

Institutions \$98/yr.  
Individuals \$28/yr.  
Non-U.S. addresses,  
postage \$3/yr.  
Special rate for low gnp  
per capita countries \$10/yr.



Managing Editor, *Review*  
Fernand Braudel Center  
Binghamton University  
State University of New York  
PO Box 6000  
Binghamton, NY 13902-6000





# Aus dem Inhalt

## Aufsätze

- Peter Haslinger* Die „Arbeit am nationalen Raum“ – Kommunikation und Territorium im Prozess der Nationalisierung
- Daniel Mollenhauer* Die Grenzen der Germanisierung. Identitätsentwürfe im Elsass um 1900
- Andreas Kossert* Wilhelminische Ostmarkenpolitik als infrastrukturelle Durchdringung? Masuren und der deutsch-polnische Antagonismus
- Christoph Mick* Die „Ukrainermacher“ und ihre Konkurrenten. Strategien der nationalen Vereinnahmung des Landes in Ostgalizien
- Anna Veronika Wendland* Region ohne Nationalität, Kapitale ohne Volk: Das Wilna-Gebiet als Gegenstand polnischer und litauischer nationaler Integrationsprojekte (1900–1940)
- Johannes Koll* Preußischer Westen – belgischer Osten. Eupen, Malmedy und St. Vith zwischen Reichsgründung und Zweitem Weltkrieg

## Berichte

- Claudia Schulz* Symposium „Afrikanische Aussichten“. In memoriam Albert Wirz